

## **Inhalt**

Editorial .....	335
Nachruf auf Irmtraud Morgner .....	339
Helga Königsdorf: Die Phasen der Revolution .....	340
Günther Anders: Warum »wie«? .....	342

## **Quotierungs-Erfahrungen**

Frigga Haug Zur politischen Ökonomie der Frauenquote .....	343
Claudia Pinl Die armen Männer — Abwehrkämpfe gegen »Quotistinnen« .....	355
Sibylle Raasch Frauenförderung in der Privatwirtschaft .....	365
Sieglinde von Wasielewski Quotierungskämpfe bei Bayer Leverkusen .....	375
Karin Hildebrandt Frauen in DDR-Hochschulen .....	379
Ingeborg Reuter Diskussionen um einen Frauenförderplan im wissenschaftlichen Institut des DGB .....	385
Inge Wettig-Danielmeier Wie lebt die SPD mit der Quote? .....	389
Jutta Meyer-Siebert Quotierungswirklichkeit in sozialwissenschaftlichen Zeitschriften ....	395
* * *	
Bettina Dennerlein: Klassen und Kulturen .....	403
Lutz Krütfeldt: Der Umbau der »Queen Elizabeth 2« als Medienereignis	413

## *Interventionen*

Rezension zur Behindertenpädagogik (B. und E.Rohr); Soziogenese ethnischer Minoritäten (W.-D.Bukow) .....	422
--	-----

## *Kongreßberichte*

DDR-Soziologen; Trotzki-Symposium; Poulantzas; Kritische Psychologie; Arbeiterbewegung und Sozialarbeit; Ankündigung .....	427
---	-----

## *Besprechungen*

Habermas; Lukács; Politische Philologie; Kulturpolitik; Pädagogisches Handeln; Sozialgeschichte; Französische Revolution; Friedens- und Sozialpolitik; Frauen und Ökonomie .....	435
VerfasserInnen; Zeitschriftenschau; Summaries .....	501

## Besprechungen

### Philosophie

<i>Honneth, Axel, Thomas McCarthy, Claus Offe und Albrecht Wellmer (Hrsg.): Zwischenbetrachtungen. Im Prozeß der Aufklärung. Jürgen Habermas zum 60. Geburtstag (H. Fallschessel)</i> .....	435
<i>Bolte, Gerhard (Hrsg.): Unkritische Theorie. Gegen Habermas (H. Fallschessel)</i> ..	435
<i>Claussen, Detlev (Hrsg.): Blick zurück auf Lenin. Georg Lukács, die Oktoberrevolution und die Perestrojka (S. Bundschuh)</i> .....	436
<i>Jung, Werner: Georg Lukács (Th. Heinrichs)</i> .....	438
<i>Simmel, Georg: Gesamtausgabe Bd. 2, 4 und 6 (U. Menzer)</i> .....	439
<i>Haller, Rudolf, und Friedrich Stadler (Hrsg.): Ernst Mach — Werk und Wirkung (H. Breger)</i> .....	441
<i>Redner, Harry: The Ends of Science. An Essay in Scientific Authority (G. Böhme)</i> ..	442
<i>Koslowski, Peter (Hrsg.): Gnosis und Mystik in der Geschichte der Philosophie (H. Fallschessel)</i> .....	443
<i>Lutz, Bernd (Hrsg.): Metzler Philosophen Lexikon (Th. Laugstien)</i> .....	444

### Sprach- und Literaturwissenschaft

<i>Kämper-Jensen, Heidrun: Lieder von 1848. Politische Sprache einer literarischen Gattung (H.-C. Oeser)</i> .....	446
<i>Briegleb, Klaus: Unmittelbar zur Epoche des NS-Faschismus. Arbeiten zur politischen Philologie (S. Kramer)</i> .....	448
<i>Luhmann, Niklas, und Peter Fuchs: Reden und Schweigen (U. Schmitz)</i> .....	449
<i>Wierzbicka, Anna: The Semantics of Grammar (R. Schütz)</i> .....	451
<i>Oksaar, Els: Fachsprachliche Dimensionen (D. Rösler)</i> .....	452
<i>König, Werner: Atlas zur Aussprache des Schriftdeutschen der BRD (U. Ammon)</i> ..	453
<i>Stetter, Christian: Richtige Groß- und Kleinschreibung durch neue, vereinfachte Regeln (K. Roß)</i> .....	454

### Kunst- und Kulturwissenschaft

<i>Kulturpolitische Gesellschaft (Hrsg.): Kultur-Markt Europa (D. Kramer)</i> .....	455
<i>Lipp, Wolfgang (Hrsg.): Kulturpolitik. Standorte, Innenansichten, Entwürfe (D. Kramer)</i> .....	455
<i>Noetzel, Thomas, und Horst-Dieter Zahn (Hrsg.): Die Kunst des Möglichen. Neokonserwatismus und industrielle Kultur (D. Kramer)</i> .....	455
<i>Der Kunstkoordinator des Landes Baden-Württemberg (Hrsg.): Kunstkonzeption des Landes Baden-Württemberg (E. Holler)</i> .....	458
<i>Dümling, Albrecht, und Peter Girth (Hrsg.): Entartete Musik. Eine kommentierte Rekonstruktion zur Düsseldorfer Ausstellung von 1938 (H.-D. Grünefeld)</i> .....	460
<i>Dümling, Albrecht (Hrsg.): Original-Tondokumente zur Ausstellung »Entartete Musik« (H.-D. Grünefeld)</i> .....	460

### Erziehungswissenschaft

<i>Koring, Bernhard: Eine Theorie pädagogischen Handelns. Theoretische und empirisch-hermeneutische Untersuchungen zur Professionalisierung der Pädagogik (R. Uhle)</i> ..	462
<i>Sünker, Heinz: Bildung, Alltag und Subjektivität. Elemente zu einer Theorie der Sozialpädagogik (A. Scherr)</i> .....	464

(Fortsetzung Seite VIII)

## Editorial

Unsere gemeinsamen Aktivitäten mit DDR-Frauen (vgl. *Ohne Frauen ist kein Staat zu machen*. Argument-Studienheft 71) stießen in der BRD auf Lob (vgl. *taz*, 12.3.90) und Kritik. »Wie unabhängig ist eigentlich der 'Unabhängige Frauenverband'?«, fragt A. Schwarzer in der Zeitschrift *Emma* (5/90). Er schließt Bündnisse, das macht ihn für sie verdächtig. Da sind zunächst die Grünen, mit denen die DDR-Frauen zusammen in den Wahlkampf zogen. Die Sache ist für die Beobachterin ganz einfach: »... schließlich treten bei den West-Grünen schon ... Feministinnen wegen 'Frauenfeindlichkeit' aus.« Schwarzer ist der Zeit soweit voraus wie das Kapital: Sie denkt nur noch west-deutsch für die DDR; west-grün = ost-grün. Das zweite Bündnis wurde mit der *Argument*-Frauenredaktion geschlossen, mit »diesen linken Ideologen«, diesen »Gralshütern des 'Hauptwiderspruchs'«, die mit »15 Jahren Verspätung« »unsere Inhalte« übernahmen. »Es ist für mich also nicht ohne Ironie, zu sehen, wie rasch gewisse Kräfte im 'Unabhängigen Frauenverband' der DDR im Westen ausgerechnet mit solchen Leuten paktieren.« Zwischen kleinbürgerlicher Sauberkeit (spiel nicht mit solchen Leuten) und obrigkeitlicher Ordnung im Zeitgeist der Gewinnerseite (wer könnten diese gewissen Kräfte sein, wenn nicht die Verlierer?) informiert sie die *Emma*-Leserinnen zehn Jahre nach dem öffentlichen Bruch des *Argument* mit der DKP, daß es sich hier um ein DKP-nahes Grüppchen handele. Sie ruft auf zur Austreibung und verkündet, daß wahre Unabhängigkeit gar keine Bündnisse eingeht. Dabei übersieht sie elegant, daß der Frauenverband selbst ein Bündnis von etwa 80 Frauengruppen, Frauenfraktionen aus Parteien und Individuen ist.

Die Zauberformel »autonom« oder »unabhängig« hat in der westdeutschen Frauenbewegung eine zerstörerische Kraft gehabt. Sie bewirkte zum Beispiel, daß sozialistische Feministinnen auf den großen Berliner Sommerunis ausgeschlossen wurden, daß sie nicht in bestimmten Medien schreiben konnten, daß ihre Adressen nicht in die Frauenkalender kamen u.a.m. Der Begriff wurde zu einem ideologischen Wert, dessen Befragung schon verdächtig machte. Die Unabhängigkeit der DDR-Frauen besteht in einem Fehlen von Geld (von den alten Parteien der DDR, den alten aus der BRD), sie sind unabhängig von den alten Formen (SED) des Politikmachens. Der Begriff ist sinnvoll in ihren Verhältnissen. Schwarzer behauptet: »Die Mehrheit der Frauen, die Tag für Tag Kompromisse macht ..., erwartet zu recht von uns 'unabhängigen Frauen', daß wenigstens wir uns trauen!« Die Unabhängigkeit, die sie meint, ist gegen die vielen gerichtet, sie lebt in persona vor, was andere nicht können. Dieses Kaderkonzept ist gerade historisch gescheitert. Schwarzer nimmt kein Zeitzeichen wahr.

Überall in Europa denkt die Linke über neue Bündnisse nach, die, nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus, das Projekt einer demokratischen Zivilgesellschaft gemeinsam verfolgen könnten. Gegen die verordnete Einheit der KPen von oben und die Unverbindlichkeit sozialer Bewegungen von unten geht es um neue Hegemoniekonzepte. In der westdeutschen Frauenbewegung denken Frauen über die Gründung eines Frauendachverbandes nach, der auch die DDR-

Frauen mitmeint. Gegen solche gesellschaftsverändernden Politikformen setzt Schwarzer das Konzept der Spaltung. Der historische Augenblick will sich jedoch nicht so recht auf ihre Seite schlagen: In der Provinzstadt Bielefeld stellten Frauen aus dem »Unabhängigen Frauenverband« ihre Politik, Forderungen und Perspektiven vor. Die Redakteurin des alternativen *Stadtblatt* bemerkt: »Was für westliche Besucherinnen der Veranstaltung ... indes erstaunlich war: 'Sozialismus' ist in der neu entstandenen Frauenbewegung durchaus kein Reizwort. Er ist, wenn auch mit anderen Prägungen, weiterhin Bestandteil der Forderungen ...« (3.5.90)

Das Handwerk des Spaltens ist die Qualifikation des Berufs von Schwarzer, die sich selbst als »exponierte Vertreterin des autonomen, unabhängigen Feminismus« bezeichnet, und sie übt ihn schon lange aus: nach der ersten gemeinsamen Aktion mit Sozialistinnen, deren Selbstanzeigen sie im *Stern* veröffentlichte, so daß ihr Name mit der Kampagne um den § 218 in der BRD bekannt wurde, begann sie die sozialistischen Feministinnen abzuspalten, dann zog sie gegen die Magie-Frauen zu Felde und warf sie — qua Verkündung — aus der Frauenbewegung; wenig später wurden jene hinauskatapultiert, die ihrem PorNo-Befehl zuwider handelten; jetzt wirft sie — bevor sie noch hineinkamen — die linken Frauen aus der DDR aus der Bewegung. Wer aber bleibt noch, um etwas Eingreifendes zu tun? Nichts als die Zeitschrift *Emma*? Dort heißt es in einem Werbebrief — von Alice Schwarzer unterzeichnet: »Zu Beginn der 90er Jahre haben sich international viele Hoffnungen auf eine gerechtere und menschlichere Welt zerschlagen. Gleichzeitig aber sind Frauen engagierter denn je zuvor. In West wie Ost. Setzen wir also diesen allzu 'einig Vaterländern' eine wirklich einige Frauenfront entgegen! Eine öffentliche Stimme hat diese Front schon: *Emma*.« Der »Feminismus« von Schwarzer hat seinen gut gefüllten Brotkorb in den kapitalistischen und patriarchalischen Verhältnissen. Die einfache Formel: je radikaler die Wirklichkeit von den sozialistischen Feministinnen verändert wird, desto höher hängt der Brotkorb für Berufsfeministinnen à la Schwarzer, mag ihren Ärger über die Abwehr aus der DDR-Frauenbewegung mit motivieren. kh

### Zum vorliegenden Heft

Die Kämpfe um die Quotierung gesellschaftlicher Eingriffsmöglichkeiten von Frauen werden in den Interessenorganisationen heftig geführt; in der übrigen Frauenbewegung sind sie mehr oder minder abwesend. Der Inhalt der Forderungen scheint wenig revolutionär, er ist zudem transitorisch und wenig dazu angehtan, Massen auf die Straßen, vor die Rathäuser, in die Parlamente zu locken. Da Quotierungsfragen in den Medien hauptsächlich von Parteifrauen, insbesondere der SPD, gefochten werden, ist die Interesselosigkeit der übrigen Frauenbewegung an diesem Thema auch begreifbar; denn durch den Einbezug von Frauen soll sich die Partei verändern, und der Eingriff in die Gesellschaft im allgemeinen ist noch nicht sichtbar.

Im Jahr der Wahlen ein Heft über Quotierungs-Erfahrungen zu machen, scheint uns nützlich, weil aufschlußreich für Perspektiven von Frauenpolitik.

Welche gesellschaftlichen Bereiche geraten in Unordnung nach der ersten gesetzlichen Regelung von Frauenförderung im öffentlichen Dienst in Nordrhein-Westfalen, nach langjähriger Erfahrung von »Antidiskriminierungspolitik« bei den Grünen, nach den Kämpfen um Frauenförderpläne? Reproduzieren sich patriarchalische Strukturen unverändert weiter?

Verfolgt man die Medien in der BRD, scheinen Frauen weniger denn je in der »großen« Politik präsent zu sein. Lange nicht mehr gab es bei Diskussionsrunden solche ungebrochenen Anzug-Krawatten-Reihen wie zur Zeit. Ein Jahr nach dem Quotenbeschluß in der SPD präsentierte sich der Parteitag in Berlin fast ohne Frauen an den Rednerpulten. Die Frauen in der Partei ließen es sogar zu, daß strategische Erfolge unterlaufen wurden. So setzte sich trotz des programmatischen Bekenntnisses zur »Erweiterung des Arbeitsbegriffs« ohne Widerstand wieder die Lohnarbeit als zentrale Form durch.

Die Erfahrungen mit Quotierung und die Analyse der Abwehrkämpfe des Patriarchats sind heilsam gegen Illusionen. Quotierungskämpfe sind die »Mühen der Ebenen«, sie geben nicht unmittelbar Auskunft über ihre eigenen Wirkungen. Dieser Annahme folgt die Anordnung unseres Heftes. Ausgangspunkt bildet der Beitrag von *Frigga Haug*, der eine theoretische Folie für das Einweben der konkreten Erfahrungen vorschlägt. Es werden Antworten auf die großen gesellschaftspolitischen Fragen gesucht: Wer ist das Patriarchat, wie reproduziert es sich im Kapitalismus, in dem, was wir Sozialismus genannt haben, in der Rechten und in der Linken? Ihre Antworten wurden allen Autorinnen dieses Heftes zugänglich gemacht, mit der Hoffnung, sie würden/könnten sich darauf beziehen. *Claudia Pinl* zeigt in ihrer Analyse von Gerichtsentscheidungen verwaltungsrechtliche Regelungen und Reaktionen männlicher Politiker auf Gleichstellungspolitik im öffentlichen Dienst, wie Quotierungspolitik als Realisierung der formalen Gleichstellung von Frauen in den Argumentationsmustern verkehrt wird in eine Politik, die das Gleichheitsgrundrecht von Männern verletzte. *Sibylle Raasch* kommt mit ihrer Analyse statistischen Materials über Geschlechterverhältnisse in männerdominierten Berufszweigen zu dem Ergebnis, daß Quotierung das Mittel sein könnte, die Strukturen von Erwerbs- und Privatbereich so zu verändern, daß Frauen in »Männerberufen« nicht länger die Belastungen von Pionierinnen zu tragen haben. Wie sich die Kämpfe innerbetrieblich konkret darstellen, zeigen *Sieglinde von Wasielewski* und *Ingeborg Reuter*: Auch Frauen laufen Gefahr, nicht an den konkreten Erfahrungen von Frauen im Betrieb anzusetzen und können so also selbst zur Passivierung im Politischen beitragen. *Karin Hildebrandt* führt die Folgen des Fehlens einer Quote im Wissenschaftsbetrieb der DDR vor. *Inge Wettig-Danielmeier* berichtet historisch und aktuell über die Kämpfe der Frauen in der SPD. Und wie halten es Intellektuelle mit der Quote? Die Frauenredaktion befragte andere sozialwissenschaftliche Zeitschriften nach ihrem Verhalten und ihren Ansichten zum Frauenproporz. *Jutta Meyer-Siebert* stellt die Ergebnisse vor.

## Erweiterung der Redaktion

Eine andere Quotierung wird die Frauenredaktion beleben: Acht Frauen aus der DDR werden mit einer weiteren »West-Redakteurin« und den sieben »alten« Redakteurinnen die Frauenredaktion verändern.

*Irene Dölling* ist Professorin für Kulturtheorie an der Humboldt-Universität in Berlin. Sie ist Initiatorin und Leiterin des dortigen Interdisziplinären Frauenforschungszentrums. *Soja Fiedler*, wissenschaftliche Oberassistentin an der Hochschule für Ökonomie, Berlin, forscht zu Frauenbewegung und Feminismus in Geschichte und Gegenwart Deutschlands. *Christina Klenner* arbeitet in gleicher Funktion am gleichen Ort, ihre Forschungsschwerpunkte sind die Entwicklung von Bedürfnissen sowie Frauenarbeit und Reproduktion. Beide sind in der »Sozialistischen Fraueninitiative« (SOFI) und im Unabhängigen Frauenverband (UFV). *Karin Hildebrandt* ist als wissenschaftliche Oberassistentin am Zentralinstitut für Hochschulbildung, Berlin, tätig. Ihr Arbeitsschwerpunkt ist die Problematik von Frauen in der wissenschaftlichen Arbeit in Universität und Hochschule. *Eva Kreisky*, Wien und Berlin, ist Professorin für Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin; ihr Schwerpunkt ist Frauen- und Bürokratieforschung. *Ina Merkel* forscht als Assistentin an der Humboldt-Universität in Berlin zu Kulturgeschichte und Geschlechterverhältnissen. Sie formulierte das Gründungsmanifest des UFV (vgl. *Argument* 180) und war Vertreterin des UFV am zentralen Runden Tisch. *Eva Schäfer* ist wissenschaftliche Aspirantin an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften in Berlin; ihr Forschungsschwerpunkt sind die Frauenbewegungen in der BRD und der DDR. Sie ist Mitglied in der Lila Offensive und im UFV. *Sabine Schenk* ist Assistentin an der Humboldt-Universität und promoviert zu Computertechnologie und Frauen. *Christiane Schindler*, wissenschaftliche Assistentin an der Hochschule für Ökonomie in Berlin, forscht zu Problemen des Integrationsprozesses der DDR in die EG für Frauen; sie ist Sprecherin des UFV.

Die Frauenredaktion

## Nachruf auf Irmtraud Morgner

In ihrem Hexenroman »Amanda« läßt Irmtraud Morgner die Sirene Arke sagen: »Nicht die Entwicklung des abstrakten Denkens, sondern dessen Ausschließlichkeitsanspruch, der eine Weiterentwicklung des bildhaften Denkens nicht nur verhinderte, sondern zerstörte, machte mir das Leben schwer. Mich deprimierte, daß die Historie des Denkens nach wie vor ebenso ihren Fortgang nimmt wie die andere: kriegerisch. (...) So ein Rest, der zerstört wurde, ist die bildliche Aneignung der Welt.« Morgner versuchte, das Terrain zurückzugewinnen, sie ließ für ihre LeserInnen die noch unwahrscheinlichen, aber wunderbaren Alternativen zur gegebenen Wirklichkeit aufscheinen. Ihr Material war nahezu unerschöpflich: Mythen, Hexen, Geschichte, Märchen, Lieder, Gedichte, Legenden, Zeitungsnotizen, die Verrückung von Raum und Zeit, der DDR-Alltag, der Pariser Mai usw. Sie wollte eine »schöne Verwirrung« erzeugen, durch die Menschen wieder lernen, »an das Mögliche von übermorgen (zu) denken und danach (zu) handeln« (Gespräch mit W. Emmerich).

Sie wurde als Tochter eines Lokomotivführers 1933 geboren, studierte Germanistik, war Redakteurin der »Neuen deutschen Literatur« und seit 1959 freischaffende Schriftstellerin. Ihre kritische Auseinandersetzung mit dem Stalinismus »Rumba auf einen Herbst« (1965) erhielt keine »Druckgenehmigung«.

Um das »Wundern zu erleichtern« mußte sie auch die Architektur der Kunstform »Roman« verändern: »Die orthodoxe Romanform verlangt Festhalten an einer Konzeption über mehrere Jahre. Das kann angesichts heftiger politischer Bewegungen in einer Welt mit einer ungeheuerlichen Informationsflut heute nur tragen oder sturen Naturen gelingen. Was ich anbiete, ist die Romanform der Zukunft.« Das Lesen der zwei ihrer als Trilogie geplanten Romane (Leben und Abenteuer der Trobadora Beatriz [1974], Amanda. Ein Hexenroman [1983]) wird nicht leichtgemacht, obwohl sie heiter über Finsternes berichtet. Das Gewöhnliche wird fremd dargestellt, und Utopisches kommt wie eine vertraute Sehnsucht daher. Trotzdem erlangte »Leben und Abenteuer ...« in der DDR eine Auflage von über 100 000 Exemplaren. Und in der Bundesrepublik wurde das Buch in der Frauenbewegung verschlungen, als sei es ein Teil von ihr.

Irmtraud Morgner sah, daß Frauen nur »Zaungäste der Macht« sind und so getrennt von der umfassenden Aneignung der Natur, auch ihrer eigenen und deren Regelung. Das Patriarchat muß von innen und außen bekämpft werden: in irdischen Formen und hexischen. In dem Roman »Amanda« wird von der Triebwagenführerin Laura Salmann Amanda, die Hexe, abgespalten. Die eine lebt in der Männergesellschaft, die andere führt einen Hexenaufstand gegen die Blocksbergteufel an. Die bis in die Physis hineingehende Persönlichkeits-Spaltung ist Resultat männlicher Herrschaft, sie zu bekämpfen braucht die Haltung des utopischen Realismus.

Irmtraud Morgner war eine Vorkämpferin, als Marxistin das Patriarchat zu begreifen. Ihre Ideen, Vorschläge, Kritiken für einen feministischen Sozialismus sind noch in die Theoriebildungsprozesse aufzunehmen. Daß die (linke) Literaturgeschichte sich bisher kaum an eine Bearbeitung heranwagte, ist sicherlich ihren radikalen Thesen geschuldet. Sie starb — nach mehreren Operationen — an Krebs.

Gerade jetzt, da diese Art der Wirklichkeitsbearbeitung, diese Sozialistin, diese Feministin besonders gebraucht wird, fehlt sie uns. Vielleicht ist dies ein Trost: sie hinterließ uns viel zum Weiterarbeiten.

kh

## Die Phasen der Revolution

Denjenigen, die den Verlauf der Revolution bedauern, möchte ich sagen: Nachträglich gesehen, zugegeben nachträglich, erscheinen die Phasen dieser Revolution fast zwangsläufig.

Bei allem politischen Versagen des hinter uns liegenden Gesellschaftssystems ist es doch in erster Linie an seiner ökonomischen Ineffektivität gescheitert.

Dieses System, in dem Politik, sprich: Machterhaltung, gegenüber der Ökonomie, Vorrang hatte, in der das Steuerprinzip eine Mangelsteuerung war, hatte keinerlei inneren Zwang, sich von veralteter Technik zu trennen, keinerlei Zwang zur Innovation. Durch die Willkür in der Preisbildung fehlte praktisch auch der Blutkreislauf, der eine Regelung möglich machte. Die Vorstellung, solch eine Volkswirtschaft wäre durch leistungsfähige Computer zentral steuerbar, ist längst widerlegt. Die Folgen solcher Ineffizienz waren aber verheerend. Wegen der mangelhaften Innovationsfähigkeit ging die Außenhandelsrentabilität zurück. Diese Länder verschuldeten oder schoben dies eine Weile durch Ausverkauf hinaus. Die Arbeitskraft der eigenen Bevölkerung wurde zur Billiglohnware auf dem Weltmarkt, was besonders makaber war, da das System einst antrat, die Ausbeutung des Menschen abzuschaffen. Nun wurde die Ausbeutung durch den Weltmarkt in krasser Weise auf die eigenen Arbeiter durchgestellt. Das Geld, mit dem die Arbeitskraft bezahlt wurde, war in der Welt nicht angesehen, worin in einem Land wie dem unseren, in dem man sich nicht auf traditionelle Rückständigkeit berufen konnte, eine andauernde Demütigung lag. Aber nicht nur eine Demütigung. Die Menschen erlebten, wie das soziale Netz immer mehr zum Schleppnetz auf dem Trockenen wurde. Das System war nicht in der Lage, seinen Beitrag zur Lösung der globalen Probleme der Menschheit zu leisten.

Im Gegenteil, es machte vor Raubbau an der Umwelt und vor moralisch verwerflichen internationalen Geschäftspraktiken nicht Halt. Zwangsläufig wurde solch ein System immer restriktiver, wobei mangelnder Leistungsdruck eine gewisse Gemütlichkeit vortäuschte. Der Mensch wurde aber in Wirklichkeit durch Macht und Bürokratie gegängelt. Ihm wurden wichtige Informationen, etwa über die Auswirkungen der Umweltbelastungen auf seinen Gesundheitszustand, vorenthalten. Seine Kreativität wurde nicht gebraucht, sondern verdächtigt.

Das Ende kennen wir: die Menschen nahmen Reißaus, und durch diese Abstimmung mit den Füßen wurde die Revolution bei uns eingeleitet. Nicht durch das Aufbegehren der Künstler oder der Oppositionellen. Die setzten sich eine Zeitlang an die Spitze, was ihr gutes Recht, vielleicht sogar so etwas wie ihre moralische Pflicht war. In Zeiten von Revolutionen läuft allerdings die Uhr schneller, und Illusionen werden bestraft.

Es gab einige, wenige, Überlegungen zur Konzeption einer neuen Gesellschaftsstruktur, eines demokratischen Sozialismus. Die Tragik war, daß die Avantgardisten über Nacht zu Dogmatikern wurden. Was auch immer konzipiert wurde, der ökonomische Ansatz war nicht überzeugend. Er gibt bis heute keine Alternative

zur Marktwirtschaft. Eine Marktwirtschaft, die natürlich auch Planungselemente enthält. Eine Planung, die unter anderem das ungezügelt Wachstum um des Wachstums willen in eine sozial und ökologisch determinierte Richtung verändert. Die größte Schwierigkeit aber lag darin, daß aus eigener Kraft kein Weg dahin führte. Eine langsame Umstellung war praktisch unvorstellbar. Eine schnelle durchgreifende Reform erforderte aber eine starke Akkumulation, die bei der schlechten wirtschaftlichen Ausgangslage und bei dem absoluten politischen Vertrauensverlust unmöglich war. Eine solche Reform muß innerhalb kürzester Zeit einen Geld- und einen Kapitalmarkt, einen Warenmarkt und einen Arbeitskräftemarkt schaffen. In diesem Übergang wird es soziale Umschichtungen und Auffächerungen in vorher nie dagewesener Geschwindigkeit geben. Es wird weder gerecht noch sehr moralisch zugehen.

Aus diesen Überlegungen ergeben sich die folgenden Phasen fast zwangsläufig:

1. *Die schöne Phase der Revolution.* Es besteht weitgehender Konsens, daß es so nicht weitergeht. Aus der Erfahrung mit der Ohnmacht des alten Unterdrückungsapparates erwächst ein neues Selbstbewußtsein, das Massen ergreift. Ein Gefühl der Verantwortlichkeit und das Ausbleiben von Aggressivität kennzeichnen diese Phase.

2. *Die visionäre Phase.* Nach Teilzerschlagung der alten Machtstrukturen braucht die Revolution eine Vision. Sie entsteht auf der Straße, heißt: »Deutschland, einig Vaterland« und widerspiegelt die ökonomische Situation logisch. Sie bekommt einen aggressiven Unterton, da sie sich gegen die Konsolidierungsversuche des alten Apparates, aber auch gegen die Anführer der ersten Phase durchsetzen muß.

3. *Die Phase des Wahlkampfes.* Diese Phase ist von politischer Aktivität gekennzeichnet. Es entstehen illusionäres Selbstbewußtsein und Erwartungshaltung, aber auch bereits Ängste sowie individuelle Schuldzuweisungen und Ausgrenzung.

4. *Die Phase des ökonomischen Umbaus.* In dieser Phase werden viele unrealistische ökonomische und politische Erwartungen enttäuscht. Die Kräfte der ehemaligen Opposition finden sich zum großen Teil wieder in der Opposition. Die neuen Macher rekrutieren sich nicht zuletzt, ihrer Natur gemäß, aber auch aus den objektiven Notwendigkeiten heraus, aus dem Kreis der ehemaligen Macher oder kommen von außen. Arbeitslosigkeit und neue Armut von nicht dagewesenem Ausmaß werden mit entstehendem neuem Reichtum konfrontiert. Soziale Spannungen führen zu einer politischen Polarisierung und Radikalisierung.

5. *Konsolidierungsphase.* In dieser Phase könnte ein »gedämpftes Wirtschaftswunder« stattfinden. Die Gesellschaft wird aber weder eine gerechte Gesellschaft sein noch, was das ökonomische System anbelangt, Chancengleichheit bieten.

Nicht Nostalgie, nicht neue Utopie, sondern schnelles Einstellen auf die Realitäten ist das Gebot der Stunde. Linke Politik wird eine jetzt erst mögliche, unverzichtbare Komponente im politischen Spektrum sein. Wobei wir unter linker Politik die Durchsetzung von Bedingungen für die Qualität existierender und künftigen Lebens verstehen. Diese Durchsetzung erfolgt im Konflikt mit der Wachstumslogik des Kapitals, und zwar in der humanistischen Lösung dieses Konflikts. So gesehen, sind demokratische Strukturen und eine funktionsfähige Wirtschaft Voraussetzungen für linke Politik. Andernfalls blieben linke Forderungen hilfloses Anmahnen von Wunschvorstellungen.

Günther Anders

## Warum »wie«?

Nachtstimme: »Warum liegst Du wach?«

A: »Weil wir vielleicht bald nicht mehr dasein werden.«

N: »Und?«

A: »Und dann wie nie gewesen sein werden.«

N: »Warum 'wie'?«

A: (antwortet nicht)

N: »Werdet ihr denn von irgendwem vermißt werden?«

A: (zaudert)

N: »Und selbst *wenn* — was würden Dich denn solche Gefühle von Dir Unbekannten angehen?«

A: (zaudert)

N: »Im übrigen soll es sowas auch früher schon gegeben haben.«

A: »Was?«

N: »Solches Niedagewesensein.«

A: »Wo? Wann?«

N: »Wie haben Deine Urgroßväter geheißen?«

A: »Warum? Und gleich in der Mehrzahl?«

N: »Jeder hat deren vier. Unvermeidlicherweise. — Also wie?«

A: »Weiß nicht.«

N: »Eben. — Und wie haben Deine Urgroßmütter geheißen?«

A: »Auch vier? Warum?«

N: »Such sie doch mal! Versuch doch mal, sie zu suchen!«

A: (versucht das vielleicht)

N: »Und selbst, wenn Du den Schatten eines Schattens oder das undeutliche Echo eines Namens erinnern würdest — wäre das nicht ein kläglicher Ersatz für ihr Dasein?«

A: (nach vergeblichem Versuch) »Und Du meinst, deshalb sind sie schon ...«

N: »Schon längst«

A: »... wie nie gewesen?«

N: »Was nicht erinnert wird, noch nicht einmal erinnert wird, das ist nirgendwo. Also auch nicht gewesen. Warum also 'wie'?«

Frigga Haug

## Zur politischen Ökonomie der Frauen-Quote

Die Politik der Quotierung der »Plätze« im öffentlichen Leben des Politischen und in der Erwerbsarbeit stößt auf eine Vielzahl von Gegnern. Es war zu erwarten, daß konservative Vertreter männlichen Geschlechts hier alles in bewährter Weise lassen wollten; aber auch »fortschrittliche« Mitglieder unserer Gesellschaft beiderlei Geschlechts tun sich mit einer so rigorosen Maßnahme schwer. Im zähen Kampf um einflußreichere Positionen in der Gesellschaft sieht sich die traditionelle Linke durch ein Abkommen, welches vorsieht, Frauen in einem annähernd ihrem Vorkommen adäquaten Ausmaß zu beteiligen, in eine zusätzliche Zwangslage gebracht. Einerseits ist sie für eine angemessene Beteiligung der Frauen in der Gesellschaft, andererseits denkt auch sie die Reproduktion von Macht »männlich« und hat dementsprechend ihren Blick auf geeignete »Männer« gerichtet, wenn es um die Verteilung von Plätzen geht. Weiblichkeit kann so zum Rekrutierungsfeld für die Rechte werden. Jederzeit könnte sie mit Verweis auf eine Frauenquote einen fortschrittlichen Mann durch eine »nichtssagende« Frau ersetzen. Die Logik der Geschlechter und die der Linken finden sich offenbar in einem Unvereinbarkeitsverhältnis.

Aber auch die selbstbewußten Frauen im politischen Raum haben Probleme mit einer rechtsförmigen Quotierung, möchten sie jedenfalls nicht auf sich angewendet sehen. Bedeutet doch die Besetzung eines Platzes durch einen solchen Quotierungsbeschluß, daß die besagte Frau ihn anders nicht erreichen konnte. Sie ist das Eingeständnis, daß Frauen sich in der herkömmlichen Männerwelt nicht angemessen durchsetzen können. So war auch alle bisherige Politik für Frauen mehr oder minder darauf gerichtet, Defizite der Frauen auszugleichen, um sie im Kampf um Macht und Ansehen, um Geld und Einfluß konkurrenzfähig zu machen. Kompensatorische Bildung, Redeschulen, Selbstbehauptungstraining — dies alles sind im Zeitalter der Gleichberechtigung der Frau und der Koedukation der Geschlechter, also der »Chancengleichheit« in der Bildung, Maßnahmen, die das »schwache« Geschlecht an das »starke« angleichen sollen.

Die Bemühungen waren vergeblich. Gleiche und bessere Ausbildungsabschlüsse haben das Argument, Frauen fänden sich deshalb in den unteren Positionen der Erwerbsarbeit, weil sie weniger qualifiziert seien, längst Lügen gestraft. Die Wirklichkeit marginaler Positionierung blieb. Hinreißende Rednerinnen in der Arbeiterbewegung wie Rosa Luxemburg oder Clara Zetkin, ja auch das unerschrockene Auftreten des Grünen Feminats im bundesrepublikanischen Parlament haben die allgemeine Praxis, Politik als Domäne von Männlichkeit durchzusetzen und auch bildlich über das Fernsehen in der Volksseele zu verankern, nicht erschüttert.

Ziemlich einhellige Empörung artikuliert sich in den Medien nach dem Quotierungsbeschluß der SPD im Jahre 1988. Unsere Hoffnung, daß — wie im Dominospiel — in der Folge in allen Parteien und nach und nach auch im Erwerbsleben und schließlich sogar in den privaten Haushalten eine gleiche

Positionierung der Geschlechter geschehen würde, hatte nicht mit der Hartnäckigkeit des Patriarchats gerechnet. Immer dringlicher wird die Frage: Wer ist eigentlich das Patriarchat und wie reproduziert es sich im Kapitalismus, in dem, was wir Sozialismus nannten, in der Rechten und in der Linken und unter Zustimmung von Männern und Frauen? Die Phänomenologie ist zunächst einfach. Wo Macht sind und Geld, finden wir Männer. Die Umkehrung stimmt nur mit Einschränkungen: wo Ohnmacht sind und Mangel an Geld, finden wir nicht nur Frauen. Wir haben uns daher angewöhnt, weltweit von »den Unterdrückten« zu sprechen. Eingeschlossen sind Gruppierungen nach Klasse, nach Rasse und nach Geschlecht. Diese vereinheitlichende Sprechweise hat nicht nur keine einheitlichen Kämpfe zu erfassen versucht (etwa ein Bündnis von Schwarzen und Arbeitern oder von Frauen und ausländischen Arbeitern usw. — schließlich sind in jeder Benennung die anderen beiden möglicherweise schon enthalten), sie steht dem Begreifen von Unterdrückungsweisen und ihrer Verschränkung geradezu entgegen. Im Klassenbegriff werden Gruppen im Verhältnis zur Produktion von Lebensmitteln im weitesten Sinn zu fassen gesucht; Hauptkriterium ist das Eigentum an Produktionsmitteln, welches die Ausbeutung der Produzierenden zu Profitzwecken ermöglicht. Die Perspektive, die freie Assoziation der Produzenten, ist das Ende der Klassenexistenz. Im Geschlechtsbegriff wird dagegen soziale Herrschaft auf einer schmalen biologischen Grundlage unbegreifbar gemacht. Dieser Begriff ist selbst ideologisch. Die Perspektive, das Ende der Frauenunterdrückung ist mit ihm nicht denkbar.<sup>1</sup> Allerdings spricht vieles dafür, daß die scheinbare Natürlichkeit der Frauenunterdrückung, die in der Zuschreibung von allerlei Merkwürdigkeiten als Natureigenschaften der Frauen postuliert wird, auch dazu dienen kann, körperliche Unterschiedenheiten nach Hautfarbe, Körpergröße, Augenform etc. als Rasse zu behaupten und in dieser Zusammenziehung wiederum eine weitere Natürlichkeit von Herrschaft und Unterdrückung allgemein zu legitimieren. Auch der Rassenbegriff ist demnach ideologisch — dies in doppelter Weise, da er selbst die Naturgrundlage, auf der er aufbaut, noch willkürlich herstellen muß.

Die Frage nach dem Patriarchat lautet jetzt: Wie gelingt es einer sichtbar großen Menge von Männern, die Ausschließung von Frauen und von einer weiteren großen Gruppe von Männern aus allen Entscheidungspositionen durchzusetzen und diese Struktur zu reproduzieren? Eine erste Antwort, daß schließlich auch die unterdrückten Männer noch über ihre Frauen Herrschaft ausüben, legt uns nahe, nicht zuerst die Frage nach den ökonomischen Strukturen und dann die nach der Frauenunterdrückung zu stellen, sondern nach beidem gleichzeitig zu fragen. Wir fragen also geschlechtsspezifisch, richten uns aber auf das System von Macht und Geld und in dieser Weise auf Klassenfragen, nicht wiederum auf das männliche Geschlecht als Naturbegabung für Herrschaft oder das weibliche als ebensolche fürs Unterdrücktsein. Frauenunterdrückung muß in der Sphäre der Geschlechterverhältnisse entstehen und kann dies zugleich nicht, da sie sich auf das gesamte gesellschaftliche System erstreckt; sie muß also in der Sphäre des Polit-Ökonomischen entstehen und kann dies zugleich nicht, da sie sich ganz offensichtlich als geschlechtsspezifisch entziffern läßt.

Bei näherem Hinsehen ist der Zusammenhang nicht so rätselhaft, wie er zu-

nächst scheint. Schließlich müssen die Menschen in ihrer Reproduktion zwei Hauptfragen lösen: die Reproduktion ihrer selbst als Menschen, also die Wiederherstellung von Leben im unmittelbaren Sinn, und die Produktion von Lebensmitteln zur Erhaltung dieses Lebens. Für letzteres sind sie als Menschen in außerordentlich privilegierter Lage, da sie die Bedingungen der Lebensmittelproduktion auf stets wachsender Stufenleiter selbst verändern können. Dies wird gewöhnlich Entwicklung der Produktivkräfte genannt. Der jeweilige Gesamtzusammenhang der beiden Produktionen sind die Produktionsverhältnisse. Sie umfassen also beides: die Produktion von Menschen und die der Mittel zu ihrer Erhaltung. Für beides müssen die Menschen zueinander in Beziehung treten. Bei Marx ist der Sprachgebrauch wechselnd. In seiner Analyse des Kapitals bezieht er den Begriff Produktionsverhältnisse weitgehend nur auf die Herrschaftsverhältnisse in der Lebensmittelproduktion, in deren Zentrum er den Lohnarbeiter als allgemeinen Träger von Unterdrückung und damit zugleich als potentiell freien Produzenten in einer Assoziation freier Individuen ausmachte. Es liegt auf der Hand, daß diese Version die Geschichte der Arbeiterbewegung bestimmte und daß damit zugleich die Frage der Geschlechterverhältnisse als marginal, als sich automatisch klärendes, als individuelles Problem weggeschoben wurde. Dabei lehrt ein Blick in die Geschichte nicht nur, daß sich die Verhältnisse zwischen den Geschlechtern und die zwischen den Produzenten der Lebensmittel in einem inneren Zusammenhang finden und ändern. Zugleich können wir erkennen, daß die Möglichkeit kapitalistischer Produktionsweise überhaupt nicht erklärbar und erkennbar wird ohne die Analyse der Geschlechterverhältnisse. Die Produktion von Gebrauchswerten nach dem Profitprinzip ist nur möglich unter der Voraussetzung — deren Durchsetzung sie andernfalls erzwingen muß —, daß eine ganze Reihe von Gebrauchswerten und vor allem das Leben selbst und seine unmittelbare Pflege und Erhaltung außerhalb der Profitgesetze geschehen. In Feudal- und Sklavenhalterstrukturen könnte man sich diese menschliche Reproduktion noch als das Werk einer Klasse von »Untermenschen« vorstellen.<sup>2</sup> Aber der Kapitalismus setzt den freien Lohnarbeiter voraus. Infolgedessen muß diejenige Gruppe von Menschen, welche die nicht profitlichen Tätigkeiten zu tun gezwungen ist, in diesem Zwang zugleich frei und nicht Lohnarbeiter sein. Sie wird sich nach dem gesellschaftlich gültigen Prinzip nicht ernähren und nicht kleiden und wohnen können, da sie kein eigenes Geld verdient usw. Sie wird des Schutzes der Lohnarbeiter bedürfen. Es ist keineswegs rätselhaft, daß diese Gruppe von Halbmenschen aus den ungelösten Geschlechterverhältnissen entsprang. Frauen sind wegen ihrer Fähigkeit, Kinder zu produzieren, in langen historischen Kämpfen dazu ausersehen, diese notwendige Säule in kapitalistischen Produktionsverhältnissen darzustellen. Alles weitere ist das Werk von Kultur und Ideologie. Dieses System also begreifen wir als kapitalistisches Patriarchat.

Die krisenhafte Entwicklung des Kapitalismus läßt sich auch folgendermaßen schildern: Während das »Bein« der Produktivkraftentwicklung und Lohnarbeitsausbeutung, aus der das Kapital Lebenskraft und Existenzberechtigung zog, sich stets (wenn auch selbst krisenhaft) kraftvoll und vorwärtsstürmend, Länder erobernd und unterwerfend bewegte, hinkte das andere »Bein« der Lebensproduktion

und Umsonstarbeit heilend und helfend, mal mehr, mal weniger gebraucht im Schatten des einen hinterher. In der Produktion der Lebensmittel gab es natürlich eine Reihe von Produkten und kulturellen Umbrüchen, die das Leben in den Geschlechterverhältnissen radikal veränderten. Weniger Kinder, mehr Fertignahrung, bequemes Wohnen, Schulen, Krippen, Krankenhäuser, Altersheime — das wechselhafte Eindringen von Kapital und Staat in die häusliche Domäne setze ich hier als bekannt voraus. Notwendig und erlaubt schließlich war auch das Heraustreten der Frauen aus dem Haus: als Lohnarbeiterinnen/Zuverdinerinnen. Für das Funktionieren des zweibeinigen Kapitalismus blieb aber als Notwendigkeit, daß das Leben selbst und seine unmittelbare Versorgung, die Wiederherstellung der einzelnen und ihre Pflege außerprofitorisch »umsonst« geregelt werden muß. Damit blieb entgegen jeder weiblichen Lohnarbeitsrealität die Geburt und Pflege und Erhaltung der Menschen eine primäre, lebensbestimmende weibliche Domäne. Das Studium dieses Zusammenhangs hat in seiner erst zehnjährigen Geschichte schon eine ungeheure Vielfalt von Einsichten gebracht, die — wiederum ein folgerichtiger Beleg des funktionierenden Patriarchats — in der allgemeinen herrschenden Wissenschaft kaum zur Kenntnis genommen werden. In diese Licht- und Schattengeheweise des kapitalistischen Patriarchats brachten mehrere ineinandergreifende Entwicklungslinien andere Lichtverhältnisse, die das stille Hinterherhinken des Schattenbeines unverhofft der allgemeinen Aufmerksamkeit aussetzten:

- Die Frauenbewegung zerrte die unsichtbar verrichteten Tätigkeiten der Frauen ins Öffentliche.
- Die Reproduktionstechnologien sind dabei, die Naturbasis der Frauenunterdrückung kapitalistischen Profitbedingungen zu unterwerfen — eine nicht nur moralisch fragwürdige Sache, sondern auch eine Entwicklung, die den ideologischen Zauber, der die Frauenunterdrückung rechtfertigte und ihr Funktionieren insgesamt sicherte, unverhofft als solchen vorführt.<sup>3</sup>
- Schließlich fallen als Folgekosten kapitalistisch betriebener Produktivkraftentwicklung eine Menge von notwendigen Tätigkeiten an, für die die Umsonstarbeiterinnen nicht vorbereitet sind: Schädigungen der Seele, der Umwelt, des Politikmachens.
- Zugleich stellt sich in diesem anwachsenden Chaos ungetaner Arbeiten im Ökologischen vor allem und in der wachsenden Arbeitslosigkeit, die der schnellen Produktivkraftentwicklung folgte, für viele die Frage nach dem Sinn von Arbeit.

Hier haben wir es mit praktischen Widersprüchen zu tun, die nach einer Lösung in einer anderen Form suchen. Beruhte die bisherige Entwicklung u.a. darauf, daß die aus dem Vorwärtseilen ausgeschlossenen Frauen die liegengelassenen Arbeiten in aller Stille verrichteten, so bleiben jetzt Tätigkeiten, für deren Erledigung Qualifikationen verlangt sind, von denen die weiblichen Aufräumtrupps gerade ebenso ausgeschlossen waren: Wissenschaft, Forschung, Regelung der gemeinsamen Geschäfte als Politik. Weil die meisten der ungelösten Probleme wiederum nicht nach dem Profitprinzip lösbar sind, wird eine neue Ethik beschworen, die Verzicht, Einschränkung, Liebe und einsichtige Verantwortung allgemein machen will. Können diese von Frauen in den privaten Haushalten

verfolgten Maximen ohne eine wirkliche Demokratisierung, d.h. ohne Beteiligung aller am politischen Leben wirklich ins Öffentliche befreit werden? Setzen sie nicht eine Umkehrung aller bisher im Licht stehender Werte voraus?

Die noch rohe Zurechtlegung sollte es uns ermöglichen, die widersprüchlichen Gruppierungen im Kampf um die Quote zu begreifen und dabei eine handlungsfähige Strategie zu entwerfen. Sie läßt verständlich werden, warum zum einen alle Männer an der Beibehaltung der bisherigen Arbeitsteilung interessiert sind und warum jene Männer, die in den Klassenverhältnissen am meisten profitieren, am eindringlichsten gegen die Quote streiten bzw. ihre Intellektuellen für sich streiten lassen. Diese Anordnung erlaubt es uns auch zu erkennen, warum die Quotenpolitik (als Teilpolitik in den Geschlechterverhältnissen) »linke« Politik ist, selbst wenn beteiligte Männer der Linken dagegen streiten. Für einen Erfolg ist das Bündnis mit fortschrittlichen Männern zwingend. Zugleich wird auch erklärlich, warum Frauen selbst, die doch Nutznießerinnen einer Quotierung sind, zugleich auch gegen sie streiten können, aus ihrer alten Kultur und Gewohnheit heraus oder weil sie sich der herrschenden Kultur so unterwerfen, daß sie es als individuelles Versagen begreifen, wenn sie es in der im Licht stehenden Seite der Verhältnisse zu nichts bringen.

Es ist theoretisch wie politisch-praktisch von hohem Interesse, die Abwehrkämpfe gegen die Quote zu studieren. Sie führen uns an die Stellen, an denen Kapitalismus und Patriarchat zusammengewachsen sind. Sie können uns Einblicke geben in die Funktionsweise des Ideologischen, weil sie das Einverständnis der Bevölkerung mit der bisherigen Arbeitsteilung anrufen. Sie können zudem Fragen beantworten helfen, die das Zusammenwirken der Ökonomie, der Klassen und der Frauenunterdrückung betreffen. Für diesen Nutzen habe ich die Pressekampagne nach dem Quotierungsbeschluß der SPD 1988 studiert.<sup>4</sup>

### Die Leistungsgesellschaft

Eines der interessantesten Ergebnisse aus dieser Analyse ist der Stellenwert, den die Vorstellung von der Leistungsgesellschaft für den Zusammenhang von Frauenunterdrückung und Kapitalismus hat. Abstrakt war schon bekannt, daß die Auffassung, jeder, der etwas leiste in unserer Gesellschaft, könne es zu etwas bringen, und umgekehrt, wer es zu nichts bringe, habe eben nichts geleistet, zu den tragenden Ideologien gehört. Was aber jetzt neu entschlüsselbar wird, ist der Stellenwert, den diese Ideologie in der Reproduktion der Männergesellschaft hat. Durch die Quote könnte offenbar werden, daß die Mär, jeder sei seines Glückes Schmied, doch nicht stimmt, der offene Darwinismus schließlich doch nicht zur Gerechtigkeit führt. Und dahinter steckt auch die Angst, daß andere Ungerechtigkeiten als natürliches Ergebnis dieses liberalen Jeder-gegen-Jeden — bei dem dann einige Männer siegen und viele unterliegen — sichtbar werden könnten oder gar anklagbar, wenn wir erst der Quote zustimmen.

Daß diese Geschichte von dem Lohn der Tüchtigsten selber ein Märchen ist bzw. so nicht stimmt, hindert ja doch nicht, nach dieser Maxime zu leben und zu streben, sie vor allem zu legitimieren. Frauen sind da als Sozialcharaktere von vornherein ausgenommen — wer könnte sonst die Verantwortung für Kinder und

Mann tragen, wenn auch Frauen sich immerzu als tüchtig nach außen erweisen müßten, jede tüchtiger als jede? Frauen sollten lediglich die Leistungsideologie selbst auf Mann und Kinder übertragen, diese beim Rennen halten.

Der plötzliche Anspruch der Frauen auf Beteiligung an den Plätzen auf der politischen Bühne und die Abwehr mit dem Argument, hier gehe ja dann Geschlecht vor Leistung, gibt unvermittelt und schonungslos den kritischen Blick frei auf die Mittelmäßigkeit der bisherigen Plätzeinhaber. Es bleibt als Frage, ob das männliche Geschlecht wirklich nicht mehr als diese real existierenden Politiker hervorbringen kann oder ob am Ende Leistung überhaupt nicht das Kriterium war. Der Blick in die Presseberichterstattung enthüllt, daß zumindest in der SPD die Verteilung der Sitze nach »Erbe«, feudal, bodenständig geschieht. Man muß sich in seinem Bezirk hochdienen, auserwählt werden, lange Thronerbe sein — wirklicher Wettkampf und Blick auf Leistung betrifft nur eine sehr geringe Zahl der Sitze, im Grunde kaum mehr als zehn Prozent. Diejenigen, die sich in der Partei (oder in anderen Strukturen) hochgedient haben, werden auch weniger als leistungsstark denn als »qualifiziert« bezeichnet. Der Begriff der Qualifikation muß also die Legitimität der Erbhöfe, der Seilschaften bezeugen. Was aber verbirgt sich hinter der Qualifikation?

In einem Bericht über die Fernsehsendung »Die quotierte Frau« (FAZ, 2.9.88) wird der Quotenbeschluß — wie übrigens häufig — zunächst als ein »schwerer Rückschlag« für eine echte Politik der Gleichberechtigung bezeichnet. Die Erklärung erfolgt in der Form eines vom Autor erweiterten Zitats aus dem Grundgesetz, das darum auch erhellender wird: »Wirkliche Gleichberechtigung bedeutet ja, daß wichtige Posten und Ämter weder nach der Religion noch nach Geschlecht, weder nach Rassenzugehörigkeit noch auf Grund ererbter Privilegien vergeben werden, sondern allein im Blick auf die fachliche und charakterliche Qualifikation.« Da wir schon wissen, daß der Darwinismus mit dem Leistungsmaßstab sich nur auf einen kleinen Teil der Plätze bezieht, suchen wir nach neuen Belehrungen in diesen Behauptungen. Sie finden sich in der Benennung der übrigen Gruppen neben dem Geschlecht, die nicht maßgeblich in der Verteilung gesellschaftlicher Plätze sein sollen: Rasse, Religion, Feudaladel. Sie sollen sich beziehen auf nähere und fernere Vergangenheit. Die neuen Maßstäbe können nicht unumwunden als geschlechtliche ausgemacht werden, als Männerwerk. Beziehen wir aber die überraschende Ergänzung auf die bisher gewonnene Erkenntnis, daß die Zuweisung von Positionen eben nicht wettbewerbsförmig und nach Leistung geschieht, sondern vorab in den Strukturen andere Mechanismen Kraft haben, so können wir schließen, daß die Teilung der Arbeit und der gesellschaftlichen Bereiche (Erwerbsarbeit, Reproduktionsarbeit, Politik) offenbar eine Struktur geschaffen hat, die ihre eigene Reproduktion ermöglicht und erstreitet als eine Professionalisierung des Sich-Hochdienens in einer Clique von Machtbesitzern. Dies wird fachliche und charakterliche Qualifikation genannt. Ein Charakter hat eine Vergangenheit, er greift zurück auf Tradition. Darum ist es u.a. ein Skandal, wenn eine gewählt wird, die zum ersten Mal kandidiert (vgl. FAZ, 3.9.88).

Der Kommentator der Fernsehsendung meint weiter, daß die Quote ein Pyrrhussieg der Emanzipation war, eben weil ja die Frauen jetzt nicht nach

Qualifikation, sondern wegen der Quote gewählt würden. Daß jetzt weggelassen wird, daß auch die Frauen untereinander um die Plätze streiten müssen, hat System: Es wird dabei selbstverständlich unterstellt, daß es diesen Streit um Qualifikation in der übrigen SPD außerhalb eines kleinen Kampfraumes auch nicht gibt, sondern daß dies ein vorher abgemachtes Spiel ist, eine »Weitergabe an die Würdigen«. Daß nicht nur im Feld des unmittelbar Politischen, sondern auch in den kühlen Realitäten des Wirtschaftslebens Maßstäbe gelten, die die Frauen disqualifizieren, kann argumentativ einbezogen werden. Neutral zitiert der Kommentator die Aussage eines »Topmanagers« zur Seltenheit von Frauen in Chefetagen: Sie halten ihr Privatleben für wichtiger als die Karriereplanung, sie haben kein Durchsetzungsvermögen, schwache Taktiken. Das gehört ja im großen und ganzen zum Common Sense. Eine genauere Betrachtung dieser Dimensionen ist aber wiederum aufschlußreich für das Funktionieren von Politik und für die Frage nach dem Inhalt von Qualifikation und Charakter. Hier drängt sich die klare Karriereplanung geradezu auf als Frage des angemessenen Charakters. Die Hintanstellung des Privatlebens meint Absehung von den Fragen menschlicher Beziehungen, von der Wiederherstellung des Körpers, von Kindern, von der Kultur des Lebens — eine Zurichtung, das Gemeinwesen so zu regeln, daß es garantiert unwohnlich wird. Es ist unwahrscheinlich, daß Frauen kein Durchsetzungsvermögen haben, aber sie haben sicher das falsche. Der Mangel deutet darauf hin, daß große Firmen nicht wie private Haushalte geregelt werden können. Das ist an sich keine neue Erkenntnis, richtet aber unseren Blick auf das Wie der Unterscheidung. Einer, der nach oben will, setzt sich nicht schweigend durch, er schmeichelt nicht bloß, und seine Waffe ist auch nicht so sehr die List, vielmehr ist er darauf angewiesen, seine Durchsetzung dauernd laut ins rechte Licht zu rücken (Karriereplanungsberater vermitteln u.a. dieses als eigene Qualifikation). Dies ist sein Erfolgsgeheimnis. Er muß sich inserieren als jemand, der Erfolge hat auf der gesellschaftlichen Stufenleiter. Hier beißt sich die Katze in den Schwanz. Selbst wenn sie wollten, könnten Frauen sich so nicht inserieren — es würde ihnen niemand abnehmen, schon aus Gewohnheit nicht. Politische Erfolge beruhen zu einem großen Teil auch auf Reklame. Selbstinserate von Frauen, die deren Tradition und Dauer im politischen Amt belegen müßten, sind historisch unmöglich. Daher verlangt die Hereinnahme von Frauen ins Politische eine andere Weise des Wahlkampfes, der Verhandlungsführung bis hin zu anderen Weisen des Politikmachens überhaupt.

Wir sind häufig geneigt, Ideologien nach dem Prinzip von wahr und wirklich oder falsch zu beurteilen. Weit effektiver aber ist eine Ideologie, die zu einem Teil tatsächlich die Zuweisung von Plätzen, Karrieren, Möglichkeiten bestimmt und darum Gültigkeit für die Handlungen und das Streben der meisten Menschen erlangen kann. Daß überhaupt irgendwo nach Leistung belohnt wird, verdeckt, daß die gewöhnliche Verteilung die Selbstreproduktion eingessener Herrschaftsstrukturen — und also auch des Patriarchats — ist. Die Gleichmacherei im bisherigen Sozialismus und demnach die offizielle Abwesenheit eines Leistungsprinzips nährte hinterrücks die Auffassung, daß wir in unserem kapitalistischen Patriarchat nach dem Leistungsprinzip Plätze, Macht und Geld verteilen. Jede weitergehende Analyse und vor allem der Kampf gegen die Frauenbeteiligung

sprechen dafür, daß dies nicht so ist. In diesem Sinne sind Qualifikation, Charakter und Geschlecht Ausdrücke der gleichen Paßform: der Eignung zur Reproduktion eben dieses kapitalistischen Patriarchats. Diese Struktur gerät durch die Quote in Gefahr. Daher ist der Aufschrei, der dem SPD-Beschluß folgte, berechtigt, bei nur 60 Prozent Männerdominanz (schließlich sollen die Frauen bis 1998 erst 40 Prozent der jeweiligen Plätze erhalten) sei die Gesellschaft in ihrer derzeitigen Form zerstört. *Aber die Quote ersetzt nicht das Prinzip Leistung, sondern sie erlaubt zum ersten Mal seine allgemeine Anwendung.*

### **Männergesellschaft**

Im Medienkampf gegen die Frauenquote werden auch Anklagen aus der Frauenbewegung salonfähige allgemeine Argumente: Es wird ganz klar ausgesprochen, daß wir in einer Männergesellschaft leben und daß dies so bleiben soll. Neuartig und bemerkenswert ist, was als Schutz für dieses Patriarchat entzifferbar wird: nämlich das Grundgesetz und die Persönlichkeitsrechte der einzelnen. Das Grundgesetz erweist sich als Garant darwinistischer Entwicklungsprinzipien. Daß niemand »bevorzugt« werden darf, wendet sich gegen die Unterlegenen in einer gegebenen Struktur. Persönlichkeitsrechte erweisen sich als Grundformen ideologischer Vergesellschaftung. Mit sicherem Instinkt sieht ein Autor der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (G.H. vom 28.6.89), daß veränderte Existenzbedingungen zu veränderten Persönlichkeiten führen. Allerdings empfindet er mitfühlend als Verletzung, was die Unterdrückten wohl als Befreiung erstreiten wollen. Indem im großen und ganzen die heutige Männergesellschaft als »gesund« behauptet wird, erscheint jede Form von Frauenbeteiligung an ihren öffentlichen Strukturen als krank.

Der Kampf gegen die Quote zeigt, daß die Gleichsetzung von Männlichem mit dem Allgemeinen nicht bloß bewußtlose Gewohnheit, sondern bewußte Tat ist. Es gibt einen Zusammenhang zwischen der Anrufung von »Persönlichkeitsrechten« und ihres Schutzes und der Marginalisierung von Frauen im politischen Diskurs. Dabei wird u.a. deutlich, daß der Offizialdiskurs der Gleichberechtigung und sein Niederschlag im Grundgesetz ein Mittel der praktischen Verhinderung von Frauengleichstellung ist.<sup>5</sup>

### **Von der Natürlichkeit der Unterschiede**

Frauenunterdrückung legitimiert Unterdrückungsstrukturen überhaupt. Was bislang bloße Vermutung war, wird im Medienkampf gegen die Quote offen ausgesprochen: Die Frauenbenachteiligung sorgt dafür, daß auch andere Ungerechtigkeiten als »natürlich« wahrgenommen werden können: so die Marginalisierung von Alten, von Jungen, von Ausländern, von Homosexuellen. Selbst Klassengegensätze können noch als »natürliche« und interessante Ungleichheit gesprochen werden. Auch diese Gliederung der Gesellschaft gerät durcheinander, wenn mit der Vermenschlichung der Frauen erst ein Anfang für eine allgemeinemenschliche Gesellschaft als Projekt ihrer Mitglieder gemacht ist.

Aber die Verfechter des bisherigen Patriarchats können in ihrem ideologischen Kampf selbst noch mit den Widerständen aus der Frauenbewegung zu ihren eigenen

Gunsten arbeiten. Die lange Geschichte der Frauenunterdrückung, ihrer Ausgrenzung, ihrer Heraushaltung aus den Geschäften von Macht und Geld und ihrer Zuweisung zu den Bereichen der liebenden Sorge für das Leben selbst, haben weibliche Sozialcharaktere entstehen lassen, die zugleich Hoffnung auf eine Gesellschaft versprechen können, die nicht ausschließlich nach Profitgesetzen geregelt ist. Nicht zuletzt dieser Umstand hat dazu geführt, daß innerhalb der Frauenbewegung auf die Andersartigkeit von Frauen gesetzt wird, daß Gleichheit oder Gleichstellung gar keine notwendigen Ziele zu sein scheinen. Diese selbstbewußte Ausschließung von Frauen, der Rückzug aus der Verantwortung für eine Gesellschaft, an deren Strukturen sie so ungleich beteiligt sind, zeigt sich jetzt im Abwehrkampf gegen die Quote als geradezu mit Lust besetztes Argument der Rechten. Die Diskurse der Differenz, so sie gegen Gleichheit gerichtet sind, lassen sich für die Kampagne gegen Frauen benutzen, wenn sie nicht selbst in ein Konzept befreiter Gesellschaft eingebunden sind.

### Frauenbefreiung, Wissenschaft und Sozialismus

Folgt man der Analyse, ist es nicht mehr so verwunderlich, daß im Medienkampf gegen die Frauenquote immer an irgendeiner Stelle gedroht wird, ihre Durchsetzung sei gleichbedeutend mit Sozialismus. Von rechts wird ein Zusammenhang von Frauenbefreiung und Sozialismus behauptet, wo die existierenden sozialistischen Länder das Gegenteil vorzuführen scheinen. Verweise und Ermahnungen erinnern an die Arbeiter- und Bauernquote und damit an den Bruch mit den Privilegien der bisherigen Intellektuellen. Es gibt den drohenden Zeigefinger, der dem Aufbruch der 68er Studenten und ihrer Forderung nach gleichen Chancen »angestammte und erworbene Rechtspositionen« entgegenhält (FAZ, 16.7.88). Außerordentlich lehrreich wird vorgeführt, daß die Gleichheit im Offizialdiskurs doch längst erreicht sei und eine praktische Einklagung — wie dies die Quotenforderung ist — die allgemeine Ideologie unserer Gesellschaft als frei, gleich, klassenlos und demokratisch usw. in Frage stellt.

Eigentümlicherweise wird die Frage der Frauenquote niemals im Zusammenhang mit der wissenschaftlich-technischen Revolution, mit dem wissenschaftlichen Zeitalter diskutiert. Wissenschaft taucht statt dessen überall dort auf, wo Sozialismusgefahr angezeigt sein soll: vornehmlich im kollektiven Anspruch der Frauen in einer Gesellschaft, deren Zusammenhalt und Reproduktion gerade in der Vereinzelung ihrer Mitglieder besteht. Das ist eine weitere Lehre aus der Kampagne gegen die Quotierung. Es wird ein Einbruch in die Vereinzelung durch kollektive Zusammenschlüsse bekämpft. Soweit Frauenunterdrückung die Vereinzelung von Frauen beinhaltet, war sie mithin ein wichtiges Mittel gegen jede kollektive Lösung, sorgte mit für die Vereinzelung auch der schon kollektiv vergesellschafteten Männer. Das Mittel, mit dem diese drohende Kollektivlösung bekämpft wird, ist die Verteufelung der Wissenschaft als Kältestrom, als Vernunft, Rationalität, wie dies heute Mode ist. Die Quote ist unweiblich. Das hört man schon am Wort. Das Wort kommt aus der Statistik. Fast die Hälfte aller Artikel polemisiert im Namen des Individuellen gegen das Statistische, als ob das bloße Zählen das Gezählte mit mathematischen Mitteln enteelen könnte.

Die Gefahr für die Gesellschaft liegt in der wissenschaftlichen Durchdringung, die das Kollektiv ermöglicht, gar selbst erzwingt. Denn es geht hier um eine kollektive anstelle individueller Auslegung der Repräsentation des ganzen Volkes. Was befürchtet wird, ist, daß sich die einzelnen nicht länger als einzelne begreifen. Bis hierher wäre also ein politischer Nutzen der Quote, daß sie — neben der Hauptsache: einer größeren Beteiligung der Frauen in der Politik — sowohl die Leistungs-ideologie als auch die Vereinzelung der Menschen in Bewegung bringen kann.

Unverhofft tauchen die Geschlechterverhältnisse an einem Horizont auf, an dem wir sie noch nicht erwarteten: im Zusammenhang mit Fragen der Regulierung dieser Gesellschaft. Das kommt noch ein wenig ungefähr, mehr im Modus des Bedeutens. Wir werden nachdrücklich und immer wieder darauf hingewiesen: die SPD macht Frauenpolitik bzw. entscheidet sich für die Quote, weil sie kein Wirtschaftsprogramm hat, keine Wirtschaftspolitik machen kann. Wer nicht mehr weiß, wie dieses Gemeinwesen geregelt werden soll, beschäftigt sich mit Frauen, läßt sie heran, gibt gar an sie ab. Frauenpolitik ist in jedem Fall eine Absage an die Fähigkeit, diese Gesellschaft mit einem Wirtschaftsprogramm zu versorgen. Also ganz einfach: mit den Frauen in der Regierung brauchen wir eine andere Gesellschaft. In Frage stehen die säuberlichen Bereichstrennungen in Privatheit und Öffentlichkeit, oder anders: in Produktion, Reproduktion und Politik, deren Auseinander zugleich die Unterdrückung der Frauen braucht und die Regelung der gemeinsamen Produktion nach Profitgesetzen verewigt. Insofern ist die alte Wirtschaftspolitik — so sie eine war — mit den neuen Frauen dann nicht machbar, steht gewissermaßen polemisch gegen sie, wenn diese Quotierung tatsächlich alle Positionen und Funktionen ergreift und die Bedingungen, die dafür notwendig sind, gleichzeitig umwälzt. Dies muß durch eine Unterstützung von unten und von außen vorangetrieben werden.

Frauenunterdrückung sichert also auf mehrfache Weise die vorhandenen Gesellschaftsstrukturen. U.a. wird durch die Quote die systematische Vereinzelung durchkreuzt, kollektive Lösungen werden denkbar und möglich. Die Einsetzung von Frauen in allgemeine Gesellschaftlichkeit läßt Gesellschaft als Allgemeine am Horizont der Möglichkeiten auftauchen. Damit steht die lange umkämpfte Verbindung von Arbeiterbewegung und Frauenbewegung wieder, wenn auch neu und anders, auf der Tagesordnung. Der moderne Abgesang auf die Arbeiterbewegung verbindet sich mit dem Kampf gegen die Frauenquote und rückt damit die aktuellen Krisenprobleme von Arbeitslosigkeit, Arbeitsorganisation, Arbeitszeitpolitik, Verwissenschaftlichung der Produktion, Gewerkschafts- und Parteipolitik und neuer Wirtschaftsordnung zusammen mit der Frauenunterdrückung in einen explosiven Zusammenhang.

Eigentümlicherweise wird im gesamten Quotenabwehrkampf über zwei Bereiche geschwiegen: über die Geschlechterverhältnisse und über die Reproduktion der Gattung als dem Bereich, der in unserer Gesellschaft ausschließlich zu Lasten der Frauen geregelt ist. Sollen wir darum annehmen, daß unsere politökonomische Skizze über den inneren Zusammenhang unserer Produktionsverhältnisse nicht stimmt? Oder können wir eher davon ausgehen, daß systematisches Schweigen noch immer zu den Kampfmitteln von Herrschaft gehört und daß das Aussprechen der Wahrheit auch befreiende Kraft hat?

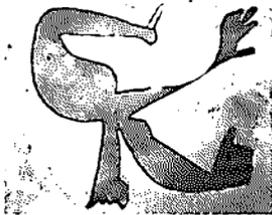
Fassen wir zusammen: Bloß analytisch betrachtet ist die Forderung nach einer Beteiligung der Frauen an allen Geschäften gemäß ihrem Anteil in der Gesellschaft (also etwa 51 Prozent) eine schlichte Ignoranz gegen die Struktur. Die vollständige Einsetzung der Frauen in die Erwerbsarbeit bringt — wie uns die bisherigen sozialistischen Länder lehrten — eine ebenso vollständige Überlastung der Frauen, die wiederum dazu beiträgt, sie in den unteren Positionen der Erwerbsstruktur anzusiedeln. Wie wir inzwischen aus der Sowjetunion wissen, führten 70 Jahre Sozialismus dazu, daß 97 Prozent der Frauen berufstätig sind und ihr Arbeitstag 16 bis 18 Stunden hat, wenn man die zweite Schicht zu Hause und in den Schlangen vor den Lebensmittelläden dazurechnet. In der DDR ist die ökonomische Lage nicht so schlecht, daher beträgt der Arbeitstag der Frauen nurmehr etwa vier Stunden Hausarbeit zusätzlich, und wieder sehen wir in großer Selbstverständlichkeit die Reproduktion des Patriarchats auf der politischen Bühne. Insofern kann die Forderung nach einer Frauenquote wirkungsvoll nur im Zusammenhang mit einer rigorosen täglichen Arbeitszeitverkürzung auf dem Sektor der Erwerbsarbeit für alle zusammen gestellt werden, um auf diese Weise Frauen und Männern eine vollständige Lebensarbeit überhaupt zu ermöglichen. Freilich stellt sich nach einer so umfassenden Zurücknahme von Arbeitsteilung unvermittelt die Demokratiefrage. Warum sollten Menschen, die ihr Leben ganzheitlich sinnvoll und selbstbewußt regeln, bereit sein, im Erwerbsbereich Arbeit zu verrichten, deren sozialer Sinn nicht einsichtig wird? Warum sollten sie nicht mitbestimmen wollen über Sinn und Zweck der Produktion der Lebensmittel, wenn sie selbst es sind, die alle auch für das Leben verantwortlich sind? Warum also sollten sie, die die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung zurückzunehmen imstande waren, die Professionalisierung von Politik als eigene Arbeitsteilung ertragen? Ungelöst bleibt auch die Frage, ob es möglich ist, innerhalb des existierenden Kapitalismus mit einer allgemeinen etwa vierstündigen Erwerbsarbeit auszukommen, damit die beiden anderen Bereiche in die je individuellen Leben passen. Von ihrem Resultat her gedacht ist die Quotenfrage in dem genannten Sinn also im Grunde die Systemfrage. Sie setzt eine Revolution in den Bereichen der Arbeitsteilung und in der gesellschaftlichen Kultur voraus. Die Quotierung unter Beibehaltung der herkömmlichen Strukturen ist demnach unmöglich. Solche Überlegungen sollten uns nicht hindern, auf allen Ebenen mit der Quotenpolitik zu beginnen, weil es keine andere Möglichkeit einer humanen Veränderung der Gesellschaft gibt.

## Anmerkungen

- 1 Vgl. dazu Haug, F., u. K. Hauser: Frauenerfahrung und Geschlechtsbegriff. In: *Das Argument* 177, 1989.
- 2 Dystopien, geschrieben von Frauen, denken folgerichtig eine zukünftige Gesellschaft als Herrschaft von Männern und Frauen über Arbeiter und Mägde, wobei letztere unfrei sind und für die gesamte Reproduktion der Menschen dienen müssen — so etwa Margret Atwood in: *Der Report der Magd*. Düsseldorf 1987.
- 3 Immer offener als tyrannisch zeigen sich in diesem Zeitalter die Diskussionen älterer Männer aus der CDU, die die Verschärfung des Abtreibungsparagrafen vorantreiben wollen.
- 4 Die Analyse findet sich in ausführlicher Form mit allen belegenden Zitaten in: *Jahrbuch der Hochschule für Wirtschaft und Politik »Frauen macht Politik«*, 1990.
- 5 Vgl. auch den Beschluß des Oberverwaltungsgerichts Münster, nach dem die Quote verfassungswidrig ist (Juni 1989).

---

## »Die Arbeit mit Erinnerungen kann uns den Blick auf andere Möglichkeiten freilegen«



Frigga Haug

### Erinnerungsarbeit

Argument

Frigga Haug

### Erinnerungsarbeit

ca. 250 Seiten, br., DM 28,-

Unsere Erinnerungen wirken ein Muster in die Vielfalt unserer Erfahrungen. Die Wege, die wir einschlagen, erscheinen uns als selbstverständliche Linien in unserer Entwicklung. Die Alternativen, die wir ausschlagen, als unwegsames Gelände. So, wie wir sind, mit allen Fähigkeiten und Unfähigkeiten, scheinen wir zwangsläufig zu sein. Wir blicken auf uns, als seien wir bloße Natur und nichts bewußt Gemachtes. Die Arbeit mit den Erinnerungen kann uns den Blick auf andere Möglichkeiten freilegen. Indem wir uns historisch sehen, können wir unsere eigene Geschichte so entziffern, daß wir ihre allgemei-

nen Züge erkennen und Wege zu größerer Handlungsfähigkeit erproben. Erinnerungsarbeit ist empirische Forschung, und sie ist mit Theoriekritik verbunden.

Im vorliegenden Buch veröffentlichen wir die wichtigsten Texte (in überarbeiteter Form) von Frigga Haug aus 10 Jahren Erinnerungsarbeit. Einige von ihnen sind seit langem vergriffen; die meisten haben eine heftige Diskussion ausgelöst; sie sind in viele Sprachen übersetzt. Zwei Texte erscheinen erstmalig in deutscher Sprache. Alle Aufsätze haben einen praktischen Bezug, greifen in die Frauenbewegung ein. So sind sie Grundlage für Arbeitsgruppen wie Aufforderung zur Weiterarbeit.

Inhalt: Frauen — Opfer oder Täter? / Zur Diskussion um Opfer-Täter / Erinnerungsarbeit / Die Langeweile in der Ökonomie / Frauen und Theorie / Verantwortung als Masochismus / Frauenbefreiung als Männerwerk / Die Moral ist zweigeschlechtlich wie der Mensch / Moral und Arbeitsteilung / Tagträume / Sozialisation als Vergesellschaftung / Eine Hausfrau im Widerstand kann keine Hausfrau sein / Subjekt Frau — Zur Politik von Erinnerung / Zeit der Privatisierungen? / In der Arbeit zu Hause sein?

## Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

---

Claudia Pinl

## Die armen Männer — Abwehrkämpfe gegen »Quotistinnen«

Regelungen zur systematischen Bevorzugung von Frauen bei der Vergabe von Parteiämtern, Parlamentsmandaten und Erwerbsarbeitsplätzen wurden bis vor wenigen Jahren nur in kleinen juristischen und politischen Fachzirkeln diskutiert. Auch als die *Grünen* begannen, ihre Vorstände und Wahllisten mindestens paritätisch mit Frauen zu besetzen, hatte dies keine nachhaltige Wirkung auf die öffentliche Diskussion. Selbst das »Feminat«, der aus sechs Frauen bestehende Fraktionsvorstand der Bundestags-*Grünen* (1984), erregte zwar Aufsehen, konnte aber noch unter der Rubrik »politische Exotik« abgetan werden. Erst seit eine der beiden großen Parteien, die SPD, sich eine interne Quotenregelung zugunsten von Frauen verordnet hat (1988) und gar Miene macht, in den von ihr regierten Bundesländern Frauen bei der Stellenbesetzung im öffentlichen Dienst zu bevorzugen, wird die Sache ernst: Der männliche Widerstand formiert sich. Nicht alle gehen soweit wie der FDP-Fraktionsvorsitzende im Düsseldorfer Landtag, Rohde, dem zur Vorlage eines »Frauenförderungsgesetzes« der Landesregierung einfiel, die darin enthaltene Quotenregelung sei »die Wiederholung der südafrikanischen Apartheidpolitik gegen junge Männer« (Landtag NRW, Plenarprotokoll 23.8.89). Die Nerven sind dünn geworden, die Männerwelt ist empfindsam. Als die Berliner Senatorin Klein (AL) für das Frauenreferat ihres Hauses per Anzeige »Amtsrätinnen« und »Regierungsrätinnen« suchte, trat sofort ein Kläger gegen die »diskriminierende Stellenausschreibung« auf den Plan; die Zeitung *Der Tagesspiegel* ereiferte sich über diese »politische Provokation« (3.9.89), eine Empörung, die unterbleibt, wenn die Bundesbahn per Plakat »Lokführer« sucht, eine Bierbrauerei »Vertriebs-Bezirksleiter« oder ein Reinigungsunternehmen »Raumpflegerinnen«.

Drei Argumentationsmuster sind es vor allem, die in der jetzt an Schärfe gewinnenden Debatte eine Rolle spielen: Die Frage der »Gleichberechtigung« der Männer bzw. ihre Diskriminierung durch die »einseitige« Bevorzugung von Frauen; die Frage der »Qualifikation« (von Frauen) und schließlich ein Muster, das ich »Der Mann als Sozialfall« nennen möchte. Alle drei Muster werden verwandt, um öffentlich gewordene Ansprüche von Frauen auf Ämter und Funktionen abzuwehren. Dabei erweist sich, daß die »sachlichen«, juristisch verbrämten Abwehrstrategien (»die Gleichberechtigung der Männer wird mißachtet«, »Frauen sind nicht qualifiziert genug«) allmählich an Glaubwürdigkeit verlieren. Als Auffangnetz dient daher in letzter Zeit ein mehr emotional getöntes Muster, das soziale Schutzbedürftigkeit für den von weiblichen Ansprüchen bedrängten Mann reklamiert.

### »Männerdiskriminierung«

Ein Rechtsassessor, der sich 1987 vergeblich auf eine von der *Grünen* Bundestagsfraktion ausgeschriebenen Stelle für eine Juristin beworben hatte, zog vor Gericht. Seine Klage: Die Fraktion habe, indem sie die Stelle ausschließlich für

Frauen ausschrieb und seine Bewerbung zurückwies, ihn »als Mann in seiner Geschlechtsehre verletzt«, gegen den Gleichheitsgrundsatz der Verfassung und gegen die §§ 611a und 611b des Bürgerlichen Gesetzbuches verstoßen (Unzulässigkeit von Diskriminierung bei Begründung eines Arbeitsverhältnisses). Der Assessor forderte Schadensersatz. Das Bonner Arbeitsgericht wies die Klage zurück; als »Tendenzträger« (§ 118 Betriebsverfassungsgesetz) sei die Fraktion berechtigt, ihren politischen Zielen gemäß Arbeitsplätze zugunsten von Frauen zu quotieren und damit auch vom allgemeinen Gleichbehandlungsgebot abzuweichen (Arbeitsgericht Bonn, 1987). In seiner Entscheidung drückte sich das Arbeitsgericht vor der Frage, inwieweit der Gleichberechtigungsgrundsatz der Verfassung (Art. 3, II GG) von seiner Intention her darauf angelegt ist, die strukturelle Benachteiligung von Frauen zu beheben bzw. zu begrenzen, so daß Männer — soweit sie nicht im Kernbereich ihrer Grundrechte, etwa der Berufsfreiheit, betroffen sind — nicht umstandslos eine Diskriminierung auf Grund des Geschlechts reklamieren können, wenn sie irgendwo einmal an die Barrikade »Frauenförderung« stoßen.<sup>1</sup>

Eine unzulässige Diskriminierung von Männern sehen verschiedene Gruppierungen aber auch in dem am 1. Dezember 1989 in Kraft getretenen nordrhein-westfälischen »Frauenfördergesetz« (Gesetzes- und Verordnungsblatt NRW 1989). So monierte bei einer Anhörung im Düsseldorfer Landtag der Landesverband NRW des Deutschen Richterbundes:

»Der Gesetzentwurf strebt keine Chancengleichheit, sondern eine unvertretbare Bevorzugung der Frauen durch die Forderung einer Einstellungs- und Beförderungsquote von 50 Prozent an. Das dürfte eine verfassungswidrige Einschränkung des Kernbereichs von Artikel 3, Absatz 2 und 3 des Grundgesetzes darstellen (positive Diskriminierung).« (Landtag NRW 1989, Zuschrift 10/2694).

Eine Auslegung, die Gleichheitsgrundsatz und Gleichberechtigungsgebot so undifferenziert zugunsten von Männern interpretiert, ist aber selbst nicht mehr auf der Höhe der juristischen Auseinandersetzung. Angesichts der kaum zu leugnenden systematischen Benachteiligung von Frauen bis hin zu ihrem de facto-Ausschluß aus den oberen Rängen der politischen und wirtschaftlichen Macht-hierarchien kommen in der Nachfolge Ernst Bendas immer mehr VerfassungsrechtlerInnen zu der Ansicht, daß kompensatorische Maßnahmen zugunsten von Frauen machbar und legitim sind (Benda 1986; vgl. dazu Slupik 1987). Frauen sind in dieser Zunft seltene Erscheinungen, aber ihnen vor allem ist es zu verdanken, wenn sich doch hier und da die Einsicht durchsetzt, »der Gleichberechtigungsgrundsatz aus Artikel 3, II GG verpflichtet (den Gesetzgeber), nicht als pures Abwehrrecht, sondern als Wertentscheidung für eine auf Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern basierende Gesellschaftsordnung« (Pfarr 1988, 83).

Weitere wichtige Waffen in den Abwehrkämpfen gegen »Quotistinnen«<sup>2</sup> sind die Begriffe »Qualifikation« und »Leistung«.

## Frauen — das minderqualifizierte Geschlecht

»Jedem nach seiner Leistung« — daß nach diesem Grundsatz in unserer Gesellschaft materielle Werte, Einfluß und Arbeitsplätze verteilt werden, ist die tragende Ideologie des Gesellschaftssystems. In der Realität wird der Grundsatz in vielfacher Weise durchbrochen. Ehrenwerte Motive zur Durchbrechung des Leistungsprinzips, wie Rücksicht auf sozial Schwache, stehen neben weniger ehrenwerten, wozu etwa gehören die Tendenz von Eliten, sich selbst zu kooptieren, das bekannte Phänomen der Männer-Seilschaften oder schlicht die Ämterpatronage und der Parteibuch-Filz.<sup>3</sup> Die alltägliche und allgemeinste Durchbrechung des Leistungsprinzips besteht aber in der systematischen Benachteiligung (bis hin zur Ausgrenzung) von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen.

Für den öffentlichen Dienst ist das Leistungsprinzip in den Rang eines Verfassungsgrundsatzes erhoben worden: Die Personalrekrutierung dort, so schreibt es Artikel 33 Grundgesetz vor, habe nach den Kriterien Eignung, Befähigung und fachliche Leistung zu erfolgen. Offenbar sind Eignung, Befähigung und fachliche Leistung in überaus einseitiger Weise in der Bevölkerung verteilt. Wie sonst wäre es zu erklären, daß Frauen nur zu 7,7 Prozent im Höheren Dienst der Bundesverwaltung vertreten sind, während sie fast 80 Prozent aller nach BAT IXa entlohten Angestellten des einfachen Dienstes stellen (Bundestagsdrucksache 1988a)? Sicher ist jedenfalls, daß dort, wo es um gutbezahlte Stellen mit Einfluß und Leitungsfunktionen geht, Frauen offenbar im allgemeinen weder für fähig noch für geeignet gehalten werden, diese auszufüllen.

Der Zweifel an der »Qualifikation« kann sich bis zur offenen Aggression steigern, wenn es um die Besetzung eines herausragenden Postens geht, der mit öffentlichen Repräsentationspflichten und einem entsprechenden Gehalt verbunden ist. Als das Konzil der Hamburger Hochschule für Bildende Künste die 33jährige Diplom-Psychologin und frühere Bürgerschaftsabgeordnete der GAL, Adrienne Göhler, zur Präsidentin dieser Hochschule wählte, brach ein Sturm der Entrüstung los. »Mit Sorge« wandten sich kurz nach der Konzilsentscheidung rund 50 Kulturschaffende, überwiegend männlichen Geschlechts, an den für die Ernennung der Präsidentin zuständigen Senator von Münch:

»Uns erschreckt die Aussicht, dieses wichtige Amt für sechs Jahre unwiderruflich mit einer Kandidatin besetzt zu sehen, die keine fachliche Qualifikation aufzuweisen hat, die 'ganz bewußt ... kein Konzept' vorlegt, ja der ein 'Mangel an ausreichenden Sachkenntnissen' öffentlich und, wie wir finden, zynischerweise als 'unschätzbarer Vorteil' angerechnet wird. (...) Unter den gegebenen Voraussetzungen müssen wir eine dilettantische, von außerkünstlerischen Gesichtspunkten bestimmte Amtsführung befürchten. (...) Insbesondere würden wir es für ein fatales, der Frauenemanzipation (in der wir eine selbstverständliche Forderung sehen und die wir unterstützen) gerade schädliches Mißverständnis halten, Weiblichkeit als Ersatz für Fachqualifikation oder gar als Gegensatz dazu aufzufassen ...« (Brief 1989)

Eine junge unkonventionelle Frau strebte eine Stelle an, die, wie die *Frankfurter Rundschau* bemerkte, bisher »ältlichen Herren mit anderen Parteibüchern« vorbehalten war. Die Tatsache, daß Adrienne Göhler offensichtlich kein Produkt des Milieus war, dem sie nun vorstehen sollte, war bereits provozierend. Daß eine Frau durch das engmaschige Netz von Kunst- und Hochschulszene, Männerkumpanei und Parteibuchkarrierismus geschlüpft war, verletzte jedoch noch in

besonderer Weise. Ihr aussichtsreichster Mitbewerber, der Literaturprofessor Hartmut Böhme, qualifizierte Göhlers Wahl wie folgt. »Dieses seltsame Kreuzungsprodukt aus feministischen Mißverständnissen und innovationsverhinderndem Mittelmaß ist in meinen Augen objektiv reaktionär« (*Frankfurter Rundschau*, 1.6.89). Die »Qualifikation« männlicher Kandidaten für herausgehobene Funktionen wird, wenn überhaupt, weitaus weniger rabiat eingefordert. So ist es zum Beispiel für ausgediente Figuren von der Bonner politischen Bühne relativ leicht, Versorgungsposten etwa in den öffentlich-rechtlichen Anstalten zu erhalten. Fast schon ungewöhnlich lange dauerte die Suche des ehemaligen Regierungssprechers Friedhelm Ost. Er durfte nacheinander weder Intendant der Deutschen Welle noch Präsident der Hessischen Landeszentralbank noch Vorstandsmitglied der staatlichen DSL-Bank werden, bis er schließlich im Aufsichtsrat der Ruhrkohle AG und als CDU-Kandidat in einem sicheren Bundestagswahlkreis landete.<sup>4</sup>

Das für den öffentlichen Dienst Verfassungsrang beanspruchende Leistungsprinzip wird aber nicht nur durch politische Kungelei und Klüngelei, durch Männerseilschaften und Ämterpatronage durchbrochen; darüber hinaus gibt es *gesetzliche* Quotierungsvorschriften, die sich zugunsten der Männer auswirken. Zum Beispiel sind nach dem Soldatenversorgungsgesetz ehemalige Zeitsoldaten der Bundeswehr bevorzugt in den öffentlichen Dienst aufzunehmen. In den Vorbereitungsdiensten von Bund, Ländern und Gemeinden müssen ihnen nach den §§ 11 und 12 dieses Gesetzes Plätze freigehalten werden. Außerdem ist jede zehnte freie Angestellten-Stelle im gehobenen Dienst für sie zu reservieren. Auch die Verordnung über die zentrale Vergabe von Studienplätzen (Vergabeverordnung ZVS) und entsprechende Verordnungen der Länder bevorzugen ehemalige Soldaten. Sie sind bei der Vergabe rarer Studienplätze »bevorzugt auszuwählen«. Ziel solcher Regelungen ist es, Wehrdienstleistenden die gleichen Startchancen in Numerus-Clausus Fächern zu gewährleisten wie anderen Studierwilligen. In gleicher Weise ein Recht auf »bevorzugte Auswahl« haben Absolventinnen des Freiwilligen Sozialen Jahres und ehemalige EntwicklungshelferInnen. Faktisch wirken sich diese Regelungen so aus, daß junge Frauen zu bestimmten Zeiten, in bestimmten Studienfächern und/oder an bestimmten Universitäten kaum eine Chance auf einen Studienplatz haben.<sup>5</sup> Im öffentlichen Dienst gibt es außerdem zahlreiche Quotenregelungen zugunsten von Männern unterhalb der gesetzlichen Regelung. In Bereichen, in die Frauen gerade wegen ihrer zunehmenden Qualifikation verstärkt hineinströmen, wird das Leistungsprinzip flugs außer Kraft gesetzt, um Männern »ihre« Anteile an den Stellen zu sichern. 1986 wurde der Vorschlag des Braunschweiger Oberlandesgerichtspräsidenten Wassermann bekannt, die Eingangsqualifikation für den Niedersächsischen Justizdienst zu senken. Denn die verlangten guten Examensnoten bewirkten, daß dort überwiegend junge Frauen den Vorbereitungsdienst antraten. Die Stadt Leverkusen hat einen Damm gegen eine ihr offensichtlich drohende Flut von Stadtinspektorinnen errichtet: Stelle man in der *Bayer*-Stadt ausschließlich nach Qualifikation und Schulnoten ein, würden junge Männer nur noch rund 20 Prozent der Inspektoren-Anwärter ausmachen. Abhilfe schaffte eine 50-Prozent-Quote zugunsten der männlichen Bewerber (Dokumentation 1988, 43).

Derartige Quotenregelungen zugunsten des starken Geschlechts kennt die Privatwirtschaft selbstverständlich auch, vor allem im Ausbildungsbereich. So praktizieren zum Beispiel die Karlsruher Lebensversicherung und die Deutsche Bank bei der Auswahl ihrer Auszubildenden eine 50-Prozent-Geschlechterquote — nach Schulnoten und Testergebnissen könnten nur rund 20 Prozent junge Männer eingestellt werden (IFPA 1987; vgl. dazu Fricke/Schuchardt 1987).<sup>6</sup> Andererseits sind nur rund 12 Prozent der Unternehmen der Privatwirtschaft bereit, im Rahmen von Frauenförderplänen Frauen bei gleicher Qualifikation den Vorzug zu geben (BMJFFG 1987, 45).

### Der Mann als Sozialfall

Mit steigendem schulischem und beruflichem Bildungsstand von Frauen ist abzusehen, wann das Argument angeblich mangelnder weiblicher Qualifikation als Waffe in der Abwehr von »Quotistinnen« stumpf wird. Aber schon hat man eine weitere Bastion errichtet, hinter der die Männerwelt sich jetzt verschanzt. Nicht mehr Supermann — groß, qualifiziert und leistungsstark — wird gegen die Quotenfrau ins Rennen geschickt. Der Ruf nach sozialer Gerechtigkeit für den braven Familienvater scheint hier und da wirksamer als das Auftrumpfen leistungsstarker Männlichkeit. Der Mann als Sozialfall ist sozusagen eine moderne Variante der spätestens seit Lassalle bekannten Figur des »Ernährers«, zu dessen Gunsten jahrzehntlang das Verlangen von Frauen nach Erwerb und Lohn zurückzustehen hatte. Manchmal klingt das Thema nur beiläufig an, wie in dem Beschluß des Oberverwaltungsgerichts Münster, worin dem Arnberger Regierungspräsidenten unter Berufung auf das Frauenförderungskonzept des Landes verboten wurde, eine Frau statt eines gleich qualifizierten Mannes auf eine Konrektorenstelle zu berufen. Lapidar merkt das Gericht an, der Antragsteller sei verheiratet und habe fünf Kinder, seine Konkurrentin dagegen »kinderlos verheiratet« (OVG NRW 1989).

In anderer Weise stellt auch der Westberliner Pädagogik-Professor Dieter Lenzen den »sozialen« Aspekt in den Mittelpunkt seiner Kritik am Frauenförderungskonzept der Wissenschaftssenatorin Riedmüller-Seel (SPD):

»Aber man darf sich nicht täuschen: Diese Frauenförderung kann ein massives Problem der Versorgung männlicher Habilitierter nach sich ziehen. Denn davon gibt es jetzt mehr als genug, von über 300 inadäquat oder gar nicht beschäftigten Privatdozenten spricht man allein an der Freien Universität. Erstaunlicherweise haben diese Männer bisher stillgehalten. Ob sich dieser Zustand aber stabilisiert, wenn frisch habilitierte Frauen an ihnen vorbeiziehen auf dem Weg zu den begehrten Professuren, das darf bezweifelt werden.« (Frankfurter Rundschau, 5.10.89; Hervorh. i. Orig.)

Wir erfahren nicht nur, daß wirksame Quotierungsmaßnahmen oder Frauenförderungskonzepte männliche Versorgungsfälle schaffen, deutlich ist auch die Drohung: wenn eine politische Instanz Miene macht, die skandalöse Unterrepräsentanz der Frauen an den Hochschulen aufzuheben, ist der soziale Friede gefährdet. In einer weiteren Variante dieses Argumentationszusammenhangs wird uns dann vorgeführt — z.B. vom Nordrhein-Westfälischen Städte- und Gemeindebund —, wie sich Gleichstellungspolitik gegen die Interessen und Emanzipation der Frauen selbst wendet:

»Im Ergebnis kann der Gesetzentwurf sogar dazu führen, daß Frauen ohne besondere familiäre Belastungen auch gegenüber Männern bevorzugt werden, die sich durch Teilzeitbeschäftigung oder als 'Hausmann', der die berufliche Tätigkeit zumindest befristet vollständig aufgibt, zugunsten der beruflichen Chancen ihrer Frau und zu Lasten ihrer beruflichen Chancen gegen die bisher immer noch vorherrschende Rollenverteilung entschieden haben. Die Benachteiligung dieser Männer selbst gegenüber Frauen ohne jede familiäre Verpflichtung wird sicher bei den übrigen Männern die Bereitschaft nicht stärken, zumindest zu einer gleichgewichtigen Verteilung der Aufgaben zu kommen, die sich durch Kindererziehung und Familie stellen. Dies ist aber auch eine wesentliche Voraussetzung zur Förderung der beruflichen Chancen der Frauen, die bisher einseitig zu Gunsten der Familie auf die Realisierung ihrer beruflichen Chancen verzichtet haben. Damit wirkt sich die Begünstigung von Frauen ohne Familie und Kinder gegenüber diesen Männern indirekt sogar noch zu Lasten der eigentlich benachteiligten Frauen aus.« (Landtag Nordrhein-Westfalen 1989, Zuschrift 10/2689).

Es ist jedoch nicht zu befürchten, daß der verheiratete Familienvater von fünf Kindern, vielleicht noch von Zins- und Tilgungszahlungen für das Eigenheim bedrückt, nun unter die Räder der Frauenförderung gerät. Ein soziales Sicherungsnetz ist bereits gespannt. Der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Ernst Benda (CDU), dessen Gutachten zur Frauenförderung der SPD als Gußform für deren einschlägige Gesetzentwürfe dient, hat vorgeschrieben: Eine Härteklausele für den männlichen Sozialfall, »individuelle Chancengleichheit« oder auch »Einzelfallgerechtigkeit« genannt, verhütet das Schlimmste:

»Entscheidet (der Gesetzgeber) sich für ein leistungsbezogenes Quotierungsmodell, muß aber die Möglichkeit verbleiben, bei der Entscheidung im Einzelfall neben dem Förderungsziel andere Gesichtspunkte insbesondere sozialer Art zu berücksichtigen. In Betracht kommen daher entweder Zielvorgaben wie leistungsbezogene Quotenregelung, die im Einzelfall Abweichungen aus anderen und überwiegenden Gründen zulassen.« (Benda 1986, S.183).

Das NRW-Frauenförderungsgesetz sieht denn auch vor, daß Frauen »bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung« bevorzugt einzustellen und zu befördern sind — aber nur, »sofern nicht in der Person eines Mitbewerbers liegende Gründe überwiegen« (Artikel I, 1. und 2. Gesetzes- und Verordnungsblatt des Landes NRW 1989). Welche Gründe das sein könnten, ließ Innenminister Schnoor bei der Ersten Lesung des Gesetzentwurfs am 26. Januar 1989 im Düsseldorf Landtag durchblicken: Demnach können »Dienst- und Lebensalter«, »Familienstand«, und »soziale Gründe« aller Frauenförderung zum Trotz den Ausschlag für den männlichen Bewerber geben. Schnoor erwähnte in seiner Rede »die Sorge von Müttern ..., mit Inkrafttreten des Frauenförderungsgesetzes kämen die Männer, die Söhne, auf absehbare Zeit nicht mehr zum Zuge«. Und er stellt klar: »Diese Sorgen sind aber nicht berechtigt.«

### Wankt das Patriarchat?

»Autonome Frauenpolitik wird bei Rezeption durch die etablierten Parteien und Gruppen einem spezifischen Selektionsprozeß unterworfen, in dem alle die politischen Gehalte herausgefiltert werden, die über eine Modernisierung patriarchaler Grundstrukturen, also vor allem der geschlechtlichen Arbeitsteilung, hinausführen.« (Kontos 1988, vgl. auch Ketscher 1989)

Die Form, in der gegenwärtig die Forderung nach Frauenquoten in den öffentlichen Bereichen umgesetzt wird, ist keine Bedrohung für die patriarchale Gesell-

schaft. Bis auf den *Grünen*-Entwurf eines Antidiskriminierungsgesetzes (Bundestagsdrucksache 1988b) operieren alle vorliegenden Entwürfe von Frauenförderungs- und Gleichstellungsgesetzen mit dem Begriff der »gleichen« oder »gleichwertigen« Qualifikation. Wie ich versucht habe zu zeigen, ist dies eine Falle. In einer patriarchalen Gesellschaft ist ein Mann im Zweifelsfall immer qualifizierter als eine Frau, weil die geschlechtliche Arbeitsteilung dafür sorgt, daß Männer lebenslang für Beruf und Karriere verfügbar sind, auch wenn sie Väter kleiner Kinder sind.<sup>7</sup> Dem männlichen Erfindungsreichtum, Frauen die »gleiche« oder »gleichwertige« Qualifikation abzusprechen, wird, so fürchte ich, keine Grenze gesetzt sein. Und selbst wenn die weibliche Konkurrenz als »gleich qualifiziert« oder »geeignet« befunden wird, so wird wahrscheinlich noch nicht einmal dann das gewohnte Vortrittsrecht der Männer ernsthaft gefährdet, denn dann bietet sich die »Einzelfallgerechtigkeit« als soziale »Notbremse« geradezu an.

Bevorzugsregelungen, die sich umstandslos den vorgegebenen Prägungen von »Qualifikation« und »Leistung« anpassen, können keine substantiellen Änderungen zugunsten von Frauen herbeiführen. Veränderungen kann es nur durch Regelungen geben, die Frauen bevorzugen, ohne sie vorher im Prokrustes-Bett männlicher Maßstäbe zurichten zu wollen. Vor diesem Hintergrund haben die *Grünen* in dem erwähnten Gesetzentwurf die Forderung einer Quotierung nach Mindestqualifikation formuliert. Diese Forderung besagt, daß in Arbeitsbereichen, die einer Quotenregelung unterliegen, die für eine Stelle notwendige Schul-, Universitäts- oder Berufsausbildung als Voraussetzung für eine Einstellung ausreichend sein soll. Darüber hinaus sollen die Stellen, die der Quotierung unterliegen, zunächst jeweils zweimal intern und extern ausschließlich für Frauen ausgeschrieben werden. So soll verhindert werden, daß bereits im Bewerbungsstadium Frauen mit Männern konkurrieren müssen, um dann vielleicht festzustellen, daß doch wieder einmal der »kleine Unterschied« die ausschlaggebende Qualifikation darstellt. Eine solche »harte« Quotierung stellt meiner Meinung nach eine Form kompensatorischen Rechts zugunsten von Frauen dar, das substanziiell etwas an der ungleichen Verteilung von Erwerbchancen und damit auch an der die ganze Gesellschaft durchziehenden Arbeitsteilung nach Geschlecht verändern könnte (vgl. Cavarero 1989, McKinnon 1989).

Die Bevorzugsregelungen für Frauen, die es in der Bundesrepublik bislang gibt, sind nicht viel mehr wert als das Papier, auf dem sie gedruckt sind. Auch der SPD-Fraktionsvorsitzende im nordrhein-westfälischen Landtag, Friedhelm Farthmann, ist selbstverständlich nicht durch die vorsichtige Frauenquote in der SPD-Satzung in seiner Position gefährdet, obwohl man aus seinen verbalen Ausfällen anläßlich der Aufstellung der Reserveliste zur Landtagswahl dies hätte schließen können (vgl. *Frankfurter Rundschau*, 15.2.90). Woher also die Angst der Männer vor der Quote? Es scheint, als stelle allein die Forderung nach Quotierung — gekoppelt mit dem deutlicher werdenden Willen von Frauen, ihre Rechte auch wahrzunehmen — die bisher lautlos arbeitenden Verteilungsmechanismen des Patriarchats bereits in Frage. Verteilungsmechanismen, die bisher mit der Selbstverständlichkeit von Naturgesetzen dafür sorgten, daß Männer die mit Öffentlichkeit, Kompetenz, Macht, Einfluß, Geld und sozialer Sicherheit

verbundenen Funktionen wahrnahmen, während für Frauen die unsichtbaren, schlecht oder gar nicht entlohnten, ungesicherten und nachgeordneten Tätigkeiten reserviert blieben. Das könnte man jedenfalls aus den zahlreichen männlichen Stellungnahmen zum Thema »Quote« schließen und aus der oft damit verbundenen Drohung, Druck werde Gegendruck erzeugen, der soziale Friede gar sei gefährdet.<sup>8</sup> Es geht offenbar um weit mehr als um Futterneid und Konkurrenz vor dem Hintergrund hoher Arbeitslosenzahlen. Wenn Männer untereinander konkurrieren, kommt es jedenfalls im allgemeinen nicht zu derartig heftigen Gefühlsaufwallungen. Ich vermute, daß die Heftigkeit der Reaktionen etwas zu tun hat mit der Infragestellung eines von den meisten Männern verinnerlichten Bildes von Männlichkeit. Zur Identität fast aller Männer in der patriarchalen Industriegesellschaft scheint es zu gehören, daß Geld, Prestige und/oder Macht — wie unbedeutsam die Quantitäten im Einzelfall auch ausfallen mögen — ihnen oder ihren Geschlechtsgenossen zustehen. Alle anderen Vorstellungen wirken offenbar bedrohlich. Eine plausible Erklärung für die tiefe Verankerung dieser chauvinistischen Anteile in den Persönlichkeiten der meisten Männer scheint mir das von Gudrun-Axeli Knapp entwickelte Konzept des »Identitätszwangs« zu sein, über den die geschlechtlichen Rollenzwänge bis in die persönlichen Identitäten der Menschen hinein durchgesetzt werden (Knapp 1988).

Ein Stück männlicher Identität wird bereits durch die Diskussion der Quote in Frage gestellt: Das Bild (und Selbstbild der meisten Männer) als »Ernährer«, des lebenslang und ohne größere Unterbrechungen für die Berufarbeit Verfügbaren, des in der öffentlichen Sphäre kompetenten Mannes, der dann allerdings zu seiner Regeneration eine private Kuschelecke braucht (welche durch den Auszug der »Quotistinnen« ebenfalls bedroht erscheint). Weil sie auf die Möglichkeit verweist, die geschlechtliche Arbeitsteilung aufzuheben, entfaltet die Quotendiskussion bereits jetzt gesellschaftliche Brisanz, bevor ernsthafte Modelle überhaupt umgesetzt sind. Es wundert daher nicht, daß zur Abwehr von »Quotistinnen«-Ansprüchen auf Urbilder der geschlechtlichen Arbeitsteilung zurückgegriffen wird, nachdem die scheinbar sachlichen und juristischen Argumente, auch das der angeblich mangelhaften Qualifikation der Frauen, allmählich an Wirkung verlieren.

## Anmerkungen

- 1 Zur Frage, ob nicht aus der Entstehungsgeschichte des Art. 3, II GG abgeleitet werden muß, daß sich nur Frauen auf den Gleichberechtigungsgrundsatz berufen können, vgl. Pfarr 1988; Slupik 1988.
- 2 Der Begriff »Quotistinnen« ist dem Hauptamtsleiter der Stadt Bergisch Gladbach, Schekerka, zu verdanken. Vgl. *Bonner Rundschau* 3.2.89.
- 3 So werden z.B. maximal 12 % der Sitze im 35köpfigen Parteivorstand der SPD unabhängig von bereits bestehenden Ansprüchen der Landesvorsitzenden, des Parteivorsitzenden und seiner Stellvertreter vergeben. Vgl. Haug, F., 1990.
- 4 Vgl. z.B. den Bericht über Zusammensetzung und Qualifikation der Mitglieder des Zentralbankrates in: *Der Spiegel* 20/1989, 130ff. Bei vielen der 18 Räte ist unklar, auf Grund welcher Qualifikation sie die Währungspolitik der Bundesrepublik bestimmen.

- 5 So gab es zu Beginn des Wintersemesters 1988/89 unter den 320 neu zugelassenen Jura-Studierenden der Universität Heidelberg lediglich 5 % Frauen. Später stieg der Frauenanteil durch Nachrückverfahren auf 28 Prozent. Über 50 Prozent der ursprünglichen BewerberInnen waren aber Frauen.
- 6 Demnach praktizieren viele Firmen solche Quotenregelungen zugunsten junger Männer in den Ausbildungsbereichen, in denen in etwa gleichem Maße Frauen und Männer um Ausbildungsplätze konkurrieren.
- 7 Die Quotenregelung zugunsten von Männern in der Leverkusener Stadtverwaltung wird mit »personalwirtschaftlichen Problemen« begündet, die entstünden, wenn überwiegend Frauen beschäftigt würden. Denn »falls in fünf Jahren alle Kinder haben sollten, darf die Verwaltung nicht ausbluten.« (Dokumentation 1988, S.43)
- 8 Mündliche Stellungnahme eines Vertreters des Deutschen Beamtenbundes, Landesbund Nordrhein-Westfalen, bei der Anhörung am 8.5.1989 im Düsseldorfer Landtag.

## Literaturverzeichnis

- Arbeitsgericht Bonn: Beschluß vom 16.9.1987, 4 Ca 1398/87
- Benda, Ernst, 1986: Notwendigkeit und Möglichkeit positiver Aktionen zugunsten von Frauen im öffentlichen Dienst. Gutachten im Auftrag der Leitstelle Gleichstellung der Frau der Freien und Hansestadt Hamburg
- Brief »An den Präses der Behörde für Wissenschaft und Forschung, Herrn Senator Professor Dr. Ingo von Münch« vom 21.3.1989
- BMJFFG (Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit), 1987: Frauenförderung in Unternehmen der Bundesrepublik Deutschland. Konferenzbericht 23.11.1987
- ders., 1988: Geschlechtsrollen im Wandel. Partnerschaft und Aufgabenverteilung in der Familie. Schriftenreihe Bd. 235. Stuttgart, West-Berlin, Köln
- Bundestagsdrucksache 11/2270, 1988a: Frauenanteil an den Beschäftigten in Bundesbehörden. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der *Grünen* vom 6.5.1988
- Bundestagsdrucksache 11/3266, 1988b: Gesetzentwurf der Fraktion *Die Grünen* zur Aufhebung der Benachteiligung von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen, insbesondere in der Erwerbsarbeit (Antidiskriminierungsgesetz Teil I) vom 7.11.1988
- Cavarero, Adriana, 1989: Die Perspektive der sexuellen Differenz. Referat auf der Konferenz »Menschenrechte haben (k)ein Geschlecht«, Frankfurt/M. 5. bis 8.10.1989
- Dokumentation der 3. Tagung mit den Gleichstellungsbeauftragten in Nordrhein-Westfalen, 1988. In: Parlamentarische Staatssekretärin für die Gleichstellung von Mann und Frau (Hrsg.): Dokumente und Berichte 6. Düsseldorf 1988
- Fricke, E., und W. Schuchardt, 1987: Dienstleistungen im Zeitalter technologieorientierter Rationalisierungstendenzen. In: Soziale Welt, Sonderband 5, 1987. Zit. nach Notz, Gisela: Zukunft oder keine. In: WSI-Mitteilungen 11/89, 689ff.
- Gesetzes- und Verordnungsblatt des Landes Nordrhein-Westfalen, 17.11.89, 567
- Haug, Frigga, 1990: Weniger ist zuviel. Gleichstellungskämpfe in der BRD. In: Jahrbuch der Hochschule für Wirtschaft und Politik, Hamburg
- IFPA (Initiative Frauen Presse Agentur) 9/1987
- Ketscher, Kirsten, 1989: Geschlechtsquotensysteme als Mittel zur Verbesserung der rechtlichen Stellung von Frauen. In: Streit 3/89, 83ff.
- Knapp, Gudrun-Axeli, 1988: Die vergessene Differenz. In: Feministische Studien, H.1
- Kontos, Silvia, 1989: Zum Verhältnis von Autonomie und Partizipation. Die Frauenbewegung im Kontext der neuen sozialen Bewegungen. Referat auf der Konferenz »Menschenrechte haben (k)ein Geschlecht«, Frankfurt/M. 5. bis 8.10.1989
- OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluß vom 15.6.1989, 6B 1318/89
- Pfarr, Heide, 1988: Quoten und Grundgesetz. Baden-Baden
- Slupik, Vera, 1987: Frauen sind keine Sozialfälle. *Tageszeitung*, 11.6.87
- ders., 1988: Die Entscheidung des Grundgesetzes für Parität im Geschlechterverhältnis. West-Berlin

Herausgegeben von  
Elisabeth Vogelheim

## **Grenzen der Gleichheit**

Frauenarbeit  
zwischen Tradition  
und Aufbruch

Elisabeth Vogelheim (Hrsg.)

## **GRENZEN DER GLEICHHEIT**

Frauenarbeit zwischen  
Tradition und Aufbruch

März 1990, ca. 220 Seiten, DM 28,-  
ISBN 3-924800-84-7



SP-Verlag  
Schüren  
3550 Marburg



In diesem Band sind Beiträge verschiedener Autorinnen vereint, die sich der Frauenarbeit jeweils unter eigenen Aspekten nähern, aber immer das ambivalente Verhältnis zwischen technischem Fortschritt und seinen gesellschaftlichen Auswirkungen im Auge behalten.

Ursula Holtgrewe

## **SCHREIB-DIENST**

Frauenarbeit im Büro

1990, 144 Seiten, DM 24,80  
ISBN 3-924800-83-9



Eine Studie von  
Ursula Holtgrewe



Schreib-Dienst - von jeher war Frauenarbeit im Büro mehr als die Summe technischer Fähigkeiten. Charme und Einfühlungsvermögen galten als unumgängliche Voraussetzung für die »ideale« Sekretärin. Die Technikentwicklung im Büro schafft Freiräume, aber die Geschlechterhierarchie am Arbeitsplatz ist dadurch allein nicht zu überwinden.

Bezug  
durch den  
Buchhandel

Sibylle Raasch

## Frauenförderung in der Privatwirtschaft

Daß Frauen im Erwerbsleben nicht die gleichen beruflichen Chancen wie Männer haben, ist unbestritten. Der Arbeitsmarkt ist geschlechtsspezifisch horizontal und vertikal segmentiert, d.h. Frauen haben heute nur zu einem begrenzten Teil aller Tätigkeiten und Berufe des Erwerbsbereichs Zugang. Ihr Segment, repräsentiert vor allem durch die sogenannten Frauenbranchen und Frauenberufe, ist deutlich kleiner als das der Männer (vgl. BMJFG 1984, 12, 22; Willms-Herget 1985, 211ff.). Diese horizontale Segmentierung hat sich in den letzten Jahren sogar noch verstärkt, der Konzentrationsgrad des jeweiligen Geschlechts in seinen Domänen ist entgegen landläufiger Annahmen eher im Steigen begriffen (vgl. *iwd* Nr. 21, v. 25.2.87, 1). Die schnelle Modernisierung des Beschäftigungssystems in den siebziger Jahren hat keineswegs zu einer stärkeren Öffnung der Berufe für beide Geschlechter geführt, sondern im Gegenteil eher ihre stärkere Schließung eingeleitet (Willms-Herget 1985, 229). Aufstiegs- und vor allem Spitzenpositionen sind sowohl in Männer- als auch in Frauendomänen nach wie vor ein Privileg der Männer (ebd., 158ff.).

Ich will in diesem Beitrag der Frage nachgehen, inwieweit Frauen beruflicher Benachteiligung durch ein verändertes Berufswahlverhalten entgehen könnten. Im zweiten Schritt ist nach Wegen und Mitteln zu fragen, wie der Erwerbsbereich im Interesse der Frauen zu verändern wäre. Das Recht, insbesondere Quotierung, so meine Abschlußthese, könnte hierzu einen wesentlichen Beitrag leisten.

### Frauen in Männerdomänen

Die Aufforderung an Frauen, es doch einfach mutig den Männern gleichzutun, um ihre Arbeitsmarktprobleme zu lösen, geht weit an der Realität vorbei. Der Arbeitsmarkt ist nämlich für Frauen gerade in den Bereichen besonders problematisch, in denen Männer relativ günstige Beschäftigungschancen haben: in der Medizin, in den Wirtschaftswissenschaften und in den technischen Disziplinen (vgl. Krais/Trommer 1988, 727). Im zukunftssträchtigen Hochtechnologiebereich sind die Zahlen für Frauenbeschäftigung sogar rückläufig (vgl. Lippmann 1986, 50, 52).

Auch die Ausbildung von Frauen in gewerblich-technischen Berufen mindert keineswegs ihr Risiko, erwerbslos zu werden — im Gegenteil liegt ihr Arbeitslosigkeitsrisiko in der Mehrzahl dieser sogenannten Männerberufe deutlich über demjenigen vergleichbarer Männer (vgl. Strauß 1986, 189). In vielen Fällen liegt es ebenfalls höher als in Dienstleistungsberufen allgemein oder sogar in typischen Frauenberufen (ebd., 117, 183), vor denen Frauen gerade wegen des Erwerbslosigkeitsrisikos häufig gewarnt werden. Zudem wird mit dem Eintritt von Frauen in bisherige Männerdomänen eine zusätzliche interne Segmentierung erkennbar, in der Frauen ebenfalls wieder benachteiligt sind (vgl. Müller-Demary/Mutz/Wald 1989, 50ff.; Paul-Kohlhoff/Strauß 1986, 139).

Dies gilt ebenso für Akademikerinnen in Männerdomänen: Mit ca. 5 % lag die Erwerbslosenquote von HochschulabsolventInnen 1987 zwar deutlich unter derjenigen anderer Qualifikationsgruppen. Aber Frauen stellten hiervon über die Hälfte, obwohl sie nur etwas mehr als ein Drittel der HochschulabsolventInnen ausmachen (vgl. Kraus/Trommer 1988, 721, 727). Lag die Arbeitslosenquote der Betriebswirte 1985 deutlich unter 4 %, lag sie dagegen bei Betriebswirtinnen über 11 %. Bei Ingenieuren und Ingenieurinnen lautete der Vergleich sogar knapp 5 % zu über 17 % (ebd., 728). Ingenieurinnen sind heute zwar nicht mehr nur im Bereich der beruflichen Peripherie beschäftigt, sondern auch im sogenannten Kernbereich, insbesondere in der Forschung und Software-Entwicklung. Sie gelangen jedoch immer noch nicht in die aufstiegsträchtigeren produktionsnahen Bereiche, beispielsweise in die Konstruktionsabteilungen (vgl. Janshen/Rudolph 1987, 209, 211f.)

Im Aufstiegsbereich addieren sich die Probleme. Weibliche Berufskarrieren sind hier eher selten (ebd. 218). Bei MBB lag der Frauenanteil 1981 insgesamt bei 18,8 %, in Positionen mit akademischer Ausbildung jedoch nur bei 3,1 %. Die Mehrzahl davon war dem wirtschaftswissenschaftlichen und nicht dem technischen Bereich zuzurechnen. Bei leitenden Angestellten schließlich hatten Frauen nur noch einen Anteil von 2 % (vgl. Lippmann 1986, 74). IBM hatte 1987 einen Frauenanteil von insgesamt 17 %. Bei den außertariflichen Angestellten waren es 8 % Frauen und bei Führungspositionen nur 3,6 % (vgl. Fleck 1988, 7).

Der Statistik nach hat also weder eine frauenuntypische Berufswahl noch eine Höherqualifikation an der Benachteiligung der Frauen im Erwerbsbereich Grundlegendes verändert. Im Gegenteil: Frauen zahlen oft für ihr Pionierinnen-dasein mit erhöhten beruflichen Risiken und Nachteilen.

### **Die Unvereinbarkeit von Beruf und privater Reproduktion für Frauen**

Welche Erklärungen stehen hinter diesen Zahlen? Die Behauptung, die Segmentierung des Arbeitsmarktes sei Ergebnis gezielter Einstellungs- und Aufstiegsdiskriminierung, greift ebenso zu kurz wie die Behauptung, die Frauen wollten nicht in Männerdomänen arbeiten bzw. nicht aufsteigen.

Natürlich gibt es nach wie vor erhebliche Vorurteile gegenüber Frauen in technischen Berufen oder in Führungspositionen. Die wenigen Klagen von Frauen wegen Einstellungsdiskriminierung — bei Aufstiegsdiskriminierung wurden bisher gar keine bekannt — belegen nicht das Fehlen von Diskriminierung, sondern lediglich die Unzulänglichkeit des vorhandenen juristischen Instrumentariums, um dagegen anzugehen. Die Tatsache, daß das Angebotspotential der Frauen größer ist als die Einstellungsquote der Unternehmen (vgl. für MBB Lippmann 1986, 28), die Erfahrungen der Arbeitsämter (vgl. Witten 1986, 183) und ein überproportional hoher Frauenanteil in allen Arbeitslosengruppen weisen deutlich auf Frauendiskriminierung hin.

Belegt ist umgekehrt allerdings auch, daß die große Mehrheit der Frauen nach wie vor in die für Frauen bisher typischen Berufsfelder drängt und die Nachfrage nach geschlechtsuntypischen Arbeitsplätzen gering ist. Auch haben Frauen nicht nur eine andere Aufstiegsmotivation als Männer, die sich treffend mit inhaltlichem

»Erfolg statt Karriere« beschreiben läßt (Werner/Bernardoni 1987, 143ff.). Sie sind tatsächlich insgesamt weniger aufstiegsorientiert als Männer. So äußerten in einer Interview-Studie aus dem journalistischen Bereich 75 % der Männer, aber nur 40 % der Frauen Interesse an einer leitenden Funktion (ebd.). 46 % der befragten Ingenieurinnen einer anderen Studie möchten nicht beruflich aufsteigen, gegenüber nur 28 % der befragten Männer (vgl. Janshen/Rudolph 1987, 257).

Hinter diesen Tatsachen steht jedoch als eigentliches Hauptproblem die Unvereinbarkeit von Erwerbsarbeit und privater Reproduktionsarbeit, die gegenwärtig noch immer eine Domäne der Frauen ist. Es besteht ein signifikanter Zusammenhang zwischen Frauenarbeitslosigkeit und familiärer Situation. Denn Frauen mit Kindern bis zu vierzehn Jahren sind ihrerseits wieder unter den arbeitslosen Frauen deutlich überrepräsentiert (vgl. BMJFG 1984, 26). Die von Unternehmen oft beklagten Aufstiegs hemmnisse bei Frauen, mangelnde örtliche Mobilität und zeitliche Verfügbarkeit, sind darauf zurückzuführen, daß Frauen auf ihre familiären Aufgaben mehr Rücksicht nehmen (müssen) als Männer.

Es ist anzunehmen, daß sich bisherige Männerdomänen den Anforderungen und Wünschen der Frauen noch stärker verschließen als sonstige Bereiche. Janshen/Rudolph (1987) kommen in ihrer Ingenieurinnen-Studie zu dem Ergebnis, daß bereits die Hausarbeit sowie die gegensätzlichen Verhaltensanforderungen von Berufs- und Privatsphäre die Ingenieurinnen stark belasten (250ff., 270f.), vor allem aber sei die Verwirklichung des Kinderwunsches bisher für viele ein ungelöstes Problem (277). Für Frauen in Führungspositionen gibt es vergleichbare Probleme (vgl. Werner/Bernardoni 1987, 98ff., 104ff., 149ff.). Der Preis, den viele Frauen für die Tätigkeit in einer Männerdomäne und insbesondere in Führungspositionen zu zahlen haben, heißt derzeit vielfach ganz hart: Verzicht auf das Zusammenleben mit einem Mann und insbesondere auf Kinder.

Die empirischen Befunde sind bedrückend. Während von den befragten Ingenieuren alle in Partnerschaften lebten, bei steigendem Lebensalter zunehmend mit Hausfrauen, hatten mit etwa 40 % überraschend viele Ingenieurinnen keine Partnerbeziehung. Auch unter den übrigen lebten 20 % allein, und nur die verbleibenden 40 % lebten in einer gemeinsamen Wohnung zusammen mit ihrem Partner (vgl. Janshen/Rudolph 1987, 269). Auch der Erfolg von Frauen in gewerblich-technischen Berufen scheint signifikant mit ihrer Kinderlosigkeit zu korrelieren (vgl. Strauß 1986, 120). Zu ähnlichen Ergebnissen kommt auch eine Studie über Führungskräfte in der Privatwirtschaft. Während für Männer in Führungspositionen das Zusammenleben mit einer Hausfrau und (meist zwei) Kindern typisch ist, haben nur 39 % der befragten Managerinnen Kinder, meist eines. Leben in der Altersgruppe bis zu 39 Jahren noch 71 % der Frauen im Vergleich zu 83 % der Männer mit einem Partner bzw. einer Partnerin zusammen, sind es in der Gruppe ab 50 Jahren nur noch 48 % der Frauen, aber sogar 90 % der Männer (vgl. Bischoff 1986, 75, 78f., 82).

Wenn die große Mehrheit der Frauen heute noch vor dem Einstieg in Männerdomänen zurückschreckt oder zumindest ab einer bestimmten Ebene nicht weiter aufsteigen will, ist das nicht einfach ein Motivationsdefizit, das durch ent-

sprechende Bildungsmaßnahmen auszugleichen wäre. Die Frauen schätzen ihre Lebensalternativen realistisch ein und verweigern einen Preis, der ihnen für Berufseinstieg oder -aufstieg unangemessen hoch erscheint. Nicht allein die Frauen müssen ihre Motivation ändern, insbesondere die gesellschaftlichen Bedingungen für Erwerbs- und Familienarbeit sind zu verändern. Die heute bestehenden Möglichkeiten, Erziehungsurlaub zu nehmen, sind nicht geeignet, dieses Problem zu lösen. Eineinhalb Jahre Familientätigkeit wahlweise für Frauen oder Männer genügen nicht, um den Konflikt zwischen Erwerbstätigkeit und Familienarbeit aufzufangen. Auch die finanzielle Absicherung ist völlig unzureichend und der Kündigungsschutz erheblich durchlöchert. Nach zwölf Monaten Ausscheiden aus dem Betrieb droht zudem das Erlöschen bisher erworbener innerbetrieblicher Anwartschaften. Da die fachliche Qualifikation — besonders im Ingenieurbereich — schnell veraltet, steigt bei längeren Berufsunterbrechungen auch das Reintegrationsrisiko erheblich an.

### **Koordinierte Veränderungsstrategien für Beruf und Privatleben**

Als Alibifrauen oder Einzelkämpferinnen sind Frauen nicht in der Lage, ihre Anforderungen an das Berufsleben im Betrieb durchzusetzen. Der Anpassungsdruck auf Frauen in sogenannten Männerberufen und in Führungspositionen darf keinesfalls unterschätzt werden. Damit Frauen überhaupt ihre spezifischen Orientierungen und Verhaltensweisen in ein derartiges Berufsfeld gestaltend einbringen, gar darüber hinaus Neues in dem Berufsfeld entwickeln können, wie es inzwischen so oft erhofft wird, müssen sie als Gruppe auftreten, sich gegenseitig bestätigen und stützen können.

Es bedarf daher einer betrieblichen Personalpolitik, die in relativ kurzen Zeiträumen eine relevante Anzahl von Frauen in bisher männlich dominierte Tätigkeitsbereiche bringt. Das genügt jedoch nicht. Parallel dazu müssen die Arbeitsplatzstrukturen und Arbeitsbedingungen so verändert werden, daß es für eine erhebliche Anzahl von Frauen auch attraktiv und realistisch ist, hier tätig zu werden. Hauptpunkte sind im Hinblick auf die privaten Reproduktionsanforderungen flexibilisierte Arbeitszeiten, risikolose Beurlaubungsmöglichkeiten bzw. Teilzeitarbeit auf gut dotierten Positionen, kooperative Arbeitsformen anstatt autoritär-hierarchischer Entscheidungsstrukturen sowie nicht zuletzt ein Betriebsklima frei von sexuellen Belästigungen jeder Art. In allen diesen Punkten sind bisherige Männerdomänen offenbar besonders veränderungsresistent (vgl. z.B. Hinweise bei Janshen/Rudolph 1987, 231ff., 277; Paul-Kohlhoff/Strauß 1986, 139).

Schließlich muß sich zugleich im Privatbereich Grundlegendes ändern. Die heutige Situation, in der Frauen, die Mann und Kinder versorgen müssen, gezwungen sind, mit Männern zu konkurrieren, hinter denen eine andere Frau zu ihrer Entlastung und Versorgung steht, ist gleichstellungspolitisch unakzeptabel. Hier müssen sogar Frauen mit eindeutig beruflicher Priorität in ihrer Orientierung allzuoft scheitern. Vom Staat ist, beispielsweise bei Bildungsgeld, Erziehungsrente oder Steuerrecht, zu fordern, daß er die bisherige Privilegierung der Hausfrauenehe unterläßt. Statt dessen sind partnerschaftliche Lebens-

modelle mit gleichmäßiger Aufgabenverteilung zwischen den Geschlechtern zu fördern und die dringend erforderliche Entlastung der privaten Reproduktion durch eine funktionierende Infrastruktur öffentlicher Dienstleistungen zu gewährleisten. Es ist ein erster Hoffnungsschimmer, wenn sich inzwischen auch das Management Gedanken über das Familienleben seiner männlicher Mitarbeiter machen muß, weil Frauen und Kinder die bisher üblichen Anpassungsleistungen an die Berufswelt des Mannes bzw. Vaters nicht mehr durchgängig erbringen. Wenn die Familie aus betrieblicher Sicht zum »Strefaktor« der männlichen Führungskräfte wird (vgl. Titelthema in: Management Wissen 4/1987), ist das, frauenpolitisch betrachtet, durchaus eine Verbesserung.

### Frauenförderpläne mit Frauenquoten

Die geltenden gesetzlichen Verbote von Geschlechtsdiskriminierung der §§ 611a ff. BGB sind unzulänglich. Wesentliche Teile sind als sanktionslose Sollvorschriften praktisch unverbindlich. So wird das Verbot der geschlechtsspezifischen Stellenausschreibung von den Unternehmen über die Anzeigenabteilungen der Zeitungen bis hin zu den Arbeitsämtern alltäglich erkennbar ignoriert. Bei Einstellungs- und Aufstiegsdiskriminierung sowie sexueller Belästigung geraten Frauen immer wieder in Beweisnot und müssen die informellen Sanktionen für ihre »Rechthaberei« im Betrieb oder vor den Gerichten durchstehen. Können sie im Fall sexueller Belästigung den vorliegenden Erfahrungen nach froh sein, wenn sie einen anderen Arbeitsplatz erhalten, während der Belästiger zumeist an seinem Arbeitsplatz belassen wird, winkt ihnen am Ende eines erfolgreichen Prozesses wegen Einstellungs- oder Aufstiegsdiskriminierung nicht etwa die vorerhaltene Position, sondern — zumindest dem Gesetz nach — nur Ersatz ihrer Portokosten. Erst das Zusammenspiel des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften mit innerstaatlichen Arbeitsgerichten hat den Frauen einen — im Einzelfall immer noch unsicheren — Anspruch auf zumindest ein Monatsgehalt als Schadensersatz wegen erlittener Einstellungsdiskriminierung gebracht (vgl. Rechtsprechungsüberblick bei Raasch 1985, 325ff., und BAG BB 1989, 630).

Aber selbst durch effektivere Diskriminierungsverbote für jeden Einzelfall allein könnte der im Interesse der Frauen erforderliche Strukturwandel des Erwerbsbereichs nicht bewirkt werden. Die Prozeßgeschichte zahlreicher Entscheidungen des U.S. Supreme Court, in denen das oberste Gericht Quotierungen verhängte, nachdem mildere Mittel der Untergeichte, deren jahrelange Ermahnungen, Vorhaltungen und Programmwürfe von den Unternehmern immer wieder ignoriert wurden, illustriert das große Widerstandspotential gegen Gleichberechtigung. Selbst wenn Frauen Diskriminierungsklagen durchstehen und gewinnen, entfalten die Urteile nur direkte Wirkung für den konkreten Einzelfall in der Vergangenheit. Allerdings hat die Gefahr, wegen Geschlechtsdiskriminierung zu immensen Geldsummen als Kompensation verurteilt zu werden, in den USA bei manchen Großunternehmen ein personalpolitisches Umdenken eingeleitet. Das Frauenförderprogramm von AT&T ist hierfür ein besonders überzeugendes Beispiel.

In jedem Fall können Diskriminierungsklagen, die ja immer die bestehende Situation konkreter Männer zum Vergleichsmaßstab nehmen müssen, weder einem Nachholbedarf der Frauen als Geschlechtsgruppe zur Durchsetzung verhelfen noch können sie die Strukturen des Erwerbsbereichs verändern. Beides ist aber zur Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau unerlässlich. Es ist deshalb kein Zufall, daß in Schweden und in den USA über einzelne Diskriminierungsverbote hinaus bereits seit langem zu einer Politik der systematischen, planmäßigen Förderung von Frauen übergegangen worden ist (vgl. Krebsbach-Gnath/Schmid-Jörg 1985, 22ff., 31ff.). Diese Förderpolitik ist dort erfolgreich, wo auf der Basis einer Bestandsanalyse und im Rahmen eines detaillierten Frauenförderplanes auch mit quantitativen Anteilsvorgaben, also Quoten, systematisch eine Personalpolitik zu Gunsten von Frauen betrieben wird. Mit dem Frauenförderplan von AT&T von 1972 bis 1982 stiegen z.B. die Frauenanteile in technischen Berufen von 2,8 % auf 12,3 % und im Management von 33,2 % auf 39,6 % (Krebsbach-Gnath/Schmid-Jörg 1985, 27). Das isolierte Verhängen einzelner Ausbildungs- und Beschäftigungsquoten ohne personalpolitische Flankierung hatte hingegen kaum Erfolg (Schmid-Jörg u.a. 1981, 219).

Besonders wirkungsvoll hat sich in Schweden und den USA die Verkoppelung öffentlicher Gelder mit Auflagen zur Frauenförderung erwiesen. Als schwedische Arbeitgeber staatliche Zuschüsse nur noch unter der Auflage erhielten, mindestens je 40 % der neuen Arbeitsplätze an beide Geschlechter zu vergeben, gab es signifikante Änderungen in der innerbetrieblichen Personalpolitik. Der Frauenanteil in bezuschußten Betrieben stieg 1974 bis 1978 von 17 auf 22 %. In neu bezuschußten Betrieben betrug der Frauenanteil an den Einstellungen sogar 47 % (Sterner/Fürst Mellström 1985, 65). In den USA, wo öffentliche Aufträge in der Regel nur an Unternehmen vergeben werden, die nicht diskriminieren bzw. eine vorhandene Diskriminierung durch Förderpläne wirksam bekämpfen, ließen sich bereits im Zeitraum 1970 bis 1975 erhebliche Veränderungen in Großunternehmen nachweisen. Die Frauenanteile an leitenden Positionen, im akademischen Bereich und in technischen Berufen steigerten sich häufig um 20 bis 40 %, in einzelnen Branchen sogar um 150 bis 200 % (Krebsbach-Gnath/Schmid-Jörg 1985, 26).

### **Freiwillige Frauenförderung in der Privatwirtschaft**

In der Bundesrepublik Deutschland werden drei Typen praktiziert: Die Ausbildung von Frauen in gewerblich-technischen Berufen, insbesondere über Modellversuche; Motivations- und Qualifikationsprogramme für den Aufstieg von Frauen; Modelle für Elternurlaub. Hinzu kommen seit 1988 die ersten kollektivvertraglichen Vereinbarungen über Frauenförderung zwischen Gewerkschaften, Betriebsräten und privaten Arbeitgebern, die verschiedene Elemente dieser drei Formen enthalten.

Die Modellversuche zur Frauenausbildung in gewerblich-technischen Berufen sind inzwischen umfassend ausgewertet. Sie haben gezeigt, daß Frauen technische Fertigkeiten ebenso erlernen können wie Männer und in der beruflichen Praxis über dieselbe Leistungsfähigkeit verfügen. Hier endet allerdings bereits

die positive Bilanz. Der Übergang der ausgebildeten Frauen in das Beschäftigungssystem gestaltete sich problematisch. Die Ausbildungsbetriebe haben Frauen bei der Übernahme weder bevorzugt noch benachteiligt. Sowie die Frauen jedoch den Betrieb wechseln mußten oder aus einer überbetrieblich organisierten Ausbildung kamen, fanden sie deutlich seltener als Männer einen Arbeitsplatz (Paul-Kohlhoff/Strauß 1986, 138f., 150; Strauß 1986, 12f.). Zwar ist in den letzten Jahren die allgemeine Akzeptanz von Frauen in gewerblich-technischen Berufen gestiegen (Hellmann/Volkholz 1985, 82), das Einstellungsverhalten der Unternehmen wurde hierdurch bisher jedoch kaum beeinflusst. Selbst viele Modellversuchsbetriebe ließen anschließend die Ausbildungsanteile der Frauen wieder absinken (Wolf 1986, 53) oder bauten sie nicht weiter aus (Kohlhoff/Strauß 1986, 139).

Ausbildungsförderung von Frauen ohne Verkoppelung mit einer Beeinflussung des Einstellungsverhaltens von Unternehmen dürfte sich damit insgesamt eher als Sackgasse erwiesen haben. Das erhöhte Arbeitslosenrisiko könnte sich sogar negativ auf die Motivation von Frauen zum Ergreifen eines untypischen Berufs auswirken. Da auf die Freiwilligkeit der Betriebe also offensichtlich nicht zu hoffen ist — die meisten lehnen gezielte Frauenförderung ab (Strauß 1986, 136) —, muß der Staat hier dringend zu Gunsten der Frauen eingreifen.

Motivations- und Qualifikationsprogramme sind uneingeschränkt dort zu begrüßen, wo die überwiegend männlichen Personalentscheider ihre bisherige Praxis zu Gunsten einer erhöhten Einstellung und Beförderung von Frauen überdenken sollen. Soweit es um die Motivierung und Qualifizierung von Frauen für neue Tätigkeitsfelder geht, stößt solches alsbald an Grenzen. Denn hier wird allein das Verhalten der Frauen zum Problem, an dem Veränderung anzusetzen hat, nicht aber die realen Gegebenheiten, die dieses Verhalten der Frauen bestimmen. Über Art, Inhalt und Erfolg einzelner Programme gibt es keine umfassende wissenschaftliche Aufarbeitung, sondern lediglich vereinzelte Presseberichte. Da die anschließende qualifikationsadäquate Beschäftigung von Frauen in keinem Programm festgeschrieben ist, leiden diese Maßnahmen, wie z.B. bei Aral daran, daß sie bei wirtschaftlichen Rückschlägen des Unternehmens sofort eingestellt werden. Auch hier dürfte erst eine größere Verbindlichkeit der anschließenden Beschäftigungschancen, insbesondere durch Frauenquoten, erkennbare Erfolge nach sich ziehen.

Selbst Betriebe wie IBM oder MBB, die sich seit über zehn Jahren zumindest den öffentlichen Erklärungen nach stark für Frauenförderung engagieren, haben nur karge meßbare Erfolge vorzuweisen. So lag bei IBM der Frauenanteil 1987 seit zehn Jahren konstant bei 17 %. Der Frauenanteil unter den außertariflichen Angestellten stieg von 3,3 % auf 8 % und der an Führungspositionen von 1,6 % auf 3,6 % (Fleck 1988, 7). Bei MBB sank der Frauenanteil 1976 bis 1985 sogar von 20,3 % auf 16,9 %. Noch heute liegen dort bei Technikerinnen die Einstellungsquoten unter den Absolventenquoten der Hochschulen und der Anteil der Frauen an Führungspositionen hat sich offenbar nicht gesteigert (Lippmann 1986, 28, 50f., 74). Wie bei den Modellversuchen (vgl. Paul-Kohlhoff/Strauß, 1986, 151) wird auch hier von »magischen« Grenzwerten gesprochen, die Betriebe zu Gunsten von »Minderheitengruppen« nicht freiwillig überschreiten, weil

sie ansonsten ihre tradierten Strukturen gefährdet sehen (Lippmann 1986, 76). Selbst bei Vorhandensein einer gewissen frauenfreundlichen Grundeinstellung bedarf es offenbar staatlichen Drucks, um derartige Zugangsbarrieren zurückzudrängen.

Die Elternurlaubsmodelle beispielsweise großer Pharma-Konzerne sind noch zu jungen Datums, um Erfolge bilanzieren zu können. Sie enthalten Beurlaubungsmöglichkeiten für Frauen und Männer, die mit drei, sechs oder mehr Jahren deutlich über den gesetzlichen Erziehungsurlaub hinausgehen. Beurlaubten wird innerhalb der Frist die Wiederbeschäftigung auf einem gleichwertigen Arbeitsplatz garantiert. Spezielle Weiterbildungs- und Urlaubsvertretungsangebote sollen den Qualifikationserhalt gewährleisten. Daß auch hier nicht auf reine Freiwilligkeit vertraut werden kann, zeigt das Beispiel MBB: Als 1982/83 die ersten Frauen aus dem Mutterschaftsurlaub zurückkehren wollten, weigerte sich MBB zuerst unter Hinweis auf den gerade bestehenden Einstellungsstopp. Nur die Tatsache, daß der Betriebsrat auf eine verbindliche Betriebsvereinbarung pochen konnte, führte im Ergebnis doch noch zur Wiederbeschäftigung der Beurlaubten.

Bei der Unverbindlichkeit im harten Kern der Personalpolitik, den Einstellungs- und Aufstiegsentscheidungen, liegt auch die Schwäche aller Frauenfördervereinbarungen, die die Gewerkschaft NGG mit verschiedenen Unternehmen 1988 getroffen hat. Eine grundlegende Veränderung der bisherigen Personalpolitik lassen sie deshalb nicht erwarten. Es fehlt auch hier jeder Zwang oder ökonomische Anreiz, Frauen stärker als bisher in Männerdomänen zu beschäftigen.

Sicherlich gibt es ein ökonomisches Interesse jedes Privatunternehmens, seine vorhandenen Personalressourcen, also auch die weiblichen, optimal zu nutzen. Gerade die Beurlaubungsmodelle sind von dem Gedanken getragen, bereits erzeugte innerbetriebliche Qualifikationen nicht durch erziehungsbedingte Berufsunterbrechungen einzubüßen. Dieses Interesse findet seine Grenze aber sogleich dort, wo verstärkte Frauenbeschäftigung nur unter grundlegender Veränderung innerbetrieblicher Strukturen zu erreichen wäre. Gerade dies ist im Aufstiegsbereich auf der Führungsebene und in den technischen Tätigkeitsfeldern jedoch der Fall. Veränderungen der Arbeitsplatzstrukturen, der Zeithorizonte und der Führungsstile stellen für ein Privatunternehmen einen Kostenfaktor dar, eine risikoträchtige Investition und Innovation, auf die sie sich ohne Not nicht einlassen. Solange genug Männer bereit sind, zu den vorfindlichen Bedingungen zu arbeiten, wird kein Privatunternehmen zu Gunsten der Frauen Änderungen herbeiführen.

Insofern ist es kein Zufall, wenn Frauen bisher vor allem dort in Männerdomänen Einlaß fanden, wo die Arbeitsplätze für Männer nicht mehr attraktiv waren oder auf Grund starker Expansion nicht genug Männer auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung standen. Mit derartig begrenzten Erfolgen dürfen sich Frauen zur Erfüllung ihres grundgesetzlich verankerten Anspruchs auf Gleichberechtigung nicht bescheiden.

Gerade die Grenzen freiwilliger Frauenförderung in der Privatwirtschaft zeigen, daß es an strategisch wichtigen Punkten der Quotierung bedarf. Frauen brauchen nicht nur Motivation, Qualifikation und vage Chancen, sie brauchen

die realistische Aussicht auf einen ausbildungsadäquaten Arbeitsplatz. Nach ausländischen Erfahrungen könnte Quotierung integriert in ein umfassendes Konzept zur Frauenförderung ein wirksames Steuerungsinstrument der Personalpolitik von Unternehmen darstellen. Indem der Staat quantitative Beschäftigungsvorgaben zu Gunsten der Frauen mit der Vergabe öffentlicher Gelder verknüpft, könnte Frauenförderung wirksamer als bisher in die Privatwirtschaft implementiert werden.

## Literaturverzeichnis

- Bischoff, S., 1986: Männer und Frauen in Führungspositionen. Köln  
Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit (BMJFG) (Hrsg.), 1984: Frauen in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn
- Fleck, H., 1988: Chancen der Frauen am Beispiel der IBM. Stuttgart (masch. Msk.)
- Hellmann U., und V. Volkholz, 1985: Mädchen in Männerberufen. Hamburg
- Janshen, D., H. Rudolph u.a., 1987: Ingenieurinnen. West-Berlin, New York
- Krais, B., und L. Trommer, 1988: Studentenberg, Akademikerschwemme ... In: WSI Mitteilungen 12, 721ff.
- Krebsbach-Gnath, C. und I. Schmid-Jörg, 1985: Wissenschaftliche Begleiterscheinung zu Frauenförderungsmaßnahmen. Stuttgart
- Lippmann, Chr. (Hrsg.), 1986: Technik ist auch Frauensache. Hamburg
- Müller-Demary, P., K. Mutz und R. Wald, 1989: Junge Frauen in qualifizierten atypischen Berufen. In: WSI Mitteilungen 1, 46ff.
- Paul-Kohlhoff, A., und J. Strauß, 1986: Bewähren sich gewerblich-technische Berufe für Frauen? In: Rudolph, H. u.a. (Hrsg.), Berufsverläufe von Frauen. Weinheim, München
- Raasch, S., 1985: Chancengleichheit für Frauen. In: Demokratie und Recht 3, 319ff.
- Schmid-Jörg, I., C. Krebsbach-Gnath und S. Hübner, 1981: Bildungschancen für Mädchen und Frauen im internationalen Vergleich. München, Wien
- Sterner, M., und G. Fürst Mellström, 1985: Das schwedische Experiment. Bonn
- Strauß, J., 1986: Junge Frauen in gewerblich-technischen Berufen. Frankfurt/M., New York
- Werner, V., und C. Bernardoni, 1987: Erfolg statt Karriere — Einstellungen erfolgsorientierter Frauen zum beruflichen Aufstieg. In: C. Bernardoni u.a. (Hrsg.): Ohne Seil und Haken. Bonn
- Willms-Herget, A., 1985: Frauenarbeit, Frankfurt/M., New York
- Witten, E., 1986: »Du mußt schon genau wissen, was Du willst ...« Frauen in »männlichen« Handwerksberufen. In: H. Rudolph u.a. (Hrsg.): Berufsverläufe von Frauen. Weinheim, München
- Wolf, B., 1986: Frauen in Männerberufen — Faktoren einer untypischen Berufswahl. In: H. Rudolph u.a. (Hrsg.), Berufsverläufe von Frauen. Weinheim, München

---

# Frauenbewegungen in der Welt, Band 3



**Band 3:**  
**Außereuropäische  
kapitalistische Länder**  
*Australien, Canada, Israel, Japan,  
Neuseeland/Aotearoa, USA*  
*Autonome Frauenredaktion*  
*(Hrsg.)*  
AS 176, DM 18,50/15,50 für Studierende

Nach den ersten beiden Bänden *Westeuropa* und *„Dritte Welt“* berichten wir nun über die Frauenbewegungen in den *außereuropäischen kapitalistischen Ländern*. Der Vergleich der Beiträge aus Australien, Canada, Israel, Japan, Neuseeland/Aotearoa und den USA zeigt einmal mehr, daß die Produktionsweise nicht das allein Bestimmende ist; Lebensweise,

Religion, Kultur und Regierungsform weben mit am Netz der Frauenunterdrückung.

Gewisse Ähnlichkeiten mit den Ländern des europäischen Kapitalismus verwundern nicht, handelt es sich doch mit Ausnahme Israels und Japans um Kolonialländer mit importierten europäischen Kulturen. Zwar brachte die Kolonialisierung in einigen Fällen Vorteile für die einwandernden Frauen, indem die Gleichberechtigung der Geschlechter von Anfang an gesetzlich verankert wurde, war aber deshalb nicht weniger verheerend für alle nicht-weißen ethnischen Gruppen.

Vieles wurde erreicht, doch ähnlich wie in Westeuropa ist eine gewisse Stagnation der Bewegungen nicht zu übersehen. Die Verstaatlichungen von Frauenfragen haben auch hier lähmend gewirkt. Fast alle Beiträge zeigen auf, wie schwer es ist, die unterschiedlichen feministischen Bewegungen und Gruppierungen mit ihren vielen Fragen, Problemen, Erfolgen und Mißerfolgen zu bündeln. Um so mehr stellt sich überall die Aufgabe, der nachwachsenden Generation die Frauenbewegung und ihre politischen Traditionen zugänglicher zu machen.

## Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

---

Sieglinde von Wasielewski

## Quotierungskämpfe bei Bayer Leverkusen

Mein Bericht beruht auf einem ausführlichen Gespräch mit einer Betriebsrätin der Bayer AG Leverkusen und Materialien, die sie mir zur Verfügung stellte. Ich will als Einstieg ein Szenario der beteiligten Akteure und ihrer Positionen zum Thema »Quotierung« entwerfen, um dann anschließend die Argumentationsweisen der streitenden Parteien genauer zu untersuchen.

Die Kräfteverhältnisse für/gegen Quotierungsregelungen bei Bayer Leverkusen sind übersichtlich und wirken auf den ersten Blick festgefahren. Die Minderheitsliste der »Kolleginnen und Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit« (kurz: »alternative BetriebsrätInnen« genannt) tritt für die Quotierung ein, während sich die IG Chemie, die die Betriebsratsmehrheit stellt, in einem Grundsatzpapier Anfang 1989 mit den Chemie-Arbeitgebern darüber geeinigt hat, daß Quoten »nicht zweckmäßig« seien. Dieses Bündnis bewirkt, daß die Auseinandersetzungen hauptsächlich zwischen den konkurrierenden Listen der ArbeitnehmerInnen-Vertretungen stattfinden.

Betriebsleitung und IG-Chemie-Betriebsratsmehrheit machen unterdessen Frauenförderung nach ihren Vorstellungen: Mit einer Beurlaubungsregelung für Eltern (de facto Mütter) kleiner Kinder, was sich als öffentlichkeitswirksame Maßnahme erweist. Es handelt sich im Prinzip um eine unbezahlte Freistellung wie im öffentlichen Dienst, die auf drei Jahre befristet ist. Als Nebeneffekt dieser Regelung wurden die bestehenden Betreuungseinrichtungen für Kleinkinder aufgelöst. Auf diese Weise läßt sich mit Frauenförderung sogar Geld sparen.

In der Belegschaft selbst (ca. 20 % Frauen) ist das Thema »Quotierung« kein sonderlich bewegendes. Auf Betriebsversammlungen löst es keine Leidenschaften aus — weder dafür noch dagegen. Wer die emotionalisierten Debatten der angeblich um ihre berufliche Zukunft gebrachten Männer im öffentlichen Dienst kennt, fragt sich unwillkürlich, wie dieses geringe Interesse zu erklären ist. Natürlich regt eine unmittelbar bevorstehende Regelung (wie in der Landesverwaltung Nordrhein-Westfalen) mehr auf als eine, deren Durchsetzung nicht absehbar ist. Darüber hinaus ist es aber auch so, daß die männliche Belegschaft eines Betriebes wie Bayer von Quotierung kaum etwas zu befürchten hätte. Denn unmittelbare Konkurrenz um besser bezahlte Arbeitsplätze für die große Masse der in der Industrie Arbeitenden gibt es im Rahmen eines unumstößlich festgelegten Stellenplans nicht, so daß sie nicht die Ausschlußwirkung einer Beförderung im öffentlichen Dienst hat.

### Wie für die Quote gesprochen wird

Als erstes bemühten sich die alternativen BetriebsrätInnen darum, den Status quo der Unterrepräsentanz von Frauen im Betrieb aufzuzeigen. Dafür brauchte es Strukturdaten über die beschäftigten Frauen nach Bereich und Qualifikation/Status — Zahlen, die offenbar nicht selbstverständlich verfügbar sind, denn die Personalverwaltung hatte immer wieder Probleme, bis die Zahlen dann endlich

auf dem Tisch lagen. Der jetzt bekanntgegebene Überblick über den »Personalbestand weiblich« offenbart, daß Frauen nicht nur deutlich weniger beschäftigt werden, sondern auch bei Bayer die Frauenerwerbstätigkeit die hinlänglich bekannte Struktur aufweist: Bei den sogenannten Leitenden Mitarbeitern sind es 3,6 % Frauen, bei den Tarifmitarbeitern knapp 24 % und bei den Teilzeitkräften sind die Frauen mit ihren knapp 96 % fast unter sich.

Die alternativen BetriebsrätInnen versuchen, den Status quo als Defizit ins Bewußtsein zu rufen, indem sie mit dem Recht der Frauen auf die Hälfte der Erwerbsarbeitsplätze argumentieren. In ihrem Papier zu Frauenförderung heißt es: »Um die Gleichstellung der Frauen zu sichern, muß der Frauenanteil von derzeit 21,5 auf 50 % erhöht werden.« Die Forderung nach der Hälfte führt folgerichtig zur Quote als Instrument. Da es in den letzten Jahren bei Bayer nur Einstellungen im Anschluß an eine Ausbildung im Werk gab (Ausnahmen sind lediglich die AkademikerInnen), konzentrierte man sich auf die Forderung nach einer Quotierung der Ausbildungsplätze für junge Frauen. Auf Betriebsversammlungen und in Gesprächen haben sie diese Forderung vertreten. In einem Info-Blatt machen die BetriebsrätInnen folgende Rechnung auf: Wenn von den jährlich 800 Auszubildenden die Hälfte Frauen wären und diese auch übernommen würden, dann wäre bei gleich großer Gesamtbelegschaft frühestens in 25 Jahren die Zahl der beschäftigten Frauen ebenso hoch wie die der Männer. Und sie fragen im Stil einer Textaufgabe im Rechenbuch: »Wie lange wird die Gleichstellung der Frauen wohl brauchen ohne Forderung nach Quotierung?«

Das Grundmuster dieser Argumentation besteht aus drei Gedankenschritten: (1) Gleichstellung von Frauen und Männern ist ein positives und unumstrittenes Ziel. Wörtlich: »Frauen fördern ist in«. (2) Es geht dabei um die Hälfte der Ausbildungs- und Erwerbsarbeitsplätze. (3) Ohne Quote rückt dieses Ziel in unerreichbare Ferne. — Problematisch an einer auf diese Argumentation aufbauenden Politik ist, daß sie auf einer sehr allgemeinen Ebene für Gerechtigkeit streitet und mit den *konkreten* Erfahrungen und Problemen der Frauen im Betrieb nichts zu tun hat. Sie zielt in erster Linie darauf ab, die IG Chemie als politischen Gegner in Sachen Gleichstellung unglaubwürdig erscheinen zu lassen. Eine Strategie zur Überzeugung und Bewegung der Belegschaft, selber für Quotierung zu sein, ist sie jedoch nicht. Es bleibt unausgesprochen, was denn das Erstrebenswerte daran ist, die Hälfte aller Ausbildungsplätze für die Mädchen haben zu wollen. Was würde das für die Lebensperspektive der Frauen und Männer bedeuten, welche Hoffnungen könnten sie daran knüpfen?

Es gibt einen Argumentationsstrang der alternativen BetriebsrätInnen, der auf die einzelnen zielt. Er speist sich aus der Sorge der Eltern um die Zukunft ihrer Kinder, also auch Töchter. »Was wird aus den Töchtern, wenn sie keine zukunfts-trächtigen Ausbildungen bekommen?« lautet die Frage. Sie konfrontieren die KollegInnen mit dem sinkenden Anteil weiblicher Azubis während der letzten Jahre und ihrer Verteilung auf die Ausbildungsbereiche, die sich immer umgekehrt proportional zur Attraktivität der Berufe verhält. Und da alle wissen, daß Bayer mit Abstand der wichtigste Ausbildungsbetrieb am Ort ist, trifft dieses Argument auch auf Zustimmung bei denjenigen, die um die Berufschancen der jungen Frauen besorgt sind.

## Wie gegen die Quote gesprochen wird

Die Argumente des »Anti-Quoten-Bündnisses« aus IG Chemie und Bundesarbeitsgeberverband Chemie lassen sich zunächst aus dem Anfang 1989 beschlossenen Grundsatzpapier herauslesen. Es handelt sich hierbei um einen Katalog von geradezu unübertreffbarer Unverbindlichkeit. So findet sich zum Thema »Berufsausbildung« der Hinweis, daß den Frauen chancenreiche Berufe im naturwissenschaftlichen oder technischen Bereich durch »Informationsinitiativen« nahegebracht werden könnten. Bezogen auf die Betriebe heißt es anschließend, daß diese und die Ausbildungsverantwortlichen auf den Einsatz von Frauen vorbereitet sein müßten. Darin schwingt ein bedrohlicher Unterton, so als stünde ein schwieriger Notfall bevor.

Gegen die Quotierungsforderungen setzen die Frauenförderer aus der chemischen Industrie den Slogan »Chancengleichheit statt Quoten« und betonen, daß »bloße formale Regelungen, die auf die Herstellung bestimmter zahlenmäßiger Verhältnisse zielen« dazu nicht beitragen könnten. Mit anderen Worten: Es sollen nicht die Ergebnisse der Chancengleichheit vorweggenommen werden, wenn doch die Voraussetzungen dafür (noch) gar nicht gegeben seien. Erst müßte die Voraussetzung geschaffen werden, »daß die Frauen überhaupt in der Lage sind, ihre Berufschancen in gleicher Weise wie die Männer zu realisieren«. Anstatt jetzt aber zu entwickeln, wie die Frauen denn aus ihrer unglücklichen Lage in eine bessere versetzt werden sollen, hat sich das Anti-Quoten-Bündnis erst einmal auf die Ursachen der nicht vorhandenen Chancengleichheit geeinigt: »Diese liegen vorrangig im Rollenverständnis von Männern und Frauen, in der immer noch weitgehend geschlechtsbezogenen Berufsorientierung und der mangelnden Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Familienbetreuung.« Als Aufruf zur radikalen Umwälzung der Geschlechterverhältnisse ist dies wohl kaum zu verstehen, denn es findet sich in dem ganzen Abschnitt nur die vage Aussage, wonach eine dauerhaft wirkungsvolle Frauenförderung auf diese Ursachen einwirken müsse, sonst nichts.

Gegen die Quote gerichtet, funktioniert diese Argumentationsweise in erster Linie als Lähmung und Desorientierung. Zwar ist man (selbstverständlich) für die Gleichstellung der Frauen aber die Hinderungsgründe sind derart fundamental und unüberschaubar, noch dazu diffus im wahrsten Sinn des Wortes, nämlich überall in den Menschen, daß jede »von außen« herangetragene Lösung unangemessen erscheint. Damit wird ausgedrückt, daß die soziale Realität gegen die Gleichstellung der Frauen steht und es wird unterstellt, daß diese Realität das Lebendige mit seinen Verwurzelungen sei, die Quote hingegen nur etwas »Formales«, das von der Realität abstrahiert und daher an ihr vorbeigeht.

Eine Gegenstrategie könnte die Quote zum Leben erwecken, indem sie die konkreten Auswirkungen von plötzlich sehr vielen Frauen überall im Betrieb oder in den Ausbildungsgängen gerade auf die Geschlechterstereotypen und auf die dann notwendigen Lösungen zur Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Familienbetreuung hervorhebt. Vielleicht würden sich die Auseinandersetzungen dann eher auf die Möglichkeiten anstelle der Unmöglichkeiten des Instrumentes »Quote« richten.

Ein weiteres Argument gegen Quotierung ist das altbekannte, wonach Quoten im Widerspruch zum Leistungsprinzip stünden. Das Grundsatzpapier schiebt hier recht subtil das »Ansehen« der Frauen vor, indem »der Verdacht naheliegen könnte, daß ihre Entwicklung mehr auf die Quote als auf die eigene Leistung zurückzuführen ist.« (Und wie stünden sie dann da?) Während sich auf der Seite der Frauen demnach die Quote rufschädigend auswirken könnte, befürchtet man für die Männer »Benachteiligungen«. — Verluste also auf der ganzen Linie. Die alternativen BetriebsrätInnen ziehen sich hier gewissermaßen auf die Autorität des Staates zurück, indem sie mit den Quotierungsregelungen im Frauenförderungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen argumentieren. Eine Strategie, die das Risiko beinhaltet, mit dem in absehbarer Zukunft zu erwartenden Spruch des Verfassungsgerichtes zu stehen oder zu fallen.

### Quote gegen Auswahltests

Was die Forderung nach Quoten für Ausbildungsplätze betrifft, haben es die BetriebsrätInnen vor Ort noch mit einer ausgesprochen harten Nuß zu tun: Jeder Verdacht der willkürlichen Benachteiligung weiblicher Bewerberinnen wird nämlich mit dem Hinweis auf deren objektive (Nicht-)Eignung im Keim zu ersticken versucht. Bayer ist als Ausbildungsbetrieb sehr begehrt und es gibt für jeden Ausbildungsplatz eine Vielzahl von BewerberInnen. Die Auswahl wird nicht auf Grund der Schulnoten, sondern durch Auswahltests getroffen — und da schneiden Jungen angeblich eben besser ab. Die oppositionellen BetriebsrätInnen vermuteten, daß die im psychologischen Testteil abgefragten Eignungsprofile die Mädchen durch einen geschlechtsspezifischen bias ausselektieren. Also haben sie dieses Auswahlverfahren öffentlich angezweifelt und die Überprüfung der vorgeblichen Neutralität gefordert. Die Betriebsleitung verweigerte zwar den Einblick in die Tests, sah sich aber nach einigem Hin und Her gedrängt, die Tests durch einen externen Gutachter prüfen zu lassen. Der Sachverständige hat seinen Auftraggeber nicht enttäuscht und fand heraus, daß die Tests »geschlechtsneutral« seien.

Die alternativen BetriebsrätInnen sind an diesem Punkt ziemlich ratlos. Indem sie die Tests unter die Lupe nehmen und ihnen mögliche Verzerrungen zu Ungunsten der Mädchen nachzuweisen versuchen, begeben sie sich auf eine für sie sehr ungünstige Argumentationsebene. Die wissenschaftlichen Auseinandersetzungen und Veröffentlichungen um Objektivität und Nutzen von Eignungstestverfahren füllen mittlerweile Bibliotheken. Indem die alternativen BetriebsrätInnen sich argumentativ auf dieses Feld einlassen, verbleiben sie in der durch die Geschäftsleitung vorgegebenen Anordnung der *Tests* als Auswahlverfahren — *Quotierung* als Auswahlprinzip ist damit vom Tisch. Gerade damit aber könnte jene verstrickende Anordnung verlassen werden, indem die Testverfahren als Auswahlinstrument grundsätzlich in Frage gestellt bzw. ihre Beliebigkeit deutlich sichtbar gemacht würden. Der Kampf um Quotierung wäre so zugleich ein Kampf gegen fragwürdige Selektionsmechanismen.

Karin Hildebrandt

## Frauen in DDR-Hochschulen

In der öffentlichen Diskussion der DDR tauchen in den letzten Monaten häufiger die Begriffe »Quote« und »Quotierung« auf. Dazu werden recht kontroverse Standpunkte vertreten. Die einen lehnen die Quotierung als »feministisch« ab, denn »Wer will schon eine Quotilde sein?« und meinen, Quotierung und Leistung stehen im Widerspruch zueinander. Andere sind der Auffassung, daß Quotierung die nötigen Zwänge schaffe, um eine soziale Gleichstellung der Frauen zu erreichen bzw. bringen zum Ausdruck, daß die Quote zwar nicht die Lösung des Problems ist, aber eine Möglichkeit, um zu verhindern, daß die Benachteiligung von Frauen weiter reproduziert wird.

Die Ablehnung der Quotenregelung wird häufig mit durchaus repräsentativen Argumenten zum Ausdruck gebracht, wie z.B. »Sind Frauen etwas Besonderes? Ich bin für Gleichberechtigung. Jede Funktion sollte mit Menschen (Frauen und Männern) besetzt werden, die dazu die Fähigkeit haben ... Das Leistungsprinzip muß entscheiden ... Auch Frauen müssen in die Lage versetzt werden, bei fachlicher Qualifikation sich beruflich zu entwickeln, ohne die Familie zu vernachlässigen; denn schließlich: Wir sind Frauen und wollen es bleiben.« Oder andere meinen: »Jetzt haben wir ganz andere Probleme. Deshalb halte ich auch Forderungen nach einem extra Frauenministerium für überflüssig ... Ich halte jegliche Quotierung für undemokratisch.«

Betrachten wir die Volkskammertagung vom Februar, so scheint es ein Problem zu sein, sich zu Frauenfragen zu äußern. Das hohe Haus hatte meist nur Heiterkeit für den Diskussionsbeitrag der Ministerin ohne Geschäftsbereich, als sie die Forderung nach Quotierung und ein Ministerium für Gleichstellungsfragen deutlich hervorhob.

Dies deutet mit daraufhin, daß in der DDR ein Frauenbewußtsein kaum existiert, theoretische Positionen dazu bisher sehr wenig öffentlich diskutiert wurden. Auch daß teilweise mit Vorbehalten bzw. aggressiv auf die Forderungen der verschiedenen Gruppen des neugegründeten Unabhängigen Frauenverbandes — auf die eigenständige Formulierung von Fraueninteressen — reagiert wird, zeigt, daß Frauenprobleme noch nicht als integraler und notwendiger Bestandteil des Demokratisierungsprozesses angesehen werden. Frauenpolitik wird als Nebensache, als jetzt nicht »vorrangiges Problem« betrachtet. Die Frauen in der neu entstandenen Frauenbewegung sehen sich einer breiten konservativen Front gegenüber, die Männer und Frauen umfaßt. Die Position »Leistung setzt sich immer durch«, bringt zum Ausdruck, daß Frauen im täglichen Leben als Abstraktum behandelt werden. Wird auf Probleme hingewiesen, die die reale Lage von Frauen betreffen, dann findet man häufig das Argument, »man solle sachlich diskutieren und Emotionen beiseitelegen«.

Aber setzt sich Leistung wirklich immer und allein durch? Wie ist die Situation von Wissenschaftlerinnen an den Universitäten und Hochschulen der DDR? Einen Ausgangspunkt für die Diskussion um Quotierung bildet die Unterrepräsentanz von Frauen in führenden Positionen der Wissenschaft.

Bereits Anfang der siebziger Jahre wurde ein paritätischer Anteil der Studentinnen im Hochschuldirektstudium erzielt. 1987 betrug ihr Anteil 51,9 % an den Studierenden der Universitäten und Hochschulen insgesamt. Aber trotz dieser Spitzenposition, die die DDR im Vergleich zu anderen Ländern — so auch im Vergleich zur BRD — erzielt hat, trotz der vielfältig vorhandenen gesetzlichen Regelungen zur Förderung der Frauen an den Universitäten und Hochschulen, wie z.B. der Habilitationsaspirantur für die Frauenförderung (1965), Frauenförderplänen (1952), dem Abschluß von Qualifizierungsverträgen, der Anordnung über die finanzielle Unterstützung von Studentinnen mit Kind (1972), dem Forschungsstudium, und der verbal vorhandenen Orientierungen zur Frauenförderung konnte kein Durchbruch bei der Entwicklung von Frauen zu Hochschullehrerinnen erzielt werden, und es ist nicht gelungen, entsprechende Anteile an Frauen in führenden Positionen der Wissenschaft zu erzielen. Die Übersicht (s.u.) zeigt, daß es Frauen in der DDR offensichtlich genauso schwer fällt, eine erfolgreiche Hochschullaufbahn zu verwirklichen, wie Frauen in der BRD, und das trotz der bedeutend besseren Versorgung mit Kindergartenplätzen und der umfangreichen Gesetzgebung. Ebenso wenig wurden deutliche Veränderungen im geschlechtstypischen Zugang zum Hochschulstudium und bei der Berufswahl erreicht. — Die Entwicklung in den Beschäftigtengruppen und einzelnen Wissenschaftszweigen verlief äußerst differenziert.

Der Frauenanteil betrug 1989 an		Vergleich BRD
wissenschaftlichen MitarbeiterInnen	35 %	28 %
ForschungsstudentInnen	40 %	—
befristeten AssistentInnen	38 %	
unbefristeten AssistentInnen	40 %	20 % HochschulassistentInnen
OberassistentInnen	17 %	
DozentInnen	12 %	11 % C2- u. C3-
ProfessorInnen	5 %	3 % C4-ProfessorInnen

Dies gilt analog für den Einsatz von Frauen in Leitungsfunktionen. Ihr Anteil beträgt rund 10 % auf der mittleren Ebene; in der höchsten Ebene ist er kaum in Prozent ausdrückbar.

Historisch gesehen ist die Entwicklung der Einbeziehung von Frauen in die Wissenschaft auch positiv bewertbar (dies war auch ausschließlich unsere bisherige Betrachtungsweise), wenn Berücksichtigung findet, daß sich Frauen erst 1908 den Zugang zu den Hochschulen erkämpft haben und es ihnen erst ab 1920 ermöglicht wurde zu habilitieren. Dies darf aber nicht dazu führen, die reale Lage der Wissenschaftlerinnen außer acht zu lassen, ihre Probleme und ungleichen Entwicklungsmöglichkeiten nicht aufzuzeigen. Die statistischen Analysen verweisen bereits darauf, daß seit zehn Jahren kaum Entwicklungen zu verzeichnen sind und daß hohe Anteile an Absolventinnen nicht automatisch zu einem hohen Anteil von Frauen in der wissenschaftlichen Arbeit insbesondere in Spitzenpositionen der Wissenschaft führen. Es stellt sich die Frage, inwieweit diese Stagnationserscheinungen Folge oder Ausdruck der Stagnation auch auf anderen Gebieten der Gesellschaft sind bzw. welcher Zusammenhang zwischen der unge lösten Frauenfrage und dem Scheitern des Konzepts der bisherigen Gesellschaftsvorstellung besteht. Dazu sind weitere Untersuchungen notwendig.

Das Verhältnis von Männern zu Frauen ist bei StudentInnen 1:1, bei wissenschaftlichen MitarbeiterInnen 2,4:1, bei HochschullehrerInnen 13:1 (1989). Das vielfach geäußerte Argument, es »seien nicht genügend qualifizierte Frauen für eine Berufung zur Hochschullehrerin vorhanden«, entspricht nicht den Tatsachen. Obwohl Frauen in den letzten Jahren häufiger als Männer eine Promotion B (Habilitation) beendeten (1975 = 100; Steigerung bei Frauen auf 767 im Jahre 1989, bei Männern auf 258), wurden sie seltener für eine Berufung vorgeschlagen, und zwar häufig mit dem Argument »die Qualifikation entspricht nicht dem Berufungsgebiet« oder »mangelnde Persönlichkeitseigenschaften«. Doch wer bestimmt die Kriterien für die Bewertung der erforderlichen Persönlichkeitseigenschaften?

Es liegt demzufolge weniger an den Leistungsvoraussetzungen der Frauen, daß ihr Entwicklungsweg langsamer und diskontinuierlicher als der der Männer verläuft, sondern vor allem an den dominant männlich geprägten Strukturen. Männer sitzen in den Gremien, die Entscheidungen über die Weiterentwicklung der Frauen treffen. Vorbehalte und Vorurteile gegenüber der Leitungsfähigkeit von Frauen sowie an männlichen Wertmaßstäben orientierte Leistungskriterien (die weitere Forschungsarbeit erfordern) erschweren offensichtlich die Entwicklung von Frauen. Hier kann die Quote auch als ein »Erziehungsfaktor« wirken. Denn im Attestat der Hochschullehrer wird den Studentinnen durchaus gute bis sehr gute Leistungsbefähigung für die wissenschaftliche Arbeit bescheinigt.

74 % der Wissenschaftlerinnen halten sich auch zu gleichen Leistungen wie Männer in der wissenschaftlichen Arbeit befähigt, wie eine 1987 durchgeführte schriftliche Befragung zur Arbeits- und Lebenssituation von Wissenschaftlerinnen ergab (die Befragung wurde vom Zentralinstitut für Hochschulbildung, Abteilung Forschung und Wissenschaftsentwicklung durchgeführt). Weitere 25 % schätzten ein, daß Frauen nur begrenzt zu gleichen Leistungen fähig sind. Als Begründung dafür werden von 91 % dieser Frauen die Belastungen durch Hausarbeit und Kinderbetreuung angesehen, nicht etwa mangelnde Leistungsbefähigung.

Auch das vielfach geäußerte Argument, »Frauen wollen keine Leitungsfunktionen übernehmen«, ist nur bedingt richtig. Fast die Hälfte der Dozentinnen und Oberassistentinnen, die bisher keine Leitungsfunktion ausübten, wären dazu bereit. Auf Grund der Altersstruktur der Dozentinnen (der Durchschnitt liegt bei 50 Jahren) und der Oberassistentinnen (der Durchschnitt liegt bei 45 Jahren) besitzt die Kinderproblematik einen anderen Stellenwert. Kinder werden gern als Grund für die geringe Beteiligung der Frauen an Leitungsfunktionen herangezogen. Aber die Kinder der Dozentinnen bzw. Oberassistentinnen sind in der Regel bereits selbständig oder erwachsen bzw. haben selbst wieder Kinder.

Unsere empirischen Untersuchungen zeigen, daß Wissenschaftlerinnen leistungsfähig und leistungsbereit sind:

- Über 50 % ihrer Gesamtarbeitszeit verwenden sie für Lehr- und Betreuungstätigkeit. Alle wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen führen einen hohen Anteil an Seminaren durch; 50 % sind als Seminarberaterinnen eingesetzt (tendenziell häufiger als Männer);
- 89 % der Frauen üben mindestens eine gesellschaftliche Funktion (55 % auf der Gruppenebene), 21 % zusätzlich eine Leitungsfunktion (14 % im unmittelbaren Wissenschaftsbereich) aus.

- 90 % bearbeiten ein Forschungsthema, allerdings bearbeiten sie weit häufiger Themen, die nur dem Erwerb einer Qualifizierungsstufe dienen; sie sind seltener an der Bearbeitung von Aufgaben beteiligt, die in der bisherigen Planungshierarchie zu den bedeutungsvollsten zählten, werden häufiger mit Routineaufgaben beauftragt — nehmen diese auch häufiger selbst an.
- Keine Unterschiede bestehen heute zwischen Nachwuchswissenschaftlern und -wissenschaftlerinnen in puncto Durchschnittsalter bei Abschluß der Dissertation A (Promotion), Terminüberschreitungen bei der Erarbeitung der Dissertation A, Leistungsbereitschaft für die Erarbeitung einer Dissertation A sowie attestierter Leistungsbefähigung für die Aufnahme einer Hochschultätigkeit.
- Sie sind aber unterrepräsentiert, wenn z.B. die Publikationshäufigkeit, das Auftreten auf Tagungen und Kolloquia, die wissenschaftlichen Kontakte, die Bereitschaft, Überdurchschnittliches in der wissenschaftlichen Arbeit zu leisten u.a. betrachtet werden.

Dabei wird außer acht gelassen, daß

- 75 % der Wissenschaftlerinnen Kinder haben,
- 69 % verheiratet sind, die Partner in der Mehrzahl selbst wissenschaftlich tätig sind und Leitungsfunktionen ausüben,
- auch Wissenschaftlerinnen die Hauptlast bei der Kinderbetreuung und im Haushalt tragen und auf Grund ihrer Stellung in der Wissenschaftshierarchie ein geringeres Einkommen als ihre Partner erhalten und deshalb auch im Krankheitsfalle der Kinder diese wieder häufiger selbst betreuen.

Kann angesichts der angeführten Fakten davon die Rede sein, daß sich Leistung durchsetzt?

In der Vergangenheit führten bloße Appelle nicht zur Einbeziehung der Frauen in verantwortliche Positionen der Wissenschaft. Unter den sich verändernden gesellschaftlichen Bedingungen (z.B. Strukturveränderungen, Arbeitslosigkeit) wird es erst recht keinen Automatismus in dieser Frage geben. Quotierung ist ein gangbarer Weg, um gewissermaßen »zwangsweise« kurzfristig Veränderungen herbeizuführen. Sie ist deshalb als ein Mittel zum Zweck zu befürworten und zwingend zu fordern, damit Frauen entsprechend ihrer wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit und -bereitschaft analog den Männern zum Einsatz gelangen, die vorherrschend männlich geprägten Strukturen gebrochen werden und weibliche Interessen bei der Entscheidungsfindung Beachtung finden und Benachteiligungen abgebaut werden.

Da mit der Quote männlich geprägte Strukturen eine Veränderung erfahren, ist die Quotierungsfrage auch eine Machtfrage. Die Quote schafft in gewisser Weise den Ausgleich für bestehende Benachteiligungen. Diesen Ausgleich herzustellen ist keine Ermessensfrage, sondern Verfassungsgrundsatz (gemäß § 20 der noch geltenden Verfassung der DDR heißt es: »Mann und Frau sind gleichberechtigt ... Die Förderung der Frau ... ist eine gesellschaftliche und staatliche Aufgabe.«).

Bei der Stellenbesetzung ist solange den Frauen der Vorzug einzuräumen — gleiche Qualifikation und Leistungsfähigkeit vorausgesetzt (wobei das Problem der Auswahlkriterien weiter besteht) — bis ein entsprechender Frauenanteil realisiert ist. Damit Benachteiligungen von Frauen nicht weiter reproduziert

werden, ist auch ein Ministerium für Gleichstellungsfragen mit Mitsprache- und Einspruchsrecht in allen Angelegenheiten erforderlich, welches seiner Verantwortung in jedem Bereich durch entsprechende Beauftragte gerecht werden muß. Das erfordert, auch im Ministerium für Bildung und an den Universitäten und Hochschulen — entsprechend den Erfahrungen auch der BRD — Verantwortungsbereiche für Gleichstellungsfragen (Gleichstellungsbeauftragte) zu schaffen, damit die Quotierung von staatlicher Seite ebenfalls mit Nachdruck gefordert wird, Möglichkeiten für die Einklagbarkeit dieser Forderung bestehen und sie mit entsprechenden Maßnahmen zur Förderung der Frauen verbunden werden kann (Schaffung von Voraussetzungen für die Qualifizierung insbesondere zur Promotion B, Fragen der Kinderbetreuung, Entwicklung des Dienstleistungswesens u.a.m.). Entscheidend ist, daß die Fragen der Quotenregelungen mit Maßnahmen verbunden werden, die hohe Leistungen fördern. Darüber hinaus ist es dringend notwendig, daß die Vorstellungen über die Lösung der Frauenfrage ein erweitertes Verständnis erfahren — Theorievorlauf ist zu schaffen.

Die Wirksamkeit der Quotierung ist mit davon abhängig, wie es gelingt, sie als ein Mittel (neben anderen Maßnahmen) zur Durchsetzung der Gleichstellung der Geschlechter in allen Bereichen der Gesellschaft anzuwenden. Die Quote stellt somit einen »Hebel« dar, um die gesamten Lebensbedingungen für Männer und Frauen zu verändern sowie die Problematik der Geschlechterbeziehungen ständig ins Bewußtsein zu rücken.

# DRITTE WELT

Monatsmagazin für internationale Politik, Wirtschaft und Kultur

Nr. 4/April 1990

## NICARAGUA

»Wir regieren von unten«

Was bleibt von der Revolution? ★ Konsequenzen: für Mittelamerika, für die Solidarität

Ende des Sozialismus in der Dritten Welt? ★ Neue Chancen für die Frauen? ★ **Außerdem:** US-Nahostpolitik, Chile, Korea

4,50 DM; Jahresabo: 42,50 DM; DDR: 50 M

Coupon bitte einreichen an: DRITTE WELT, Interabo, Postfach 103245, 2000 Hamburg 1  
 Ich möchte ein Probeabo (3 Hefte für 10 DM, gegen Vorkasse; Schein oder Scheck)

VORNAME, NAME \_\_\_\_\_ PLZ, ORT \_\_\_\_\_  
 STRASSE \_\_\_\_\_  
 DATUM, UNTERSCHRIFT \_\_\_\_\_  
 VERTRAGSGARANTIE: Ich weiß, daß ich die Bestellung innerhalb einer Woche bei Interabo widerrufen kann und beständige Zahlung genügt die rechtzeitige Aussendung des Werbemittels.

Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_  
 68

# Blätter für deutsche und internationale Politik

Die "Blätter" sind die auflagenstärkste und meistabonnierte politisch-wissenschaftliche Monatsschrift in deutscher Sprache. Sie analysieren und dokumentieren wesentliche Fragen der deutschen und der internationalen Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Zeitgeschichte und Kultur. Ihre monatliche Chronik und die ausführliche Dokumentation haben die "Blätter" zu einem beliebten Nachschlagewerk gemacht.

*In den letzten Heften u.a.:*

- Micha Brumlik* Bunte Republik Deutschland?  
*Hansgeorg Conert* Perestroika unter Druck  
*Rainer Falk* Die 3. Welt und der Umbruch in Europa  
*Anneli Ute Gabanyi* Revolution auf rumänisch  
*Günter Gaus* Rede an die Deutschen in der DDR  
*Ralf Fücks/Bernd Ulrich* Grünwärts – Sprünge über die Mauern im Kopf  
*Volker Gransow* Bocksprung in die Zivilgesellschaft?  
*Christoph Hein* Die Zeit, die nicht vergehen kann  
*Otto Kallscheuer* Volkspartei und Volksgeist  
*Otto Köhler* Entehren wir den Soldaten  
*Saul Landau* Dinner mit Noriega  
*Wilfried Loth* Welche Einheit soll es sein?  
*Leopoldo Marmorá/Dirk Messner* Drei, zwei, eine Welt...  
*Christoph Müller* Plädoyer für Rot-Grün  
*Eberhard Rondholz* Brandgefahr bei Tauwetter – Nationalitätenkonflikte in Südosteuropa  
*Ulrich Schneider* Armut in der Bundesrepublik  
*Viktor Sukup* Nach Pinochet  
*Rosi Wolf-Almanasreh* Aus-, Um- und Übersiedler – Sündenböcke der Linken?

Einzelheft DM 9,00 , im Abonnement DM 5,90 , für Studierende,  
Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 4,90  
Probehefte kostenlos bei der  
Blätter Verlagsgesellschaft mbH  
Bertha-von-Suttner-Platz 6, 5300 Bonn 1  
Telefon 0228/650133

jetzt in eigener  
Regie

Ingeborg Reuter

## Diskussionen um einen Frauenförderplan im wissenschaftlichen Institut des DGB

Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes (WSI) diskutiert seit über einem Jahr einen Frauenförderplan. Eine Besonderheit des WSI ist seine demokratische Selbstverwaltung. *Alle* Beschäftigten haben die Möglichkeit, in den Sitzungen der Forschungsbereiche an den Beschlüssen des Instituts mitzuwirken. Die meisten Menschen die hier arbeiten, sind als politisch fortschrittlich einzuschätzen; deshalb lag die Vermutung nahe, daß der Vorschlag, einen Frauenförderplan abzuschließen, auf lebhafteste Zustimmung treffen würde, zumal dies gewerkschaftlichen Forderungen entspricht und mehrere Gewerkschaften bereits über verbindliche Frauenförderpläne verfügen.

Der erste Anstoß zum Versuch, durch einen Frauenförderplan die Situation der Frauen zu ändern, ging aus von einem Referat, das eine Kollegin im Rahmen einer Veranstaltungsreihe der Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen zum Thema Frauenförderung hielt. Es kam spontan zur Bildung eines »Frauenstammtischs: Frauen in einer Männergewerkschaft«, an dem ca. 25 Frauen, die in verschiedenen Gewerkschaftsorganisationen hauptsächlich als Sachbearbeiterinnen und Sekretärinnen beschäftigt sind, teilnahmen. Der Arbeitskreis war äußerst diskutierfreudig, kam aber wegen des unterschiedlichen Regelungsbedarfs für die verschiedenen Organisationen nicht zu für alle sinnvollen Ergebnissen. Deshalb beschlossen drei Frauen aus dem WSI (eine Sachbearbeiterin, eine Referentin, eine Sekretärin), konkret zu werden: sie erarbeiteten den Entwurf eines Frauenförderplans für das WSI. Er zielte darauf ab, erstens den Anteil von Frauen im wissenschaftlichen Bereich zu erhöhen und zweitens bessere Arbeitsbedingungen für alle weiblichen Beschäftigten zu schaffen.

Im folgenden wird über die Auseinandersetzungen um die Teile des Entwurfs für einen Frauenförderplan berichtet, die die Arbeitsbedingungen und -möglichkeiten für Frauen wirklich *verändern* und damit das bestehende Geschlechterverhältnis angreifen würden. Das sind die Forderungen nach

- einer autonomen Frauenbeauftragten,
- einer fünfzigprozentigen Quotierung der wissenschaftlichen Stellen,
- einem Kriterium »ausreichende Qualifikation« als einzige Voraussetzung für die bevorzugte Einstellung von Frauen und
- einem Rechtsanspruch auf familienbezogene Teilzeitarbeit.

Der Entwurf wurde im November 1988 als Diskussionspapier an alle Beschäftigten verteilt. Um es gleich vorweg zu sagen: Daß es bis heute im WSI keinen Frauenförderplan gibt, liegt nicht allein an der massiven Abwehr des Entwurfs durch die männlichen Kollegen — damit war zu rechnen: warum sollten sie sich schließlich für den Abbau ihrer Dominanz stark machen? — sondern auch am Verhalten der Kolleginnen, also der Mehrheit der Beschäftigten, das von mangelndem Interesse bis zu aktiver Bekämpfung und Ablehnung des Entwurfs bzw. seiner entscheidenden Forderungen reichte. Es ist nicht gelungen, vor allem die

Frauen in intensive Diskussionen und Auseinandersetzungen über die Arbeitsteilungsstrukturen im WSI zu verwickeln. Auch in den meisten Gremien wurde das Thema bis heute nicht wirklich gründlich diskutiert.

Eine Erklärung dafür, daß die meisten Frauen an der Diskussion und Durchsetzung eines Frauenförderplans kein großes Interesse zeigten, könnte in der Lebenssituation der im WSI beschäftigten Frauen liegen. Die Tatsache, daß lediglich 2 von 31 Frauen kleine Kinder zu versorgen haben, zeigt, daß Frauen in der Regel einer ganztägigen Erwerbsarbeit nur nachgehen (können), wenn sie keine »Mutterpflichten« (mehr) haben. (Männer dagegen können auch Karriere machen, wenn sie Väter kleiner Kinder sind; im WSI immerhin 10 von 18.) Anscheinend ist für die Frauen, die größtenteils im nichtwissenschaftlichen Bereich arbeiten, das Problem der Vereinbarkeit von Haus- und Erwerbsarbeit gut zu bewältigen, so daß sich daraus vielleicht erklärt, warum sie sich bei der Diskussion des Frauenförderplan-Entwurfs wenig engagiert zeigten. Außerdem sind sie mit ihren Arbeitsbedingungen, die sich in der Tat von den offen autoritären Strukturen in z.B. Industriebetrieben oder Verwaltungen positiv abheben, offenbar zufrieden.

Die Wissenschafts-Frauen plädierten eher dafür, die Forderungen nicht so hoch anzusetzen, z.B. keine fünfzigprozentige Quotierung, sondern nur eine dem Organisationsgrad von Frauen in den Gewerkschaften entsprechende zu verlangen. Der Grund für diese Argumentation ist wohl darin zu suchen, daß sie selbst ihre Position ohne Quotierung erreicht haben und der Meinung sind, daß gut ausgebildete, leistungsfähige Frauen eine Quotierung nicht nötig haben. Wenn aber überhaupt jemand gefördert werde, so argumentieren andere, dann müsse dies für alle »Benachteiligten« gelten. Selbst das Argument, wenn Frauen Anspruch auf von Männern besetzte Arbeitsplätze erheben würden, handele es sich um Männerdiskriminierung, wurde von Frauen gegen Quotierung vorgebracht. Die Notwendigkeit, durch einen Frauenförderungsplan die an männlichen Erwerbsmustern orientierten Arbeitsbedingungen aufzubrechen und die Strukturen zu entpatriarchalisieren, was in der Präambel des Entwurfs als Schwerpunkt der Forderung benannt war, wurde offensichtlich nicht gesehen.

Die männlichen Kollegen, die fast ausschließlich als wissenschaftliche Referenten beschäftigt sind und sich für sehr progressiv halten, stellten sich nicht offen gegen einen Frauenförderplan; das schuldeten sie schon ihrem Image. Einige wenige Männer haben sich auch konstruktiv und unterstützend verhalten. Die meisten hatten jedoch größte Probleme mit der Solidarität. Lange bevor die Diskussion durch die Vorlage des Entwurfs konkret wurde, wurde auf einer Betriebsversammlung im Februar 1987 von dem damaligen Betriebsrat lediglich die Notwendigkeit erwähnt, in absehbarer Zeit zum Abschluß eines Frauenförderplans zu kommen. Schon da wurde von einigen Kollegen verlangt, daß die Solidarität mit Gewerkschaftsbeschäftigten an erster Stelle stehen müsse, d.h. intern Beschäftigte, also in der Regel männliche Kollegen, die z.B. mit befristeten Arbeitsverträgen im Gewerkschaftsbereich arbeiten, müßten unbedingt Vorrang vor externen, also bisher gar nicht oder nicht im Gewerkschaftsbereich beschäftigten Frauen haben. Sofort wurde das Bild entworfen, das auch später immer wieder als Schreckensvision heraufbeschworen wurde: die externe Frau

müsse, obwohl sie natürlich schlecht ausgebildet, nicht motiviert, politisch desinteressiert oder gar »rechts« sei, dem engagierten, hochqualifizierten Kollegen vorgezogen werden. Besonders in diesem Punkt wurde die Diskussion emotionalisiert mit dem offensichtlichen Ziel, wirksame Regelungen zur Einstellung von Frauen zu verhindern. Deshalb wurden auch Einwände dagegen erhoben, alle neu zu besetzenden Stellen gleichzeitig intern und extern auszuschreiben.

### Zentrale Forderungen des Entwurfs

1. Zur Unterstützung von Betriebsrat und Geschäftsführung bei der Durchführung der Bestimmungen des Frauenförderplans sah der Entwurf die Wahl einer autonomen Frauenbeauftragten vor. Sie sollte von den beschäftigten Frauen gewählt werden und sich ausschließlich und parteilich für deren Rechte einsetzen. Das hielten die Beschäftigten für unnötig und sogar gefährlich. Da der Betriebsrat sich ja für die Rechte *aller* Beschäftigten einzusetzen habe, sei die einseitige Vertretung der Frauen eine gegenüber den Männern ungerechte Bevorzugung. Besser sei es, wenn ein weibliches Betriebsratsmitglied die Aufgaben einer Frauenbeauftragten übernehme, da sonst Betriebsratsrechte ausgehebelt werden könnten und Spaltungstendenzen wahrscheinlich würden. Es wurde so getan, als sei die Tatsache, daß wir alle Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen im WSI sind, etwas, das uns auf allen Gebieten eint. Daß Frauen und Männer durchaus unterschiedliche und unterschiedlich bewertete Interessen haben, wird durch den Einsatz einer Frauenbeauftragten aber nicht hervorgerufen, sondern macht eine solche »Institution« überhaupt erst nötig.

Eine Selbstverpflichtung für Betriebsrat und Geschäftsführung, bei allen Frauen betreffenden Angelegenheiten nicht gegen das ausdrückliche Veto der Frauenbeauftragten zu entscheiden, wurde strikt abgelehnt. Es würde der Frauenbeauftragten zuviel Rechte und Macht geben und außerdem wurde vermutet, daß eine solche Vereinbarung gegen das Betriebsverfassungsgesetz verstoße.

2. Die Forderung nach einem fünfzigprozentigen Anteil von Frauen an den wissenschaftlichen Stellen stieß ebenfalls auf Ablehnung. Für das WSI würde dies bedeuten, daß sechs jetzt von Männern besetzte Arbeitsplätze an Frauen gehen würden; natürlich nur, wenn sie neu zu besetzen wären. Da also von keinem Mann gefordert wird, daß er seinen Arbeitsplatz freimacht, verlangt diese Regelung von den Männern nur, den *Anspruch* der Frauen anzuerkennen.

Natürlich wurde bezweifelt, daß es überhaupt genügend qualifizierte Frauen gibt. Als dieser Einwand entkräftet war, wurde vorgeschlagen, daß der Frauenanteil z.B. auf die Höhe des Anteils der Frauen an Diplomabschlüssen in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Bundesrepublik zu begrenzen sei.

3. Ein weiterer Streitpunkt war die Forderung nach bevorzugter Einstellung von Frauen. Die im Entwurf formulierte »ausreichende Qualifikation« als Kriterium für die bevorzugte Einstellung von Frauen soll den ungleichen Chancen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt entgegenwirken. Ausreichend! Das erinnerte wohl fatal an die gleichlautende Schulnote; damit wurde die Vorstellung von niedrigen formalen Qualifikationsanforderungen verbunden, von Niveauabsenkung und damit Verlust der wissenschaftlichen Bedeutsamkeit. Deshalb wurde in der Diskussion

kein Zweifel daran gelassen, daß es für das Institut existenziell wichtig sei, freierwerdende Stellen mit der oder besser noch dem in jeder Hinsicht »Besten« zu besetzen. Die *tatsächliche* Stellenbesetzungspraxis sieht aber so aus, daß die wenigen Stellen, die in den letzten Jahren vakant waren und neu besetzt wurden, alle an Männer vergeben wurden, die vorher mit befristeten Arbeitsverträgen in einer Gewerkschaftsorganisation gearbeitet hatten. Es gab keine Diskussion darum, ob es wohl auf dem Arbeitsmarkt eine(n) Bessere(n) gäbe. Daß die Stellen an Kollegen gingen, war eine selbstverständliche Aktion der Solidarität. Mit dieser Solidarität können die Frauen nicht rechnen.

4. Mit einem Rechtsanspruch auf familienbezogene Teilzeitarbeit wollte der Entwurf bei der Festlegung der betrieblichen Arbeitszeiten berücksichtigt wissen, daß auch außerhalb des Betriebes gesellschaftlich notwendige Arbeit stattfindet. Besonderen Beanspruchungen unterliegen Personen, die Pflege- und Betreuungsaufgaben zu erfüllen haben und in noch stärkerem Maße Eltern und Alleinerziehende von Kleinkindern oder Kindern im schulpflichtigen Alter. Das war allen Beschäftigten einsichtig, und in der Diskussion wurden keine Einwände erhoben gegen die vorgeschlagenen Maßnahmen. Eltern mit Kleinkindern bis zu sechs Jahren sollten jeweils für drei Jahre Anspruch auf Verminderung ihrer täglichen Arbeitszeit auf mindestens vier Stunden bzw. ihrer wöchentlichen Arbeitszeit auf mindestens 20 Stunden bei im übrigen gleichbleibenden Arbeitsbedingungen haben. Bei Alleinerziehenden war eine verlängerte Frist von sechs Jahren vorgesehen.

Wie wenig Aufmerksamkeit diese Probleme aber in der Praxis finden, zeigt sich daran, daß inzwischen eine Betriebsvereinbarung über Mutterschutz und Elternurlaub abgeschlossen wurde, die einen Rechtsanspruch nicht einmal für den gesetzlich vorgesehenen Elternurlaub von 15 Monaten enthält. Einer Frauenbeauftragten wäre das sicher nicht entgangen.

### Das weitere Vorgehen

Die Verfasserinnen des Frauenförderplan-Entwurfs hatten erwartet, daß sich aus der Diskussion in der Belegschaft ein Handlungsauftrag an den Betriebsrat zum Abschluß eines Frauenförderplans ergeben würde. Leider geschah das nicht. Die Diskussion wurde in den verschiedenen Gremien ohne konkretes Ergebnis beendet, und es wurde dem Betriebsrat überlassen, ob er entsprechende Verhandlungen mit der Geschäftsführung aufnehmen will. Da der Betriebsrat zur Zeit stark überlastet ist und zudem nicht alle Mitglieder einen Frauenförderplan für notwendig oder auch nur für wünschenswert halten, geschah dies bisher nicht. Deshalb wird jetzt auch ohne ausdrücklichen Wunsch der Beschäftigten von den Verfasserinnen des Entwurfs die Aufforderung an den Betriebsrat und die Geschäftsführung ergehen, sofort mit den Verhandlungen über den Abschluß einer entsprechenden Betriebsvereinbarung zu beginnen. Das wird hoffentlich die Diskussion wieder entfachen, in jedem Fall zwingt es aber die dafür zuständigen Gremien, sich ernsthaft mit dem Thema zu befassen und den gewerkschaftlichen Forderungen auch im eigenen Haus nachzukommen.

Inge Wettig-Danielmeier

## Wie lebt die SPD mit der Quote?

Frigga Haug hat zu Recht darauf hingewiesen, daß die Quotierung für Frauen und Männer die Gesellschaft grundsätzlich verändern könnte, ja müßte, wenn sie konsequent angewandt würde.

In der SPD war Frauenpolitik immer im Streit, wahrscheinlich wegen der Sprengkraft, die konsequente Gleichstellungspolitik entfalten muß. So hat August Bebel schon 1869 die Frauenfrage als eine entscheidende Frage des Sozialismus gestellt und die Gleichberechtigung der Frauen in der Parteiorganisation gefordert; aber gerade letztere war auch immer umstritten. Die Freiheit der Frauen in der SPD wurde möglichst reglementiert. Der Streit darum währte 100 Jahre. Der Jugend und anderen Gruppen wurden organisatorische Eigenständigkeiten zugestanden, die den Frauen vorenthalten wurden. So wurden Frauenbeauftragte von Parteivorständen nominiert, während Jungsozialisten längst in einer relativ unabhängigen Arbeitsgemeinschaft in demokratischen Verfahren ihre eigenen Vertreter wählten.

Wohlmeinende Männer gaben engagierten Frauenvertreterinnen nicht zu Unrecht den »guten Rat«, sich doch für ein ernsthaftes Politikfeld zu interessieren, die Frauenpolitik anderen zu überlassen, weil sie nur so Karrierechancen in der SPD hätten. Schließlich wurde Clara Zetkin 1908 nicht die erste gewählte Frau in einem SPD-Parteivorstand; ihr Engagement diskreditierte sie von vornherein. Die »Frauen«-Frauen in den Parteivorständen hatten seit dem ersten Weltkrieg einen schweren Stand: sie wurden belächelt und/oder waren unbeliebt.

Mit der eigenständigen Organisation, der ASF (gegründet 1972), entwickelte sich auch programmatisch eine fortschrittliche Politik, nicht nur in Frauenfragen. In entscheidenden Politikfeldern (wie Friedens-, Energie- und Arbeitszeitpolitik) lag die ASF fünf bis zehn Jahre vor der SPD, auch vor den »Linken« in der SPD. Männlich orientierte Medien nahmen das jedoch nicht zur Kenntnis.

1977 verlangten die Frauen die Quotierung in der Wirtschaft, bei Ausbildungs- und Arbeitsplätzen und drastische Arbeitszeitverkürzungen für alle auf sechs Stunden täglich, um Beruf und Familie vereinbaren zu können. Die Quotierung in der eigenen Partei lehnten die SPD-Frauen deshalb ab, weil sie angesichts der programmatischen Tradition der Partei davon ausgingen, daß durch Überzeugungsarbeit und massiven Einsatz der Frauen die SPD von sich aus ohne Quoten die Gleichstellung umsetzen könnte. Insbesondere setzten sie auf die Linken. Das war kurzfristig, die Geschichte hätte sie eines Besseren belehren können:

Schon 1890 legte die Satzung der SPD zum ersten Mal fest, daß Frauen eigene Delegierte zum Parteitag entsenden können. 1894 verteidigte Ignaz Auer, der immer für das Praktische in der Partei zuständig war, diese Regelung:

»Wir müssen der sozialdemokratischen Frauenbewegung Gelegenheit zur Vertretung auf den Parteitagen geben, ohne daß sie von der Gnade der Männer abhängig ist. Diese Abhängigkeit hat sich nicht bewährt.«

1908 beschloß die SPD, daß die weiblichen Mitglieder im Verhältnis zu ihrer Zahl im Vorstand vertreten sein sollten. 1925 wurde die Verteilung der Parteifunktionen zwischen Männern und Frauen entsprechend dem Mitgliederanteil in die Satzung aufgenommen, genauso 1946. Entsprochen wurde diesen Satzungsbestimmungen nicht. Die Statuten zeigten nämlich keine Verfahrenswege, wie dieses Ziel umzusetzen sei. Zwar saßen 1925 in Preußen bei einem weiblichen Mitgliederanteil von gut 16 Prozent auch 16 Prozent Frauen in der preußischen SPD-Landtagsfraktion, doch 1949 klappte zwischen dem Mitgliederanteil der Frauen in der SPD von 19 Prozent und dem Frauenanteil in der Bundestagsfraktion von 9,5 Prozent schon eine gewaltige Lücke. 1972 waren dann nur noch 5,4 Prozent der Bundestagsfraktion Frauen. Gerade junge aufmüpfige Frauen hielten die »Schutz«-Vorschriften angesichts dieser Tatsache für sinnlos. Mit dem Anspruch auf gleiche Teilhabe in einer auf Gleichheit aufgebauten Partei wurde die Minimalsicherung 1971 abgeschafft. Die Debatte auf dem Parteitag war geprägt vom Emanzipationswillen der SPD. Das Ergebnis war ein drastischer Rückgang des Frauenanteils an den Parteiämtern, ein Sieg der männlichen Mengenlehre.

1982 machte sich der SPD-Parteitag in München die Forderung nach Quotierung der Ausbildungs- und Arbeitsplätze auf allen Qualifikationsebenen zu eigen. Er forderte, die Quotierung in einem Gleichstellungsgesetz über die verpflichtende Einbindung der Betriebsräte (Personalräte) sicherzustellen. Arbeitszeitverkürzungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie wurden »schrittweise« gefordert. Der Sechs-Stunden-Erwerbsarbeitstag sollte in Modellversuchen erprobt werden (generell wird diese Forderung der ASF erst 1988 von der SPD auf dem »Quoten«-Parteitag beschlossen und 1989 im Grundsatzprogramm festgeschrieben). Obwohl die Regierung Schmidt keinerlei ernsthafte Anstrengungen zur Umsetzung dieser SPD-Beschlüsse unternahm, waren sie doch neben anderen sozialpolitischen Forderungen Anlaß für die FDP, die Koalition 1982 zu verlassen. In dem berühmt-berüchtigten Lamsdorff-Papier wurden die Gleichstellungsforderungen als zu große Belastungen für die Wirtschaft zurückgewiesen.

In der Zwischenzeit versuchte die ASF, die SPD zur Gleichstellung in den eigenen Reihen zu »überzeugen«. Auf dem Parteitag 1979 wurde ein umfassender Gleichstellungsbeschluß gefaßt, 1982 bestätigt und 1984 erweitert. 1985 riß den Frauen der Geduldtsfaden, sie verlangten die Quote, und zwar eine 40 Prozent-Mindestquote für Frauen und Männer für alle Parteifunktionen und Mandate. Ein Jahr später (1986) wurde sie grundsätzlich vom Parteitag der SPD in Nürnberg akzeptiert. Der Quotenbeschluß als verpflichtende Satzungsbestimmung wurde trotz heftigen Widerstandes 1988 in Münster mit überwältigender Mehrheit gefaßt. 362 Delegierte stimmten für die verpflichtende Quotierung, nur 54 dagegen, keiner und keine enthielt sich der Stimme. Nicht alle waren sich der Konsequenz bewußt, die dieser Beschluß für die Programmatik der SPD, für ihr politisches Handeln auch für außerparteiliche Politikfelder haben mußte.

Nach Münster ging die SPD in allen Gliederungen an die Umsetzung des Quotenbeschlusses mit erstaunlichem Erfolg. Der erste Quotenschritt<sup>1</sup> von einem Drittel für Parteifunktion wurde mit Ausnahme kleiner ländlicher Ortsvereine

und Unterbezirke für Frauen häufig überschritten. In den meisten Bezirks- und Landesvorständen sind schon jetzt 40 bis 50 Prozent Frauen vertreten. Die Befürchtung vieler ASF-Frauen, daß vor allem »pflegeleichte« Frauen gewählt werden würden, hat sich nicht bestätigt. Allerdings haben engagierte ASF-Vertreterinnen nicht immer die besten Stimmergebnisse. Die verletzten Männerinteressen wirken sich aus.

Auch in den öffentlichen Wahlen seit 1988 ist der erste Quotenschritt erfüllt worden, das gilt für alle Kommunal- und die Landtagswahlen in Berlin und im Saarland. In Schleswig-Holstein, Bremen und Hamburg waren schon im Vorfeld des Quotenbeschlusses bei den Landtagswahlen erhöhte Frauenanteile entsprechend dem erwarteten Beschluß umgesetzt worden. In Niedersachsen ist nach Aufstellung und Listenplatzierung ein Frauenanteil von 25 Prozent in der SPD-Landtagsfraktion zu erwarten. Probleme gibt es in Nordrhein-Westfalen und in Bayern wegen der dort geltenden Wahlsysteme. Dabei wird deutlich, wie wichtig genaue Verfahrensvorschriften sind. Wenn die Parteiregelungen wegen des Wahlrechts für die öffentlichen Wahlen nicht greifen, erweist sich die SPD häufig als nicht in der Lage, ihre 100 Jahre alten Gleichheitsüberzeugungen auch in die Tat umzusetzen. Die Summe der Aufstellungen in Ein-Personen-Wahlkreisen ergibt in der Regel eine 90prozentige Männerquote — trotz August Bebel, Willy Brandt und Hans-Jochen Vogel.

Bei der Bundestagswahl mit ihrem starken Listenanteil wird der erste Quotenschritt wiederum in den meisten Bundesländern voraussichtlich erfüllt werden, d.h. wir können mit einem Anteil von ca. 25 Prozent Frauen in der nächsten Bundestagsfraktion rechnen, hier können die Satzungsregeln der Partei wieder stärker greifen. Nach Abschluß der Wahlrunden 1991 wird deshalb die Frage von Wahlrechtsreformen diskutiert werden müssen.

Größere Probleme sind bei der Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien zu erwarten. Die SPD in der DDR hat in Leipzig eine 30 Prozent-Quote beschlossen, aber ohne Verfahrensvorschriften. Sie wird nicht allgemein beachtet. Die SED hat es in der DDR geschafft, trotz hoher Erwerbstätigkeit und der oft zitierten Errungenschaften für Frauen, die Rollenfestlegung so zu zementieren, daß das Selbstbewußtsein der Frauen und das Bewußtsein der Männer in der DDR für eine ernsthafte Gleichstellung noch viel weniger ausreichend ist als in der Bundesrepublik. Frauen existieren als Handelnde in der Politik der DDR praktisch nicht. Gerade die DDR macht unsere geschichtliche Erfahrung überdeutlich: Die Alibifrau in Entscheidungsgremien verändert fast nichts, erst die Quotenfrau — Frau in beachtlicher Masse — kann Veränderungen bewirken. Die »eine« Frau kann sich nur männlichen Gepflogenheiten und männlichen Erwartungen anpassen, wenn sie nicht zur hoffnungslosen Außenseiterin werden will. Erst die Frau in der deutlichen Mehrzahl hat die Chance, als Frau ihre Interessen, ihre Erfahrungen, ihre Befindlichkeit — andere Maßstäbe — in die Politik einzubringen.

Bei der Diskussion um die Quote für eine so große Partei wie die SPD spielte die Qualifikationsdebatte eine überragende Rolle. Die schreckliche Vorstellung, daß eine dumme Frau einem klugen Mann wegen der Quote vorgezogen werden müßte, beschäftigte nicht nur die konservative Presse. Auch sympathisierende

Frauen trieb die Frage um. Sie beantworteten sie meist dahingehend, daß es auch schon in Vorquotenzeiten krawattentragende Nieten gegeben habe, und daß die Gleichstellung erst dann verwirklicht sei, wenn neben der hochqualifizierten weiblichen Reserve auch die Durchschnittsfrau die gleiche Chance bekomme wie der Durchschnittsmann.

Die Erfahrungen belegen, daß die Frauen, die zusätzliche Funktionen und Mandate bekommen haben, den Vergleich mit männlichen Amtsinhabern aushalten. Viele Quotengegner sind überrascht, wie viele qualifizierte Frauen erst durch die Quote ermutigt worden sind, sich für die SPD zu engagieren, Funktionen und Mandate zu übernehmen. Natürlich gibt es auch Beispiele von Frauen, die ohne Kenntnisse und Erfahrungen Funktionen anstreben, denen sie nicht gewachsen sind. Manchmal werden sie dabei von Männern bewußt unterstützt — als politisches Werkzeug oder auch, um die Quote zu diskreditieren. Diese Beispiele sprechen nicht gegen die Quote, sondern gegen eine Gesellschaft, die Frauen so lange Entfaltungs- und politische Betätigungsmöglichkeiten verwehrt hat, daß sie ihre Möglichkeiten nie realistisch erproben und einschätzen konnten.

Die Quote hat der SPD einen Mitgliederzuwachs, insbesondere von Frauen gebracht. Unter den Neueintretenden sind 35 Prozent Frauen. Dennoch trifft auch auf die neuen SPD-Frauen zu, was für die alten gilt: Sie sind immer noch doppelt und dreifach belastet: Beruf, Familie, Politik. Das ist gleichzeitig ein Hindernis für Frauen, in eine Partei einzutreten. In einer Partei, in der auf einer Basis von 27 Prozent Mitgliederanteil möglichst die Hälfte der Funktionen und Mandate besetzt werden sollen, erwartet sie aber viel Arbeit.

Hier spätestens wird deutlich, daß die politische Quote isoliert nicht stehenbleiben kann. Nur wenn die Erwerbsarbeit und die Familienarbeit anders verteilt wird, ist gleiche politische Teilhabe möglich. Allerdings ohne gleiche politische Teilhabe wird die Arbeit auch nicht anders verteilt. Dazu gehört unerläßlich die Verkürzung der täglichen Erwerbsarbeitszeit auf sechs Stunden.

Die Forderung nach gesellschaftlicher Gleichheit von Frauen und Männern in der Familie, im Arbeitsleben, in der Kultur, in der Politik war in der Programmdiskussion zwar am heißesten umstritten, aber nach fünfjähriger Diskussion auch am breitesten akzeptiert in der SPD. Kein Programmschwerpunkt wurde in Berlin so einmütig beschlossen wie die »gesellschaftliche Gleichheit von Frau und Mann«. Dabei geht die SPD wie die ASF von der grundsätzlichen gesellschaftlichen Gleichheit der Geschlechter aus. Wenn sie davon spricht, daß weibliche Erfahrungen und Werte stärker in die Politik eingebracht werden müssen, dann bedeutet das nicht, daß es sich um Werte und Erfahrungen handelt, die nur der Frau eigen sein können. Die rigide Rollenteilung und Geschlechtersozialisation hat zu Deformationen beider Geschlechter geführt und bestimmte Eigenschaften, Verhaltensweisen, Werte jeweils nur einem Geschlecht vorbehalten oder nur bei ihm zugelassen. Solange Frauen aus der Politik herausgehalten werden, werden auch die ihnen zugeordneten Eigenschaften und Werte der Politik entzogen. Die SPD will, daß Männer und Frauen ihre Eigenschaften entfalten und entwickeln, die volle Palette ihrer Möglichkeiten leben können und diese auch in die Politik einbringen sollen. Das heißt, sie erteilt gesellschaftlichen Sonderrollen der Frauen wie der Männer eine Absage.

Sehr wohl aber akzeptiert sie, daß die Geschichte eine Differenzierung nach Geschlechtern gebracht hat, die mindestens zu so rigiden Unterschieden in der Gesellschaft geführt hat wie die Klassen- oder Schichtzugehörigkeit. Die Überwindung der sozialen Geschlechtsunterschiede ist um so schwieriger als sie in das Muster herkömmlicher wissenschaftlicher Analysen gar nicht erst aufgenommen werden. Wissenschaftliche Politikberatung betrachtet in der Regel die Überwindung der Geschlechterunterschiede allenfalls als Neben- oder Randprobleme. Um so wichtiger ist die Durchsetzung der Quote auf allen Ebenen. Gerade wegen der geschilderten Zusammenhänge ist die einmal beschlossene Quote, sind die einmal beschlossenen Grundsätze keine Selbstgänger, auch nicht in der SPD. Sobald die ASF als Mahnerin und Streiterin erlahmt, sind die Beschlüsse der SPD einschließlich der mit Zwei-Drittel-Mehrheit bewehrten Satzungsbestimmungen nicht mehr Wert als das Papier, auf dem sie gedruckt sind. Der Ortsverein, in dem nicht auch morgen die Frauen aufstehen und die Quote einfordern, wird sie übermorgen vollständig vergessen haben. Die Phantasie auch der begabtesten Linken reicht nur selten aus, sich das theoretisch richtig Erkante auch konkret für das eigene Leben vorzustellen. Wenn es um die gesellschaftliche Gleichheit von Frau und Mann geht, werden Männer leicht gefühlig. Die nüchterne Erkenntnis, daß das Ehegattensplitting im Steuerrecht mit der gesellschaftlichen Gleichheit von Frau und Mann nicht vereinbar ist, übersteigt den Gefühlshorizont der meisten Männer. Deshalb stehen bei der Umsetzung der Grundsatzbeschlüsse noch harte Auseinandersetzungen ins Haus. Ohne die Quotenfrauen werden die notwendigen Entscheidungen nicht getroffen werden.

Der Quotenbeschluß der SPD war und ist ein Fortschritt ebenso wie das neue Berliner Programm. (Beides hat auch deshalb größere Bedeutung als vergleichbare Beschlüsse der Grünen, weil die SPD eine eindeutiger Beispielfunktion für die Gesamtgesellschaft hat.) Ob die angestrebte Veränderung, die gesellschaftliche Gleichheit, aber bewirkt wird, werden wir frühestens in zehn Jahren erkennen können. Bis dahin dürfen wir die Hände nicht in den Schoß legen, wenn wir das Patriarchat überwinden wollen.

### **Anmerkung**

- 1 Der Quotenbeschluß von Münster sieht zwar eine Mindestquote für Frauen und Männer für alle Funktionen und Mandate von 40 Prozent vor, will diese Quote aber in Stufen erreichen. Für Parteifunktionen gilt: 1. Stufe: ab sofort mindestens ein Drittel, ab 1994 mindestens 40 Prozent. Für Mandate gilt: 1. Stufe: 25 Prozent ab 1990; 2. Stufe: ein Drittel ab 1994; endgültige Quote von mindestens 40 Prozent ab 1998.

---

# Kritik der herrschenden Wissenschaft

Sandra Harding  
**Feministische  
Wissenschaftstheorie**



*Sandra Harding*  
**Feministische Wissen-  
schaftstheorie**  
*Zum Verhältnis von Wissenschaft  
und sozialem Geschlecht*  
Aus dem Amerikanischen von  
Michael Haupt  
300 Seiten, br., DM 34,-

Sandra Harding nimmt sich eines Themas an, das hierzulande erst in Ansätzen diskutiert wird: Sie stellt die Frage nach den Perspektiven des Feminismus in Wissenschaft und Wissenschaftstheorie. Welche emanzipatorischen Ansätze gibt es hier, wo liegen ihre Schwierigkeiten, wie kann feministische Theorie für die Veränderung von Forschungspraxis und Wissenschaftsbetrieb eingreifend tätig werden? Mit diesen Fragen zielt

Sandra Harding auf die intellektuellen und gesellschaftlichen Grundlagen wissenschaftlichen Denkens, auf die weiße, bürgerliche, männliche Dominanz, die alle Ebenen des Wissenschaftsbetriebes bestimmt. Eingehend beschäftigt sich Sandra Harding mit dem Problem, welche Rolle das soziale Geschlecht bei der Planung und Durchführung wissenschaftlicher Forschungsvorhaben (vor allem in der Biologie und den Sozialwissenschaften) spielt. Darüber hinaus diskutiert sie verschiedene Ansätze feministischer Wissenschaftskritik (Empirismus, Standpunkt-Denken, Postmodernismus) und zeigt die Spannungen und Widersprüche in und zwischen den Ansätzen auf, ohne ihren kritischen Wert zu verkennen. Sandra Harding plädiert für wirksamere Konzeptionen wissenschaftlicher Objektivität und Forschung, für Theorien und Praxen, die sich auf antirassistische, antihierarchische und antisexistische Werte gründen.

»Das Buch ist anspruchsvoll, ausgefeilt und subtil. Es ist das Beste, was bisher an feministischen Ansätzen zu Wissenschaft- und Erkenntnistheorie geschrieben wurde.«

*Donna Haraway, University of California*

## Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

---

Jutta Meyer-Siebert

## Quotierungswirklichkeit in sozialwissenschaftlichen Zeitschriften

### Anmerkungen zu einer Befragung\*

#### Die Frage

Sozialwissenschaftliche Zeitschriften sind Produktionsstätten gesellschaftlicher Bedeutungen von wissenschaftlichen Diskursen und somit Kampforte um Hegemonien. Als Effekt der marginalen Bedeutung, die feministische Wissenschaft innerhalb der dominanten Diskurse noch einnimmt, sind die Redaktionen fest in Männerhand. Von Quotierungen bzw. Kämpfen darum ist uns kaum etwas bekannt. Die seit acht Jahren wirkende Frauenredaktion im *Argument* scheint rühmliche Ausnahme geblieben zu sein. Feministische Wissenschaft wird in der Regel von (wenigen) feministischen Zeitschriften transportiert, und diese scheinen nicht in Streit mit den traditionellen Zeitschriften zu geraten. Die Kämpfe um hegemoniale Bedeutungen von Wissenschaft finden dem Augenschein nach sowohl innerhalb als auch zwischen den Redaktionen ohne die Frauen statt.

Dies sehen wir im Widerspruch zu dem allgemeinen gesellschaftlichen Stand der Gleichstellungskämpfe in der Bundesrepublik. In fast allen öffentlichen Bereichen gibt es mittlerweile Politiken, mit denen die »Gleichstellung« der Frauen realisiert werden soll. Das ist eine wesentliche Errungenschaft der Frauenbewegung, auch wenn damit noch nicht mehr erreicht ist, als daß sich prinzipiell unsere Möglichkeiten verändert haben, in den gesellschaftlichen Regelungs- und Gestaltungsprozeß revolutionierend einzugreifen. Ob und mit welcher Effizienz wir die neuen Möglichkeitsräume ausfüllen (werden), hängt wesentlich von unserem Wissen von uns selbst und von den gesellschaftlichen Zusammenhängen ab, in denen wir uns bewegen und die wir nicht schon durch (erfolgreiche) Gleichstellungskämpfe bewegt haben. Die Zusammenhänge vom Standpunkt der Frauen aus zu erforschen und darin Bewegungsmöglichkeiten aufzuzeigen, scheint uns für eine Nutzung der neuen Möglichkeiten in Richtung Befreiung unverzichtbar. Wir müssen dazu auf die dominanten Wissenschaftsdiskurse zurückgreifen. Wir müssen sie uns aneignen, umbauen und Neues entwickeln. Aber wir müssen auch darum kämpfen, daß so entstehende feministische Theorien hegemoniefähig und nicht konfliktlos neben dem Bestehenden geduldet werden. Es gilt also, in der traditionellen (linken) Sozialwissenschaft Streit zu organisieren, und strategische Orte solcher Auseinandersetzungen scheinen uns auch die Redaktionen sozialwissenschaftlicher Zeitschriften.

Deshalb befragten wir diese. Wir wollten wissen, ob sie »quotiert« sind bzw. was sie davon halten, dieses zum Prinzip ihrer Redaktionspraxis zu machen. Wir

\* Ich danke den Redaktionen von Demokratie und Recht, Gewerkschaftliche Monatshefte, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Marxistische Blätter, Psychologie & Gesellschaftskritik, Psychologie Heute, Soziologie, Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik, Zeitschrift für Soziologie und WSI-Mitteilungen für ihre Antworten.

dachten, so von außen einen solchen Streit zu provozieren; und wir wollten zugleich aus den Antworten etwas darüber lernen, wie dominierende Wissenschaftlerköpfe (Nicht-)Bedeutungen der Frauenfrage produziert.

Wir erwarteten, daß die Frage nach Quotierung in den abgeklärten Wissenschaftlerköpfen (anders als in denen der Ideologen der herrschenden Tagespresse, vgl. F. Haug in diesem Heft) noch keine produktive Unruhe entstehen lassen würde. Deshalb bauten wir in unsere Frage den Begriff des Feminismus ein — von uns verstanden als Bewegung in Richtung Frauenbefreiung; als (Forschungs-)Aufgabe für alle, die die Notwendigkeit dieses Weges für eine menschenwürdige Gesellschaft begriffen haben, ohne ihn schon beschreiben zu können; als Kampfbegriff, mit dem eingeschliffene Denk- und Verhaltensweisen radikal in Frage gestellt werden. Von der Frage nach Quotierung und Feminismus erhofften wir uns genügend provokative Kraft, um Widersprüche in den Redaktionen zuzuspitzen. Wir formulierten: »Was denken Sie darüber, eine Quote Ihrer Heftbeiträge für Feministinnen, also Frauen mit einem Frauenstandpunkt, bereitzustellen und die Redaktion entsprechend quotiert zu besetzen?«

### Die Antworten

Wir schickten unsere Schreiben an 21 Redaktionen von soziologischen, politologischen, psychologischen, pädagogischen und juristischen Zeitschriften, die wir — flüchtig und subjektiv — als eher links einordneten. Antworten erhielten wir von zehn Redaktionen. Das war mehr, als wir erhofft hatten. Der Rücklauf von knapp 50 Prozent scheint allgemein die Frauenfrage als Druckpunkt in der Widersprüchlichkeit der gesellschaftlichen Reproduktion zu bestätigen.

Mit einer Ausnahme antworteten immer die (männlichen) verantwortlichen Redakteure. In zwei Fällen besteht die Redaktion nur aus einem Mann. In einem Fall antwortete eine — nicht verantwortliche — Redakteurin. Wie nicht anders erwartet, schlägt sich die Unterrepräsentiertheit der Frauen in der institutionalisierten Wissenschaft, zu der auch die Zeitschriften zählen, die ihren Sitz zum großen Teil unmittelbar in den Instituten haben, in den Geschlechterverhältnissen in den Redaktionen nieder. Außer einer (eher populärwissenschaftlichen) Zeitschrift, die bei vier Redaktionsmitgliedern — auf eine paritätische Besetzung der Redaktion verweisen kann, sind Frauen in allen Redaktionen stark in der Minderzahl oder gar nicht vorhanden. Allerdings läßt sich daraus nicht einfach auf die Nicht-Bedeutung der »Frauenfrage« in den Zeitschriften schließen. Zunächst ist festzustellen, daß von keiner Redaktion die Notwendigkeit bestritten wird, den Anteil von Frauenbeiträgen zu erhöhen. In drei Redaktionen gehören Texte mit frauenspezifischen Fragestellungen zum festen Bestandteil der Hefte, zwei Zeitschriften geben in unregelmäßigen Abständen reine Frauenhefte heraus. Berichtet wird auch von Anstrengungen, mehr Frauen für die Redaktionen zu gewinnen und auf Parität der Geschlechter hinzuarbeiten. Als Problem wird von fast allen die Schwierigkeit genannt, sowohl Frauen für die Redaktionen zu finden als auch auf Texte von Frauen in größerem Umfang zurückgreifen zu können. Auffallend ist schon beim ersten Durchgang durch die Antworten, daß weder dieses »Defizit« als Konsequenz der Geschlechterverhältnisse proble-

inisiert noch auch nur von einer Redaktion Quotierung als eine Möglichkeit diskutiert wird, auf diese Situation verändernd einzuwirken. Vertraut wird insgesamt auf das »freie Spiel der Kräfte«. Ich will im folgenden aufzeigen, welche Argumentationsfiguren zur Abstützung dieser Ideologie herangezogen werden.

### Restauration der »Wertfreiheit« von Wissenschaft

»Ich persönlich halte eine Quote der Heftbeiträge für Feministinnen nicht für empfehlenswert. Die Qualität des Beitrages ist allein entscheidend für eine Veröffentlichung.«

Qualität (Qualifikation) und Quotierung als Ausschließungszusammenhang — diese Figur ist uns aus allen Bereichen, in denen Gleichstellungskämpfe stattfinden, bekannt (vgl. die Beiträge in diesem Heft). Im Bereich von Wissenschaftsproduktion verweist sie auf die alte Frage, nach welchen Kriterien bestimmten Aussagen die Qualität von Wissenschaftlichkeit zugestanden werden, ohne daß die Antworten der Redakteure, die sich dieses Arguments bedienen, sich dieser Frage auch nur andeutungsweise stellen. Als hätte es nie einen Werturteils- und Positivismusstreit gegeben, erscheint hier das Wissen über das, was Qualität im Zusammenhang von Wissenschaftlichkeit bedeutet, so selbstverständlich, daß darüber kein Wort verloren werden muß. Was dennoch schon aus dieser Antwort geschlossen werden kann, weil sie sich zu der Frage nach Quotierung, also den Geschlechterverhältnissen verhält, wird in einem anderen Brief explizit: »Das Kriterium muß Sache und Qualität heißen, weniger Geschlecht.« Wir erfahren also, daß es unwissenschaftlich wäre, Texte nach dem Geschlecht ihrer Verfasser zu beurteilen. In dem vermeintlich neutralen Begriff des »Geschlechts« (vgl. F. Haug) verschwindet die Tatsache, daß wissenschaftliche Texte sehr wohl durch ein Geschlecht bestimmt sind, weil von Männern und kaum von Frauen geschrieben. Heißt das, daß alle diese Texte nicht wissenschaftlich sind? So zu fragen, ist folgerichtig vom feministischen Standpunkt, der Voraussetzung ist, um die historisch konstituierte Ausgeschlossenheit der Frauen aus gesellschaftlich relevanten Zusammenhängen wie der Wissenschaft zu überwinden; und von dem aus sich das wissenschaftliche Projekt beschreibt, das die blinden Flecken, die durch die notwendig eingeschränkte Wahrnehmung vorwiegend männlicher Sichtweisen in der Wissenschaft deren zentrales Defizit kennzeichnen, als vielschichtige Landschaften menschlicher Erfahrungswelten sichtbar macht.

Aber wir werden in einer anderen Antwort belehrt, daß schon allein einen Standpunkt zu haben, »unwissenschaftlich« ist:

»Sie fragen nach einer Quotierung für 'Feministinnen'. Diese darf es selbstverständlich für eine wissenschaftliche Fachzeitschrift nicht geben. Für politische oder kulturelle Zeitschriften sieht die Sachlage vielleicht anders aus, aber in einer wissenschaftlichen Zeitschrift haben »Gesinnungen« nichts zu suchen. Die Beiträge werden nach wissenschaftlichen Gütekriterien, den in einer Profession über die unterschiedlichen 'Schulen' hinweg geltenden Standards, begutachtet und ausgewählt.«

Daß mit der Frage nach den Geschlechterverhältnissen die Ideologie der »Wertfreiheit« von Wissenschaft so überraschend »rein« zum Vorschein kommt, ist ja auch erhellend. Sie macht doch deutlich, daß die Widerspruchslinien nicht nur

zwischen feministischer und männlich dominierter Wissenschaft verlaufen. Nach wie vor scheint es nicht selbstverständlich für Sozialwissenschaft, die gesellschaftlichen Widersprüche (die z.B. in »Gesinnungen« ihren Ausdruck finden) in ihre Fragestellungen einzubeziehen; und so könnten doch Bündnisse von Feministinnen und anderen »Gesinnungswissenschaftlern« Wissenschaft als Produktivkraft für alle verstärken, die sich aus fremdbestimmten Verhältnissen befreien wollen.

Aber noch sind die Verhältnisse nicht so, daß die allgemeine Bedeutung von Feminismus für Wissenschaft ihre dominierenden Vertreter zumindest zu ernsthaften Fragen veranlassen würde:

»Als Redakteur frage ich mich darüber hinaus, wo die Quotierung [der Beiträge] eigentlich ansetzen soll? An der Eigenschaft, Frau zu sein? Feministin zu sein? Gibt es weibliche Texte? Sollen wir Zeilen zählen? (Es wurde der Vorschlag gemacht, daß man im Falle einer quotierten Zeitschrift doch die weiblichen Texte auf rosa und die männlichen Texte auf hellblauem Papier drucken könnte — und diese Bemerkung kam dann sogar von einer Frau).«

Es ist nicht so, daß die Frage, woran feministische Texte denn zu erkennen seien, keine ernsthafte wäre. Aber der Schreiber selbst nimmt sie nicht ernst. Er nutzt sie, um uns zugleich ihre Lächerlichkeit vorzuführen, und daß er dabei genüßlich auf Frauenargumente verweisen kann, veranschaulicht nur die vielfältigen Facetten der in der Quotierungsdiskussion deutlich werdenden Widersprüchlichkeit. Aber immerhin: wir erfahren auch, daß die Möglichkeit einer quotierten Zeitschrift in dieser Redaktion diskutiert worden ist. Dabei ist ja der Vorschlag, die Texte von Frauen auch äußerlich von denen der Männer unterscheidbar zu machen, nicht an sich lächerlich. In Verhältnissen, in denen die Produkte von Frauen auch dann noch nicht automatisch wahrgenommen werden, wenn sie in traditionellen Zusammenhängen erscheinen (vor allem von Feministinnen nicht, die — auch dies Effekt der Erfahrung patriarchalischer Verhältnisse —, Erkenntnisse nicht unbedingt in den »Männerzeitschriften« suchen). Lächerlich wirkt der Vorschlag, weil er die äußerliche Kennzeichnung der Texte als Entscheidungskriterium für ihre Veröffentlichung unterstellt und verschweigt, daß die Veröffentlichung von Texten in der Regel das Ende eines sorgfältigen Diskussionsprozesses über das ist, was ihre Publikation rechtfertigt; und daran, d.h. an dem Anspruch von Qualität an die veröffentlichten Texte, ändert sich nichts, wenn feministische Standpunkte durch Quotierung in den Redaktionen verstärkt werden. Nur werden sich die Kriterien für Qualität sicherlich verändern.

### Demokratieverhältnisse

Es ist naheliegend, daß sich die Redakteure, die sich in der Abwehr gegen Feministinnen als Hüter einer Wissenschaft entwerfen, die um ihrer selbst willen wertfrei forscht, auch darum sorgen, daß dieser der Raum bewahrt bleibt für das »freie Spiel der Geister«:

»Schließlich wird darauf geachtet, daß die unterschiedlichen Ansätze in der Soziologie 'pluralistisch' vertreten sind, aber nicht mit festen Quoten für Marxisten, Mannheimer, Interaktionisten oder Feministinnen.«

Immerhin — was eben noch unwissenschaftliche Gesinnung war, ist jetzt »Ansatz in der Soziologie« geworden (bei dem gleichen Autor!). Ganz demokratisch steht Feminismus neben anderen gewichtigen Richtungen, und unbenannte Kräfte sorgen irgendwie dafür, daß allen Gerechtigkeit widerfährt, ohne daß es dazu Regelungen brauchte. Wir kennen alle die verbissenen und intriganten Kämpfe zwischen den einzelnen 'Schulen' im Wissenschaftsbetrieb, die Effekte der gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse sind und die Konstruktion des friedlichen Miteinander in den Bereich des Ideologischen verweisen. Als Abwehr gegen den Anspruch von Feministinnen, sich die Bedingungen für das »Aufholen« des Rückstandes von Jahrhunderten in der Erforschung der Geschlechterverhältnisse durch Quoten ein Stück zu verbessern, erscheint sie als Bündnisversuch der Platzhalter. Der grundlegende Streit, den eine Quotierung feministischer Texte in die Redaktionen und damit in die Sozialwissenschaft brächte, ist für sie voraussehbar: Feministinnen sind auch Marxistinnen, Interaktionistinnen, Kultur-, Kommunikationstheoretikerinnen usw. Die Quote trüge den Streit in die einzelnen »Ansätze«. Das könnte Umbau der Sozialwissenschaft bedeuten; und Umbau ist widersinnig und ihn gilt es zu verhindern, wenn man es sich doch bequem eingerichtet hat.

Das Demokratieargument als Abwehr gegen eine solche Entwicklung wird in noch drastischeren Varianten vorgeführt:

»Einerseits würde dies bedeuten, daß die Redaktion eine inhaltliche Überprüfung der Beiträge dahingehend vornehmen müßte, ob diese feministische Standpunkte vertreten, um eine Quote einhalten zu können. Dies kann aber auch — durch die nicht vermeidbare Subjektivität der beurteilenden Person —, die Gefahr der Zensur enthalten.«

Von drei Redakteuren wird auf eine Statistik verwiesen, die die Veröffentlichungspraxis in der *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* und der *Zeitschrift für Soziologie* zum Gegenstand hat (vgl. *Soziologie* 1/89, 81ff.) und mit der als Argument gegen Quotierung belegt werden soll, daß Frauen sowieso die gleiche Chance für die Veröffentlichung ihrer Texte haben wie Männer. Das beeindruckt uns nicht allzu sehr, weil die Voraussetzung dieser »Gleichheit«, die dann auch von einem Redakteur lieber weggelassen wird (»Zumal hat die Statistik ... gezeigt, daß Frauen im Durchschnitt oder leicht darüber bei der Prozentzahl der publizierten Beiträge liegen«), die den Geschlechterverhältnissen entsprechende Ungleichheit ist: der Anteil der von Frauen den Redaktionen angebotenen Texten beträgt 15 Prozent des gesamten Angebotes. Interessant in unserem Zusammenhang ist vielmehr, daß nur etwa 15 Prozent aller angebotenen Texte veröffentlicht werden. Das bedeutet, daß diese ausgewählt werden müssen, und wie anders sollte das geschehen als durch inhaltliche Überprüfungen durch die Redakteure, deren Subjektivität selbstverständlich Bestandteil der Diskurse über die Texte ist, in denen sich zugleich die Kriterien für deren Beurteilung bestimmen.

Dieser Prozeß »normaler« Redaktionsarbeit wird mit dem dunklen Bild der Zensur konnotiert, wenn es darum geht, durch die Parität der Geschlechterstandpunkte die Diskursivität in den Redaktionen zu erweitern und somit der Gefahr einseitiger Entscheidungsprozesse (und dies ist wohl hier mit »subjektiv« gemeint) entgegenzuarbeiten. Aber es geht noch weiter:

»Bedenken Sie bitte, daß eine Quotierung feministischer Beiträge auch eine Diskriminierung nicht-feministischer Frauenbeiträge implizieren würde.«

Nun wissen wir es genau: undemokratisch sind nicht die Wissenschaftsverhältnisse, in denen Frauen weder als Personen in den Institutionen noch als weibliche Subjekte in den dominanten Theorien gleichberechtigt präsent sind; undemokratisch sind die Frauen selbst. Nicht etwa die Forderung nach Quotierung, die die paritätische Besetzung der Redaktion meint, beunruhigt den Redakteur. Provokiert zu dem drastischen Diskriminierungsvorwurf wird er da, wo die Quote über den formalen Aspekt hinaus Streit auch unter Frauen organisieren will. Die Forderung nach einer Quote feministischer Beiträge beinhaltet zugleich eine Strategie gegen die Gefahr des Scheiterns von Quotierungspolitik. Eine solche Gefahr besteht dann, wenn die Quote schon als Ziel und nicht als Mittel begriffen wird, sie also nicht mehr und nicht weniger bedeutet, als daß die Bedingungen für den Umbau der Verhältnisse vom Frauenstandpunkt aus strategisch verbessert sind. Aber der Umbau selbst bleibt Aufgabe, und er braucht Streit, Auseinandersetzung, denn es gibt nichts, was für Frauen vorgedacht ist, was sie einfach übernehmen könnten. Zugleich ist Streit ein Korrektiv für unsere Persönlichkeitsstrukturen, in denen die Unterdrückung der Frauen historisch und biografisch ihren Niederschlag gefunden hat, und die unbemerkt und unbewußt, oft im Bewußtsein von Widerstand, ein Bündnis mit den Strukturen eingehen, die wir überwinden wollen. Das Problem dabei ist, daß Streitkompetenz nicht selbstverständlich ein Bestandteil dieser Persönlichkeitsstrukturen ist. In dem uns historisch zugewiesenen Raum des Privaten gibt es keinen Bedarf einer solchen Kompetenz. Bedingung unserer individuellen Vergesellschaftung war und ist, Kompetenz in der Regelung des Privaten durch die Sorge für andere zu erwerben, d.h. auch, einführend Harmonie herzustellen. Gegen das so zu erklärende »weibliche Harmoniebedürfnis« müssen wir immer auch streiten, wenn es z.B. darum geht zu entscheiden, welche Texte von Frauen veröffentlicht werden sollen. Unbestritten sind dies oft zerreißen widersprüchliche Prozesse, aus denen Frauen sich manchmal sauer, verärgert, auch verfeindet ausklinken. Der Diskriminierungsvorwurf des Redakteurs zielt in seiner Abwehr von Quotierungsforderungen auf diese Widersprüchlichkeit und macht uns damit die Notwendigkeit um so deutlicher, Streitkultur als Projekt zu begreifen, an dem wir arbeiten müssen.

### **Bündnis-Fallen?**

Frigga Haug hat in ihrem Beitrag den Widerspruch herausgearbeitet, daß alle Männer an der Beibehaltung der bestehenden Arbeitsteilungen interessiert sind und so mehr oder weniger gegen die Quote, und daß wir doch Quotenpolitik nur im Bündnis mit fortschrittlichen Männern durchsetzen können.

»Wir glauben, daß nahezu alle unsere Beiträge insofern einen 'Frauenstandpunkt' enthalten, als wir uns als eine Zeitschrift verstehen, in der emanzipatorische, humanistische und fortschrittliche Ergebnisse der Humanwissenschaften ... dargestellt werden. Ob eine Autorin sich als Feministin versteht, ist für uns eher sekundär, wichtig ist vor allem, daß sie in Sprache und Inhalt unseren redaktionellen Absichten entspricht.«

So spricht ein potentieller 'Bündnismann'. Hinzuzufügen ist, daß er der Chefredakteur jener Zeitschrift ist, in der — bei quotierter Redaktion (und in der Einschätzung des Redakteurs als Folge davon) — »speziellere Frauenthemen regelmäßig erscheinen« und die »etwa zweimal jährlich ein Sonderheft zum Thema *Frauen*« produziert — eine insgesamt begrüßenswerte Praxis also? Skeptisch werden wir durch den paternalistischen Duktus, mit dem der Chefredakteur den Frauenstandpunkt als selbstverständlichen Bestandteil der Beiträge seiner Zeitschrift benennt, um ihn sogleich wieder verschwinden zu lassen: in den Perspektiven von Emanzipation, Humanismus und Fortschrittlichkeit. Er verschwindet, weil es noch lange nicht den realen Geschlechterverhältnissen entspricht, mit dem Benennen dieser ethischen Werte selbstverständlich auch die Überwindung von Frauenunterdrückung zu meinen. Eine Ethik vom Frauenstandpunkt zu formulieren, stellt sich Feministinnen noch als Aufgabe. Um so wachsamer werden wir gegen deren schnelle Erledigung, wie sie hier aus Männermund anklingt. Weiterhelfen könnte die Überprüfung dieser Aussage durch die konkreten Veröffentlichungen in der Zeitschrift — eine Möglichkeit, Streit in der Redaktion zu organisieren?

Wie stellen sich Bündnisse mit Männern aus Frauensicht dar? Zunächst einmal berichtet uns die einzige Frau, die uns geantwortet hat, daß unser Brief in ihrer Redaktion (3 Frauen, 6 Männer) den Anstoß dafür gegeben hat, »unsere mehr oder weniger unausgesprochenen Vorstellungen und Gedanken zu diesen Fragen einmal bewußt zu formulieren«. Die darin zum Ausdruck kommende Aufgeschlossenheit der Redaktion gegenüber der »Frauenfrage« schlägt sich konkret in der Redaktionspraxis nieder: Nach Möglichkeit gibt es in jedem Heft einen »Beitrag zu frauenspezifischen Fragen«, und darüber hinaus gehen die Bemühungen dahin, mehr Beiträge von Frauen zu organisieren, die zu allgemeinen juristischen Fragestellungen schreiben. Haben wir mit unserer Frage offene Türen eingearbeitet?

»Wir verstehen uns ... als Kollektiv, so daß alle Redaktionsmitglieder für alle Beiträge mitverantwortlich sind. Daß heißt, daß wir drei Frauen uns in der Redaktionsarbeit nicht auf einen Teil der Beiträge, nämlich auf diejenigen zu Frauenthemen beschränken, sondern die gesamte Heftproduktion mitbestimmen. Das bedeutet andererseits natürlich auch, daß die Männer ebenfalls bei allen Artikeln mitbestimmen. Dabei ist es bis jetzt noch nie zu Konflikten gekommen. Eine »Autonomie« i.S. eines Entscheidungsmonopols der Frauen über Beiträge zu Frauenthemen hat sich aus unserer Sicht nicht als notwendig erwiesen.«

Erneut kommt Skepsis auf bei soviel Widerspruchslosigkeit in widersprüchlichen Verhältnissen. Unsere eigene Wut fällt uns ein, wenn wir nach acht Jahren Frauenredaktion im *Argument* in vielen Heftbeiträgen der allgemeinen Redaktion die Geschlechterverhältnisse immer noch dort unberücksichtigt finden, wo es um Fragen der gesellschaftlichen Reproduktion geht. So erfahren wir die Hartnäckigkeit der Strukturen, die die Geschlechterverhältnisse festgeschrieben haben, in der Schwierigkeit, trotz Quotierung und eigenständiger Redaktion die (wohlwollende) Akzeptanz von seiten der allgemeinen Redaktion in einen Streit zu überführen, in dem wir feministisch in die gesamte Zeitschrift eingreifen könnten. Die hier dargestellte Harmonie kann nur durch das Wegschieben der Widersprüche gelingen. Ein Beispiel dafür liefert uns die Redakteurin dann auch selbst:

»Wir haben ... bisher von Beiträgen zu 'Frauenthemen' bzw. zu 'frauenspezifischen Fragen' gesprochen und damit Ihre Frage nach 'Heftbeiträgen für Feministinnen, also Frauen mit einem Frauenstandpunkt', gewissermaßen abgewandelt. Uns erscheint das Etikett 'Feministin/Frauenstandpunkt' nicht gerade als unumstritten; wir sehen deshalb keinen Sinn darin, bestimmte Artikel nur an Autorinnen zu vergeben bzw. nur von Autorinnen anzunehmen, die sich selbst als 'Feministin' bezeichnen oder ausdrücklich von einem 'Frauenstandpunkt' aus schreiben.«

Das »Umstrittene« des Feminismus ist unbestritten, darin liegt seine Herausforderung; und sie anzunehmen — darauf habe ich verwiesen — heißt, sich den Widersprüchen zu stellen und Formen des Streits und der Auseinandersetzung zu finden. Das Nicht-Annehmen dieser Herausforderung und Sich-Zurückziehen auf die Frauenthemen, wie es hier vorgeführt wird, zeigt auch die Überforderung von Redakteurinnen in männerdominierten Redaktionen. Das Bündnis mit fortschrittlichen Männern kann für den Umbau der Geschlechterverhältnisse nur dann nützlich sein, wenn Frauen dies selbstbewußt mit eigenem Standpunkt eingehen. Dies stellt sich als doppeltes Problem dar: Zum einen ist der Frauenstandpunkt ja eben nicht einfach das Etikett, das wir uns anheften können. Er ist eine Haltung, die prinzipiell kritisch und widerständig vorgegebene (Schein-)Realitäten mit den Erfahrungen weiblicher Existenzweise überprüft, wie sie sich durch die gesellschaftlichen Arbeitsteilungen in aller Widersprüchlichkeit historisch formiert hat, und dabei die Erfahrungen selbst als immer auch ideologische Verarbeitung von Realität in Frage stellt. Es liegt auf der Hand, daß dies nicht durch einzelne Frauen in Männerzusammenhängen geleistet werden kann. Und dies ist die zweite Seite des Problems. Mehrheitlich sind die Frauen in den Redaktionen so wenige, daß sie die Redaktion selbst nicht als Ort haben, an dem sie sich — getrennt von den Männern — einen Standpunkt erarbeiten können, der wiederum Voraussetzung für sie ist, um Fraueninteressen im Bündnis artikulieren und durchsetzen zu können. Vor diesem Hintergrund ist Quotierung allein sicher nicht die Lösung. Nachzudenken wäre zudem über redaktionsübergreifende Vernetzungsformen, um Strategien für Quotierungspolitik in Redaktionen auszuarbeiten und nicht einzelne Frauen alleinzulassen mit dem Widerspruch, daß es so viele Frauen gibt und keine Frauen da sind.

Bettina Dennerlein

## Klassen und Kulturen

### ArbeitsmigrantInnen in der westdeutschen Gesellschaft

Für die Mehrheit der hier lebenden ausländischen ArbeiterInnen ist die Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin zum Einwanderungsland geworden. Als ethnisch definierte Unterschicht bilden sie heute einen festen Bestandteil der westdeutschen Gesellschaft (Fijalkowski 1984; Kühne/Schäfer 1986). Ihre Migration ist abgeschlossen. Doch sind sie in die westdeutsche Gesellschaft integriert?

Die Antwort hängt davon ab, was unter Integration verstanden wird. Hier geht es nicht um das offizielle politische Verständnis von Integration als Assimilation oder Akkulturation (vgl. Castles 1987, 196). Vielmehr wird nach der Einbindung der ArbeitsmigrantInnen in bestehende sozio-ökonomische und politische Strukturen gefragt, die sich durch gesamtgesellschaftliche Integrationsprozesse herstellen: Wie prägen allgemeine Integrationsmechanismen und objektive gesellschaftliche Verhältnisse einerseits, ethnisch-kulturelle Identität und Selbstbehauptung andererseits, die Situation der ArbeitsmigrantInnen?

In den für die Verteilung materieller Lebenschancen zentralen Bereichen Arbeit (Dohse 1981, 30) und Wohnen bestimmen die Bedingungen der kapitalistischen Produktion und Reproduktion dominant die Einbindung der ausländischen ArbeiterInnen in den ökonomischen und gesellschaftlichen Zusammenhang Westdeutschlands. Ethnische und kulturelle Eigenheiten bilden neben dem rechtlichen Status außerökonomische Momente der besonderen Diskriminierung ausländischer ArbeiterInnen. Deshalb erfordert die Untersuchung der Situation der AusländerInnen in Westdeutschland notwendig den Blick auf die gesamte Gesellschaft (Castles/Kosack 1973; Ipsen 1978; Meillassoux 1980).

Die wachsende gewerkschaftliche Organisierung türkischer und ausländischer ArbeiterInnen überhaupt und ihr gewerkschaftliches Engagement<sup>1</sup> zeigen, daß sie diese Situation bewußt so erfahren und in politisches Handeln umsetzen. Für das Selbstverständnis der ImmigrantInnen sind zusätzlich ethnisch-kulturelle Traditionen und insbesondere religiöse Identität wichtig. Sie bauen sich eigene soziale Zusammenhänge und Institutionen auf<sup>2</sup>, die den Ausgangspunkt für zahlreiche Untersuchungen zur Entstehung von EinwanderInnenkolonien bilden. (vgl. Elwert 1982; Heckmann 1982; Esser 1986).

Die vorhandenen theoretischen Ansätze stellen regelmäßig jeweils eine Seite des Verhältnisses in den Vordergrund; zum einen der klassenanalytische, der auf die Rolle und Funktion der ArbeitsmigrantInnen in der kapitalistischen Gesellschaft zielt; zum anderen der ethnizitätstheoretische Ansatz, der eher die sozio-kulturelle und ökonomische Struktur der EinwanderInnenkolonien im Blick hat. Beide Zugänge werden vorgestellt; ihr Erklärungswert wird vor dem Hintergrund empirischer Beobachtungen, vor allem der türkischen Bevölkerung West-Berlins, geprüft; abschließend werden theoretische Defizite der bisherigen Diskussion aufgezeigt.

## Der klassenanalytische Ansatz

Der klassenanalytische Ansatz geht vom marxistischen Verständnis aus, daß die kapitalistische Produktionsweise gesellschaftliche Strukturen und Interessen dominant bestimmt. Deshalb können ArbeitsmigrantInnen keine neue Klasse bilden. Die ausländischen ArbeiterInnen sind in die kapitalistische Klassenstruktur der Aufnahmegesellschaften eingebunden. Überdies fördert die Arbeitsmigration die gesamtgesellschaftliche Integration, weil sie der ökonomischen und sozialen Stabilisierung dient — durch Vergrößerung der industriellen Reservearmee und als Instrument der Spaltung der Arbeiterklasse.

Die besondere westdeutsche Entwicklung wird in den meisten Untersuchungen so beschrieben: Demographische Veränderungen, ungenutzte Produktionskapazitäten und das Wachstum der inländischen und ausländischen Warenmärkte führten zu einer Nachfrage nach an- und ungelerten Arbeitskräften, die der inländische Arbeitsmarkt seit Ende der fünfziger Jahre nicht mehr befriedigen konnte. Die Lösung war der Import ausländischer Arbeitskräfte: »Die Immigranten übernahmen die Rolle einer industriellen Reservearmee.« (Nikolinakos 1980, 62; vgl. auch Kemmerer 1980; Blaschke/Greussing 1980)

Die Auswertung umfangreichen statistischen Materials zur Lage der ausländischen ArbeiterInnen in Großbritannien, Frankreich, der Schweiz und der BRD zeigt, daß die ArbeitsmigrantInnen bereits Anfang der siebziger Jahre zu einem festen Element der Klassenstruktur der Einwanderungsländer geworden waren (Castles/Kosack 1973). Sie bildeten eine unterprivilegierte Schicht der Arbeiterklasse, die dadurch selber in zwei Schichten restrukturiert wurde (478). Objektiv der Arbeiterklasse in den westeuropäischen Gesellschaften zugehörig, wurden die ArbeitsmigrantInnen — vermittelt über den beschränkten Zugang auf nur einen Teil des Arbeitsmarktes — zu einer Unterschicht der Arbeiterklasse. Die Unterschichtung spiegelt sich in der sozialen Lage (u.a. Einkommen, Wohnung, Bildungschancen) und reproduziert sich im Bewußtsein der ArbeitsmigrantInnen (Erfahrung von Ausgrenzung und Diskriminierung). Vorurteile verhindern die Kommunikation innerhalb der Arbeiterklasse und die Entwicklung von Klassensolidarität (7).

Vor diesem historischen Hintergrund können die ImmigrantInnen im Verständnis des klassenanalytischen Ansatzes nicht unter dem Aspekt ihrer kulturellen oder ethnischen Eigenheiten betrachtet werden (16): Die Klassenzugehörigkeit ergibt sich für Castles/Kosack aus der objektiven Zuordnung der Arbeitskräfte zu den Produktionsmitteln und stellt sich über den Arbeitsmarkt her — ethnisch-kulturelle Merkmale und geographische Herkunft spielen für sie keine Rolle. Ein ethnologisches Herangehen wirkt, wie Meillassoux im Zusammenhang mit der Situation in Frankreich schreibt, »wie reiner Hohn. 'Ausbeutung' und 'Überausbeutung der Arbeit', 'weltweite industrielle Reservearmee', 'internationaler Klassenkampf' sind die Begriffe, mit denen das Problem erfaßt werden muß.« (1980, 59)

Kontos diskutiert die Wirkungen der Arbeitsmigration auf die gesellschaftliche Integration: Der »im Wertgesetz angelegte Klassenantagonismus zwischen Mehrwertproduzent (Lohnarbeiter) und Mehrwerteigner (Kapitalist)« sei das

»zentrale Integrations- bzw. Desintegrationsproblem« kapitalistischer Gesellschaften. Der gesellschaftliche Zusammenhang stelle sich auf der Ebene der systemischen Integration als ökonomischer Funktionszusammenhang, auf der Ebene der sozialen Integration als spezifische Motivations- und Bewußtseinsstrukturierung her (1983, 14). Der Staat sichere die Reproduktion der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und deren soziale Integration durch Strategien massenintegrativen, ideologischen und repressiven Charakters.

Für ausländische ArbeiterInnen bestehe der »Integrationsmodus« im wesentlichen aus »Repression und nicht-massenintegrativ abgestützter Ideologie« (36). Kontos verweist auf die große Unsicherheit des Aufenthaltsstatus der AusländerInnen und den Ausschluß von der Wahrnehmung politischer Rechte. Die Motivations- und Bewußtseinsstrukturen seien von der »Ideologie des individuellen sozialen Aufstiegs durch Ersparnisse aus der vorübergehenden Beschäftigung in den Metropolen« (40) geprägt. Die Enttäuschung dieser Erwartungen führe zu einer weiteren Instrumentalisierung des Aufenthalts.

Die gesamtgesellschaftliche Integration werde durch die Arbeitsmigration stabilisiert: Sie wirke der Bewegung der Profitrate entgegen; sie sei einsetzbar, um die Arbeiterklasse entlang materieller, statusmäßiger und nationaler Scheidelinien zu fraktionieren (32).

### Die Grenzen des klassenanalytischen Ansatzes

Die zentrale These der diesem Ansatz folgenden Untersuchungen lautet zusammengefaßt: Die Integration der ArbeitsimmigrantInnen vollzieht sich gewissermaßen automatisch durch ökonomische Mechanismen und Strategien. Ethnische und kulturelle Eigenheiten und die Herkunft der ImmigrantInnen spielen keine Rolle — sie dienen lediglich der Spaltung der Arbeiterklasse.

Die Bestimmung der ausländischen ArbeiterInnen als einer unterprivilegierten Schicht der Arbeiterklasse ist einleuchtend und statistisch belegbar. Auch trifft zu, daß die Bedingungen der systemischen, im wesentlichen ökonomischen Integration für die kapitalistische Produktionsweise allgemein zutreffen. Doch es sind außerökonomische Faktoren wie der rechtliche Status, die den ausländischen Arbeiterinnen den Zugang zum Arbeitsmarkt beschränken. Erst so konstituieren sie sich als Unterschicht in der Arbeiterklasse.

Problematisch ist die Einordnung ethnischer und kultureller Eigenheiten und Identifikationen. Zu Recht kritisiert Giordano, daß die klassenanalytischen Theorien die Handlungsrelevanz kultureller Traditionen nicht erfassen (1984, besonders 441ff.). Eine Analyse, die die gesellschaftliche Realität auf das Verhältnis zwischen Arbeit und Aneignung des Arbeitsproduktes, also auf »die interessengenerierende materielle Lage der Individuen« (Kontos 1983, 7) reduziert, unterstellt die Auflösung kultureller Vielfalt unter dem Druck der Klassenenerfahrung: »Obwohl kulturelle Werte nicht vorsätzlich geopfert werden sollten, ist es dennoch notwendig zu verstehen, daß sie im Zusammenhang kapitalistischer Ausbeutung zum Verschwinden verurteilt sind.« (Meillassoux 1980, 58) Angesichts der tatsächlichen Verhältnisse, z.B. der türkischen Bevölkerung West-Berlins, ist diese Annahme nicht nachvollziehbar. Auch die Beispiele der

klassischen Einwanderungsländer wie den USA widersprechen der Annahme (vgl. Giordano 1981, 179).

Der Versuch, gesellschaftliche Integration als das Ergebnis vor allem systemischer, insbesondere ökonomischer, ideologischer und repressiv-staatlicher Strategien zu begreifen, hat seine Kosten: Er führt zu einer generellen Fehl- und Unterbewertung der Wirksamkeit von Normen, Wertvorstellungen, kulturellen Traditionen sowie der Bedeutung nicht-staatlicher gesellschaftlicher Strukturen und Organisationen. Auch findet die Möglichkeit keine Beachtung, daß sich emanzipatorische Interessen kulturell oder ethnisch artikulieren.

Die klassenanalytisch verfahrenen Untersuchungen ermöglichen zwar die Bestimmung ökonomischer und politischer Systemzwänge, zur Analyse ethnischer, kultureller oder religiöser Identifikationen sowie deren Wirkungen sind sie jedoch nicht sehr nützlich. Ihre zentrale Schwäche ist der Ideologiebegriff, der eine einseitige Abhängigkeit der immateriellen Produktion und Reproduktion von den Bedingungen der materiellen unterstellt.

### Der ethnizitätstheoretische Ansatz

Ethnizität als Prozeß der Identifikation bezieht sich in ihrer allgemeinsten Form auf eine gemeinsame Herkunft. Einzelne Elemente ethnischer und kultureller Traditionen können selektiv einbezogen werden. Die gesellschaftliche Funktion der Ethnizität wird unterschiedlich bestimmt.<sup>3</sup> Barth (1981) faßt sie als Faktor sozialer Organisation, während andere Ethnizität als Artikulationsmoment sozialer Bewegungen werten (Blaschke 1984; Greverus 1981; Giordano 1981). Geser (1981) betrachtet Ethnizität als Bildung partikularer Gruppenloyalität, die sich entlang ethnisch bestimmter Linien ausdrückt; sie gehört für ihn zur allgemeinen Tendenz gesellschaftlicher Desintegration im Prozeß der Modernisierung von Gesellschaften, etwa in der sogenannten Dritten Welt.

Blaschke und Giordano konzipieren Ethnizität als Widerstand gegen politische oder ökonomische Tendenzen und Bestrebungen gesellschaftlicher Homogenisierung. Als Beispiele führen sie moderne Regionalismen und Patriotismen an. Die einzelnen Elemente von Ethnizität sind für Blaschke »instrumentale Askriptionen«, Ethnizität insgesamt ist durch »soziale Interessen bestimmt, die ihrerseits spezifischen Produktionsverhältnissen zuzuordnen sind« (1984, 204). Bei Giordano spielt die ethnisch-kulturelle Identität selbst eine größere Rolle: Im Unterschied zu Klassenkampfstrategien beinhaltet Ethnizität

»die Suche bestimmter marginalisierter Gruppen nach einer Identität, die ihrerseits durch ethnische Merkmale gekennzeichnet ist. (...) Dabei handelt es sich um die demonstrative Reaktivierung, Revitalisierung bzw. Wiederherstellung der eigenen, gemeinsamen Werte einer Gruppe sowie ihrer Normen und Institutionen, die von einer dominanten Fremdkultur bedroht oder erschüttert worden sind.« (1981, 184-185)

Geser beansprucht, die vereinzelt Theorien über Ethnizitäts- und Subkulturphänomene in Verbindung mit systemtheoretischen Gesellschaftsanalysen zu bringen, die bisher zu einseitig auf die funktionale Differenzierung von Gesellschaften festgelegt seien (1981, 165). Er kann jedoch keine konkreten Interessen angeben, die sich *als* Ethnizität artikulieren. »Gesellschaft« bleibt bei Geser ein

abstraktes System. Konflikte und Desintegration ergeben sich wie natürlich aus dem Prozeß der Ausdifferenzierung von Gesellschaften, sie sind allein strukturell bedingt.

Der Begriff Ethnizität soll die Entstehung ethnisch bestimmter Gruppenloyalität und sozialer Bewegungen erklären. Allerdings ist der analytische Gehalt des Begriffs unbestimmt; er hängt von der jeweils zugrundegelegten gesellschaftstheoretischen Konzeption ab. Welche Wirkungen hat Ethnizität nun im Verständnis der angeführten Untersuchungen für die gesellschaftliche Integration?

Giordano geht davon aus, daß »Ethnizität als Antwort auf die offiziellen Assimilations- bzw. Integrationsbestrebungen der Residenzgesellschaft« (1981, 196) bedeutsam werden kann. Ursache können kulturelle Loyalitätskonflikte, sozio-kultureller Streß oder ein »Kulturschock« sein. In einer späteren Untersuchung verweist er ausdrücklich auf die Möglichkeit, daß Akkulturationsprozesse von »Re-Akkulturationstendenzen« begleitet und durch sie relativiert werden können (1984, 456). Differenzierungsprozesse entlang ethnisch-kultureller Grenzen seien traditionerhaltende Strategien des Widerstands gegen Akkulturation und Assimilation, müßten es aber nicht ausschließlich sein:

»Das Problem, ob und inwieweit die Aufnahmegesellschaften durch die migrationsbedingte Verflechtung von Uniformierungs- und Differenzierungsprozessen bereits dabei im Begriff sind, zusätzlich auch (...) Aggregate von kulturspezifischen Primärgesellschaften zu werden (...), sollte daher nicht unterschätzt werden.« (1984, 457)

Blaschke und Greussing haben stärker die Konfrontation der AusländerInnen mit der Industriegesellschaft im Blick:

»Die besondere Ausprägung der 'Hegemonie der Fabrik' über das Leben der Arbeitsimmigranten — vor allem in der Form politischer Repression und sozialer Diskriminierung — intensiviert notwendigerweise die Einbindung in das 'Ghetto' des von Arbeitsmigranten mitgeschaffenen sozialen Milieus.« (1980, 17)

Das Festhalten an ethnisch-kulturellen Traditionen und Eigenheiten biete den ImmigrantInnen die Möglichkeit der »Abkoppelung« als Reaktion auf Diskriminierungen.<sup>4</sup> Grundlage hierfür könnten eigene Verhaltensmuster und Organisationen innerhalb der EinwanderInnenkolonien sein. Weiter seien »Vernetzungen« möglich, die der wechselseitigen Sicherung, der politischen Mobilisierung sowie der kulturellen und ökonomischen Reproduktion dienen (17). Diese Entwicklung könne auch zur Entstehung neuer Konfliktfronten in den westeuropäischen Industriegesellschaften führen. Diese verliefen dann nicht nur entlang etablierter Klassenlinien, sondern auch »entlang ethnisch-sozialer Grenzen, die das Lebensmilieu der Immigranten von dem industriegesellschaftlich formierten Milieu der Einwanderungsländer trennen.« (18) Dabei sei der Widerstand der ArbeitsmigrantInnen nicht an die rationalisierten Formen der Industriegesellschaft gebunden, auch wenn Überlagerungen wie im Falle von Streiks möglich scheinen.

### Die Grenzen des ethnizitätstheoretischen Ansatzes

Die besprochenen Untersuchungen setzen sich ausdrücklich von klassenanalytischen Ansätzen ab, die die zwangsläufige, homogenisierende »Integration« der

ArbeitsmigrantInnen in die Arbeiterklasse der Einwanderungsländer auf Grund objektiver gesellschaftlicher Mechanismen behaupten. Statt dessen wird davon ausgegangen, daß den ImmigrantInnen durch ihre aus den Herkunftsländern mitgebrachten ethnischen und kulturellen Eigenheiten und die in den EinwanderInnenkolonien entwickelten Strukturen und Institutionen grundsätzlich andere Formen sozialer, politischer und kultureller Organisation als diejenigen der Einwanderungsländer zur Verfügung stünden.

Ein solcher Ansatz unterschätzt sowohl die integrative Wirkung des ökonomischen Funktionszusammenhangs wie die des staatlichen Reglementierungs- und Repressionsapparates. Dies läßt sich am Beispiel der politischen, kulturellen und religiösen Aktivitäten der TürkInnen in West-Berlin zeigen. Die seit Anfang der achtziger Jahre zu beobachtende Gründung von Dachverbänden (Islamische Föderation, Türkische Gemeinde, Türkischer Bund), verknüpft mit der Verfolgung pragmatischer Verbandsstrategien, zeigt die Anpassung an Strukturen der Interessenartikulation im Einwanderungsland. Die Entwicklung ist das Ergebnis konkreter Konflikte mit administrativen und politischen Instanzen. Sie ist wohl weit folgenreicher, als der formale juristische Akt einer Verbandsgründung vermuten läßt: Vor allem im Bereich der Religion ist zu fragen, welchen Veränderungen der Islam durch den Zwang unterliegt, sich in der westdeutschen Gesellschaft zu organisieren.<sup>5</sup>

Problematisch ist überdies, daß die Interessen, deren Artikulation Ethnizität leisten kann oder der Widerstand, der als Ethnizität mobilisiert wird, nicht aus den grundlegenden gesellschaftlichen Verhältnissen heraus erklärt werden können. Das »gesellschaftliche Substrat, nämlich das Verhältnis zwischen Arbeit und Aneignung des Arbeitsproduktes« (Kontos 1983, 3), wird in keinen analytischen Zusammenhang mit dem Begriff Ethnizität zu bringen versucht. Allein die besondere Form der Unterdrückung als ethnische Unterschicht findet Berücksichtigung. Das Problem der Vermittlung objektiver gesellschaftlicher Bedingungen mit kulturellen Traditionen und allgemein mit ideologischen Phänomenen wird also theoretisch nicht gelöst oder überhaupt nicht reflektiert.

### **Integration und ethnisch-kulturelle Traditionen**

Die für die vorgeführten Untersuchungen typische Betonung jeweils einer Seite der Situation der ArbeitsmigrantInnen in Westdeutschland wird der Vielschichtigkeit des Gegenstandes kaum gerecht: Objektive gesellschaftliche Verhältnisse konstituieren die ArbeitsmigrantInnen als unterprivilegierte Schicht der Arbeiterklasse. Es gibt aber auch einen Bereich sozio-kultureller Reproduktion, der weder direkt staatlichem Zugriff noch einseitiger Abhängigkeit in den Produktionsverhältnissen unterliegt. Hier vollzieht sich die »Integration« der ImmigrantInnen »in die Gesellschaft der Einwanderer in Deutschland« (Heckmann 1981, 218). In ihrer institutionalisierten Form als Verein und Dachverband regelt sich diese »Gesellschaft« jedoch nach konkreten politisch-juristischen Vorgaben, die sie damit faktisch — trotz des Einflusses von Entwicklungen in den Herkunftsländern — in die Einwanderungsgesellschaften integrieren.

Bleibt die Frage, welche Möglichkeiten und Ansätze zur Überwindung der festgestellten theoretischen Defizite vorhanden sind.

Der allein auf die EinwanderInnenkolonien gerichtete Blick reicht nicht aus, weil er die Verbindung zur Analyse der westdeutschen Gesellschaft nicht leisten kann. Sie ist ihm eine feste Größe, auf die bezogen EinwanderInnenkolonien als »integrationsfördernd« (Elwert 1982) oder als vielleicht »integrationshemmend« (Esser 1986) beurteilt werden. Überdies ist eine solche Analyse der Instrumentalisierung durch den herrschenden konservativen ausländerpolitischen Diskurs ausgesetzt — scheint doch das »Prinzip der neuen Politik ... die Spaltung der ausländischen Bevölkerung in die zu assimilierenden und die zu repatriierenden Ausländer zu sein.« (Castles 1987, 195)

Dagegen gibt es in der neueren marxistischen Diskussion Versuche, Ethnizität und Rassismus nicht mehr einfach als »falsches Bewußtsein« zu verurteilen und auch nicht mehr von der zwangsläufigen Homogenisierung der Arbeiterklasse auszugehen (Hall 1988, 86; Castles 1987, 199ff.). In der Auseinandersetzung mit dem britischen Rassismus versuchen Hall (1980a; 1980b) und Gilroy (1982), ethnische bzw. rassistische Diskriminierung in einen theoretischen Zusammenhang mit gegenwärtigen Formen kapitalistischer Produktion und Reproduktion zu bringen (Hall 1980b, 507). Sie untersuchen auch die widersprüchlichen Strukturen von Ethnizität bzw. Rassismus, die als »Vehikel für die Aufbüdung herrschender Ideologie« und zugleich als die »elementaren Formen für die Kulturen des Widerstandes« funktionieren können (Hall 1980b, 509). Castles knüpft für die BRD an diese Diskussion an (1986; 1987, bes. Kap.7 und 8).

Von Interesse für die Eingangsfrage nach dem Verhältnis der integrativen Wirkungen der objektiven gesellschaftlichen Bedingungen und denen der ethnisch-kulturellen Traditionen ist die differenzierte Betrachtung der Formen und Funktionen ideologischer Phänomene und kulturell artikulierten Protestes, wie sie Gilroy (1983) vorführt. Mit Gramsci und Althusser begreift er Kultur als ein Terrain des Klassenkampfes. Die konkrete Überführung ethnisch-kultureller Widerstandsformen in eine neue Konzeption von Klassenkampf bleibt allerdings problematisch. Gilroy kritisiert die traditionelle marxistische Theorie, kann jedoch noch keine politische Alternative formulieren (1982, 284, 302ff., 306f.). Auch Castles bleibt sehr allgemein, wenn er für die Situation in der BRD ethnische Segregation als Prozeß der Klassenformation beschreibt.

»Die multinationalen Fraktionen der Arbeiterklasse in den benachteiligten Innenstadtbezirken konstituieren sich zur bewußten gesellschaftlichen Kraft, indem sie eigene kulturelle, soziale, ökonomische und politische Strukturen aufbauen (...) Die Aufstellung eigener Forderungen und der Kampf gegen Diskriminierung sind die Voraussetzungen für zukünftige Bündnisse mit anderen Teilen der Arbeiterklasse.« (1986, 42)

Schließlich bleibt auch die Frage zu stellen, welche Auswirkungen die Institutionalisierung ethnisch-kultureller Identitäten hat. Sie ist das Ergebnis aktiver Lernprozesse, gespeist aus den kulturellen Traditionen und aktuellen Entwicklungen im Herkunftsland einerseits, der gesellschaftlichen Realität im Einwanderungsland andererseits.

## Anmerkungen

- 1 Zum gewerkschaftlichen Verhalten türkischer ArbeiterInnen vgl. Geiger 1982; zur neuesten Entwicklung gewerkschaftlicher Ausländerpolitik vgl. Öztürk/Schäfer 1987; für Daten über den gewerkschaftlichen Organisationsgrad ausländischer ArbeiterInnen und ihrer Repräsentation in Betriebsräten und Gewerkschaftsfunktionen vgl. DGB Bildungswerk 1987.
- 2 Für die kulturellen Vereine und andere ökonomische Aktivitäten der türkischen Bevölkerung West-Berlins vgl. Blaschke 1985; Scholz o.J.
- 3 Bereits 1975 veröffentlichten Glazer/Moynihan einen Sammelband, in dem verschiedene theoretische Konzepte der Ethnizität vorgestellt wurden.
- 4 In diesem Zusammenhang verweisen Blaschke/Greussing auf die wachsende Bedeutung des Islam für die politische Kultur der TürkInnen in der BRD.
- 5 Für die religiösen Aktivitäten der türkischen Bevölkerung Berlins verweist Blaschke sicher zu Recht auf den Einfluß, den Erfahrungen und Entwicklungen im Herkunftsland sowohl inhaltlich wie organisatorisch ausüben (1985, 356ff.) — von einer einfachen Übernahme der Strukturen und Organisationsformen des Einwanderungslandes kann aber nicht ausgegangen werden.

## Literaturverzeichnis

- Barth, F., 1981: Ethnic groups and boundaries. In: Ders. (Hrsg.): Process and form in social life. London
- Blaschke, J., 1984: Volk, Nation, Interner Kolonialismus, Ethnizität. Konzepte zur politischen Soziologie regionalistischer Bewegungen in Westeuropa. Darmstadt
- ders., 1985: Islam und Politik unter türkischen Arbeitsmigranten. In: Ders. und M. van Bruinessen (Hrsg.): Jahrbuch zur Geschichte und Gesellschaft des Vorderen und Mittleren Orients 1984. Berlin
- ders., und K. Greussing (Hrsg.), 1980: »Dritte Welt« in Europa. Probleme der Arbeitsmigration. Frankfurt a.M.
- Castles, S., 1986: Migration und Gesellschaftsstruktur — Klasse, Ethnizität oder Community. In: H. Bausinger (Hrsg.): Ausländer — Inländer. Arbeitsmigration und kulturelle Identität. Tübingen
- ders., 1987: Migration und Rassismus in Westeuropa. Berlin
- ders., und G. Kosack, 1973: Immigrant workers and class structure in Western Europe. London
- DGB-Bildungswerk in Kooperation mit der Sozialakademie Dortmund (Hrsg.), 1987: Bald/Info 2. o.O.
- Dohse, K., 1981: Ausländerpolitik und betriebliche Ausländerdiskriminierung. Berlin
- Elwert, G., 1982: Probleme der Ausländerintegration. Gesellschaftliche Integration durch Binnenintegration? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, (4)
- Esser, H., 1986: »Binnenintegration« oder gesellschaftliche Isolation. In: J.H.P. Hoffmeyer-Zlotnik (Hrsg.): Segregation und Integration. Die Situation der Arbeitsmigranten im Aufnahmeland. Mannheim
- Fijalkowski, J., 1984: Gastarbeiter als industrielle Reservearmee? Zur Bedeutung der Arbeitsmigration für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung der BRD. In: Archiv für Sozialgeschichte, 24
- Geiger, A., 1982: Herkunftsbedingungen der türkischen Arbeiter in der Bundesrepublik und ihr gewerkschaftliches Verhalten. Berlin
- Geser, H., 1981: Einleitung: Der »ethnische Faktor« im Prozeß gesellschaftlicher Modernisierung. In: Schweizerische Zeitschrift für Soziologie, 7
- Giordano, C., 1981: Soziale Bewegung oder Identitätsmanagement? In: Schweizerische Zeitschrift für Soziologie, 7
- ders., 1984: Zwischen Mirabella und Sindelfingen: Zur Verflechtung von Uniformierungs- und Differenzierungsprozessen bei Migrationsphänomenen. In: Schweizerische Zeitschrift für Soziologie, 2
- Glazer, N., und D.F. Moynihan (Hrsg.), 1975: Ethnicity, theory and experience. Cambridge
- Greverus, I.-M., 1981: Ethnizität und Identitätsmanagement. In: Schweizerische Zeitschrift für Soziologie, 7
- Hall, S., 1980a: Race articulation and societies structured in dominance. In: UNESCO (Hrsg.): Sociological theories: race and colonialism. Paris

- ders., 1980b: Rasse — Klasse — Ideologie. In: Das Argument, 122
- ders., 1988: Ausgewählte Schriften. Berlin
- Heckmann, F., 1981: Die BRD: Ein Einwanderungsland? Zur Soziologie der Gastarbeiterbevölkerung als Einwandererminorität. Stuttgart
- ders., 1982: Ethnischer Pluralismus und »Integration« der Gastarbeiterbevölkerung. In: L.A. Vaskovics (Hrsg.): Raumbezogenheit sozialer Probleme. Opladen
- Ipsen, D., 1980: Wohnsituation und Wohninteresse ausländischer Arbeiter in der Bundesrepublik. In: Leviathan, 6
- Kemmerer, P., 1980: Arbeitsimmigration, Zusammensetzung der Arbeiterklasse und sozio-ökonomische Stabilität. In: Blaschke/Greussing
- Kontos, M., 1983: Verbandsstrategien zur Ausländerbeschäftigung in der Bundesrepublik. Eine Analyse der Integrationsstrategien der Unternehmerverbände und der Gewerkschaften gegenüber den ausländischen Arbeitern. Königsstein/Ts.
- Kühne, P., und H. Schäfer, 1986: Soziale Ungleichheit von Ausländern. Zur Lage auf dem Arbeitsmarkt und in den Betrieben. In: H.-W. Franz u.a. (Hrsg.): Neue alte Ungleichheit. Berichte zur sozialen Lage der Bundesrepublik. Opladen
- Meillassoux, C., 1980: Gegen eine Ethnologie der Arbeitsimmigration in Westeuropa. In: Blaschke/Greussing
- Nikolinakos, M., 1980: Anmerkungen zu einer allgemeinen Theorie der Migration im Spätkapitalismus. In: Blaschke/Greussing
- Öztürk, N., und H. Schäfer, 1987: Neue Etappe gewerkschaftlicher Ausländerpolitik. In: Informationsdienst zur Ausländerarbeit, 1
- Scholz, F., o.J.: Räumliche Ausbreitung türkischer Wirtschaftsaktivitäten in Berlin (ein Beitrag zur Integrationsfrage der Türken). In: Festschrift zum 45. Deutschen Geographentag in Berlin. o.O.

FORSCHUNGSJOURNAL

*Neue Soziale Bewegungen*

➔ **Fakten  
statt Mythen**

**Gegenexperten in der  
Risikogesellschaft** Heft 1/90

**Soziale Bewegungen und  
politischer Wandel im Osten  
Europas** Heft 2/90

**Sozialstruktur und kulturelle  
Praxis** Heft 3/90

**Großstadt und neue soziale  
Bewegungen** Heft 4/90

Bestellschrift und Aboabwicklung:  
SP-Verlag, Deutschausstraße 31, 3550 Marburg  
Redaktionsanschrift:  
Forschungsgruppe Neue Soziale Bewegungen  
c/o Thomas Leif, Neubauerstraße 12, 6200 Wiesbaden



*Aufsätze, Berichte, Kommentare, Analysen,  
Dokumente, Rezensionen, Bibliographie &  
Infomarkt. 4x pro Jahr auf 120 Seiten*

- Ich bestelle:**
- Jahres-Abonnement des Forschungs-journals NSB (DM 42,- / DM 36,- für Studentinnen und Erwerbslose)
  - Einzelexemplar Nr. \_\_\_\_\_/90 (DM 12, 50)
- Einzelexemplare der Jahrgänge 88/89: (Exemplare aus 1988 DM 6,-):
- Geschlechterverhältnis in den NSB
  - Parteien und NSB (Exemplare aus 1989 DM 9,-):
  - Medien und neue soziale Bewegungen
  - Alternativökonomie
  - Institutionalisierungstendenzen
  - Sonderheft 1989: 40 Jahre BRD - 40 Jahre soziale Bewegungen (DM 12,-)

Name \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb einer Woche widerrufen kann.

Datum \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

1/90

---

## Perspektiven des Anti/Ideologischen

**Stuart Hall**

### Ausgewählte Schriften



**Ideologie, Kultur,  
Medien, Neue Rechte,  
Rassismus**

### Argument

*Stuart Hall*

### Ausgewählte Schriften

*Herausgegeben von Nora Rätznel  
Mit einem Vorwort von  
Gustav Klaus*

Stuart Hall ist einer der bedeutendsten marxistischen Theoretiker im angelsächsischen Raum und zugleich ein gefragter Autor aktueller politischer Analysen.

Im Zentrum seiner Arbeiten steht das »Ideologieproblem«, die Frage nach der »Zustimmung« der Mehrzahl der Bevölkerung zum Kapitalismus in Europa. Daraus ergeben sich Untersuchungen über die Wirkungsweise der Massenmedien, das Eingreifen des Staates in die Massenkultur sowie, im Anschluß an Gramsci, die Entwicklung einer Theorie des Rassismus und einer kritischen Analyse des Thatcherismus.

Hall arbeitete mit an Filmen über die Konstitution von »Rasse« in den Medien, die im britischen Fernsehen zu heftigen Diskussionen führten.

Diese erste Auswahl seiner Werke enthält einen Querschnitt durch die verschiedenen Bereiche seines Schaffens. Es finden sich Studien zur Marxschen Theorie, zur Medien- und Massenkultur, zur Neuen Rechten und zum Rassismus sowie kritische Analysen linker Politik.

»Stuart Hall ... ist einer der klügsten Köpfe der englischen neuen Linken. ... Seine Analysen sind oft von bestechender Klarheit.«

*Frankfurter Allgemeine Zeitung*

»Die Linke muß nach Halls Auffassung von der Gewohnheit Abstand nehmen, ihre Politik in erster Linie abstrakt vom Ziel her zu bestimmen.« *Deutsche Volkszeitung*

240 S., br., DM 28,—

Weitere Titel zum Thema:

*Noam Chomsky*

### *Die Fünfte Freiheit*

*Über Macht und Ideologie  
Vorlesungen in Managua*

176 S., br., DM 24,—

### *Theorien über*

### *Rassismus*

*Hrsg. von Otger Autrata,  
Gerrit Kaschuba, Rudolf Leiprecht  
und Cornelia Wolf*

AS 164, ca. 170 S., DM 18,50

(DM 15,50 für Stud.)

## Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

---

30 Jahre Argument

Lutz Krützfeldt

## Selbst Knochenarbeit bekommt einen Hauch von Theatralik

### Der Umbau der »Queen Elizabeth 2« als Medienereignis

Die englische Cunard Line — eine der größten und traditionsreichsten Reedereien der Welt — will ihre Passagier- und Kreuzfahrtschiff »Queen Elizabeth 2« für über 300 Millionen DM modernisieren lassen. Die »Queen« oder »QE2« soll routinemäßig überholt, ihr Hotelbereich neu gestaltet und — vor allem — ein neuer, kraftstoffsparender Dieselantrieb eingebaut werden. »Ein Auftrag der Superlative«<sup>1</sup>: der Umbau wird der bisher teuerste in der Geschichte der zivilen Schifffahrt sein, und die »QE2« ist zwar nicht das größte, wie einige Zeitungen im Überschwang behaupten<sup>2</sup>, aber das zweitgrößte, das schnellste und für viele das schönste im Einsatz befindliche Passagierschiff der Welt.

Der Umbau muß so schnell wie möglich vonstatten gehen. »Zeit ist Geld«, »Time is Money«.<sup>3</sup> Jeder Tag Werftliegezeit bedeutet für die Cunard Reederei Umsatzausfall. Aber auch wenn, gerade bei der Maschinenlage, nicht genau geplant und gearbeitet wird, können eventuelle Ausfälle teuer zu stehen kommen. Cunard sucht eine Werft, die preisgünstig, sorgfältig und schnell ist, und die hält, was sie verspricht.

### Die Konkurrenz

Ursprünglich standen neun Werften zur Diskussion. Die »Asiaten« (*Die Zeit*, 3.4.1987), wegen ihrer niedrigen Preise ein ständiger Dorn im Auge der deutschen Schiffbauindustrie, tricksten sich mit ihren Dumpingmethoden diesmal selber aus. Sie »hatten Preisvorstellungen, die so niedrig waren, daß sie nicht als seriös betrachtet wurden« (*QE2-Broschüre*, 7). Holländer, Finnen, Dänen und Engländer — bald waren »alle ausländischen Konkurrenten der deutschen Werften aus dem Rennen« (*Hamburger Abendblatt*, 1.10.85). Übrig blieben Blohm + Voss in Hamburg, Howaldtswerke-Deutsche Werft (HDW) in Kiel und die Lloyd-Werft Bremerhaven. Aber HDW kämpft gar nicht richtig mit. Die Werft setzt auf einen noch größeren Umbauftrag — für ca. 500 Millionen DM soll die 1969 eingemottete »United States« in ein modernes Kreuzfahrtschiff verwandelt werden — und verliert. Der amerikanische Eigner läßt seine gigantischen Pläne wieder fallen.

In die »Endrunde« (*Hansa* 12/1987, 726) gehen die Lloyd-Werft und Blohm + Voss. David gegen Goliath. 1100 gegen 6000 Beschäftigte. 35 gegen 59 Meter Trockendock-Breite. Die Breite des Docks scheint entscheidend. Nur bei Blohm + Voss, meint das *Hamburger Abendblatt*, »gibt es ein Dock, in dem die vier Dampfturbinen der 'Queen' gegen Dieselmotoren ausgetauscht werden können. Denn dazu muß eine Bordwand des Schiffes der Länge nach aufgeschnitten werden.« (1.10.85) Muß sie wirklich? Blohm + Voss ist groß, aber Lloyd ist listig. Techniker und Werftleitung entwickeln eine »kühne« Idee: Sie wollen »das Schiff nicht durch die Seitenwand, sondern von oben durch den Schornstein«

ausschrotten.<sup>4</sup> »Technisch ist das alles kein Problem«, erklärt Lloyd-Geschäftsführer Dieter Haake. »Wenn man oben ein Loch macht, muß man nur aufpassen, daß es nicht hineinregnet.« (HA, 26.10.85)

Ein Problem ist nur noch die Umbauzeit: Die Lloyd-Werft berechnet zunächst etwas über 200, dann 190 Tage für den Umbau. Blohm + Voss unterbietet dieses Angebot: 160 Tage. Diese Zeit scheint bei einem so umfangreichen Auftrag unvorstellbar. Aber die Lloyd-Werft kalkuliert noch einmal neu: 179 Tage sind ihr letztes Gebot, und mit ihm erhält sie den Zuschlag. 179 Tage — um diese Zeit einzuhalten, erstellt die Werft einen haargenauen Terminplan, der während der Umbauphase über ihr hängt »wie das ständige Gewissen«<sup>5</sup> oder »das Schwert der Damokles« (Emdener Zeitung, 7.2.87). Die Lloyd-Werft fürchtet jetzt nur noch eins: daß ihr die Zeit gleichsam auf den Kopf fallen könnte.

Die Lloyd-Werft ist eine reine Reparatur- und Umbauwerft und hat sich in den siebziger und achtziger Jahren auf Passagier-, besonders auch auf Kreuzfahrtschiffe spezialisiert. Sie liegt damit im Trend, denn die Marktlage sieht im Umbaubereich wie im Kreuzfahrtgeschäft vergleichsweise günstig aus. Trotzdem: Die Konkurrenz ist hart, und die Preise, die sich erzielen lassen, decken häufig kaum die Kosten. Die Hapag-Lloyd-Werft (wie sie damals hieß) hat auch drastisch Arbeitsplätze abgebaut, von 1 800 im Jahre 1977 auf ca. 1 150 im Jahre 1983. Der Durchbruch zu einer Umbauwerft mit internationalem Ruf gelang der Werft 1979/80 mit dem Umbau der »France« zum modernen Luxusliner »Norway«. Der noch spektakulärere Umbau der »QE2« soll diesen Ruf festigen und der Welt zeigen, daß die Werft »die Nummer eins« ist, »wenn es darum geht, Passagierschiffe umzubauen« (Eckart Knoth, NZ, 11.4.87).

### Das Medienereignis

Auf Grund der bisherigen Erfahrungen und bei der Größe des Umbauprojekts kann die Werft mit dem Interesse der Medien rechnen. Eine großangelegte Öffentlichkeitsarbeit soll den Umbau der »QE2« begleiten. Da die Lloyd-Werft über keine eigene PR-Abteilung verfügt, übergibt sie diese Aufgabe an das Presse- und Werbeamt der Stadt Bremerhaven. Die Journalisten werden durch das Büro Bremerhaven-Werbung intensiv »betreut«. Führungen durch das Schiff werden für sie veranstaltet. *Radio Bremen* und der *NDR* sind mit ihren Hafenkonzerten dabei, die Interviews kommen direkt von Bord. Zum Schluß eine feierliche Übergabe mit Feuerwerk und Marinemusikkorps und eine Broschüre, die den Umbau dokumentiert. — Soweit bewegt sich alles noch im Rahmen einer größer als sonst aufgezogenen PR-Kampagne.

Schon vor und während der Ankunft der »QE2« am 27. Oktober 1986 in Bremerhaven ist das Interesse der Zeitungen groß. Aber bald erfaßt es die gesamte deutsche Presse, von der *Nordsee-Zeitung* bis zur *Süddeutschen*, vom *Diepholzer Kreisblatt* bis zur *Frankfurter Allgemeinen*. Ob »Boulevardblatt« oder »seriös«, ob Tageszeitung oder Illustrierte, alle, *Bild* und *Zeit*, *Welt* und *Stern*, geraten zunehmend ins »Queen'-Fieber« (NZ, 28.1.87). Aus der ganzen Bundesrepublik fragen Bürger bei der Werft oder beim Verkehrsamt in Bremerhaven an, ob der Umbau im Zeitplan sei, eine Dampfturbine der »Queen« wird als Liebhäberstück

in der Zeitung inseriert und die Quizfrage, welches britische Passagierschiff zur Zeit in Bremerhaven umge..., beantwortet man bei Thielke wie aus der Pistole geschossen (NZ, 11.4.87). ARD und ZDF drehen ausführliche Reportagen, und die ARD bringt ihre zur besten Sendezeit.

Aus der PR-Kampagne einer mittleren Werft an der Küste ist ein »Medienereignis auf nationaler Basis« geworden (NZ, 19.6.87). Wie ist das möglich? »Traumschiff-Syndrom«, vermutet die *Nordsee-Zeitung*. Auffällig ist, daß zunehmend Reportagen erscheinen, die das Ambiente des »QE2«-Umbaus einzufangen suchen und ihn dabei zugleich mit eigenen Phantasien besetzen. Um dieses Wechselspiel — zwischen den Eigentümlichkeiten des Umbaus und den Vorstellungen, die sich an ihn heften — soll es im folgenden gehen, wobei sich die Untersuchung auf die Presse, vor allem die Tages- und Wochenzeitungen und die Illustrierten beschränkt.

### Die Krise und der Jubel

Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit als ständige Drohung im Nacken — kein Wunder, daß die Werftarbeiter jubeln, als die Lloyd-Werft den Auftrag zum Umbau der »QE2« erhält. Ein »Hochgefühl« habe sich breitgemacht, sagt der Betriebsratsvorsitzende, »so, als wenn Weihnachten wäre« (BN, 26.10.85). Die Presse jubelt mit, aber in unterschiedlichem Maße. »Rosa Zeiten für den Bremer Schiffbau«, meint die *Bremer Morgenpost*, »Optimismus ist überall angesagt« (28.10.85). Die Freude der Zeit ist verhaltender: »Viel Jubel und etwas Elend«, womit sie auf die drohende Schließung der Rickmers-Werft anspielt. Für die einen sei ein Gefühl wie »Weihnachten«, »für die anderen ist jeder Werktag derzeit wie ein Totensonntag« (15.11.85). Trotz ihrer Freude haben auch die Arbeiter der Lloyd-Werft, die 1986, vor Ankunft der »Queen«, zum Teil noch kurzarbeiten müssen, eine nüchterne Einschätzung der Lage: »Ohne diesen Auftrag hätten wir ganz schön schlecht ausgesehen.« »Hauptsache, man muß nicht stempeln gehen!« »Das Leben ist teuer geworden.« (NZ, 9.11.86) Und der Betriebsrat erklärt: »Der Umbau der Queen ist eine Riesensache, aber unsere Probleme löst er nicht.« (*Hamburger Morgenpost*, 20.2.87) Die Werftleitung ist schon glücklich, wenn sie aus diesem Geschäft mit »Plus-Minus-Null« herausgeht (*Süddeutsche Zeitung*, 24.4.87). Außer einem Teil der Boulevardpresse versucht niemand, den Optimismus zu verbreiten, es gehe bei dem Umbau um etwas anderes als um ein »Werk des Überlebens« (*Neue Ruhrzeitung*, 27.4.87).

Daß der »QE2«-Umbau für einige Zeit die Arbeitsplätze einer Werft sichert, erklärt die Freude und den anfänglichen Jubel. Aber woher kommt diese anhaltende Euphorie der Presse, die sich im Lauf der Zeit noch steigert? Diese Euphorie ist nicht optimistisch in dem Sinne, daß sie sich mit der Hoffnung auf eine grundlegende Verbesserung der Lage oder mit der Illusion einer heilen »Traumschiff«-Welt verbindet. Man könnte im Gegenteil von einer Euphorie der Krise sprechen, von einer Haltung, die nicht nur das Überleben, sondern das Leben in der Krise kultiviert.

## Der Computer und die Wette

Die Krise verschärft die Konkurrenz, die Konkurrenz den Zeitdruck. Um den »Kampf gegen die Zeit« (*Westfalen-Rundschau*, 4.4.87) gewinnen zu können, greift die Lloyd-Werft auf die Netzplantechnik zurück, eine Planungstechnik, die den gesamten Arbeitsablauf in viele einzelne Vorgänge zerlegt, um deren Zeitdauer und deren Abhängigkeitsverhältnisse zu ermitteln.<sup>6</sup> Und um die Netzpläne schnell und flexibel erstellen und verändern zu können, schafft sich die Werft extra einen neuen Computer an.<sup>7</sup> Die Presse bewundert die »elektronische Präzision« des Netzplanes, »nach dem diese Giganten-Arbeit wie ein Uhrwerk« abläuft (*NRZ*, 28.10.86). »Jeder Arbeitsschritt, bis zur kleinsten Schraube«, behauptet die *Süddeutsche Zeitung*, »war programmiert« (24.4.87). Aber es kommt zu Verzögerungen und Pannen: Die Ausschrottungsphase dauert länger als erwartet, die zweite Docking muß vorverlegt werden, der Beginn der Probefahrt verzögert sich, die Feineinstellung der Elektronik klappt nicht, ein Trafo fällt aus, eine Brennstoffpumpe versagt, ein Ventil ist falsch eingebaut, und die Lagerschalen der Hauptmotoren laufen heiß. Umbau und Probefahrt werden zu einem »Wettlauf gegen die Zeit« (*NZ*, 11.4.87; *FAZ*, 27.4.87), der Menschen und Medien in seinen Bann zieht. »Manchmal kamen uns selbst Zweifel, ob wir es schaffen würden«, gesteht Werftchef Knoth — natürlich im nachhinein (*Schiff & Hafen* 6/1987, 14).

Die Präzision, mit der das Projekt geplant und durchgeführt wird, beseitigt nicht die Unwägbarkeiten, im Gegenteil, sie hebt sie im öffentlichen Bewußtsein krasser hervor. Daß schlechte Planung nicht funktioniert, wird niemanden wundern. Aber wenn auch minutöseste Planung nach wie vor dem Zufall ausgeliefert ist, wirft das den Sinn für Perfektion auf den Satz zurück, daß das Leben im Grunde eine Wette sei. An diesem Punkt tritt Frank Elstner ins Spiel. »Ich wette, daß ihr es schafft, den Ablieferungstermin einzuhalten.« (*NZ*, 23.2.87) Seine Show »Wetten, daß ...?« kommt, gerade als der »QE2«-Umbau in seiner Endphase liegt, aus Bremerhaven. Die Show und der Umbau haben einiges gemeinsam: Die Kandidaten sind gut vorbereitet, aber die Aufgabe, die sie sich selbst gestellt haben, scheint sich am Rande des Unmöglichen zu bewegen. Die Frage, ob sie sie bewältigen oder nicht, bildet die Grundlage eines Spiels, an dem, vermittelt über die Medien, die ganze Nation beteiligt ist: »Wetten, daß sie es schaffen?«

Zu einer richtigen Wette gehört ein Einsatz. Bei der Lloyd-Werft sind es hohe Konventionalstrafen, der gute Ruf und letztlich die Arbeitsplätze. 1,5 Millionen DM Konventionalstrafe am ersten Tag der Terminüberschreitung, 9,5 Millionen DM am vierten, »und am elften Tag — ach, da sind wir längst pleite«, sagt der Leiter der Werft, und *Bild* fügt zwischen das Zitat die Formulierung »grinste Knoth« (28.10.86). »Grinste« ist hier nicht negativ gemeint, sondern soll den Werftchef als einen Mann kennzeichnen, der gelassen mit dem Risiko zu leben weiß. Auch andere Zeitungen entwerfen das Bild eines »schlitzohrigen« Mannes »mit eisernen Nerven«, »der auch dann noch heitere Gelassenheit verbreitet, wenn die Welt ringsum unterzugehen scheint« (*BN*, 25.4.87; *WR*, 4.4.87). Der Umbau selbst, unter diesem zeitlichen und ökonomischen Druck, erscheint als

»Tanz auf dem Vulkan«, als »Tollstück« an den »Grenzen des Machbaren« und seine erfolgreiche Fertigstellung dann als ein »Wunder«, bei dem »die Werker gezaubert« und »das Unmögliche ... möglich gemacht« haben.<sup>8</sup>

## Die Ordnung und das Chaos

Gegensätze, die bisher in den landläufigen Vorstellungen als unvereinbar galten, rücken plötzlich nahe aneinander, gehen ineinander über: die Computerplanung und die Wette, die Rationalität und der Wahnsinn, das Machbare und das Wunder. Diese Struktur zeigt sich auch bei der Frage von Gründlichkeit und Ordnung.

Eine der Wortschöpfungen, mit der der Leiter der Öffentlichkeitsarbeit, Henning Goes, dem Umbauprojekt einen »human touch«<sup>9</sup> zu verleihen sucht, findet in der Presse großen Widerhall: »das geordnete und wohlorganisierte Chaos«<sup>10</sup>, womit die Situation auf der Baustelle »Queen« gemeint ist. Die Baustelle fasziniert die Journalisten. Sie beschreiben sie als ein »Chaos«, ein »gespenstisches Labyrinth«, ein »gigantisches, kaum zu erfassendes Durcheinander« und Eckart Knoth als »Herrn des grandiosen Wirrwarrs«. Von einem Ingenieur heißt es: »Seine Ruhe im Zentrum des Chaos scheint unwirklich.«<sup>11</sup> Perfekte Planung allein, das sehen die Journalisten, reicht nicht aus, um ein Umbauprojekt dieser Größenordnung zu bewältigen und — im übertragenen Sinn — in der Krise zu überleben. Da die Zeit drängt, nimmt die Werft beim Umbau alles Mögliche gleichzeitig in Angriff, und die Mitarbeiter müssen auf unvorbereitete Ereignisse schnell reagieren können. Im Chaos leben und cool bleiben. Und zur »deutschen Gründlichkeit« tritt eine neue, unabdingbare Fähigkeit: die »deutsche Improvisierkunst« (NZ, 9.4.87). Chaos als andere Form der Ordnung oder umgekehrt die Ordnung als Produkt des Chaos — diese Vorstellung ist nicht unähnlich jenem neuen Weltbild in den Naturwissenschaften, das zur Zeit an Popularität gewinnt. Und wie bei Computerbildern aus scheinbar zufälligen Daten plötzlich ästhetisch und sinnvoll anmutende Strukturen entstehen, so erwächst für die Presse auch beim Umbau der »Queen« »aus dem Chaos ... das Ganze« (NZ 8.4.87).

## Das Projekt und die Nation

Perfekte Planung und Improvisationsfähigkeit erscheinen als zwei Voraussetzungen für das Gelingen des Umbauprojektes. Das dritte Zauberwort heißt »Motivation«. Die Werftleitung ist darum besorgt, »daß das Klima trotz unvorstellbarem Streß bei der Belegschaft nicht leidet«. »Der ganze Tag«, sagt Geschäftsführer Dieter Haake, »besteht aus Motivation und Schulterklopfen« (NZ, 8.4.87). Die Arbeiter müssen bei der Sache sein, mit neuen Situationen umgehen und notfalls selbständig Entscheidungen treffen können.<sup>12</sup> Wenn es letztlich um Stunden geht, kann ein Motivationstief katastrophale Folgen haben. Das weiß die Werftleitung. »Was wäre ich, ein einzelner«, fragt Knoth, »ohne meine Arbeiter, ich wäre nichts.« (BBC, 19.12.86)

Für die Motivation der Belegschaft spielt die Projektidee eine wichtige Rolle. Es geht dabei nicht nur um das »Projektmanagement«, das aus rein organisatorischen Gründen notwendig ist<sup>13</sup>, sondern um die Projektidee im umfassenden

Sinne, wie sie klassisch die amerikanischen Reformpädagogen definierten: »planvolles Handeln aus ganzem Herzen, das in einer sozialen Umgebung stattfindet«<sup>14</sup>. Zwar bekommen die Arbeiter natürlich keinen Einfluß auf die zentralen Planungen, wohl aber das Gefühl vermittelt, an einer gesellschaftlich sinnvollen Gemeinschaftsaufgabe beteiligt zu sein. Der Schiffsumbau bietet dafür günstige Voraussetzungen. Viele Arbeiter verfügen über relativ eigenständige Arbeitsbereiche, sie sehen nach und nach *ihr* Produkt, die neue »Queen«, entstehen, und die enge Terminierung des Umbaus vereint sie mit der Werftleitung in dem Ziel, rechtzeitig fertig zu werden — »1000 Mann und ein Termin« (EZ, 7.2.87). Solche Voraussetzungen allein reichen jedoch nicht aus. Die Werftleitung muß die Idee der Projektgemeinschaft aktiv fördern. Sie muß als Vorbild fungieren und vor Ort präsent sein. Wo das Schulterklopfen nicht ausreicht, übernehmen die Medien eine Mittlerfunktion. Sie zeigen den Einsatz der Werftleitung und den der Belegschaft, sie zeigen den großen Zusammenhang auf, in dem die Tätigkeit des einzelnen Arbeiters steht. Sie machen aus dem Projekt eine nationale Angelegenheit. Von Anfang an existiert in der Presse ein unverhohlener Nationalismus, zunächst als Genugtuung darüber, daß nicht »die Engländer«, sondern »die Deutschen« den Umbauftrag erhalten haben, später in Form der ständig wiederkehrenden Frage, welche der beiden Nationen — an dem Auftrag sind auch englische und andere europäische Firmen beteiligt — für die jeweiligen Pannen verantwortlich ist. »Die Engländer ließen die 'Queen' heißlaufen.« (*Hamburger Morgenpost*, 15.4.87) Ein Sabotageakt? — Zwei Lagerschalen der Fahrmotoren, die leidergottseidank eine englische Firma angefertigt hatte, waren zehn Millimeter zu lang, so daß die Motoren bei vollen Touren heißliefen. Der *Stern* will wissen, daß »einige Experten in den Kneipen« wissen wollen, »das Ding mit den Lagerschalen sei gezielte Sabotage gewesen« (29.4.87). Wie dem auch sei, zumindest hat man mit dem »englischen Plünnkram« (ein Arbeiter in *Die Zeit*, 3.4.87) nichts als Ärger. »Das Ansehen der gesamten deutschen Schiffbauindustrie« (*Die Welt*, 14.4.87) steht auf dem Spiel. Die Lloyd-Arbeiter müssen zeigen, »was Deutsche [sic] Werften leisten können« (ein Arbeiter in *Bild*, 28.10.86), und die »Geltung deutscher Facharbeit« (Hans-Jochen Vogel, Glückwunsch-Telex, 27.4.87) unter Beweis stellen. Die Medien beobachten sie: Big nation is watching you. Wer will bei einem Projekt von nationaler Bedeutung dessen Mißerfolg verantworten? Zudem vermitteln die Medien den Umbau als dramatisches »Abenteuer« (*NRZ*, 27.4.87), als »den spannendsten Job, den wir je hatten« (ein Ingenieur in der *SZ*, 24.4.87). Der Streß gehört dazu. »Macht doch Spaß!«<sup>15</sup> »Du bist mit dem Beruf verheiratet!«, beschwert sich eine Ehefrau und findet ihre Klage am nächsten Tag als stolze Schlagzeile in der Zeitung (*NZ*, 22.4.87).

Der Betriebsrat hat zugestimmt, daß bis zu 56 Stunden in der Woche gearbeitet werden darf. Die IG Metall kämpft gleichzeitig für die 35-Stunden-Woche. Es ist ein fast genauso großes Wunder wie die termingerechte Fertigstellung der »Queen«, daß sich in der Zeit des Umbaus ungefähr 200 Lloyd-Arbeiter an einem halbstündigen Warnstreik beteiligen. Aber eine ernsthafte Gefährdung des Projektes kann sich die Gewerkschaft nicht leisten. Sie steht mit dem Rücken zur Wand. Den Hauptdruck erzeugt die Krise, aber sie hat auch dem moralischen

Druck der Nation und dem Versuch, Arbeit als spannendes Abenteuer zu inszenieren, wenig entgegenzusetzen.

### »Das Traumschiff« und »Das Boot«

Es gibt Arbeit, die beim besten Willen keinen Spaß macht. Vor allem das Ausschrotten bedeutet schwere körperliche Anstrengung in Hitze, Lärm und Dreck. Die Werftarbeiter bezeichnen den Bauch der »Queen«, wo die Ausschrottungsarbeiten stattfinden, als »Vorhof zur Hölle«. Die *Nordsee-Zeitung* greift die Metapher auf. Der Maschinenraum sehe aus »wie die Kulisse zu 'Orpheus in der Unterwelt', Vorhof zur Hölle. Verschlungene Kabel für Druckluft und Strom breiten sich über die Gänge aus. Wer auf sie tritt, glaubt auf Schlangen zu treten, deren Köpfe hinter der nächsten Ecke vielleicht Feuer speien.« (2.12.86) Und die Zeitung lobt an der *ZDF-Reportage*: »Die Aufnahmen von der überaus harten Arbeit wurden mit der 'Traumschiff'-Melodie unterlegt, so daß der Gegensatz zwischen der Knochenarbeit der Männer und dem Zweck des Schiffes als Luxusliner noch krasser erschien.« (4.5.87) Das »Traumschiff«-Motiv durchzieht die gesamte Presse, aber nicht dieses Motiv allein fasziniert sie. Sie fasziniert der Kontrast: zwischen »Oberwelt und Unterwelt«, »Glanz« und »Schrott«, »Luxus« und Schufterei, »Smoking« und »Blaumann«, »vornehmer Routine« und »hektischen Kommandos«. <sup>16</sup>

Das Gegenstück zur Serie »Das Traumschiff« ist der Film »Das Boot«, zum Leben in Wohlstand und Ordnung das Leben in Krise und Chaos. Die einen bewegen sich in einer sorgenlosen, heilen Welt, die anderen kämpfen in einer dschungelähnlichen Hölle um das Überleben. Aber die Hölle ist für den, der nur zuschaut, spannender als der Himmel. »Die Werft ist ein faszinierender Arbeitsplatz, und ... für den neugierigen Besucher (bekommt) selbst die Knochenarbeit einen Hauch Theatralik, als sei alles nur für einen Film über vergangene Zeiten inszeniert.« (*DAS*, 7.12.86) Soziale Verbesserungen — die Zeiten sind vorbei. Doch wenigstens bis zur Ablieferung gehört die »Queen« nicht den »Reichen« (*Die Zeit*, 3.4.87), sondern denen, die arbeiten, und die »Knochenarbeit« wird auf aggressive Weise ästhetisiert: »Dröhnendes Hämmern ersetzt die knallenden Champagner-Korken bei Candlelight in der Cocktailbar, Schweißgeruch das handverlesen teure Parfüm der Damenwelt auf dem Promenadendeck ... Keinem Raum an Bord des ehrwürdigen Liners zollen die Männer Respekt ... Die Legionen der Arbeiter fallen über die Suiten und Kabinen her ...« (*EZ*, 7.12.87)

### Der Kater und das Happy-End

Die Phantasien, die sich an den Umbau der »Queen« heften, bilden eine merkwürdige Mischung aus Altem und Neuem. Einerseits scheint dieser Umbau einfach »super«, weil gigantisch, perfekt und deutsch. Andererseits machen sich an ihm neue Ideale und Haltungen fest, die das bundesrepublikanische Wertesystem der fünfziger bis siebziger Jahre zwar nicht verdrängen, wohl aber auf widersprüchliche Weise ergänzen: das Sicherheitsdenken durch das Vabanquespiel, die Beschaulichkeit durch den Temporausach, das einlinige Denken durch ein »netzplanartiges«, die verbissene Ordnungsliebe durch gelassenen Umgang mit

dem Chaos, die Pflicht zur Arbeit durch das Projekt, das Spaß machen soll oder, wenn das partout nicht vorstellbar ist, als harter Überlebenskampf ästhetisiert wird.

Im Hintergrund steht die Krise. Wer in ihr überleben will, muß engagierter, schneller und flexibler sein als die anderen. Aber woher dafür die Kraft nehmen, wenn man sich zugleich nicht allzu große Hoffnungen machen kann? Überleben wollen allein reicht nicht aus. In der Presse zeigt sich ein zur Zeit favorisierter Weg, dieses paradoxe Problem zu lösen: nämlich die Überlebens- in eine Lebenshaltung und bloße Einsicht in Euphorie zu verwandeln. Auf die Euphorie folgt der Kater. Die Lloyd-Werft liefert den Umbau rechtzeitig ab. 30000 Zuschauer verabschieden am 25. April 1987 die »Queen« (NZ, 27.4.87). Aber schon bei der Übergabefahrt brechen die Flügel der neuen Grimschen Leitträger ab, und bei der zweiten Jungfernfahrt herrscht ein »Chaos«, das den Gästen und nun auch der Presse nicht mehr gefällt: überflutete Kabinen, kaltes Essen, schmutziggelbes Leitungswasser, Farbe an der Kleidung, und Stewards, die sich auf dem Schiff verlaufen. Skandal, Skandal: Die »Queen« wirft ihren Müll »tonnenweise über Bord« (NZ, 13.5.87). Ein »Steward erhängte sich ... Seine Kollegen: 'Er hielt die Arbeitsüberlastung nicht aus.'« (Bild, 19.5.87) Jetzt bricht die »Meuterei auf der 'Queen'« (HA, 2.5.87) los. Sie spült eine untergründige Wut hoch, die die ganze Zeit latent vorhanden war. JA, eine Illustrierte, von der man nur Positives erwarten würde, veröffentlicht unter der Überschrift »Das Alptraumschiff« einen vernichtenden Bericht über die Jungfernfahrt. Sein Verfasser: Lothar-Günther Buchheim, bekannt als Autor von »Das Boot«. Wieder, diesmal bei den Passagieren, spaltet sich die Welt in die feinen und die kleinen Leute. Buchheims »ganzes Mitgefühl« gehört den »vielen netten alten Leuten« oder der Wirtsfamilie aus Wales, die sich einmal im Leben eine solche Luxusreise gegönnt haben, nicht aber den »selbstverliebten Nichtstuern«, für die eigentlich die »Queen« die »große Show-Bühne« abgebe (12.5.87).

Im Kreuzfeuer steht die Cunard Line. Die Lloyd-Werft ist aus der Schußlinie. Doch wenn es ihr nicht gelungen wäre, den Umbau rechtzeitig fertigzustellen — die Nation hätte zumindest die Werftleitung den Löwen zum Fraß vorgeworfen. Aber zum Glück ist für unsere Freunde an der Küste noch einmal alles gut ausgegangen. Alle Beteiligten gönnen sich einen Augenblick Ruhe und feiern einträchtig ihren »Sieg über die Zeit«. Bald schon werden sie neuen Abenteuern entgegengehen: »Riesenjubiläum«, »das nächste Traumschiff« kommt.<sup>17</sup>

## Anmerkungen

- 1 Queen Elizabeth 2. Die Geschichte eines Umbaus, hrsg. von der Lloyd-Werft Bremerhaven GmbH, Bremerhaven: Ditzén o.J. (1987), S. 9; im folgenden zitiert als *QE2-Broschüre*.
- 2 *Bremer Nachrichten (BN)* v. 16.10.1986; *Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt (DAS)* v. 7.12.1986; *Cover* v. 4.4.1987.
- 3 *Die Welt* v. 26.10.1985; *Nordsee-Zeitung* v. 9.11.1986; *Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt* v. 7.12.1986; *Cover* v. 4.4.1987; *Zeitsmagazin* v. 8.5.1987.
- 4 Eckart Knoth, Direktor der Lloyd-Werft, in einem Interview im Sonntagsjournal der NZ v. 5.4.1987.
- 5 Presseerklärung der Lloyd Werft und der Cunard Line v. 9.1.1987; *BN* v. 12.1.1987; *NZ* v. 16.1.1987.

- 6 Stellt man diese Abhängigkeitsverhältnisse zeichnerisch dar, ergibt sich ein Netzwerk, von dem die Planungstechnik ihren Namen hat. Mit der Netzplantechnik lassen sich zudem Kosten- und Kapazitätsrechnungen durchföhren.
- 7 Der Computereinsatz bei der Lloyd-Werft ist insgesamt jedoch vergleichsweise gering. Selbst die Konstruktionszeichnungen werden noch mit der Hand angefertigt. Man sollte die Bedeutung des Computereinsatzes für das Gelingen des Umbauprojektes also nicht überschätzen.
- 8 Vgl. *Bremer Morgenpost* v. 14.4.1987; *Die Zeit* v. 3.4.1987; *Stern* v. 29.4.1987; *NZ* v. 9.4.1987; *Kurier am Sonntag (WK u. BN)* v. 26.4.1987; *NZ* v. 24.4.1987; *NRZ* v. 27.4.1987.
- 9 Henning Goes in einem Gespräch mit mir. Er selbst brachte als Beispiel die Wortschöpfung »Lloyd-seliges«.
- 10 Presseerklärung der Lloyd-Werft und der Cunard Line v. 27.11.1986; *Seereisen-Journal*, 1987, H. 1; *NZ* v. 14.3.1987; *Cover* v. 4.4.1987; *NZ* v. 24.4.1987
- 11 *WR* v. 4.4.1987; *NZ* v. 18.4.1987; *Stern* v. 29.4.1987; *DAS* v. 7.12.1987; *Die Zeit* v. 3.4.1987.
- 12 Siehe z.B. das Portrait des Maschinenschlossermeisters Oskar Matte im *Stern* v. 23.12.1986 oder die Beschreibung der Arbeitsatmosphäre beim Umbau in *Die Zeit* v. 3.4.1987.
- 13 Siehe *Logistik*, 1987, H. 1-2, 8-11, die den QE2-Umbau als Beispiel für »Projektmanagement« vorstellt, womit ein »ergebnisorientiertes Führungskonzept« gemeint ist, das erlaube, »komplexe Vorhaben« in kürzester Zeit zu realisieren.
- 14 John Dewey und William H. Kilpatrick: Der Projekt-Plan. Grundlegung und Praxis. Weimar 1935, 163.
- 15 Eckart Knoth zitiert in Zusammenhang mit der Frage, ob er nicht »erst einmal genug von solch aufreibenden Geschäften« habe, in: *BN* v. 25.4.1987.
- 16 *Zeitmagazin* v. 8.5.1987; *WK* v. 2.12.1986; *Die Zeit* v. 3.11.1989; *EZ* v. 7.2.1987; *HA* v. 27.4.1987.
- 17 Gemeint ist die »Norway«; *HA* und *Bild* v. 22.4.1987.

# PERSPEKTIVEN

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALISTISCHE THEORIE

Ausgabe 7

Neugruppierung der Linken:  
Land in Sicht?



Gesellschaftsanalytische und praktische Ansätze neuer Strömungen der BRD-Linken - Deutsch-deutsche linke Zusammenarbeit - Abgesänge auf den Sozialismus - Radikaler Keynesianismus? - Gleichstellungspolitik und die Frauenbewegung - Rezensionen

Mit Beiträgen von: Verena Krieger (Grüne/BRD), Michael Nelken (PDS/DDR), Albert Scharenberg/Carl Wechselberg, Karin Widerberg, Ralf Fischer, Volker Finthammer/Georg Fülberth/Sabine Reiner/Jürgen Scheele, Thorsten Schulten u.a.      Umfang ca. 76 Seiten, 6 DM

## Noch erhältlich:

Sonderheft 1: Antonio Gramsci, 68 Seiten, 6 DM.

Nr. 3 (Juni 1988): Realer Sozialismus, 68 Seiten, 5 DM.

Nr. 5 (Juni 1989): Politische Ökonomie, 80 Seiten, 6 DM.

Nr. 6 (Okt. 1989): Utopieverlust der Linken, 64 Seiten, 6 DM.

Die PERSPEKTIVEN erscheinen als unabhängiges Theorieorgan zur Weiterentwicklung linker Politik in der BRD. Der Umfang beträgt jeweils etwa 70 Seiten. Das Einzelheft kostet im Freiverkauf 6 DM, im Abo 4 DM. Bestellungen bitte an Ralf Tertilt, Wehrdaer Weg 34, BRD-3550 Marburg.

## Interventionen

Wir sind enttäuscht über die Besprechung des von Wolfgang Jantzen verfaßten Lehrbuches zur »Allgemeinen Behindertenpädagogik« (Heft 178, 1989, 958f.) durch Martin Kipp. Wir haben nichts Konkretes über die Inhalte dieses Buches erfahren; anstelle von Begründungen fanden wir Behauptungen, was für den Rezensenten sicherlich keinen großen Aufwand an Denkarbeit bedeutet hat. Vorwiegend kritisiert er die Darstellungsform des Lehrbuches, die wissenschaftliche Leistung des Autors wird von ihm nicht näher verdeutlicht. Es läßt sich beinahe vermuten, daß dies auch gar nicht beabsichtigt war.

Wir vermissen eine Charakterisierung des objektiven Stellenwerts dieses Lehrbuches, etwa gemessen an der Vielzahl der Grundlagenwerke, die in den letzten Jahrzehnten in diesem »Fach« veröffentlicht worden sind, und deren Verfasser — von wenigen Ausnahmen abgesehen — sich für menschenunwürdige Aussonderung und Ausgrenzung eingesetzt haben. Wir fragen bescheiden, ob im Fach und Gegenstand Berufspädagogik erworbene Kompetenzen zur angemessenen und realistischen Beurteilung für Fach und Werk im Bereich Behindertenpädagogik ausreichen? Die vorgelegte Besprechung unterstützt die an Entwicklungsförderung behinderter Menschen nicht interessierten Kräfte (es gibt sie hierzulande tatsächlich!). Statt nach Gründen zu suchen, die das Darstellen des Gegenstandes schwierig gemacht haben, verunglimpft Kipp: Ihn scheine das Ergebnis »wenig gelungen«; es fehle an »didaktischem Geschick«; es werde nicht zu einem »einheitlichen Aussagensystem zusammengefügt«, da gibt es ein »relativ amorphes und diffuses Kapitel«, »ein geradezu ungenießbares Gebräu«, »schablonenhafte Fertige Meinungen« usw.; was ist das? Wir können es nicht beantworten; Kipp weiß es offensichtlich auf Grund seiner feinsinnigen Befindlichkeit, die Erläuterungen überflüssig macht, herzlichen Glückwunsch! Ein einheitliches Aussagensystem werde »weitgehend dem Kopf des Lesers« überlassen; bravo, wem sollte es wohl sonst überlassen bleiben? Denkt der Rezensent an LeserInnen ohne Kopf, weil Denken (immer) beschwerlich ist?! Des weiteren wird behauptet, daß Jantzens Lehrbuch die »konventionellen Standardwerke« kaum ablösen werden? Obwohl doch dem Autor erstaunlicherweise das »Fragen aus unkonventionellen Perspektiven« zugestanden wird? Welche sind gemeint? Woher weiß er, daß dergleichen »ungelesen zwischen zwei Buchdeckeln« ruhen wird?

Die notwendige »Mitgestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse« vollzieht sich sicherlich nicht wesentlich durch Geschriebenes! Es fehlt eine kritische Darstellung und Auseinandersetzung mit dem Anspruch, einer materialistischen Behindertenpädagogik und der Herausarbeitung einiger grundlegender Elemente einer noch zu schaffenden allgemeinen Pädagogik, in welcher erstere aufgehoben werden kann. Kipp hat diese grundlegenden Bestrebungen Jantzens überhaupt nicht sichtbar gemacht. Wir sind für Kritik, aber nicht für Verunglimpfung!

Barbara Rohr und Erwin Reichmann-Rohr (Bremen)

Wolf-Dietrich Bukow

## Soziogenese ethnischer Minoritäten

In *Argument 175\** schreibt Georg Auernheimer: »Manche AutorInnen betrachten kulturelle Identität oder Ethnizität unter Verweis auf die Konstitutionsprinzipien moderner Gesellschaften als bloße soziale Konstruktion mit mehr oder weniger Phantomcharakter. Am radikalsten scheinen mir in dieser Hinsicht Bukow/Llaryora (1988), die Ethnizität für das fragwürdige Ergebnis sozialer Zuschreibung, der Etikettierung von Minoritäten halten.« (381) Da mir unsere Position, die eine dialektische Umkehr der Perspektiven anstrebt, hier allzu verkürzt erscheint, möchte ich die Möglichkeit zu einer Intervention nutzen, um einige Ergebnisse unserer gemeinsamen Arbeit kurz zu skizzieren.

Der Ausgangspunkt unserer Überlegungen war die Lage der ethnischen Minderheiten, die nicht erst seit heute brisant ist. Sie ist nur zu verstehen, wenn man sie schrittweise und mehrdimensional rekonstruiert. Wendet man eine solche Betrachtungsweise an, so rückt alsbald der *Umgang mit Minderheiten* in den Mittelpunkt.

### Der Prozeß der Ethnisierung

Sieht man einmal von der besonderen sozio-ökonomischen Ausgestaltung ab, so kann man feststellen, daß die BRD als fortgeschrittene Industriegesellschaft (idealtypisch betrachtet) einerseits ein hohes Maß an formaler Rationalität im systemischen wie im sozialen Zusammenhang entwickelt hat und andererseits darum bemüht ist, entsprechende demokratisch-republikanische Traditionen zur Entfaltung zu bringen. Dies bedeutete für das einzelne Gesellschaftsmitglied, sei es alteingewesen oder neu hinzugezogen, daß religiöse, kulturelle oder auch ethnische Einstellungen mehr und mehr zur Privatsache, d.h. konstitutiv belanglos werden (Bukow/Llaryora 1988). Der bundesdeutsche Alltag sieht jedoch total anders aus. Wie kommt es dazu, und was läßt sich daraus über die spezifische bundesdeutsche Ausgestaltung der Eigenschaften fortgeschrittener Industriegesellschaften erkennen? Enger formuliert: Wie gelingt unter jenen allgemeinen Bedingungen überhaupt die Heraushebung bestimmter Gesellschaftsmitglieder zu »Ausländern«, und was verspricht man sich davon? Offenbar handelt es sich im Kern um einen Labeling-, genauer: einen Ethnisierungsprozeß, in dessen Verlauf zunächst konstitutiv belanglose Momente *schrittweise in konstitutiv relevante Eigenschaften transformiert* werden, um eine gesonderte soziale Gruppe zu erzeugen.

Der erste Schritt: Aus der Absicht heraus, eine gesonderte soziale Gruppe zu erhalten, wird ein geeigneter *Indikator, die Staatsangehörigkeit*, definiert. Eine derartige statistische Größe schafft dank ihrer auch historisch bewährten Qualitäten fast automatisch die gewünschten Einheiten. Am Ende stehen jedenfalls zwei soziale Größen, denen allerdings zunächst jegliche innere Konsistenz fehlt. Die inhaltliche Leere der sozialen Einheiten ist eine Voraussetzung für den zweiten Schritt. Es ist jetzt möglich — und dabei ist wiederum der gewählte Indikator nützlich —, beide Einheiten in eine *Machtrelation* zueinander zu bringen. Das binäre Schema »Deutscher : Nicht-Deutscher (=Ausländer)« ist bestens für eine entsprechende Machtpolung geeignet. Im Ergebnis sehen sich die Einheimischen als dominante Gruppe

\* Georg Auernheimer: Kulturelle Identität — ein gegenauflärerischer Mythos? In *Argument 175*, 381-394.

und die Einwanderer als mindere Gruppe. Die gewünschten Relationen zwischen den beiden Gruppen werden anschließend sinnfölig ausgebaut.

Weitere Schritte: Von einer reinen Gruppenbildung kommt es schnell zu einem umfassenden Verständnis der Gruppierungen. Speziell die Gruppe der »Ausländer« erscheint als bald so fest gefügt, daß man ihr *weiterreichende Eigenschaften* zuschreiben beginnt. Der »Ausländer« wird mit Attributen ausgestattet, die einer solchen Gruppe »zukommen«. Bald heißt es, »die Ausländer sind/haben ...« usw. Es ist kennzeichnend, mit welcher Selbstverständlichkeit man als bald (vom Alltag über die Politik bis zur Wissenschaft) vom »Ausländer« spricht und weiß. Die dominante Gruppe wertet sich über entsprechende Attribuierungen auf; die diskriminierte Gruppe wird über korrespondierende Zuschreibungen abgewertet und damit in einen Zustand versetzt, der ein erfolgreiches Ein- und Ausklammern endlich logisch zwingend erscheinen läßt. Eine besonders brisante Strategie besteht darin, die *Normalität* der beiden Gruppierungen einzuschätzen. Der diskriminierten Gruppe wird das Prädikat »fremd« oder »fremdartig« verliehen. Sie mag folkloristisch/exotisch, nicht aber lebensweltlich/tagtäglich akzeptabel sein. Sie wird zu einer Belastung stilisiert, »skandalisiert« (Brumlik 1984). Im Gegenzug attestiert sich die dominante Gruppe einen homogenen, qualitativ hochwertigen Habitus. Möglich wird dies alles, weil die Definitionen programmatisch gefaßt werden, also nicht auf konkrete Erfahrungen zurückgreifen, sondern auf einer *strategischen (Neu-, Um- oder auch Erst-) Interpretation von Erfahrungen*, eben auf Zuweisungen oder Zuordnungen im Dienst der Regulierung einer hergestellten Sicht der Dinge (Bukow/Llaryora 1988, 59) beruhen. Dem »Ausländer« werden gegebenenfalls seine Unauffälligkeit als Überanpassung, seine Heimatliebe als Rückkehrorientierung oder gar Rückkehrillusion, sein Fleiß als Übereifer, seine Zurückhaltung als Faulheit ausgelegt.

Die *Ethnisierung* (Staiano 1980) im engeren Sinn setzt ein, wenn die Resultate der bislang abgewickelten Prozesse *wesenhaft* auf den Begriff gebracht und dazu entsprechende Theorien aktualisiert werden:

a) Aus der »Ausländergruppe« wird eine kulturelle und schließlich politisch gefügte Entität; Ethnizitäten werden postuliert (Singer 1962). Wenn ethnische Eigenschaften ins Blickfeld rücken, dann nicht, weil die Menschen einer bestimmten Ethnie entstammen — was natürlich der Fall sein kann —, sondern weil es in der Logik der Entwicklung von einem statistischen Merkmal über die soziale Gruppe zur kulturell-politischen Entität zu liegen scheint. Ethnische Spezifika, die in fortgeschrittenen Industriegesellschaften ansonsten Privatsache wären, werden in der Regel (1) von den Einheimischen (2) aus dem eigenen Traditionsfundus entnommen oder notfalls auch neu geschaffen und dann (3) kunstvoll arrangiert, (4) genau adressiert und dabei (5) kulturell/politisch aufgeladen. Diese Aufladung des anderen mit ethnischen Eigenschaften und die Aufarbeitung dieser Eigenschaften zu gesellschaftlich konstitutiven Entitäten ist erreicht, wenn die entsprechende Bevölkerungsgruppe (in der Praxis der Einheimischen) zum typischen »Türken« geworden ist.

b) Allerdings wirkt die Ethnisierung auch auf die dominante Gruppe zurück. Dabei wird aus dem Einheimischen ein »Deutscher«, ausgestattet mit territorialen Rechten und schließlich nationalstaatlichem Habitus. Der Einheimische stilisiert sich allmählich zum Deutschen mit entsprechenden exklusiven Rechten.

c) Und das bedeutet wiederum für die ethnischen Minderheiten, daß sie eben keine »Deutschen«, sondern »asiatisch-afrikanischer Abstammung« seien (so Altbundeskanzler Schmidt), denen der Zugang jederzeit verwehrt werden könne und denen auferlegt wird, während ihrer Gastzeit »zumindest unsere Kultur- und Grundwerte zu respektieren« (Spranger).

Die Ethnisierung ist also mit der Definition einer kulturell-politischen Entität noch nicht abgeschlossen. Der Prozeß der Ethnisierung *gewinnt soziale Realität*. Sie schlägt sich in der *weiteren Gestaltung des Alltagslebens* nieder. Die Einheimischen werden sich darum bemühen, ihre Definitionen vom anderen wie von sich selbst festzuschreiben. Die Minderheiten antworten ihrerseits mit kollektiven Zuschreibungen, wenn sie anfangen, von sich wie von den Einheimischen ein festes Bild zusammenzufügen. Auf beiden Seiten entbrennt schließlich der Kampf um eine eigene ethnische, ethnisch-nationale und endlich rein nationale Identität. Fiktionen werden beschworen; Homogenisierungsanstrengungen werden unternommen; Lebenszusammenhänge werden umgeschrieben oder neu gefaßt. Am Ende mögen *diese* ethnische Definitionen zumindest für die diskriminierte Gruppe sogar lebensnotwendig geworden sein.

Freilich, *die Ethnisierung stößt auf Grenzen*. Da laufen Definitionsbemühungen einfach ins Leere, wenn alle Beteiligten, die Einheimischen wie die Einwanderer einem gemeinsamen Handlungs- oder sogar Wandlungsdruck ausgesetzt sind, vor dem die behaupteten Differenzen verblassen. Dies gilt für manche Situationen vor Ort am Arbeitsplatz genauso wie für politische Arbeit oder die Freizeit im Rahmen von Jugendkulturen. Soziologisch formuliert: Sie stößt auf Grenzen, wo die systemischen Grundbedingungen und die für den Fortbestand der Gesellschaft genauso erforderlichen sozialen Vernetzungen direkt in Frage gestellt werden.

### Die Rahmenbedingungen der Ethnisierung

Der Prozeß der Ethnisierung ist weder eine bloß historische Regression noch einfach die Folge einer ewiggestrigen Haltung oder der Effekt von Vorurteilen, sondern ein »kunstvoll« inszenierter gesellschaftlicher Vorgang. Es handelt sich um eine historisch wohlfundierte *soziogenerative Strategie* zur Bereitstellung von gesellschaftlich-praktischen wie politisch-symbolischen *Verfügungspotentialen*. Die Ethnisierung schafft die Grundlagen für ein politisches Konzept, nach dem die dem politischen System zugewiesenen Probleme als *Verteilungsprobleme* organisiert werden, um sie gruppenspezifisch abladen zu können. Mit Hilfe der Ethnisierung wird auf der einen Seite eine chauvinistische Gruppe, die »Nutznießersolidargemeinschaft«, und auf der anderen Seite eine in jeder Hinsicht disponible Bevölkerungsgruppe, eine »Problemdeponie« (Bukow 1990), geschaffen. Die Ethnisierung ist zu einem Basisbestandteil des politischen Handelns geworden, das z.B. auch die Ausländerpolitik (mit dem erst neuerlich wieder formulierten Vorrang »deutscher Interessen«; Rittstieg 1990) bestimmt, wo die Inhaber politischer Macht politisch-symbolische Handlungsfähigkeit und ihre Vorstellungen von Gesellschaft überhaupt demonstrieren (Bukow 1989, 68). Sie dient längst als Motor und Aushängeschild für das mit der Wende implementierte restaurative Gesellschaftsprojekt. Schon wird sie ganz offen eingesetzt, um auf dem Rücken ethnischer Minderheiten die Homogenität und Loyalität einer Nutznießersolidargemeinschaft zu fördern und avanciert damit zum Vehikel der *nationalistischen Fokussierung* (Elwert 1989) von Gesellschaft überhaupt.

Tagtäglich ist zu beobachten, wie sich von dort aus ein neues soziokulturelles Verständnis ausbreitet, das vor allem national-völkische Muster verwendet und die Gesellschaft wie selbstverständlich nach entsprechenden Verteilungsgesichtspunkten neu strukturiert. Arbeit und Wohnen, Dienstleistungen und Versorgung, Bildung, Karriere und Wohlstand, Selbstdarstellung wie kollektive Symbolik, alles wird zunehmend einer nationalen Logik unterworfen und entsprechend reformuliert. Am Ende steht dann eine *ethnogenische* (Mühlmann 1964, 163) Stillisierung der

Gesellschaft allgemein auf dem Programm. Dabei sind die Auswirkungen der gegenwärtigen Entwicklung («Deutschland einig Vaterland») noch nicht mit einbezogen.

Die moderne Ethnizität ist also nicht ethnogenetisch gewachsen, sondern qua Ethnisierung erzeugte Ethnogenie, die an die Stelle der zumal in fortgeschrittenen Industriegesellschaften (innerhalb des Alltags) konstitutiv belanglosen persönlichen Einstellung oder ethnischen Orientierung gerückt wird. Sie ist folglich kein unabdingbarer Bestandteil im Lebenszusammenhang einer Industriegesellschaft und auch kein essentieller Baustein der Identitätsbildung, sondern wird zum Ausdruck eines besonderen Arrangements — beim Einheimischen, um der einmal losgetretenen Verteilungslogik im Eigeninteresse zu entkommen, beim Einwanderer, um unter dem Druck der Ausgrenzung eine gewisse innere Konsistenz zu bewahren. In dieser dem Projekt des Neokonservatismus dienstbaren »Interaktion« aus Übertragung und Gegenübertragung stabilisiert sich ein Circulus vitiosus, der den Mitteleuropäer allenfalls als »Deutschen« isoliert, den Einwanderer jedoch in eine existentielle Sackgasse oder Modernisierungsfalle treibt.

Das »Ausländerproblem« — unser Ansatzpunkt — ist damit primär ein Produkt der Alteingesessenen und insofern eine Sache der gesellschaftlichen Verantwortung eines jeden Gesellschaftsmitgliedes. Was bedeutet unter diesem Vorzeichen ein Plädoyer für eine multikulturelle Gesellschaft? Es würde zumindest die Tatsache unterstreichen, daß Mitteleuropa seit je eine multikulturelle Gesellschaft war und damit u.a. schon immer ein Einwanderungsland, und daß alles andere eine Fiktion wäre, auch wenn man natürlich eine Fiktion gewaltsam auf den Weg der Realität bringen kann. Und was bedeutet die Forderung nach der Gleichstellung von Minderheiten? Damit würden nicht nur selbstverständliche demokratisch-republikanische Prinzipien wiederholt, sondern damit würde auch der neokonservativen wie der rechtsradikalen Politik die Möglichkeit genommen, Probleme auf Kosten von Minderheiten zu externalisieren und dort zu deponieren. Damit wäre das Nationalstaatsprinzip obsolet. Und was bedeutet die Forderung nach Emanzipation der Minderheiten? Sie bedeutet nicht, nationale Identitäten zu reorganisieren, sondern auch diesen Menschen gemäß ihrer Abkunft und ihres konkreten Lebenszusammenhangs den notwendigen Lebensspielraum zuzugestehen. Dieser Lebensspielraum ist eine Voraussetzung dafür, miteinander im sozialen Netzwerk der Gesellschaft überhaupt zusammenarbeiten zu können und vor allem die Voraussetzung dafür, im politischen Diskurs selbstbewußt die richtigen Argumente aushandeln zu können (Habermas 1989).

## Literaturverzeichnis

- Brumlik, Micha, 1984: Was heißt Integration? In: A. Bayatz u.a. (Hrsg.): Integration. Weinheim 75ff.
- Bukow, Wolf-Dietrich, und Roberto Llaryora, 1988: Mitbürger aus der Fremde. Soziogenese ethnischer Minoritäten. Opladen
- Bukow, Wolf-Dietrich, 1989: Ausländerwahlrecht. Eine vergleichende Analyse der Politik gegenüber ethnischen Minderheiten in der Bundesrepublik Deutschland und in den Niederlanden. Köln
- ders., 1990: Leben in der multikulturellen Gesellschaft. i.Dr.
- Elwert, Georg, 1989: »Nationalismus und Ethnizität«. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 41/3, 440ff.
- Habermas, Jürgen, 1989: »Volkssouveränität als Verfahren«. In: Merkur 43, 465ff.
- Mühlmann, Wilhelm E. (1964): Rassen, Ethnien, Kulturen. Moderne Ethnologie. Neuwied, West-Berlin
- Rittstieg, Helmut, (1990): Sozialer Rechtsstaat — nicht für Ausländer. In: TAZ 6/2
- Singer, L. (1962): »Ethnogenesis and Negro-Americans Today«. In: Social Research 29, 418ff.
- Staiano, Kathryn V., 1980: »Ethnicity as Process«. In: Ethnicity 7, 27ff.

## Kongreßberichte

### Soziologie im Prozeß der Erneuerung

5. Soziologiekongreß der DDR, 6. bis 8. Februar 1990

Mit diesem Kongreß waren weitreichende Erwartungen auf einen konstruktiven Auftakt zu einer erneuerten Soziologie verbunden. Inwiefern dieser Anspruch wirklich eingelöst werden konnte, bleibt zweifelhaft. Ich selbst hatte des öfteren Schwierigkeiten mit dem Selbstverständnis des Kongresses als professionell orientiertes Fachgremium. In den Plenardiskussionen konnte m.E. nur sehr partiell eine fachlich fundierte Erörterung anstehender Probleme und eine Identifikation von Leerstellen im Theoriegebäude und in der Erforschung von Praxiszusammenhängen Raum greifen. Dominant erschien zunächst das Bemühen um die Vergangenheitsbewältigung der Disziplin als solcher, die für meine Begriffe jedoch relativ platt geriet — und zu diesem Zeitpunkt wohl auch geraten mußte. Zu schnell und ohne wirklich tiefgründige Hinterfragung der Rolle und Funktion soziologischer Theoriebildung und Forschung in der 40jährigen Geschichte der DDR waren Erklärungsmuster parat und — so mein Eindruck — auch die neuen Formeln schon wieder gefunden. Irritationen zwischen halb(herzig) bewältigter Vergangenheit und unbegriffener Zukunft blieben dabei nicht aus. Wie schwer der Übergang zu neuen, konstruktiven Formen wissenschaftlichen Meinungsstreits ist, wurde deutlich an der immer wieder aufscheinenden Frage, wessen Interessen die Soziologie denn nun zu vertreten habe, an der weniger sachlich-fachbezogenen als ideologisch-emotional geprägten Debatte um die Perspektiven der DDR-Gesellschaft und an der streckenweise grotesk anmutenden Gründungsveranstaltung der Gesellschaft für Soziologie in der DDR. Die »alten« Strukturen, hauptsächlich verantwortlich gemacht für das Versagen soziologischer Realitätsanalysen im Sinne kritischer Wissenschaft, schienen mir häufig wieder aufzutauen.

Soziologie wird zukünftig, so vermute ich, jedoch nicht mehr nach einheitlichen/eindimensionalen Modellen nachgefragt werden, nach Maßnahmenkatalogen, die in zentralistischer Durchsetzung gewünschte Reaktionen gewährleisten bzw. ungewünschte abfangen sollen. Wichtig — und gesellschaftlich relevant — erscheint vielmehr der Übergang zu einer wirklich professionell betriebenen, am internationalen Forschungsstand orientierten Soziologie, die mit ihren Methoden Praxiszustände und Veränderungstendenzen in ihrer Ambivalenz und Konflikthaftigkeit aufzeigt, Chancen und Risiken von Entwicklungspfaden deutlich macht und in den öffentlichen Diskurs bringt. In dieser Entwicklung eines neuen Wissenschaftsverständnisses, das Toleranz und Meinungspluralität einschließt und soziologische Theoriebildung und Forschung nicht auf »die Gesellschaft« und den one-best-way festlegt, liegt m.E. die Herausforderung, der sich eine erneuerte Soziologie stellen muß. Daß hier durchaus fundierte Aufarbeitungen, Ansatzpunkte und wissenschaftliche Kapazitäten vorhanden sind, belegen einerseits die fachlich orientierten und kritisch-konstruktiv ausgerichteten Beiträge in der abschließenden Plenarsitzung, z.B. zur Problematik der Frauenforschung in der DDR, zur Demokratieentwicklung im technologischen Wandel und zu Familienforschung und Familienpolitik. Andererseits waren jedoch die thematisch ausgerichteten Arbeitskreise und Podiumsdiskussionen vor allem der Ort, an dem das Bemühen um eine fachlich-inhaltliche Diskussion, um eine Bilanz bislang vorliegender Resultate mit Blick auf einen Perspektivwechsel sozialwissenschaftlicher Betrachtung Raum griff.

So standen z.B. Probleme und Defizite, aber auch die zukünftige Ausrichtung von

Frauenforschung im Mittelpunkt einer Podiumsdiskussion, die sich mit dem »Umbruch der Gesellschaft und der Frauenfrage in der DDR« befaßte. Klar wurde, daß trotz jahrelanger Marginalisierung und Verhinderung von Frauenforschung aussagefähige Resultate wissenschaftlicher Analysen vorliegen, die über die soziale Lage und die Widersprüchlichkeit in den Lebenszusammenhängen von Frauen in der DDR Auskunft geben und die Antizipation ihrer spezifischen Betroffenheit von den Umbrüchen innerhalb der Gesellschaft möglich machen. Auch im Arbeitskreis »Wandel der Arbeit — Analysen, Strategien« wurde deutlich, daß wichtige Forschungsfelder, wie z.B. die fortschreitende Technisierung verschiedenster Wirtschaftsbereiche, der Dualismus von Technik- und Sozialentwicklung und der Inhalt und Stellenwert berufsförmig organisierter Arbeit im Lebenszusammenhang unterschiedlicher sozialer Gruppen, zumindest angearbeitet sind.

Insgesamt können die vorliegenden Ergebnisse heute in ihrer Konflikthaftigkeit schärfer benannt und — was vielleicht noch bedeutsamer ist — öffentlich dargestellt und diskutiert werden. Gleichermäßen offensichtlich wurde jedoch auch, daß von den vielfach beschworenen soziologischen Analysen, Konzepten und Strategien in Schreibtischschubladen und Panzerschränken kaum etwas in Sicht war. Zudem ist der Aussagewert empirischer Analysen häufig durch die theoretisch zugrunde gelegten Vorannahmen und die in Ansatz gebrachte Forschungsstrategie von vornherein begrenzt. So, wenn beispielsweise Frauenforschung vor allem auf Defizitforschung zugeschnitten bleibt und das Verhältnis von Chancen und Grenzen, von Ambivalenzen und Widersprüchen nur am Rande in den Blick bekommt, oder wenn arbeitssoziologische Analysen zum »Verhältnis der Arbeit« zwar partiell die Ursachen für eine deutlich verschlechterte Bewertung der konkreten Arbeitssituation nachzuzeichnen vermögen, aber damit im Zusammenhang stehende Fragestellungen, z.B. die veränderten Motivstrukturen zum Arbeitseinkommen, zu Arbeit und Freizeit, kaum befriedigend zu beantworten sind.

Die Diskussionen verwiesen auf Ansatzpunkte und Potentiale, m.E. jedoch vor allem auf ein erhebliches Theoriedefizit. Der 5. Soziologiekongreß der DDR, der, wie Hildegard-Maria Nickel zur Eröffnung sagte, in vielem ein erster — und ich vermute, auch ein letzter — gewesen ist, hat diese Probleme deutlich gemacht, ihrer Bewältigung müssen sich die SoziologInnen im Lande stellen.

Sabine Schenk (Berlin/DDR)

### Leon Trotzki — Kritiker und Verteidiger der Sowjetgesellschaft

Internationales wissenschaftliches Symposium in Zusammenarbeit mit der Bergischen Universität-Gesamthochschule Wuppertal. Wuppertal, 26. bis 29. März 1990  
Der 50. Jahrestag der Ermordung L.D. Trotzki's war Anlaß für ein Team um Theodor Bergmann (Stuttgart), dem im Oktober 1988 an gleicher Stelle durchgeführten Bucharin-Symposium (vgl. *Argument* 173, 92f.) eine ähnliche Veranstaltung folgen zu lassen. Etwa 130 WissenschaftlerInnen von vier Kontinenten (davon allein etwa 40 aus der UdSSR, China und der Noch-DDR) waren gekommen, um über 50 Beiträge, u.a. von P. Broué, R. Daniels, B. Knei-Paz, E. Mandel, J. Moneta, M. Raptis, J. Shapiro und J. Wallach, zu diskutieren. Die thematischen und methodologischen Zugänge zu Trotzki waren so weitgefächert wie dessen theoretisches und politisches Wirken; seine Rolle im Bürgerkrieg, die innerparteilichen Kämpfe der zwanziger Jahre und sein Beitrag zur Analyse der Sowjetgesellschaft setzten wichtige Akzente. Die heftigen, aber meist fair geführten Kontroversen waren jedoch nicht nur akademischer Natur. Die naturgemäß unterschiedliche Haltung der äußerst heterogenen

Teilnehmerschaft zum fast vollständigen Zusammenbruch der stalinistischen Gesellschaftsformation in Osteuropa gab das in allen Beiträgen und auf den öffentlichen Begleitveranstaltungen präsente »Metathema« vor: War Trotzki eine Alternative zu Stalin, und gab es überhaupt eine solche Alternative? In diesem Punkt konzentrierte sich die Aufmerksamkeit vor allem auf die anwesenden Historiker aus der UdSSR, die sich Trotzki durch die schichtweise Abtragung (Oktoberrevolution und Bürgerkrieg, Brester Frieden, Gewerkschaftsdebatte, »Neuer Kurs« 1923, Komintern, Verhältnis zu Lenin und Stalin) eines jahrzehntealten Lügengebäudes annäherten. Ein Teil von ihnen wertete den unversöhnlichen »antifraktionellen« Kampf Stalins aber weiterhin positiv und stellte die somit erreichte »Einheit der Partei« über alles. Dieses Herangehen ist sicher ebenso untauglich wie eine in Wuppertal beobachtbare »Vergottung« Trotzkis auf der Grundlage wichtiger, jedoch aus dem Gesamtzusammenhang gerissener Erkenntnisse. Dem unvoreingenommenen Beobachter wurde klar, daß zur Überwindung der gegenwärtigen welthistorischen Defensive linker Politik und Theorie ein sich erneuerndes marxistisches Gesellschaftsdenken zwar offen sein muß für die Rezeption seiner »Klassiker«, die Fragestellungen und Antworten jedoch in den gesellschaftlichen Realitäten des ausgehenden 20. Jahrhunderts zu suchen sind.

Kerstin Herbst (Berlin/DDR)

### Autoritärer Staat, Demokratie und soziale Bewegungen

Zur Aktualität der Staatstheorie von Nicos Poulantzas anlässlich seines zehnten Todestages. Wissenschaftszentrum West-Berlin, 10./11. November 1989

»The 'Wall' falls into pieces!« Nach diesen Worten von *Elmar Altvater* wurde die Konferenz gleich nach Beginn unterbrochen. Die Konferenzteilnehmer nutzten die Chance, die am Vortage von der Interims-Führung der DDR verfügte Öffnung der Staatsgrenzen »live« mitzerleben. Der historische Augenblick hatte sozusagen staats-theoretische Züge. Im Gegensatz zu diesem aktuellen Bezug fand die Tagung nur mäßiges Interesse (ca. 35 Teilnehmer; aus der BRD waren nur Berlin und Frankfurt vertreten).

*Alex Demirović* stellte die Frage, woher der Staat weiß, was er weiß. Sie wurde unter Bezugnahme auf Gramscis doppelten Alltagsverstand und gegen den von Laclau und Mouffe unternommenen Dekonstruktionsversuch zu der Fragestellung verschoben, ob Intellektuelle ein spezifisches Staatswissen produzieren und welcher Art dieses ist. Das Verhältnis Staat und Parteiform stand im Mittelpunkt bei *F.O. Wolf*, der auf Texte von Poulantzas und Balibar zur Krise der Partei zurückgriff. Mit der dort vertretenen These, daß die Massen immer schon *im* Staat seien und daß die Partei der Ort des Kampfes zweier Linien, damit quasi der Staat in der Partei sei, plädierte Wolf für die Ablehnung eines universalistisch konstruierten Weges sozialer Emanzipation. Statt dessen müsse mit situativem Bezug die Parteibildung als eine »Transformation der Subjektivität« (*Pêcheux*) begriffen werden, mit entsprechenden Konsequenzen für einen »Staat des Übergangs«. *Wieland Elfferding* betonte seinerseits die Wichtigkeit der Partei-Frage, ausgehend von der Paradoxie, daß sie für die Leute wichtig sei, jedoch überwiegend von linker Theorie nicht wichtig genommen werde. Da für Poulantzas, wie in den meisten marxistischen Theorien, die Partei in der Repräsentations-Funktion der Klasse im Staat aufgehe, sei für ihn die Partei nur eine Leerstelle. Elfferding machte sich (mit Laclau/Mouffe) die These zu eigen, daß erst die politische Artikulation eine Klasse konstituiere. Erst mit einer eigenen politischen Perspektive könne der Staat als klassengespalten erkannt werden.

Die ausländischen Gäste bewirkten eine Vervielfältigung der Perspektiven und

Akzente. So sprach der Exil-Griecher *Nicos Mouzelis* über den komplexen Zusammenhang von Technologie, Aneignung und Ideologie. Zwar wandte er sich dabei gegen verselbständigte philosophische Betrachtungen zugunsten eines Festhaltens am historischen Materialismus, doch konnte man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß in seinem »macro-institutional-approach« — mit Bezügen zu Max Weber (Legitimation) und Anthony Giddens (Gesellschaftsvertrag) — die Grenze zu einer gesellschaftsphilosophischen Konstruktion verschwamm.

Bei Chantal Mouffe und Ernesto Laclau, die in der ersten Hälfte der achtziger Jahre noch ihre Kritik an Poulantzas diskurstheoretisch produktiv gewendet hatten (radikale Demokratie mit sozialistischer Perspektive), waren kaum noch Bezüge zu Poulantzas und auch zur Diskurstheorie erkennbar. Die in Essex lebende Belgierin *Chantal Mouffe* bezog sich ausdrücklich auf die angelsächsische Debatte (Ch. Taylor, J. Rawls etc.) und plädierte für »Politik des Gemeinwohls« (common good), was sie selbst als vormodernen Begriff bezeichnete. Man müsse die ethischen Grundlagen der Politik neu begründen, um so über eine Reformulierung der »citizenship« zu einer radikalen Interpretation der »radikalen Demokratie« zu kommen. Ungeachtet der zahlreichen normativen Probleme, die mit einer ethischen Fundierung der Politik verbunden sind, könne in modernen Gesellschaften mit einer Radikalisierung des demokratischen Prinzips gleiche Freiheit für alle erreicht werden. Drei kritische Punkte seien aus der Diskussion herausgegriffen: (1) Schon Marx hatte in seiner Kritik der Französischen Revolution auf die Unmöglichkeit einer vollständigen Demokratie hingewiesen. Inwiefern konstatiert da der Postmarxismus reale Veränderungen? (2) Welche Rolle spielen in dem Konzept der »modernen Gesellschaft« überhaupt noch die spezifisch kapitalistischen Grenzen einer Demokratisierung? (3) Wie sind unter Bedingungen einer bestehenden Hegemonie »common goods« überhaupt zu verwirklichen? Chantal Mouffe zum Schluß der Debatte: »Citizenship is impossible without the state.«

Den sicherlich anspruchsvollsten, aber auch am schwersten verständlichen Vortrag hielt der ebenfalls in Essex lebende Argentinier *Ernesto Laclau*, der nur wenig auf seine früheren Ansätze Bezug nahm, dafür eher auf die Psychoanalyse J. Lacans, den Nominalismus, den Holismus und sogar auf die Phänomenologie E. Husserls zurückgriff. Ausgehend von diversen Macht-Relationen und bei allen »paradoxalen Ergebnissen« ging es vor allem um die Achse Struktur—Subjekt—Entscheidung: Das Subjekt ist eine Beziehung zwischen Struktur und Entscheidung. Was Laclaus ursprünglicher diskurstheoretischer Ansatz gerade hatte aufheben wollen, nämlich die Unterscheidung von Struktur- und Handlungsebene, wurde hier ohne Zögern wieder eingeführt. Diese erneute Einführung wurde mit Lacan abgestützt. Man wird Laclaus komplizierte Überlegungen in seinem in diesem Herbst bei »Verso« erscheinenden neuen Buch hoffentlich genauer nachlesen können.

*Bob Jessop* lenkte unter Verzicht auf seinen eigenen Beitrag in einer brillanten Intervention wieder zu Poulantzas zurück und resümierte dessen Originalität, Erbe und Aktualität. Sein zentraler Begriff der gesellschaftlichen Verhältnisse verweise auf produktive Querverbindungen zu Foucault, zur Diskurstheorie und zur Regulationsschule. Angesichts der Losung der »Außerstaatlichkeit« in den Kämpfen der letzten Jahre müsse man die jüngeren Transformationen des Staates genau analysieren, wozu ein neuerliches Lesen von Poulantzas notwendig sei.

Spätestens mit dem Vortrag von Laclau zeigte sich der Mangel an Konferenzpapieren — man war auf das bloße Zuhören angewiesen. Um so bedauerlicher ist, daß auch nach der Konferenz kein Reader geplant ist. Die Diskussionszusammenhänge haben sich stark diversifiziert. Gerade bei Laclau und Mouffe wurde der Bezug zu

Poulantzas durch einen Rückzug in einen philosophischen Kontext überdeckt. Zumindest die Erwartungen an die diskurstheoretischen Weiterentwicklungen aus Poulantzas konnte die Tagung nicht erfüllen. Hans-Peter Krebs (Frankfurt/M.)

## Subjektivität und Politik

5. Ferien-Uni Kritische Psychologie in Fulda, 26. Februar bis 3. März 1990

*Karl-Heinz Braun* und *Konstanze Wetzel* versuchten in ihrem Eröffnungsvortrag (»Gesellschaftlich-individuelle Lebensrisiken, politische Orientierungen und individuelle Freiheit«) durch Rekurs auf Holzkamps Bestimmung des vermittelten Verhältnisses von Individuum und Gesellschaft die großen gesellschaftlichen Problemlagen (neue Risikopotentiale, Arbeitsmarkt-Situation, Veränderungen in Partnerschaft und Sexualität) und deren Verarbeitung bei den Individuen zu kennzeichnen. Rechten und »linken« Wert-Konzeptionen stellten sie das Aufdecken/Herausarbeiten der gesellschaftlichen/individuellen Interessenlagen, der entsprechenden Handlungsmöglichkeiten und der Gründe ihrer (Nicht-)Realisierung gegenüber. Das Infragestellen bisheriger Denk- und Handlungsmuster in sogenannten »Lern-Krisen« spielt dabei eine wichtige Rolle.

Besonders spannend war der Beitrag von *Ute Osterkamp* über die Situation von Asylbewerbern und ihren Betreuern in einem DRK-Flüchtlingsheim. Die gesellschaftsstrukturell angelegten Benachteiligungen (Unterworfenheit unter deutsches Rechtssystem, Sprachbarrieren, Anforderung, besonders »gute Deutsche« zu sein, sowie der gesellschaftliche Diskurs, der in Kosten-Nutzen-Kategorien geführt wird) wirken sich über die subtilen Reglementierungen/Lager-Bedingungen in subjektiven Bewältigungsweisen aus, die sich als Individualisierung, Naturalisierung oder Bagatellisierung der realen Probleme kennzeichnen lassen. Einerseits werden die Anforderungen von den Institutionen und ihren Betreuern ins Unerfüllbare gesteigert, andererseits ziehen sich die Asylbewerber auf ihre »Opfer-Rolle« zurück und delegieren ihre Verantwortung an die jeweils Mächtigeren. Ute Osterkamp förderte aus diesem »Mikro-Kosmos« Flüchtlingsheim eine Menge durchaus verbreiteter psycho-sozialer Strategien im Umgang mit Ausländern zutage, die sich letztendlich zu einem ganzen Netz von unterdrückungsstabilisierenden Behinderungen, Selbst-/Verleugnungen, oberflächlicher Darüber-Hinweg-Setzungen usw. verdichteten. Einige zentrale Theoreme der Kritischen Psychologie wurden vor diesem Hintergrund problematisiert.

*Frigga Haug* präsentierte Zwischenergebnisse eines Forschungsprojektes über die Angst von Frauen, das neue Erkenntnisse zum Verhältnis von Selbst- und Gesellschaftsveränderung (einer Fragestellung, über die es vor Jahren innerhalb der Kritischen Psychologie zu heftigen Kontroversen gekommen ist) gewinnen will. Innovativ und mutig gingen sie und ihre Mitarbeiterinnen daran, die phänomenale Vielfalt von Frauenängsten mit der Methode der Erinnerungsarbeit zu erheben, zu qualifizieren und auf ihre Konstitution zu befragen. Beim Durchgang durch die Angsttheorien der Psychoanalyse, des Behaviourismus sowie der Kritischen Psychologie gewinnen sie wichtige Zugänge — jedoch immer mit Aufweis der Beschränktheiten der jeweiligen Ansätze. Wieviel unbearbeitetes Material es auf diesem Gebiet der Frauenängste noch gibt, zeigten drei von Frigga Haug abschließend dargestellte konkrete Angst-erfahrungen/-phantasmen. *Klaus Holzkamp* betonte in der Plenumsdiskussion, daß die Dimension der Geschlechterverhältnisse noch nicht in seine »Grundlegung der Psychologie« eingearbeitet werden konnte, und verursachte damit im Saal einige Nachdenklichkeit.

Frank Deppe und Wolfgang Fritz Haug versuchten, aus anderen Wissenschafts-Disziplinen kommend, Vermittlungen zwischen den aktuellen politischen Fragen und der alltäglichen Lebensweise, dem politischen Denken, Fühlen und Handeln der Bevölkerung in West und Ost herzustellen. Nach Deppe beobachten wir gegenwärtig sowohl die Renaissance der klassischen Politikfelder wie die zunehmende Bedeutung des politischen Handelns in den alltäglichen Lebenswelten, ohne gleichzeitig über die Konzepte und vor allem über die organisatorisch-hegemonialen Strukturen zu verfügen, um einen Kurswechsel durchzuführen.

In bezug auf den Umgang mit Kritik an bisherigen Aussagen der Kritischen Psychologie fiel mir gegenüber früheren Ferien-Unis die größere Offenheit aller Beteiligten auf. Daß der Maßstab für die Akzeptanz von Kritik weiterhin deren sachliche Begründetheit/Angemessenheit war, hob diese von der Reihe anderer linker Veranstaltungen, die ich in letzter Zeit besucht habe und die angesichts der Krise der sozialistisch-kommunistischen Linken zu moralischen Bekenntnis- und Selbstbeziehungsstunden wurden, angenehm ab.

Gerald Mitterlehner (Linz)

### Arbeiterbewegung und Sozialarbeit

Symposium, veranstaltet vom Institut für Sozial- und Kulturforschung (isk) der Stadt Duisburg und der Univ.-GH Duisburg, 1./2. Dezember 1989

Das Symposium sollte die verstreuten Forschungsansätze zum Verhältnis Arbeiterbewegung und Sozialarbeit erstmals zusammentragen und zur Diskussion stellen. Nachdem Dieter Oelschlägel (Duisburg) und Karl Heinz Pech (Berlin/DDR) den Stand der Diskussion hierzulande und in der DDR referiert hatte, stellte Rudolph Bauer (Bremen) die Haltung von Marx und Engels zur Privatwohlthätigkeit vor. Er ließ sie einen »unmöglichen« Dialog mit Wichern, dem Zeitgenossen und Gründer der »Inneren Mission«, führen, der seinen Höhepunkte im *Kommunistischen Manifest* von 1848 findet, wo Marx und Engels das Wohlthätigkeitsverständnis von Adel, Kirche und Bürgertum und damit die Wurzeln der Ideologie heutiger Sozialarbeit beschreiben (MEW 4, 448f.).

Das erste Forum beschäftigte sich mit der Fürsorgeerziehung. Hannes Kiebel (Bochum) präsentierte eine Collage von Materialien zur Lage der proletarischen Jugend, besonders der Wilden Cliques, in der Weimarer Republik; Hildegard Feidel-Mertz (Kassel) berichtete von einem Modell fortschrittlicher Heimerziehung, dem Immenhof der Arbeiterwohlfahrt, der 1927 in der Lüneburger Heide errichtet wurde und dessen Schließung bevorsteht. Forum zwei befaßte sich unter der Leitung von J.H. Schoeps (Duisburg) mit der praktischen Haltung bürgerlicher Wohlfahrtspflege gegenüber dem Proletariat, wobei das jüdische Bürgertum eine herausragende Rolle in Theorie und Praxis spielte. Wilfrid Ripp (Berlin) berichtete über den »Berliner Asylverein für Obdachlose«, zu dessen Gründern der Arzt und Sozialpolitiker Rudolf Virchow, der Sozialdemokrat Paul Singer, der »Eisenbahnkönig« August Borsig, viele jüdische Bankiers und Kaufleute und der Berliner Polizeipräsident gehörten. Mit der »Wiesenburg« richtete dieser Verein ein hinsichtlich Hygiene und sozialer Konzeption vorbildliches Asyl ein, das von konservativen Kräften heftig bekämpft wurde. Ludger Heid (Duisburg) referierte über das jüdische Arbeitsamt in Duisburg 1919-1927, ein insofern aufsehenerregendes Thema, als der Einsatz und das Schicksal Tausender von Ostjuden in der deutschen Industrie vor und während der Weimarer Zeit von der Geschichtsschreibung bisher weitgehend unbeachtet blieb. Über die Versuche einer Fürsorgerinnenausbildung für organisierte und nicht organisierte Arbeiterinnen berichteten Susanne Zeller (Fulda) und Peter Reinicke

(West-Berlin) auf einem dritten Forum. Susanne Zeller stellte die kurze Zeit der Arbeiterwohlfahrtsschule 1928-1933 dar, auf deren ebenso befristete Wiederbelebung nach dem Zweiten Weltkrieg ihr damaliger Leiter Hans Pfaffenberger in der Diskussion hinwies. Peter Reinicke legte Forschungsergebnisse zu den Sonderlehrgängen für die Ausbildung von Wohlfahrtspflegerinnen vor, die von der von Alice Salomon geleiteten Sozialen Frauenschule in Berlin-Schöneberg als »Modellversuch« 1919/1929 speziell für Arbeiterinnen durchgeführt wurden. Das vierte Forum (»Sozialdemokratie und Wohlfahrtspflege«) befaßte sich mit der Geschichte der Arbeiterwohlfahrt, die 1989 ihren 70. Gründungstag feierte. C.W. Müller (West-Berlin) und *Völker Zaib* (Dortmund) erinnerten an die Gründungsperspektiven des »Hauptausschusses für Arbeiterwohlfahrt«, wobei deutlich wurde, daß die Parteispitze hier eine neue soziale Organisation gegründet hatte, die bei der Basis zunächst auf Skepsis stieß. *Christiane Eifert* (West-Berlin) fragte nach der Rolle der Frauen und betrachtete den Versuch der Sozialdemokratie, ihnen mit der Arbeiterwohlfahrt den Politikbereich des Sozialen zu erschließen, als gescheitert.

Lediglich in zwei biographischen Beiträgen wurde die Rolle der Kommunisten angesprochen. *Klaus-Dieter Vinschen* (Moers) stellte die Sozialpolitikerin und Vertraute Rosa Luxemburgs, *Rosi Wolfstein*, vor, und *Theo Pinkus* (Zürich) berichtete zum Abschluß und sicher auch als Höhepunkt des Symposiums eindrucksvoll aus eigener Zeiteugenschaft über die Arbeit der Internationalen Arbeiter-Hilfe (IAH) zu Beginn der dreißiger Jahre in Berlin und gab mit deren Wahlspruch »Solidarität statt Caritas« dem Symposium ein nachträgliches Motto.

Eine Buchveröffentlichung ist für Sommer/Herbst 1990 geplant. Auskünfte: Dieter Oelschlägel, Univ.-GH Duisburg, FB 1/SAE, Postf. 101503, 4100 Duisburg.

Marianne Lauhof-Pfannkuch (Dinslaken)

## Ankündigungen

### Migration und Rassismus in Europa

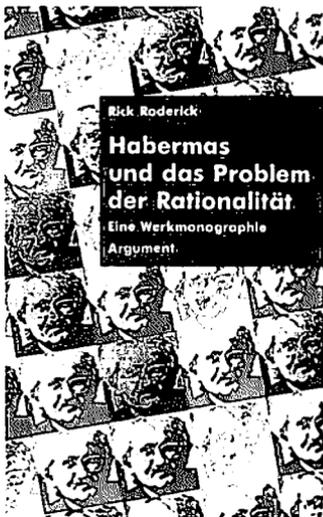
Hochschule für Wirtschaft und Politik, Hamburg 27. bis 30. September 1990

Aus dem Programm: *E. Balibar*: Neuformulierung gesellschaftstheoretischer Konzepte im Rahmen einer Theorie des Rassismus; *W.F. Haug*: Probleme eines kritischen Begriffes von Rassismus; *R. Ng*: Race, Class and Gender and their Relation to Nation Building in Canada; *S. Castles*: Global workforce, new racism and the declining nation-state; *C. Wilpert*: Rassismus: der blinde Fleck in der Migrationsforschung; *F. Franz*: Das Abstammungsprinzip als Nährboden nationaler Überheblichkeit; *R. Miles*: Racism and Migration in Britain: A Historical Approach; *E. Henning*: Biopolitische Konzepte der neuen Rechten; *C. Gallini*: Rassistische Bilder in der Massenkultur; *C. Arin*: Politik mit Kultur als Marginalisierung und Ausschluß aus der Politik; *G. Auernheimer*: Modernität und Ethnizität; *T. Skutnabb-Kangas* / *R. Phillipson*: Linguicism — Control by Means of Language; *C. Wihtol de Wenden*: The Legal and Political Situation of Immigrants in Europe and Perspectives for 1992; *C. Guillaumin*: Racism and Sexism; *Ph. Cohen*: Monstrous Images, Perverse Reasons: Tackling the Racist Imagination in Education and Popular Culture; *J. Rehbein*: Kulturbegriff und Minderheiten — Modelle muttersprachlichen Unterrichts. — Podiumsdiskussion »Perspektiven für Europa 1992« mit internationalen VertreterInnen verschiedener Organisationen. Es gibt Simultanübersetzungen.

*Anmeldung und Informationen*: Institut für Migrations- und Rassismusforschung, Rutschbahn 38, 2000 Hamburg 13.

---

# Marxismus und kritische Theorie



Rick Roderick  
**Habermas und das  
Problem der  
Rationalität**

*Eine Werkmonographie  
Aus dem Amerikanischen von  
Michael Haupt*  
ca. 250 S., br., DM 28,—

Jürgen Habermas, der im Juni 1989 60 Jahre alt geworden ist, wird auch in der angloamerikanischen Philosophie und Soziologie, der Habermas nach eigenem Bekunden viele Anregungen verdankt, in zunehmendem Maße als Vertreter einer Gesellschaftstheorie wahrgenommen, deren Wurzeln sowohl in der Philosophie des deutschen Idealismus als auch im Marxismus und der Frankfurter Schule zu finden sind. Kaum ein anderer Theoretiker hat so viele verschiedene, ja einander widersprechende Ansätze aufgenommen, um sie zu einer einheitlichen Theorie der Moderne und des ge-

sellschaftlichen Wandels zu verarbeiten.

Gerade diese Einheitlichkeit will der Marxist Roderick hinterfragen. Am Leitbegriff der Rationalität diskutiert er das sozialphilosophische Werk von Habermas von den frühen Schriften bis zur »*Theorie des kommunikativen Handelns*«. Indem er die verschiedenen Traditionsstränge im Habermas'schen Werk analysiert, verdeutlicht er zugleich die Brüche und Inkonsistenzen, welche die Entwicklung einer radikal-kritischen Gesellschaftstheorie behindern. Dabei wird auch Habermas' Hinwendung zum »linguistic turn« der kritischen Reflexion ausgesetzt: Inwieweit tragen sprachphilosophische und evolutionstheoretische Rekonstruktionen des Historischen Materialismus tatsächlich zu einer Erneuerung marxistisch fundierter Gesellschaftstheorie bei? Radikale Theorie muß, so Roderick, über Habermas hinausgehen, um anhand neuer Untersuchungen zu Staat, Klasse, Ökonomie und Kulturapparaten eine fundamentale Kritik des entwickelten Kapitalismus leisten zu können.

Zusammen mit der Einleitung, die der Autor für die deutsche Ausgabe geschrieben hat, ist der Band nicht nur ein Dokument kritischer Rezeption im angelsächsischen Bereich, sondern, aufgrund der umfassenden Darlegung des historisch-theoretischen Hintergrundes von Habermas' Werk, auch eine gelungene Einführung in die Probleme und Wandlungen kritischer Gesellschaftstheorie.

## Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

---

30 Jahre Argument

## Besprechungen

### Philosophie

**Honneth, Axel, Thomas McCarthy, Claus Offe und Albrecht Wellmer (Hrsg.): Zwischenbetrachtungen.** Im Prozeß der Aufklärung. Jürgen Habermas zum 60. Geburtstag. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1989, (840 S., Ln., 98,- DM)

**Bolte, Gerhard (Hrsg.): Unkritische Theorie.** Gegen Habermas. Dietrich zu Klampen Verlag, Lüneburg 1989 (145 S., br., 24,- DM)

Jürgen Habermas ist die seltene Auszeichnung widerfahren, zu seinem 60. Geburtstag gleich doppelt beehrt zu werden: Neben der voluminösen Festschrift seines Hausverlags erschien eine als »Dissonanz im diesjährigen Habermas-Jubelakkord« (Bolte, 7) geplante Abrechnung. Die in diesem — neben der Einleitung sechs Beiträge umfassenden — Bändchen versammelten Autoren eint das Interesse, Habermas' Anspruch als Universalerbe kritischer Theorie als Usurpation zu entlarven und zugleich seine reformistische politische Position zu kritisieren. Die angeblich »außertheoretische und deshalb weltanschauliche Entscheidung gegen die revolutionäre Veränderung der Gesellschaft und ihre richtige Einrichtung« (8) wird ebenso wie die Integration in den Wissenschaftsbetrieb als Verrat am emanzipatorischen Anspruch verstanden und dagegen eine (nicht näher erläuterte) »kompromißlos kritische Praxis« (14) selbst um den Preis der »Verfolgung« (ebd.) gefordert. Leider nur entspricht das Niveau der Kritik nicht der Stärke der Gesinnung: So ist Habermas' Distanz zur (in sich reichlich heterogenen) »älteren« Kritischen Theorie wohlbekannt und in zahlreichen Aspekten — nicht zuletzt von ihm selbst — thematisiert worden, und aus seinem, mit den Folgerungen seiner Theorie kohärenten, Eintreten für eine reformistische »Verbesserung« der bürgerlich-kapitalistischen Demokratien Westeuropas hat er nie ein Hehl gemacht. Kritik darf sich folglich nicht auf Pseudo-Entlarvung beschränken, sondern hätte die theoretische und politische Überlegenheit der eigenen Position — so etwa in Heide Berndts Beitrag »Revolution und Scheinrevolution« (80ff.) den Rückbezug auf Horkheimers Theorie des »integralen Etatismus« (von 1940!) und das daraus entwickelte Widerstandskonzept — nachzuweisen. Statt Theorie bekommt der Leser bloß Gesinnung und Impressionen der schlechten Wirklichkeit vorgesetzt. Noch die berechtigte Kritik am wesentlich vermittlunglosen Dualismus der Habermasschen Gesellschaftstheorie (R. Johannes, 43ff., vgl. auch Chr. Türcke 23ff.) krankt daran, gegen die Kategoriepaare Arbeit/Interaktion bzw. System/Lebenswelt mit ihrer (immerhin) begrenzten analytischen Kraft bloß die zum Klischee erstarrte Klassikerformel von der »falschen Totalität« (43) aufbieten zu können.

Eint vorgenanntes Buch das Interesse an radikaler Gesellschaftskritik, so findet man in den »Zwischenbetrachtungen« dreißig Beiträge in drei Abteilungen — »Philosophische Analysen«, »Probleme und Elemente der Gesellschaftstheorie« und »Zeitdiagnostische Perspektiven« — versammelt, die in festschrifttypischer Manier bloß das akademische Renommee der Verfasser und ihr Bezug zu Habermas verbindet. Von der zahlreichen Prominenz seien nur Apel, Henrich, Theunissen, Tugendhat, Castoriadis, Taylor, Gadamer, Wehler und Alexander Kluge genannt. Unter den weit gestreuten Themen sei der einzige deutliche Schwerpunkt herausgegriffen: die Konfrontation Habermas — Foucault. Dessen Neonietzscheanismus erscheint zu Recht als die interessanteste »französische« Herausforderung der sprachphilosophisch begründeten Kritischen Theorie und ihres aufklärerischen Universalismus. Eine

wichtige Waffe dieses Universalismus, das Konzept des »performativen Widerspruchs«, behandelt — leider sehr bruchstückhaft — M. Jays Aufsatz »The Debate over Performative Contradiction: Habermas vs. the Poststructuralists«; dagegen diskutiert R.J. Bernstein in »Foucault: Critique as a Philosophic Ethos« den Kern der (nicht nur) Habermasschen Kritik an Foucault: die Frage nach der Basis seines Kritikbegriffs und seiner Wertungen sowie nach den rhetorischen und taktischen Dimensionen seiner Texte. Er kommt zu dem — die Kritik im wesentlichen bestätigenden — Resultat, die berechnete, weil aus seiner eigenen theoretischen Praxis erwachsende Frage nach Foucaults »ethical-political perspective« (425) bleibe ungelöst. Umgekehrt diskutiert H. Schnädelbach in »Das Gesicht im Sand. Foucault und der anthropologische Schlummer« dessen Kritik am Anthropozentrismus der Moderne und versucht zu zeigen, daß diese zwar u.a. den Junghegelianismus und Hegelmarxismus, keinesfalls aber Kants kritische Philosophie treffe — seine Haltung zu Habermas' Theorieprogramm im Licht der Anthropologiekritik bleibt leider offen (vgl. 258). Weitgehend unberücksichtigt bleiben in diesen Beiträgen die inhaltlichen Ergebnisse von Foucaults »archäologischen« Analysen und deren Bedeutung für das Selbstverständnis der »Moderne«. Dabei könnte wohl eine kritische Rezeption besonders des Foucaultschen Spätwerks, verbunden mit einer Relektüre Max Webers, helfen, den unleugbaren Eurozentrismus der Kritischen Theorie zu überwinden und so den nach den Revolutionen im Osten sich abzeichnenden neuen Konstellationen gerecht zu werden, ohne in einen abstrakten Relativismus oder bloß romantischen »Tiersmondismus« zu verfallen. Helmut Fallschessel (West-Berlin)

**Claussen, Detlev (Hrsg.): Blick zurück auf Lenin.** Georg Lukács, die Oktoberrevolution und die Perestrojka. Luchterhand Verlag, Frankfurt/M. 1990 (223 S., br., 16,80 DM)

Rechtzeitig zur Revision des Lenin-Bildes in der UdSSR wird eine Sammlung der »politischen Schriften von Georg Lukács zu Lenin« (39) vorgelegt. Ein einleitender Essay von Claussen dekretiert »hier und heute« (7f., 28, 34) des Ende des Zeitalters der Revolutionen, weshalb »eine Rückkehr zu den Methoden von Marx und Lenin unmöglich« (36) und »nach den zivilisatorischen Katastrophen des 20. Jahrhunderts auch nicht wünschenswert« (37) ist. Eine neue kritische Theorie ist zu entwickeln. So bleibt uns »die Erinnerung an Kritiker chauvinistischer Gewalt«, die »etwas von dem antinationalistischen Geist« (38) in die postrevolutionäre Zeit hinüberretten könnte. Auch Gorbatschows Perestrojka verfällt dem Revolutionsverbot. Bei uneingeschränkter Anerkennung des Zivilisationsbruches Auschwitz, den Claussen betont, bleibt m.E. seine strikte Trennung von Kapitalismus und Spätkapitalismus illusionär.

Lukács betätigte sich in den zwanziger und sechziger Jahren als politischer Theoretiker. Die Schriften stammen so aus zwei Perioden, die den Anfang des sozialistischen Projekts und die Zeit der Reformbewegungen innerhalb des Sozialismus bezeichnen. Der Essay »Lenin. Studie über den Zusammenhang seiner Gedanken« (1924) stellt Lenin als Klassiker der revolutionären Arbeiterbewegung neben Marx. Sein Schritt über Marx hinaus besteht darin, daß er die »Aktualität der proletarischen Revolution«, die Marx als »objektive Grundlage der ganzen Epoche« erkannte, »zur Tagesfrage der Arbeiterbewegung« (47f.) machte und damit die Marxsche »Theorie« in »Praxis« umschlagen ließ. Im »Lenin« nimmt Lukács aber genau das, was Lenin seines Erachtens auszeichnet, nämlich die Fähigkeit zur »konkreten Analyse der konkreten Lage« (83) zurück und verallgemeinert abstrakt. Im »Nachwort zu 'Lenin'« (1967) weist er selbst darauf hin, daß seine Sakralisierung der Oktober-

revolution im Widerspruch zu den Leninschen Prinzipien steht. »Lenin hat in seinen letzten Lebensjahren den nahenden Abschluß der mit 1917 eingeleiteten Periode unvergleichlich klarer vorausgesehen als diese seine Biographie.« (143) Die zwanziger Jahre sind als eine »abgeschlossen vergangene Periode« (140) zu betrachten. Bei aller zeithistorischen Bedingtheit seiner Handlungen repräsentiert aber Lenin weiterhin für Lukács »als Verkörperung des steten Bereitseins« (154) einen neuen, vorbildlichen Typus der Persönlichkeit.

Die Aufsätze »Lenin und die Fragen der Übergangsperiode« (1968) — im Buch wird nicht darauf hingewiesen, daß dieser Text im wesentlichen mit dem 1. Kap. des II. Teils von »Sozialismus und Demokratisierung« (Frankfurt/M. 1987) identisch ist — und »Sozialismus und Demokratisierung« (1968) — ein um acht Seiten gekürzter Auszug des 4. Kap. des II. Teils dieser Schrift — thematisieren Lenins Methode, die Oktoberrevolution und die Notwendigkeit einer Reform im Sozialismus. Lukács hebt hervor, daß die Oktoberrevolution »keine 'klassische'« (155) Revolution war, ihre Probleme und Lösungen nur vereinzelt generalisiert werden können. Aufgabe des sowjetischen Sozialismus war es, die sogenannte ursprüngliche Akkumulation durchzuführen. Daraus resultiert das »auch von Lenin nicht« theoretisch formulierte Zentralproblem: »wie in einer derartigen Übergangszeit das Verhältnis zwischen der rein ökonomischen Praxis, die diese Zurückgebliebenheit einfach aufzuholen hat, und zwischen den auf den sozialistischen Gehalt direkt einwirkenden, die proletarische Demokratie fördernden Handlungen und Institutionen beschaffen sein soll.« (162) Stalin löst dieses Problem auf Kosten der rätedemokratischen Partizipation zugunsten der ökonomischen Entwicklung. Sein Tod kennzeichnet zugleich das Ende der Phase der ursprünglichen Akkumulation. Die »objektiv« sozialistische ökonomische Struktur, die in der Vergesellschaftung der Produktionsmittel und der Aufhebung kapitalistischer Ausbeutung besteht, ist nun durch den »Aufbau und Ausbau des subjektiv-sozialistischen Charakters der Gesellschaft« (191) zu ergänzen. Damit steht die »sozialistische Demokratie« (183) auf der Tagesordnung. Lukács fordert freie Meinungsäußerung, Versammlungs- und Organisationsfreiheit, »innere Parteidemokratie« und eine »Renaissance des Marxismus« (203) als theoretische Grundlage für die Kommunistische Partei. Letztere ist die »bewegende und leitende Kraft« (202) der notwendigen Reformen und garantiert die sozialistische Entwicklung. Diese Äußerungen erinnern sehr an die Anfänge der Perestrojka. Für Lukács, der sich 1918 der kommunistischen Bewegung verschrieb, steht auch noch fünfzig Jahre später fest: »Den lockenden Zauber des Menschwerdens besitzt ... — potentiell — nur die sozialistische Gesellschaft.« (211)

Der kurze Text »Über Stalin hinaus« (1969) gibt einen biographischen Abriss von Lukács' zwiespältiger Position zu Stalin. Sein Fazit lautet: »Ich glaube (...), daß ich objektiv ein Gegner der Stalinschen Methoden war, schon als ich selber noch glaubte, Stalin anzuhängen.« (221)

Es wäre sinnvoll gewesen, der Ausgabe wenigstens ein Personenverzeichnis hinzuzufügen. Die Schrift »Sozialismus und Demokratisierung« hätte vollständig aufgenommen werden sollen, da die Ausgabe des Sandler Verlags bereits vergriffen ist. So hinterläßt diese Auswahl den Eindruck, als ob der Verlag in Anlehnung an die Popularität Gorbatschows schnell noch einmal Lukács vermarkten will, bevor es endgültig zu spät ist.

Stephan Bundschuh (Frankfurt/M.)

**Jung, Werner: Georg Lukács. Sammlung Metzler, Stuttgart 1989**  
(163 S., br., 22,80 DM)

Jung will in die Lebensgeschichte und theoretische Entwicklung von Lukács einführen. Entgegen der üblichen Aufteilung in einen frühen, idealistischen und späten, marxistischen will er »den 'ganzen Lukács'« (X) aufzeigen, dessen theoretische Entwicklungen »'Momente' eines einheitlichen und geradlinigen Entwicklungsweges« (X) seien. Jung übernimmt mit diesem Ansatz eine Selbstinterpretation des alten Lukács, mit der dieser sich von dem gegen ihn erhobenen Vorwurf der Verstrickung in den Stalinismus befreien will, und macht sie zur »wichtigste(n) These« (IX) seines Buches. Obwohl er mitteilt, daß Lukács ästhetische Theorie während seines Moskauer Exils von der politischen Entwicklung maßgeblich beeinflusst ist (108), kommt er in seiner Beurteilung zu dem Schluß, daß sie »keine Akkomodation an die herrschende Stalinistische Doktrin« sei (109).

Jung beginnt mit dem Spätwerk, der Ontologie und der Ästhetik, weil er dieses für den aktuellsten Teil von Lukács' Theorie hält, und berichtet erst danach chronologisch. Der Schwerpunkt liegt auf der ästhetischen Theorie. An »Geschichte und Klassenbewußtsein« kritisiert Jung zwar Lukács' idealistische und hegelianisierende Marxismuskonzeption (99), aber nicht die problematischen Kategorien der »Totalität« und »Verdinglichung«. In diesen Kategorien versucht Lukács die objektive Überlegenheit seiner 'marxistischen' Gesellschaftstheorie über die bürgerliche Philosophie zu beweisen. Die bürgerliche Philosophie sei nicht mehr in der Lage, die gesellschaftliche Totalität zu erfassen, seit 1848 die Vernunft zum Proletariat überlief (136ff.). Damit verliere sie »die Berufenheit zu ihrer Führung« (Lukács, z.n. Jung 98). Diese kann jetzt nur noch das Proletariat leisten, da »die proletarische Klasse als Objekt der Ausbeutung zugleich das Bewußtsein der Ware selbst, als der Verdinglichung und, da diese die Gesamtstruktur der Formation präge, der Gesellschaft als konkreter Totalität darstellt.« (101) Die Widerspiegelungskonzeption mit ihrer Aufteilung in die unmittelbare Widerspiegelung der Realität im »gedankenlosen Alltags« Bewußtsein (98) und die mittelbare, auf ein »höheres Niveau« (24) gehobene Widerspiegelung in Kunst und Wissenschaft wird ebensowenig problematisiert wie der emphatische Vernunftbegriff, der in »Die Zerstörung der Vernunft« am deutlichsten wird. Lukács interpretiert darin, vom Standpunkt einer parteilichen, substanziellen Vernunft, die Entwicklung der bürgerlichen Philosophie seit Mitte des 19. Jahrhunderts als einen beständigen Niveauperfall, der im Faschismus seinen Tiefpunkt finde. Die bürgerliche Philosophie, die die rationale Bewältigung der gesellschaftlichen Probleme nicht mehr zu leisten vermag (s.o.), produziere zwangsläufig Irrationalismen. Lukács konzidiert zwar das Phänomen konservativer Metaphysikkritik (z.B. bei Heidegger), denunziert es aber nur als Abgleiten in den Mythos. Jungs systematische Betrachtungsweise kommt hier besonders negativ zum Tragen: Er glaubt wohl, es sich sparen zu können, diese für die theoretische Entwicklung der Linken sehr einflußreichen Konzeptionen im einzelnen kritisch zu hinterfragen, weil er davon ausgeht, daß sie im Spätwerk »gut hegelisch — 'aufgehoben'« (IX) wären. Gerade in einer als Einführung verstandenen Monographie ist aber die Heraushebung von Brüchen und die Kritik der einzelnen Thesen besonders wichtig.

Dem Dogmatiker Lukács wird unter Hinweis auf dieses Spätwerk — seit Ende der fünfziger Jahre — »eine gewichtige Stimme im Chor« (X) des »pluralen Marxismus« zugesprochen, einem Projekt, dessen Anspruch es ist, sich gegen dogmatische Tendenzen im Marxismus zu richten. Man könnte sagen, daß Jung in ihm einen *Habermas des Ostens* gefunden zu haben meint, in dessen Ontologie er — allerdings ohne nähere Hinweise — gar Parallelen zu »Theorie des Kommunikativen Handelns«

sehen will (5ff.). Aktuell ist meines Erachtens am ehesten die 1968 geschriebene, eher praktisch orientierte Schrift »Demokratisierung heute und morgen«. In ihr geht es Lukács um die Kritik des Stalinismus und die Perspektive eines »Dritten Wegs«. In seiner marxistischen Ästhetik dagegen versucht Lukács u.a. darzulegen, daß in den *echten* Kunstwerken — von der Antike bis heute — die Utopie des Kommunismus, als zu verwirklichendes *Wesen des Menschen*, immer enthalten sei (29). Damit — und mit dem von N. Hartmann beeinflussten Versuch einer »ontologischen Fassung des Marxismus« (7), seines Erachtens die einzige Möglichkeit zu dessen Erneuerung — kommen wir aber in das Gebiet linker Metaphysik, deren Aktualität mir nicht einsichtig ist. Auf diesen Aspekt bezogen hat Jung Recht: Lukács ist immer Metaphysiker geblieben. So ist das Buch letztlich Anregung, sich mit dem Phänomen linker Metaphysik einmal ernsthaft auseinanderzusetzen.

Thomas Heinrichs (West-Berlin)

**Georg Simmel Gesamtausgabe**, hrsg. v. Otthein Rammstedt.

**Band 2: Aufsätze 1887 bis 1890.** Hrsg. von Heinz-Jürgen Dahme. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1989 (434 S., br. 24,-/Ln. 48,- DM)

**Band 6: Philosophie des Geldes.** Hrsg. von David P. Frisby und Klaus Christian Köhnke. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1989 (787 S., br. 28,- DM/Ln. 78,- DM)

**Band 4: Einleitung in die Moralwissenschaft I.** Hrsg. von Klaus Christian Köhnke. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1990 (461 S., br. 24,- DM/Ln. 48,- DM)

Geld und Philosophie? Ist dies nicht eine aberwitzige Verknüpfung? Sie kann aber nicht abwegig erscheinen, besinnt man sich darauf, daß Philosophie bekanntlich nicht nur keinen genuinen Gegenstand, sondern überhaupt keinen besitzt und folglich alles zum Gegenstand ihrer Untersuchung erklären kann. Beide fordern — so weit läßt sich sagen — für ihr Funktionieren einen Grad an Abstraktion und Allgemeinheit. Und wie in der Geschichte der Philosophie eine Tendenz aufscheint und die Entwicklung des Geldes konkret verdeutlicht, schwinden die fundamentalen Substantialen des Geldes wie der Begriffe zugunsten einer zunehmenden Dynamik reiner Funktionalität.

Tatsächlich stellt Simmels These der Formgleichheit von Geld und Intellekt den interessantesten Teil seiner Untersuchung dar. Die Indifferenz gegenüber jeglichen Inhalten prädestinieren Geld wie Intellekt zu universalen Werkzeugen, zu Instrumenten schlechthin. Ihr Mangel an Eigenschaften, ihre buchstäbliche Charakterlosigkeit disponiert sie als Mittel für jeden Zweck, begründet als Konsequenz auch die Verkehrung der Mittel-Zweck-Relation. Geld, »als reine Form der Tauschbarkeit«, fungiert nach Simmel als das symbolische Korrelat zur Zirkulationssphäre. Der Tausch als Inbegriff »gesellschaftlicher Wechselwirkung«, von ihm definiert als »das soziologische Gebilde sui generis«, bildet das konstitutive Moment der Vergesellschaftung und der gesellschaftlichen Wertschöpfung — und nicht die Produktionssphäre, wie dies die Marxsche Theorie vorsieht. Simmels »Philosophie des Geldes« versteht sich durchaus in Konkurrenz zur Marxschen Geldtheorie. Während der Marxismus Sein und Handeln der Menschen durch die ökonomischen Strukturen determiniert weiß, unternimmt Simmel den Versuch, ökonomische Verkehrsformen als Spezialfall kultureller Differenzierungsprozesse zu bestimmen und beabsichtigt, »dem historischen Materialismus ein Stockwerk unterzubauen«. »Wenn es eine Philosophie des Geldes geben soll, so kann sie nur diesseits und jenseits der ökonomischen Wissenschaft vom Gelde liegen: sie kann einerseits die Voraussetzungen darstellen, die, in der seelischen Verfassung, in den sozialen Beziehungen, in der logischen Struktur der Wirklichkeiten und der Werte gelegen, dem Geld seinen Sinn und

seine praktische Stellung anweisen.« Neben der Analyse der Voraussetzungen des Geldes geht es in einem zweiten, synthetischen Teil um die Auswirkungen auf das individuelle und kollektive Gemüt, auf die gesellschaftliche Gestaltung des Lebens allgemein. Zugrunde liegt dem Buch die bis heute schulstrittige Variante einer nominalistischen Geldauffassung, die sich bereits bei Aristoteles formuliert findet. Geld wird als eminent praktische Erfindung des wirtschaftenden Subjekts verstanden und steht als solche im Dienste rationalisierter Tausch-Prozesse, die nicht zuletzt höhere Gerechtigkeit versprechen. Entsprechend pflegte Simmel auch die Zuversicht, hochentwickelte Geldverhältnisse verminderten die gesellschaftliche Konkurrenz.

Die »Philosophie des Geldes« beginnt mit einer Psychologie des Wertes, den Simmel aus einem Prozeß der Distanzierung von unmittelbaren Bedürfnissen erklärt. »Distanz«, ein berühmter Topos der Philosophie Nietzsches (Pathos der Distanz), nimmt bei ihm einen zentralen Stellenwert als Kategorie der Vermittlung ein, die die gesamten gesellschaftlichen und individuellen Prozesse der Objektivierung und Veräußerlichung durchzieht. In diesem Zusammenhang steht auch die Entwicklung der individuellen Freiheit. Erst die dauerhafte Ablösung obsoleter, personaler Abhängigkeiten durch Geldleistungen schafft neue Stufen der Freiheit, allerdings um den Preis neuer, entpersonalisierter, funktionaler Abhängigkeiten.

Mit der »Philosophie des Geldes« wollte Simmel die Entfaltung des Geld-Begriffs als ein Paradigma kultureller Differenzierung vorstellen und gleichzeitig eine relativistische Erkenntnistheorie und eine Philosophie der Relativität aller Werte begründen. Wie ein Brief an Heinrich Rickert vermuten läßt, war er sich des Erfolgs seines Vorhabens nicht gewiß. Wichtiger wird uns heute die Lektüre hinsichtlich ihrer Ansätze zu einer Theorie der Moderne sein, an die Lukács wie auch Walter Benjamin anknüpfen. Seine Untersuchungen über psychologische Phänomene im Kraftfeld des Geldes, seine Überlegungen zur Arbeitsteilung, Wertempfinden, typischen Psychostrukturen unter den Bedingungen des gelddominierten Großstadtlebens bieten auch heute eine Fülle von Anregungen. Eine Aufarbeitung Simmelscher Thesen vor dem Hintergrund Marxscher Theorie steht noch aus.

Die Gesamtausgabe ist auf 24 Bände angelegt, deren Erscheinen für die nächsten 12 Jahre geplant ist. Neben der »Philosophie des Geldes« und einer ersten Aufsatzsammlung, die zumeist Vorarbeiten zur Geldphilosophie enthält ist bisher noch die »Einleitung in die Moralwissenschaft I« erschienen. Wie der Titel bereits informiert, handelt es sich nicht um eine positive Ethik, sondern um die Diskussion moralischer Kategorien, der das traditionell Gute wie Böse in einem relativistischen Kontext gleichermaßen Gegenstand der Untersuchung ist. Auch hier arbeitet Simmel mit seinem zentralen, funktionalistischen Begriff der Wechselwirkung und unterläuft mit dessen Hilfe substantialistische Fixierungen von Sittlichkeit.

Wie der Herausgeber mitteilte, wird die kritische Gesamtausgabe durch eine historisch orientierte Studienreihe ergänzt. Die ausschließlich historische Konzeption der Begleitstudien legt den Verdacht nahe, daß der Herausgeber und die Gruppe der mitarbeitenden Forscher das Maß der kritischen Auseinandersetzung mit »ihrem« Autor einer Kontrolle zu unterwerfen gedenken. Eine Anhandlung, wie sie seinerzeit Georg Lukács im Rahmen seiner Untersuchung »Die Zerstörung der Vernunft« zu Simmel vorlegte, hätte unter diesen editorischen Restriktionen keine Chance der Publikation gehabt. Simmel hinsichtlich seiner Aktualität, auf die Gültigkeit seiner Fragestellungen hin zu lesen, wird die Hauptmotivation zur Lektüre darstellen, außerhalb lediglich historisch-hermeneutischer Inbesitznahme.

Ursula Menzer (Hamburg)

**Haller, Rudolf, und Friedrich Stadler (Hrsg.): Ernst Mach — Werk und Wirkung.** Verlag Holder-Pichler-Tempsky, Wien 1988 (540 S., 43 Abb., Ln., 98,- DM)

Der Band, der den Charakter eines Ernst-Mach-Handbuchs hat, besteht aus drei Teilen von annähernd gleichem Umfang. Im ersten Teil werden Leben sowie Werk und Wirkung in Philosophie, Physik, Physiologie, Psychologie und Didaktik in Übersichtsartikeln dargestellt. Wer sich über Mach als »Philosophen des Impressionismus« oder seinen Einfluß auf den Wiener Kreis und die österreichische und russische Arbeiterbewegung schnell informieren will, findet hier ein geeignetes Nachschlagewerk. Bemerkenswert ist Hohenesters Beitrag über eine wenig bekannte Seite von Mach: als Lehrbuchautor und Didaktiker erweist sich Mach als erstaunlich aktuell. Wie in seinen Reflexionen zur physikalischen Begrifflichkeit, so sieht Mach auch in seinen Ausführungen zur Didaktik in der historischen Behandlung des Stoffs ein wirksames Mittel gegen den so häufigen naturwissenschaftlichen Dogmatismus. Im zweiten Teil werden Auszüge aus Machs Notizbüchern sowie seine Korrespondenz mit dem Physiker und bekannten Sozialisten Friedrich Adler, dem Altphilologen Theodor Gomperz, dem Philosophen Heinrich Gomperz sowie dem Sprachphilosophen und Schriftsteller Fritz Mauthner veröffentlicht. Leider lassen uns die Herausgeber drüber im unklaren, welche der Briefe bisher unveröffentlicht waren. Übrigens zeigte Mach, der in seiner Jugend das Tischlerhandwerk erlernte, im Briefwechsel mit Adler Interesse für Joseph Dietzgen (268f.).

Der dritte und interessanteste Teil des Bandes umfaßt acht Aufsätze zum aktuellen Forschungsstand über Mach (fünf davon Originalbeiträge). Sommer zeichnet frühe Gemeinsamkeiten zwischen Husserls Phänomenologie und Machs »Positivismus« nach. Obwohl der frühe Husserl seine Position in Abgrenzung von Mach entwickelt hat, konnte er noch 1901 in einem Brief an Mach schreiben, daß »zwischen unseren beiderseitigen Untersuchungen im Wesen gar kein Widerstreit besteht« (319). Dvořák versucht Affinitäten zwischen Mach und Marx/Engels aufzuzeigen; der Beitrag ist jedoch so kurz, daß Pannekoeks Lenin-Kritik, Lukács' Trennung von Natur- und Gesellschaftswissenschaften sowie Sohn-Rethels Versuch einer »Wiedervereinigung« nur erwähnt und nicht erörtert werden. In der gegenwärtigen wissenschaftstheoretischen Debatte wird mitunter versucht, sich der kritischen Implikationen von Machs Reflexion der physikalischen Begrifflichkeit durch ein biographisches Argument zu entledigen: Mach habe die Existenz von Atomen bestritten und die Relativitätstheorie abgelehnt, seine physikalische Methodologie habe mithin eklatant versagt. Mit diesem Themenkreis befassen sich die Beiträge von Swoboda (der die Verteidigung des Atomismus und der mechanischen Naturauffassung durch den frühen, sozusagen vorkritischen Mach darstellt) sowie von Feyerabend, Blackmore und Wolters. Machs Einwände gegen den Atomismus waren jedenfalls lange Zeit insofern berechtigt, als viele seiner Zeitgenossen vorschnell eine brauchbare Hypothese als bewiesene Wahrheit ausgaben. Gegen Ende seines Lebens — nach Wolters vermutlich 1910 (496) — scheint Mach die Existenz von Atomen akzeptiert zu haben. Machs Haltung zur Relativitätstheorie ist in den letzten Jahren besonders kontrovers diskutiert worden. Einstein war nach eigener Aussage durch Machs Überlegungen zu Raum und Zeit zu seiner speziellen Relativitätstheorie angeregt worden, aber in dem posthum erschienenen Vorwort zur »Physikalischen Optik« bekannte sich Mach überraschend als Gegner der Relativitätstheorie. Feyerabend zeigt in seinem Aufsatz, daß Einsteins methodisches Vorgehen bei der Aufstellung der Relativitätstheorie jedenfalls keinen Grund für eine Ablehnung durch Mach geliefert haben kann. Seit einigen Jahren (und auch im vorliegenden Band) vertritt Wolters die These, daß das erwähnte Vorwort durch Machs Sohn Ludwig, der später Sympathien

für Lenards »Deutsche Physik« erkennen ließ, gefälscht worden sei. Dagegen versucht Blackmore in seinem Beitrag Indizien für eine skeptische Haltung von Mach gegenüber der Relativitätstheorie auch unabhängig vom Vorwort zur »Physikalischen Optik« zu sammeln. Dieser Bemühung ist freilich kein überzeugender Erfolg beschieden. Einem undatierten Brief von Mach an Einstein kommt eine Schlüsselrolle in der Kontroverse zu: Wenn die von Torretti und Wolters (498) gegebene Datierung zutrifft, dann wird man eine Fälschung des Vorworts durch Machs Sohn für wahrscheinlich halten müssen.

Herbert Breger (Hannover)

**Redner, Harry: The Ends of Science. An Essay in Scientific Authority.** Westview Press, Boulder and London 1987 (XIV, 344 S., Ln., 43,50 US-Dollar)

1989 wurde an verschiedenen Stellen der Welt das fünfzigjährige Jubiläum von J.D. Bernal's »Die soziale Funktion der Wissenschaft« gefeiert. Daß 1986 von diesem Buch nun endlich die deutsche Übersetzung erschien, ist zu begrüßen, denn es muß noch immer als die umfassendste Darstellung des »Wesens der Wissenschaft« im 20. Jahrhundert betrachtet werden. Obgleich nun dieses Buch nichts von seiner Faszination eingebüßt hat, fragt man sich doch, ob es nicht inzwischen irgendeinen Ersatz gibt. Denn wenn auch die Wissenschaft sich seit 1939 im Prinzip nicht geändert hat, so weiß man doch inzwischen sehr viel mehr über sie. Bernal's Buch ist einer der Anfänge der Wissenschaftsforschung, die inzwischen über die Entwicklung der Wissenschaft auf der kognitiven Ebene, über ihre Sozialstruktur, über ihre soziale und ökonomische Einbindung in die Gesamtgesellschaft und über den wissenschaftlichen Alltag sehr viele interessante Erkenntnisse gewonnen hat. Auf der Suche nach einem Buch, das auf dem Stand der gegenwärtigen Wissenschaftsforschung eine vergleichbar umfassende Sicht der Wissenschaft wie die Bernal's bietet, stößt man auf das Buch von Harry Redner.

Redner ist Senior Lecture an der »Faculty of Economics and Politics at Monash University« in Australien. Dieser politische Philosoph ist als Autor im deutschsprachigen Raum noch kaum bekannt, obgleich, was er schreibt, sich stets auf Fragen bezieht, die hier von größtem Interesse sein dürften: Was wird aus der europäischen Kultur, wenn sie in eine Weltzivilisation transformiert wird? Entsprechend lauten die Titel seiner letzten drei Bücher *In the Beginning Was the Deed: Reflections on the Passage of Faust*; *The Ends of Philosophy: An Essay in the Sociology of Philosophy and Rationality* und schließlich das hier zu besprechende: *The Ends of Science*.

Das Buch profitiert davon, daß es von einem Outsider der Wissenschaftsforschung geschrieben ist: Aus der Distanz vermag Redner eine Übersicht über die Wissenschaft von der Wissenschaft zu geben, wie sie von Insidern, die wieder für Insider schreiben, bisher nicht vorgelegt wurde. Er gibt, das darf ich als einer dieser Insider sagen, auf der Basis einer umfassenden Kenntnis des Standes der Wissenschaftsforschung ein Bild davon, was die Wissenschaft heute ihrer intellektuellen und gesellschaftlichen Lage nach ist. Dabei ist es überraschend und wird nicht unkontrovers bleiben, daß sich der Begriff der Autorität in den Vordergrund schiebt. Redner meint, daß mit dem 19. Jahrhundert die Wissenschaft ihre liberalistische, und das heißt auch, demokratische Phase hinter sich gelassen hat. Heute sei die Wissenschaft als organisierter Forschungsbetrieb auf autoritative Führung angewiesen. Die detaillierte Klärung des Wesens und der Funktion von Autorität in der Wissenschaft macht einen gewichtigen Teil des Buches aus. Befremdlich ist, daß Redner dabei nicht auf die Autorität, die die Wissenschaft in der Gesellschaft oder die Wissenschaftler in der Gesellschaft ausüben, eingeht. Ein weiterer Teil ist den Pathologien und der Kritik an der Wissenschaft gewidmet. Dabei begegnen wir bekannten Topoi wie dem

Verfall wissenschaftlicher Ethik, dem wissenschaftlichen Turmbau zu Babel, dem Versagen der Sozial- und Humanwissenschaften und dem kulturellen Funktionsverlust der Wissenschaft. Auf dieser Basis widmet sich Redner dann einer ganzen Reihe von Bestrebungen, die Wissenschaft zu reformieren. Sein Hauptaugenmerk gilt dabei allerdings den Spielarten des Konservativismus, während die »revolutionists«, die als »Alternative« doch gerade eine große Reihe von praktischen Ansätzen zur Reformation von Wissenschaft und Technologie angeboten haben, zu kurz kommen. Nach dieser Durchsicht von Kritik und Reform kommt Redner zu seiner Version zukünftiger Wissenschaft. Obgleich der größte Teil seines Buches sozialen Strukturen der Wissenschaft gewidmet war und die Mängel moderner Wissenschaften gerade an den Sozialstrukturen festgemacht wurden, sieht Redner schließlich die Zukunftsperspektive einer neuen Wissenschaft im Kognitiven: Unter dem Stichwort »integrative science« malt er das Gemälde einer zur großen Einheit zusammenwachsenden Familie von Wissenschaften.

Der Titel des Buches hat eine schöne Mehrdeutigkeit, die von den Zielen der Wissenschaft bis zu ihren losen Enden reicht. Ob man die Wissenschaft nach Verlust ihrer Ziele durch Zusammenbinden ihrer losen Enden wird heilen können, scheint mir fraglich.

Gernot Böhme (Darmstadt)

**Koslowski, Peter (Hrsg.): Gnosis und Mystik in der Geschichte der Philosophie.** Artemis Verlag, Zürich, München 1988 (408 S., Ln., 48,- DM)

Kann eine säkulare Zivilisation »glücken«, das heißt nicht bloß funktionieren, sondern »gutes Leben« und Überleben sichern, oder brauchen wir verpflichtenden »Sinn«, und die Priester dazu? Koslowski predigt nach dem Ende der »großen Mythologien des 19. Jahrhunderts« (389) wie Marxismus und Szientismus eine — an der angeblich »anderen Aufklärung« (ebd.) eines Franz von Baader orientierte — Rückkehr zum Heil: »Die Postmoderne wird im Anschluß an die wahre christliche Gnosis und Theosophie den Menschen als Mitwirker Gottes sehen« (395) und über eine »Wiedervereinigung der christlichen Konfessionen« (12) die gnostische Erlösung als Versöhnung der Schöpfung mitgestalten. Solche Absicht prägt glücklicherweise nur einen Teil der an der Universität Witten/Herdecke gehaltenen zwanzig Vorlesungen: Von »Platons esoterische Lehre« (K. Gaiser) bis »Elemente des Gnostizismus im Dialektischen Materialismus« (B. Groys) — dies markiert nicht bloß das historische, sondern auch das qualitative Spektrum von seriöser (wenn auch umstrittener) Philosophiegeschichte bis zum wirr-analogisierenden Traktat. Gegen interessante Darstellungen der mystischen bzw. gnostischen Elemente etwa bei Origenes (H. Görge-manns), Nikolaus von Kues (H.G. Senger) und Leibniz (A. Heinekamp) fallen besonders die flach apologetischen Texte zu neueren »Gnostikern« wie Solowjew (L. Wenzler), Steiner (G. Wehr) und C.G. Jung (T. Evers) deutlich ab. Um so erfreulicher ist Kurt Flaschs »Versuch, Meister Eckhart aus dem mystischen Strom zu retten« (94), indem er nicht bloß exakte Textarbeit unter Berücksichtigung von »real-historischen Bezügen« (108) einklagt, sondern die ideologischen Momente der Rezeptiongeschichte — etwa der »irrationalistischen Eckhartdeutung« (106) des Jahrhundertanfangs — mindestens andeutungsweise herausarbeitet. Hier wird eine prinzipielle Distanz zum selber »wissenden« Gestus des Herausgebers deutlich, die der Warnung Carl-Friedrich Geysers (»Die Gnostiker der Spätantike«) korrespondiert, »gegenwärtige Versuche, das eigene Heilsinteresse in der Weise einer Re-Gnostizierung zu artikulieren«, seien »Anachronismen« (46). Konfrontiert mit Koslowskis Version der »Postmoderne«, wird einem das Erbe der »reduktionistischen Aufklärung« (389) lieb und teuer.

Helmut Fallschessel (West-Berlin)

**Lutz, Bernd (Hrsg.): Metzler Philosophen Lexikon.** Dreihundert biographisch-werkgeschichtliche Porträts von den Vorsokratikern bis zu den Neuen Philosophen. Unter red. Mitarb. v. C. Dehlinger, K. Fischer, Th. Jung und H. Oßmann. J.B. Metzlersche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart 1988 (VI u. 851 S., 268 Abb., Ln., 68,- DM)

Das Werk füllt die Lücke, auf die es trifft, nur unvollkommen. Zwar gehört das *Philosophen-Lexikon* von Ziegenfuß/Jung (Berlin 1949/50) einer vergangenen Epoche an, und gleiches muß man dem *Philosophenlexikon* der DDR attestieren (Hrsg. E. Lange/D. Alexander, Berlin/DDR 1982), das die westliche Gegenwartsphilosophie nur bis in die sechziger Jahre berücksichtigt. Der »Ziegenfuß« wird den Bibliotheks-Dienst aber vorerst weiter versehen müssen, denn die Neuerscheinung gehört zur Familie populär gehaltener Konversationslexika ohne wissenschaftlichen Apparat. Die Artikel geben keinen Nachweis der Zitate, die Bibliographie beschränkt sich auf eine spärliche Auswahl (oft nur ein bis zwei Titel) weiterführender Literatur. Beachtung verdient deshalb vor allem, wie sich Spezialisten hier mit einem philosophisch interessierten Lesepublikum verkoppeln.

Im Gegensatz zu vielen lesenswerten, zum Querlesen anregenden Einzelporträts ist die nicht-offengelegte Konzeption ein Ärgernis. Der Herausgeber verspricht eine »Einübung in die Philosophie« (VI) und möchte sich hinter dieser Instanz am liebsten zum Verschwinden bringen. »Eigentlich bedarf ein Buch wie dieses keiner weitergehenden Erläuterung« (V). Die Kriterien und das unvermeidlich Zufällige einer Auswahl von 300 Autoren sind nicht ausgewiesen; mehr als konzeptioneller Offenbarungseid erscheint die Auskunft, man habe sich »bei der Artikelplanung auf diejenigen Namen der europäischen Philosophiegeschichte konzentriert, die im Verlauf einer nun mehr als zweieinhalb Jahrtausende währenden Verständigung über das Verhältnis von Gott, Mensch und Welt immer wieder zitiert worden sind« (V). Demnach muß sich der aktuelle universitäre Lektürekanon naturwüchsig durchgesetzt haben (neben Spezialinteressen der Bearbeiter, wie sie an Artikeln über *Garve*, *Groote*, *Weigel*, *Weininger* oder *Weiß* deutlich werden). Ausgelassen bleiben etwa die heute ungelesenen Gründerväter der westdeutschen Nachkriegsphilosophie wie Bollnow, Spranger, Litt, Guardini, Ritter, Rothacker. Daß auch die »Neuen Philosophen« fehlen, überrascht, figurieren sie doch im Untertitel mit den Vorsokratikern als das A und O der Philosophiegeschichte. Zu Lebzeiten fanden in letztere Eingang: *Anders*, *Gadamer*, *Habermas*, *Jonas*, *Sonnemann*, *Topitsch*, *Weizsäcker* aus dem deutschsprachigen Raum; *Heller*, *Chomsky*, *Needham*, *Goodman*, *Quine*, *Searle*, *Popper*, *Feyerabend* aus dem angelsächsischen; *Althusser*, *Ariès*, *Baudrillard*, *Bourdieu*, *Deleuze*, *Derrida*, *Guattari*, *Klossowski*, *Lefebvre*, *Liotard*, *Ricoeur* aus der Stadt Paris. Die Beschränkung auf die europäisch-westliche Tradition scheint, da als solche kenntlich gemacht (V), sinnvoll, wobei die arabische Philosophie mit Recht berücksichtigt wird (*Averroes*, *Avicenna*, *Maimonides*). Ansonsten ist der Bereich Philosophie nicht exklusiv gefaßt, sondern zu den Fachwissenschaften hin durchlässig gemacht (Soziologie: *Bourdieu*, *Ariès*, *Durkheim*, *Goffman*, *Needham*, *Parsons*, *Weber*; theoretische Physik: *Bohr*, *Einstein*, *Havemann*, *Heisenberg*, *Helmholtz*, *Schrödinger*; Psychoanalyse: *Adler*, *Freud*, *Fromm*, *Jung*, *Lacan*; Linguistik/Semiologie: *Saussure*, *Jakobson*, *Morris*, *Barthes*). Die meistbeschäftigten der 126 Stichwort-Autoren sind Chr. Demmerling (6 Artikel), E.P. Fischer (7), S. Gillies (7), P. Habermehl (11), D. Horster (6), B. Kytzler (7), P. Prechtl (6), W. Zimmermann (6). Repräsentative Namen fehlen, das Werk ist also nicht als offiziöse (Selbst-)Darstellung der »Zunft« anzusehen.

Das schlägt sich zunächst erfreulich nieder im breiten Raum, den der Marxismus erhält: *Bernstein*, *Luxemburg* (G. Fülberth), *E. Fischer* (K.-M. Gauß), *Marcuse*

(U. Gmünder), *Gramsci* (Chr. Helferich), *Lenin* (H.H. Holz), *Benjamin* (Th. Horst), *Bloch* (D. Horster), *Korsch* (J. Knopf), *Lukacs*, *Marx-Engels* (R. Kühnl), *Kautsky* (H.M. Lohmann), *Heß* (E.Th. Mohl), *Labriola*, *Plechanow* (H.J. Sandkühler), *Althusser* (Th. Schäfer), *Havemann* (W. Schröter), *Max Adler* (M. Schürgers), *Heller* (C. Semler), *Lefebvre* (F.O. Wolf). Der pluralistischen Anlage zum Trotz gelang dabei der marxistisch-leninistischen Lesart eine strategische Besetzung der Klassiker. Auch das spricht nicht für die behauptete »Artikelplanung«. Die Folge ist vor allem die, daß der sperrige Tatbestand der marxistischen *Kritik* der Philosophie von den beteiligten Autoren bedenkenlos der *philosophia perennis* geopfert wird. Kühnls Darstellung von *Marx/Engels* (die nicht einmal im *DDR-Philosophenlexikon* zum Doppelautor verschmelzen) umschifft auf den Seiten 514f. alle Klippen von Feuerbachthesen oder *Deutscher Ideologie* und läßt dann beider Denken auf dem — für Kühnl »bislang theoretisch ungelösten« — Widerspruch stranden, »daß Geschichte zugleich bewußte Tätigkeit von Subjekten« ist und als »gesetzmäßiger« Prozeß soll gedacht werden können. Damit ist die Entstehungsbedingung marxistischer Theorie, der Ausbruch aus der dualistisch kodierten Vorstellungswelt der Bewußtseinsphilosophie, unter den Ideenteppich gekehrt. Sandkühlers *Labriola* wird als eine Art geheimer Staatsphilosoph des italienischen Risorgimento vorgestellt, der »vor allem das Denken Giambattista Vicos, den spezifisch neapolitanischen Hegelianismus Spaventas, Spinoza und die klassische Philosophie Kants und Hegels zu integrieren wußte« (433). Es fällt schwer, den *Labriola* wiederzuerkennen, dem seine hegelianische Phase in den Briefen an Sorel »wie weit zurückliegende Vorgeschichte« erschien, und der es »jugendlicher Naivität« zuschrieb, die Hegelsche Dialektik gegen den Neukantianismus verteidigt zu haben. Das nächste Exempel wird an *Lenin* statuiert. Für Hans-Heinz Holz »sind seine Beiträge zur Theorie des Politischen ... sicher als philosophisch zu betrachten, weil ihre Argumente in erkenntnistheoretischen und geschichtsphilosophischen Konzepten fundiert sind und ihre Struktur aus einer allgemeinen Theorie der Dialektik herleiten« (453). Das ist der als *Lenin* maskierte Stalin. Freilich erhält der wirkliche Begründer des Marxismus-Leninismus das verdiente Stichwort weder im östlichen noch im westlichen *Philosophenlexikon* — klafft hier die Lücke, die das Staatsphilosophisch-Werden des Marxismus unkenntlich macht, zwischen *Spinoza* und *Stirner*, so dort zwischen *Spinoza* und *Steigerwald*. Es fügt sich, daß Brecht als marxistischer Philosoph nicht wahrgenommen wird und daß *Gramscis* Unterscheidung von Philosophie als kritisches Moment des Alltagsverstands und als spezialisierte Intellektuellentätigkeit unerwähnt bleibt (295ff.). Die breite Berücksichtigung marxistischer Theoretiker in einem westlichen *Philosophenlexikon* bedeutet also in diesem Falle keine subversive Besetzung. Der große Magen Philosophiegeschichte hat sich ein Stück weiter nach außen gestülpt.

Kühnls *Marx-Engels* ist übrigens der mit Abstand längste Artikel (509-526). Auf den Plätzen folgen *Heidegger* (326-340) und *Hegel* (316-326). Im Falle *Heidegger* (S. Vietta) verdichtet sich der Eindruck, daß die Autoren nach dem Laissez-faire-Prinzip arbeiten konnten, zur fatalen Gewißheit. Der Artikel ist nicht nur apologetisch hinsichtlich des NS-Engagements (»spätestens im Frühjahr 1934 muß er diese Illusion als ein Stück falschen Bewußtseins durchschaut haben«; 333), er unterschlägt auch dazu unpassende Fakten und einschlägige Literatur (Ott, Farias). Daß *Heidegger* das »Prinzip der geistigen Führung auf die gesamte deutsche Universitätslandschaft zu übertragen« (332) versucht habe, ist eine gelungene Um-Schreibung seines hochschulpolitischen Engagements für die Führerverfassung. Die kleinen Porträts von *Gadamer* (P.C. Lang) und *Gentile* (F. Janowski) machen ebenfalls das

philosophische Imaginäre stark gegen jede Wahrnehmung der darin artikulierten Herrschaft. Erscheint der faschistische Staatsphilosoph mythisch überhöht als Beispiel für die »unheilvolle Verstrickung der Intellektuellen in die Sphäre der Macht« (287), so soll es dem Heidegger-Schüler »mit einer gewissen unbetroffenen Naivität« gelungen sein, »zwischen äußerer und innerer Emigration hindurchzulavieren«. Er blieb »von Verfolgung und Repression weitgehend verschont« (268). Gadamers Autobiographie, unschwer als Vorlage der kleinen Legenden zu identifizieren, hat diesen »Verfolgten«-Status nur damit erhärten können, daß der NS-Staat bis 1939 auf die ordentliche Professur warten ließ. Nicht apogetisch, zum Teil sogar sehr erhellend in dieser Hinsicht die Artikel zu *Schmitt* (H. Dorowin) oder *Gehlen* (W. Brede).  
Thomas Laugstien (West-Berlin)

## Sprach- und Literaturwissenschaft

**Kämper-Jensen, Heidrun: Lieder von 1848.** Politische Sprache einer literarischen Gattung. Max Niemeyer Verlag, Tübingen 1989 (298 S., br., 108,- DM)

Im selben Jahr, in dem die Ereignisse in der DDR von diversen Kommentatoren zur »ersten« und »einzig« Revolution auf deutschem Boden stilisiert wurden, erschien die vorliegende Untersuchung politischer Lieder des Vormärz, März und Nachmärz. Da sich das komplexe Zwitterphänomen des zwischen Volkslied und Kunstlied anzusiedelnden oppositionellen politischen Liedes »nicht im Rahmen eines Konzepts« (188) beschreiben lasse, beschreitet die Autorin die verzweigten Pfade der Sprach-, Literatur-, und Geschichtswissenschaft. Ihre an Handlungs-, Kommunikations- und Sprechakttheorie ausgerichtete historische Textpragmatik, erschwert durch zeitliche Ferne, schriftliche Form und historische Bedeutung des Textkorpus, versteht sich als »Mosaikstein der Sprachgeschichte des 19. Jahrhunderts« (54), in dem das »multisemiotische« (173), am Schnittpunkt von Literatur und Politik, Sprache und Musik operierende politische Lied eine »kulturhistorisch wichtige Textsorte« (55f.) darstellte. Der Sozial- und Kirchenkritik verliet es ebenso sangbaren Ausdruck wie den patriotischen und demokratischen Forderungen nach Einheit und Freiheit der Republik. So war es Reflex historischer Zustände und Begleiter oder gar Motor politischer Aktion in einem.

Bei der sorgfältigen, wenn auch mitunter allzu wortreichen Klärung ihrer Vorgehensweise grenzt sich Kämper-Jensen zu Recht sowohl vom ästhetischen Begriff des zweckfreien autonomen Kunstwerks als auch von der nivellierenden Annahme einer Ubiquität des Politischen in der Literatur ab. Statt dessen hält sie mit Robert Prutz an der »Vereinbarkeit von Poesie und Politik nach ästhetischen Maßstäben« (9) fest. Der literarische Schreibakt, dem der kommunikative Grundzug des Belehrns und Bewegens innewohne, besitze dann Kunstwert, wenn (nach Peter Stein) »politisches Bewußtsein und künstlerischer Gestaltungswillen« (11) zusammenfallen, wenn trotz der »Dienstbarmachung des Poetischen für den politischen Zweck« (80) sorgsamste Sprachplanung individuelle Sprachhandlungsformen ermöglicht. Der im Untertitel benannte Untersuchungsgegenstand läßt sich daher ebensogut folgendermaßen umformulieren: »literarische Erscheinungsform politischer Sprache« (188).

Die Autorin betrachtet das politische Lied als einen Sonderfall politischer Gebrauchsliteratur mit literarischem Anspruch, durch den die Gesangskultur der Biedermeierzeit — Volksliedbewegung und Liedertafelbewegung — entscheidend radikalisiert wurde. Das politische Lied als politische Handlung ist das künstlerische Pendant zur allgemeinen Politisierung der Öffentlichkeit, welche sich über literarische

»Vermittlungsinstanzen« (25) allererst herstellte. Im Rahmen einer informellen Textanalyse befließigt sich Kämper-Jensen zunächst einer »auf Lieder gestützten Geschichtserzählung« (23), der das Lied lediglich als »funktionaler Filter von Geschichtsvermittlung« (25), als »Informationsträger historischer Fakten« (188) gilt. Folgerichtig unterzieht sie den für das Liedgut zentralen Begriff der Freiheit — jenes lexikalische »Sammelbecken politischer Programme, utopischer Entwürfe und privater Sehnsüchte« (83) — mittels einer Bestandsaufnahme der einschlägigen Wortfamilie einer gründlichen Prüfung. Neben dem Freiheitspathos des neuen Aufbruchs findet sich im politischen Lied aber auch ein gerüttelt Maß an religiöser Sprache: »Schreiber und Leser politischer Lieder stehen unter dem Bann des Numinosen« (126). Die bibelfesten Dichter bewegen sich in dem problematischen »Dreieck von literarischem Kalkül, geistiger Befangenheit und politischem Anspruch« (189).

Außer einer spezifischen Bilderwelt (z.B. Feuer, Wachstum) und einem der zweckgerichteten Wirkungsabsicht geschuldeten hyperbolisierenden Metapherngebrauch weist das politische Lied auch bestimmte Strukturmerkmale auf. Poetisches Gliederungsprinzip ist der Parallelismus auf Wort-, Vers- und Textebene: Reim, Refrain und Melodieanleihe. Während die »lautliche Harmonie als rhetorisches und als ästhetisches Gestaltungsmittel gleichermaßen zu beschreiben« (189) ist, verkettet der eigentlich redundante Refrain — sei es als klassischer Kehrreim, begründender und behauptender Strophenrahmen oder strophenübergreifendes Verweiselement — die handlungstragenden Einzelstrophen zur Liedeinheit. Melodieangaben als »kommunikativ-pragmatische Signale« (181) sind nicht nur Singaufforderungen, sondern dienen der inhaltlichen Bereicherung des politischen Liedes, das durch appellierende oder parodierende Übernahme existierender Weisen »semantischen Mehrwert« (182) gewinnt. Der perlokutive Aspekt des politischen Liedes ist durch sprechaktbezeichnende Ausdrücke charakterisiert: »Dichter haben in Versen gesagt, was sie *mit* Versen tun und was sie mit ihnen *erreichen* möchten« (61). Auf Grund dieser »expliziten Performance« (62) »verschmelzen propositionale Fiktion und literarische Realität miteinander« (193).

Der höchst informativen und anregenden Studie ist freilich an mehreren Stellen anzumerken, daß sie eher die Absicht verfolgt, »ein wissenschaftliches Verfahren zu prüfen« (4) als »neue Erkenntnisse über die Sache« (82) zu gewinnen. Wenn Krämer-Jensen »das linguistische Pilotunternehmen, ein (bekanntes) Phänomen — die Literarizität [sic!] politischer Lyrik — mit sprachanalytischen Mitteln (neu) zu beschreiben« (82), in den Vordergrund ihrer Bestrebungen rückt, so kann eine gewisse Sprunghaftigkeit der Darstellung nicht ausbleiben. Zu den besten Passagen des Bandes gehören denn auch die konkreten, philologisch fundierten Textanalysen, vorbildlich etwa die Analyse von Seumes »Trinklied«, einem von vielen älteren Liedern mit »Wiedergebrauchswert« (7). Leider reißt die Autorin auch die so mühsam erarbeitete Dialektik wieder auseinander, wenn sie die künstlerische Form am Ende wiederum nur als äußeres »Gewand« (192) der primären politischen Botschaft auffaßt und das »Literarisieren« als einen ebensolchen Sprechakt wertet wie »Informieren« und »Motivieren« (192).

In ihrer Schlußbetrachtung wartet Krämer-Jensen mit interessanten Forschungsanregungen auf. Ihrer nützlichen Untersuchung ist ein ausführlicher Anhang mit Materialien beigelegt, der 162 Liedtexte aus fünf Liederbüchern vereinigt, sowie ein ausführlicher Apparat mit Literaturverzeichnis, Sach-, Personen- und Liedregister.

Hans-Christian Oeser (Dublin)

**Briegleb, Klaus: Unmittelbar zur Epoche des NS-Faschismus.** Arbeiten zur politischen Philologie 1978-1988. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1989 (465 S., br., 28,- DM)

Gleich zu Beginn dieses Aufsatzbandes fällt jener Ortsname, der durchgängig Bezugspunkt bleibt: Auschwitz. Der Überlebende Primo Levi fragt: »Woher sollten wir die Kraft nehmen, wieder leben zu können ...?« (12) Briegleb stellt fest, daß die Deutschen, das »geschlagene Täterkollektiv« (13), sich diese Frage hätten stellen müssen, ihr aber ausgewichen sind und statt dessen im Wiederaufbau die »rasche Identifizierung mit den westlichen Siegern« (24) praktiziert haben. Es wurde zu denken versäumt, »daß es nur möglich sei, wieder zu leben, wenn wir das *Gespräch mit den Übriggebliebenen* aufnehmen« (13). Eine solche Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit und dem eigenen Antisemitismus, der deshalb noch nach dem Kriege siegreich blieb, wurde kollektiv verweigert, was nicht geschehen konnte, ohne Spuren zu hinterlassen. Hier greift Brieglebs zentraler Begriff der Unmittelbarkeit: unmittelbar, weil ohne Wissen um diese Spuren, stehen wir noch immer zum NS-Faschismus.

In der Einleitung (29-102) gibt Briegleb einen systematischen Abriss des Arbeitsgeräts seiner »politischen Philologie«. Mit dem Foucaultschen Begriff des Diskurses gelingt es ihm, die Funktionsweise diskursiver Bewältigung des unmittelbar sich Aufdrängenden kenntlich zu machen. So wird jede offizielle Erinnerungsrede lesbar als subtiler Abwehrmechanismus, der mit den Mitteln der Ratio den fortlebenden Druck des Vergangenen beherrschbar machen möchte: »Das Alte spricht im Neuen geschützt, abgesprochen, vernünftig und zugleich gelegnet; da das »inhaltlich« Alte dem Neuen politisch aber ausgetrieben *sein soll*, seine vertrauten Artikulationsenergien aber permanent an das Neu-zu-Sagende weitergibt ..., ist dem sprachkonzeptionell Alten der Dauerdruck »neuer« Sprachpolitik aufgelastet.« (32) Diese Funktion der diskursiven »Weiter-Verwortung« (38) wird durch die »Neutralisierungsgewalt der Medien« (63) täglich befördert und ist an Redestrategien wie der des Bundespräsidenten abzulesen, die, scheinbar aufgeklärt, Einfühlung in die Opfer betreiben. Die »Lüge der Einfühlung« (75) baut auf die Distanzierung von den ehemaligen Tätern: »Die Jäger' — *das* sind heute die anderen« (23). Wer dieses Tabu bricht und, wie der ehemalige Bundestagspräsident, »Einfühlung in die Motive der Jäger« (22) versucht, wird selbst geschäft. Die anderen leihen den Opfern ihre Sprache, »um, gut versorgt aus diesem Ausstrahlungspunkt, den Diskurs über das *Unheil* in der *Vergangenheit* in Gang halten zu können« (35) und machen die Opfer abermals zu Opfern. Ernsthaftes Gedenken sollte aber keine »verquer-narzißtische Identifikation mit den Opfern« (23) vollziehen, sondern die dem »Volk der Täter« (35) Zugehörigen müßten »im großen *Heil Heil* ihren Fluchtpunkt suchen« (ebd.).

Auf Grund der stabilisierenden Funktion des Diskurses wird der Sprecher von ihm getragen, wird seine Identität jeweils neu hergestellt, und es stellt sich eine »stabile Unmittelbarkeit zu *sich selber*« (38) ein. Während hier die vom Diskurs getragene Verleugnung der grausamen Tatsachen zum Zeichen der Unmittelbarkeit zur Epoche des NS-Faschismus wird, spricht der Diskursbruch, die Unterbrechung des Diskurses, »aus den gelegneten Tatsachen selbst« (39), und zwar »dort, wo der Zwang der Kontrollen die tragfähige 'Indirektisierung' des Gelegneten nicht mehr erzielt« (ebd.). Er stellt sich am Realort Auschwitz, in der Dichtung, aber auch in der Arbeit im Archiv ein. In der Gedenkstätte Auschwitz gibt es »keine lebendigen kommunikativen Anknüpfungspunkte« (49) mehr. Hier »wartet die härteste aller Tatsachen darauf, angenommen zu werden: daß es nach der Zerstörung der deutschen Geschichte kein anderes deutschnationales Lernziel geben konnte als die Trost-Losigkeit des

Gedächtnisses. Auschwitz 'ergibt' unmittelbar keinen anderen Sinn.« (Ebd.) Nur an die Verweigerung der »Verwortung« im Diskursbruch knüpft sich Hoffnung. Gegen die sinngenerierende »Verstocktheit der Konsenssüchtigen« (26) ist daher am besten mit »einer destruktiven Sicht« (ebd.) vorzugehen, die allererst in der Lage wäre, das bis heute Abgedrängte immer wieder ins Bewußtsein zu rücken. Auf einem Punkt, der im Diskurs nicht vorkommen kann und den Briegleb als »'Nichtort' im Diskurs« (70) anspricht, zielt die destruktive Sicht, als deren »Gewährsmann« für die Literaturtheorie er Benjamin nennt.

In den folgenden Studien sucht Briegleb »Brennpunkte« (59) öffentlicher sprachlicher Artikulation auf und versucht jeweils, die Funktionsweise des Diskurses zu bestimmen, in dem verschiedene Arten des Sprechens aufeinander treffen. Thematisiert wird die »faschismusbereite Germanistik« (107) um 1933 (103-138), die nicht einmal mehr der Gleichschaltung bedurfte; ferner der von Münzenberg als »Lernsituation« (146) inszenierte Kongreß »Das Freie Wort« 1933 und dessen Gegenstück von 1953, an dem — im Zeichen des Konsenses der Antikommunisten — Kommunisten nicht mehr teilnahmen (139-159); ferner der Zusammenhang von Luhmannscher Systemtheorie und Heideggerschen Kategorien von 1933 (160-190) sowie Versuche zu Lessings »Nathan« (191-315) und zum Begriff der politischen Lyrik am Beispiel Kuckhoffs (407-451). Ferner finden sich Texte über »1968« (316-370) und »1977« (371-406). Besonders der »antiterroristisch geregelte Konsens« (85) 1977 wird für Briegleb zu einem zentralen Datum im unbewältigten Fortleben des NS-Faschismus. Hier tritt zutage, daß die »deutsche Identität als ein 'Sinn' ..., der über die innere Feinderklärung und Vernichtung der 'Anderen' ... hergestellt worden ist« (48), noch immer funktioniert. Diesen »Sinn« aufzuscheuchen, wo er sich in Sprache niederlassen möchte, gelingt Briegleb in seiner eigenwilligen, radikalen, keiner Schule zuzuschlagenden Denkart immer wieder. Sven Kramer (Hamburg)

**Luhmann, Niklas, und Peter Fuchs: Reden und Schweigen.** Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1989 (227 S., br., 18,- DM)

Eigentlich geht es in dieser Sammlung von acht Aufsätzen nur darum, an Beispielen zu zeigen, daß Reden und Schweigen zwei Seiten derselben Medaille sind. Weniger trivial formuliert: »Die Differenz von Reden und Schweigen, von Kommunikation und Nichtkommunikation läßt sich nicht auflösen.« (15) Auch Schweigen ist Kommunikation. Völliges Schweigen ist unmöglich, da »Inkommunikabilität, welche Folgen sie für psychische Systeme immer haben mag, Kommunikation nicht daran hindert zu kommunizieren« (177).

Und schon, selbstredend, ist das Plappermaul in Gang gesetzt. Denn: »Die Interpretation des Schweigens dient der Autopoiesis der Kommunikation« (19). Was im Alltag von Fall zu Fall immer neu passiert, haben die bewährten wissenschaftlichen Autopoieten Luhmann und Fuchs schlaue automatisiert. Freilich könnte sich der derzeit berühmteste bundesdeutsche Soziologe noch effizienter unsterblich machen, wenn er statt langjähriger Zusammenarbeit (If.) mit einem leibhaftigen Ko-Autor die Techniken der Künstlichen Intelligenz zur Programmierung eines Autopoeten als nichtdeterministischem Textproduktionsautomaten einsetzte. »Die so eingerichtete Sprache prozessiert Anschlußfähigkeit, nicht Außenkontakt. Ihre 'Semantik' ist kondensierter, bewahrenswerter Gebrauch — nicht im alten semiologischen Sinne Zeichen für anderes.« (16f.) Jedenfalls arbeitet der Autor Luhmann genau so, wie er die Gesellschaft insgesamt sieht: sie »richtet ihre eigenen Operationen so ein, daß sie nur auf Grund eben dieser Operationen produziert und reproduziert werden können« (16); eben das heißt Autopoiesis (65).

»Geht man davon aus, daß soziale Systeme autopoietisch verfaßt sind und daß ihre Elemente Kommunikationen sind, die Kommunikationen mit Hilfe von Kommunikationen erzeugen« (65), dann sind Paradoxien natürlich besonders interessant: »Paradox nennt man Operationen, deren Vollzugsbedingungen zugleich die Bedingungen der Unmöglichkeit ihres Vollzuges sind.« (54) Der Einfachheit halber haben sich die Autoren darüber verständigt, einige der spannendsten Aspekte von Schweigen »in den Texten allenfalls gelegentlich« anzudeuten und »sie unter dem Namen Paradoxie gleichsam gebündelt auftreten zu lassen« (1). Dieser Name wird denn auch mindestens so oft angerufen, wie man beim Lesen umblättern muß, und die freilich gewaltige Komplexität der einschlägigen Literatur (von Augustinus über Merleau-Ponty und Foucault bis Derrida, von Quintilian über Lazarus und Bruneau bis Lyotard) kann durch Verschweigen ein wenig reduziert werden.

Von paradoxen Operationen vor allem, nämlich von kommunizierter Kommunikationsverweigerung, leben jene nicht-alltäglichen Grenzfälle, in denen völliges Schweigen angestrebt wird: Kloster, Zen, Mystik, Geheimnis, Lyrik. Diesen fünf Bereichen gelten die zentralen fünf Aufsätze, vier davon von Fuchs. Fuchs' drei Jahre zuvor schon einmal veröffentlichte Untersuchung der Funktion mönchischen Schweigens bildet den lesenswerten Höhepunkt des Bandes. Überzeugend und detailgenau zeigt er, wie der monastisch-asketische »Versuch, die autopoietische Reproduktion der Gesellschaft an der Wurzel zu kappen« (37), zu unlösbaren Paradoxien führt, die insbesondere durch eine reiche literarische Produktion und durch die Entwicklung nonverbaler Zeichensprachen unterlaufen werden. Auch die anderen Fallstudien enthalten viel Material und anregende Gedanken, wengleich der Stellenwert der letzten beiden Beiträge im Rahmen dieses Bandes unklar bleibt (über das Schema bewußt/unbewußt in der Psychoanalyse und über Kommunikationssperren in der Unternehmensberatung).

Doch woraus der Leser tatsächlich den größten Nutzen zieht, darin sehen die Verfasser bezeichnenderweise nicht das Verdienst des Bandes. Ausdrücklich betonen sie, im Vorwort und auf dem Rücktitel: »Wir verstehen diese Studien nicht in erster Linie als (eine) Erweiterung des Wissens über die Sachthemen, die wir behandeln, sondern als einen Beitrag zur Gesellschaftstheorie.« Dieser Beitrag läuft auf den Nachweis der jedermann geläufigen Tatsache hinaus, daß Menschen alles irgendwie zu deuten und verstehen suchen. Wenn man die produktive Leistung des Subjektes auf den alteuropäischen Müllhaufen der Geschichte wirft, hört sich das gleiche so an: »Die Gesellschaft ist das umfassende System sinnhafter Kommunikation als Auswahl aus den Möglichkeiten sinnhafter Kommunikation, die die Gesellschaft selbst entwirft.« (16) Das Buch zeigt, vielfältig an wechselndem Material wiederholt, daß Schweigen da keine Ausnahme macht.

Gemäß der Sentenz »Um zu zeigen, daß dies möglich ist, genügt es, es zu tun« (17), illustriert sich — autopoietischer Beweis — vieles selbst in diesem Band und dadurch ja sogar dies Motto. Betrachten wir den Stil: »Der Gefahr, daß die Verstellung durch Konkretisierungsbedürfnisse beseitigt werden könnte, wird begegnet durch Steigerung des Abstraktionsniveaus: die Suffixe -heit/-keit/-ung haben Konjunktur in der Deutschen Mystik«; dieser »Vorgang läßt sich in großer Typizität an Meister Eckharts Entwicklung vorführen« (95) und ebenso an Meister Peters und Meister Niklas'. Betrachten wir die Kommunikation zwischen Autor und Leser: »Jedenfalls muß diese Kommunikation dann ihrerseits differenztheoretisch reflektiert und nicht nur so mitgeteilt, sondern auch so verstanden werden können.« (20) Allerdings, aber wie? Und betrachten wir also das ganze Buch als kommunizierte Kommunikationsverweigerung: »Paradoxien in Kommunikation können erfrischen

und Geist signalisieren. Eine Häufung erstickt jede Kommunikation. Das ist, am Rande bemerkt, auch ein Problem dieser Arbeit.« (94f.)

Hingabe ans Schweigen, auch das paradox, verführt zu Schwatzhaftigkeit; am Beispiel von Mystik liefert Fuchs (93) eine plausible Begründung dafür: »Fasziniert durch Dauerenttäuschung, die ihrerseits als Dauerkriterium für die Tatsächlichkeit, für die Echtheit mystischer Erfahrung dient, *spricht* sie unentwegt«. Manchmal scheint Systemtheorie nicht so weit entfernt davon.

Unglaublich in dieser sonst pedantischen Umgebung, wie schlampig manchmal zitiert wird; beispielsweise (101) wird aus Plutarchs »De garrulitate« in Bd. VI der »Moralia« (393-467) fälschlich »De garrulatione« in Bd. IV (393-515).

Ulrich Schmitz (Duisburg)

**Wierzbicka, Anna: The Semantics of Grammar.** John Benjamins Publishers, Amsterdam 1988 (618 S., Ln., 220,- DM)

In den letzten Jahren rückte ein linguistischer Bereich wieder verstärkt in den Mittelpunkt des Interesses, der sich vor allem durch das Zusammenwirken verschiedener Disziplinen, wie Psychologie, Philosophie, Informationswissenschaft und Linguistik auszeichnet. Gemeint ist die sich mit den Grenzbereichen von Sprache und Denken befassende Kognitive Linguistik. Obwohl dieser Begriff ebenso vielschichtig wie uneindeutig ist, kann man doch sämtliche Richtungen innerhalb der Kognitiven Linguistik unter zwei gemeinsame Nenner stellen: Da wäre zum einen die Verbindung zu einer langen sprachphilosophischen Tradition, zum anderen die Abkehr von der Chomsky-Doktrin, die vor allem in den sechziger Jahren als bestimmend für die Grammatiktheorie angesehen wurde.

Anna Wierzbicka, Professorin für Linguistik an der Universität von Canberra, geht es darum, wie die Bedeutung sprachlicher Ausdrücke zustandekommt und wie Erscheinungen der Sprache geistig repräsentiert werden. Sie greift den sprachphilosophischen Ansatz Wilhelm von Humboldts auf und baut ihn für ihre Zwecke aus. Für Humboldt besteht jede Sprache aus Universalien sowie einzelsprachlichen Entitäten, wobei die Weltauffassung einer Sprachgemeinschaft durch diese Entitäten bestimmt wird. Aus diesem Grunde kann eine Sprache nicht verzerrungsfrei und vollständig in eine andere übersetzt werden. Vor diesem Hintergrund lehnt Wierzbicka, ohne sich explizit auf Chomsky zu beziehen, einige Postulate der Generativen Grammatik ab. Insbesondere die Hypothese der Autonomie der Syntax, nach der die mentale Repräsentation sprachlicher Phänomene auf syntaktischen Gesetzmäßigkeiten beruht und Bedeutungen infolge syntaktisch vorgegebener Interpretationsmechanismen erzeugt werden, gerät in das Feld ihrer Kritik.

Während Chomsky die Semantik als Anhängsel zur Syntax betrachtet und die semantische Interpretation von Sätzen für syntaktisch bestimmt hält, verfolgt Wierzbicka den umgekehrten Weg und nähert sich syntaktischen Erscheinungen über die Semantik, indem sie eine aus semantischen Universalien bestehende Meta-Sprache entwickelt. Ihrer Ansicht nach sind syntaktische Erscheinungen semantisch bestimmt, was Chomskys Ansicht auf den Kopf stellt. Wierzbickas Meta-Sprache beruht auf einer systematischen Beschreibung bestimmter Phänomene natürlicher Sprachen. Um möglichst differenziert über einzelsprachliche Unterschiede urteilen zu können, beruft sie sich nicht ausschließlich auf Beispiele des Englischen — was bei Autoren vergleichbarer Arbeiten oft vorkommt —, sondern zieht auch das Polnische, Russische, Französische, Italienische, Deutsche, Spanische und sogar Japanische heran. Ihr geht es um eine standardisierte Methodologie für die Beschreibung natürlicher Sprachen, wobei sie keine eindeutige Trennung von Syntax und Semantik

akzeptieren kann. Darum lehnt sie auch die entsprechende Dreiteilung im Zeichenmodell von Morris ab. Diese Unterteilung in Syntax, Semantik und Pragmatik gelte allenfalls für künstliche Zeichensysteme, nicht jedoch für natürliche Sprachen, deren syntaktische und morphologische Relationen ebenfalls schon bedeutungsbestimmend seien.

Bedeutung ist einerseits abhängig vom Subjekt, andererseits kulturspezifisch durch den kulturellen Kontext festgelegt. Nach Wierzbickas Ansicht lassen sich drei einander bedingende Arten von Semantik formulieren: lexikalische, grammatische und illokutionäre Semantik. Der Rahmen der vorliegenden Theorie wird von der grammatischen Semantik gebildet: sie setzt sich aus einer Semantik der Syntax und einer Semantik der Morphologie zusammen. Als Beispiel führt sie die syntaktische Unterscheidung der ING- und TO-Formen im Englischen an. Die Form *She kept dancing*. kann im Gegensatz zu \**She kept to dance*. als grammatisch korrekt angesehen werden. Die Entscheidung über die zu bildende Form ist nach Wierzbicka nicht syntaktisch bestimmt, sondern durch gewisse semantische Kategorien determiniert. Diese Kategorien sind vage Einteilungen von Verbklassen: so stehen TO + *wanting*, TO + *opinion*, ING + *time* usw. Andere Verben lassen beide Formen zu oder aber nur die TO-Form. Diese Einteilung in Kategorien der Bedeutung erscheint freilich recht willkürlich, was ebenso für ihre Zuordnung der Verben gilt. Geschlossenheit und Vollständigkeit der semantischen Bereiche kann nicht gesehen werden.

Wierzbicka versteht ihre Monographie als empirische Studie. Der Umfang von über 600 Seiten ist daher für ein derartiges Unternehmen durchaus gerechtfertigt, zumal sie an vielen Beispielen versucht, ihren in der gegenwärtigen Forschung eigenwilligen Ansatz zu belegen. Ein Sachregister ermöglicht zusammen mit einem Autorenverzeichnis einen guten Überblick über die angesprochenen Probleme. Positiv ist anzumerken, daß sämtliche von Wierzbicka entwickelten Primitiva in einem Index am Ende des Bandes zusammengefaßt sind. Der Band bietet ein Resümee ihrer früheren Aufsätze sowie eine umfassende Darstellung ihrer Theorie. Der kognitiven Linguistik liefert »The Semantics of Grammar« sicher genug Stoff für eine Auseinandersetzung, beeindruckend ist das Selbstbewußtsein, mit dem Wierzbicka ihre Theorie vorträgt.

Rüdiger Schütz (Duisburg)

**Oksaar, Els: Fachsprachliche Dimensionen.** Gunter Narr Verlag, Tübingen 1988 (VIII, 296 S., br., 84,- DM)

Eine Wissenschaftlerin mit einer internationalen Reputation wie Els Oksaar braucht sicher nicht eine um jeden Preis verlängerte Literaturliste, um zu zeigen, wie gut sie ist. Und auch der angelsächsische Unsinn, per Bibliometrie den Forschungs-Output zu messen, um danach Gelder zu verteilen, hat die deutschen Universitäten noch nicht so stark im Griff, daß einem jedes Publikationsmittel recht sein muß. Warum aber reiht man dann vierzehn Artikel, die alle schon an zumeist recht gut zugänglichen Orten erschienen sind, fünf von ihnen vor 1968, aneinander, bemäntelt die Tatsache, daß sie nicht einmal in einen Zusammenhang gebracht oder wenigstens überarbeitet worden sind, mit der »Begründung«, so ließen »sich frühe Überlegungen nachvollziehen« (viii), nennt diese Sammlung ein Buch und verlangt 84 DM dafür? Ich weiß es nicht.

Unterteilt werden die vierzehn Artikel in drei Teile mit Allerweltsüberschriften: lexikalische, kommunikative und kulturelle Dimension. In der lexikalischen Dimension findet man — voneinander unabhängige — Überlegungen zu Fahrzeug-, Berufs- und Farbbezeichnung im Deutschen, lesenswerte Anmerkungen zur Genus- und Sexusproblematik und zur Begriffsumwertung in einer sich wandelnden Berufswelt

und zum Begriff der Schnelligkeit. Unter der Überschrift kommunikative Dimension wird u. a. auf Aspekte fachspezifischer Interaktion in den Bereichen Verwaltung, Recht, Versicherung und Arzt-Patienten-Beziehung eingegangen. Klarheit und Verständlichkeit sind Schlüsselworte in vielen der Aufsätze, aber auf Grund der Machart des Buches sind sie eben nicht aufeinander bezogen, sondern tauchen immer wieder neu auf, so als läse man sie im jeweiligen Aufsatz zum ersten Mal. Hingeworfene Bücher wie dieses sind ärgerlich in einer Zeit, in der im Ausland ein verstärkter Bedarf an Deutsch als Fachsprache besteht, auf den in vielen Fällen mit Kursen von nicht entsprechend ausgebildeten Lehrkräften reagiert wird, in denen zum Teil recht abenteuerliche Fachsprachen-Konzepte zum Tragen kommen. Wir brauchen deshalb dringend Bücher, die sich *in kohärenter Weise* linguistisch mit dem diffizilen Verhältnis von Fach- und Gemeinsprache und den verschiedenen Fachsprachen beschäftigen. Eine Reihe wie das *Forum für Fachsprachenforschung*, die mit ihrem ersten Band, Lothar Hoffmanns *Kommunikationsmittel Fachsprache*, ja einen durchaus nicht unwichtigen Beitrag zur Fachsprachenforschung neu aufnahm, sollte dabei eine wichtige Rolle spielen. Das geht aber wohl nur, wenn man auf Bücher wie dieses verzichtet.

Dietmar Rösler (London)

**König, Werner:** Atlas zur Aussprache des Schriftdeutschen der Bundesrepublik Deutschland. Band 1: Text, Band 2: Tabellen und Karten. Max Hueber Verlag, Ismaning 1989 (173 und 332 S., br., 148,- DM)

Jedem, der die Ohren spitzt, fällt auf, daß selbst innerhalb der BRD keiner einheitlichen Standardaussprache gefolgt wird, trotz Siebs (1969) oder Duden *Aussprachewörterbuch* (1962/1974) — ausgenommen seitens einer kleinen Gruppe von Berufssprechern (Schauspieler, Rundfunksprecher). Vielmehr variiert auch in der öffentlichen Rede, z. B. von Politikern, die Aussprache des Deutschen je nach regionaler Herkunft des Sprechers — freilich großlandschaftlich, nicht kleinlandschaftlich wie beim Dialekt. Diese großlandschaftliche Variation versucht König empirisch zu erfassen — ein Unterfangen, das trotz aller Unterschiede in Methode und Gegenstand Ähnlichkeit hat mit J. Eichhoffs *Wortatlas der deutschen Umgangssprache* (1977/78).

Materialgrundlage sind Tonbandaufnahmen von 44 sozial homogenen ProbandInnen (StudentInnen mit mindestens einem Elternteil, das Abitur hat), von denen jede/r einen der gleichmäßig über das ganze Bundesgebiet verteilten Ortspunkte repräsentiert. Die Ortsgebundenheit der ProbandInnen soll dadurch gewährleistet sein, daß sie am jeweiligen Ort aufgewachsen sind, wie übrigens zumeist auch die Eltern. Dagegen soll der Umstand, daß sie zur Aufnahmezeit in Freiburg i. Br. bzw. in Augsburg studierten, wo sämtliche Aufnahmen gemacht wurden, ihre herkunftsspezifische Aussprache nicht maßgeblich beeinflussen haben. Die Problematik des Prinzips der einzelnen Gewährsperson (mangelnde Repräsentativität) wird dadurch entschärft, daß nur Aussprachevarianten aufgenommen werden, die bei mindestens zwei ProbandInnen auftreten, wodurch zugleich die gewünschte Großräumigkeit hergestellt wird. Von allen ProbandInnen werden drei verschiedene Textsorten ausgewertet: Vorlesen einer Wortliste, Vorlesen von Minimalpaaren und Vorlesen von Einzellauten. Die ebenfalls aufgenommenen Textproben spontanen Sprechens und des Vorlesens eines kohärenten Textes wurden nicht ausgewertet. Nur auf zwei weitere methodische Probleme sei noch hingewiesen, die zwar auch vom Autor thematisiert, aber nicht entschärft werden: einmal die lediglich auditive (nicht physikalische) Lautanalyse nur durch den Autor selber, die zu systematischen Fehlern führen kann (individuelle Artikulationsbasis, individueller Standard) (Bd. 1: 33); zum

anderen die Verwendung verschiedener phonetischer Transkriptionssysteme für Analyse und spätere Darstellung — die Begründung, warum nicht gleich das API verwendet wurde, ist angesichts der späteren Übersetzungsschwierigkeiten fragwürdig (Bd. 1: 23).

Solches Mäkeln an Details stellt die insgesamt hohe Qualität dieser Untersuchung freilich nicht in Frage. Die beiden Bände liefern einen geographisch breiten Überblick über die Aussprachevarianten des regionalen Standards von Flensburg bis Kempten i.A., indem Vokalismus, Konsonantismus und wichtige Nebensilben in großer Vollständigkeit erfaßt sind. Die eigenen Befunde werden im Textteil (Bd. 1: 35ff.) nicht nur mit anderen Ergebnissen empirischer Einzeluntersuchungen verglichen, sondern auch mit den normativen Aussprachewörterbüchern (Siebs, Duden, *Großes Wörterbuch der deutschen Aussprache* [1982]). In Band 2 werden die Befunde im einzelnen nach geographischer Verteilung, Kontexten und statistischen Häufigkeiten zunächst tabellarisch und anschließend auf nicht weniger als insgesamt 237 jeweils ganzseitigen Karten dargestellt. Die zahlreichen statistischen Häufigkeitsangaben lassen darauf schließen, daß in vielen Fällen keine kategorischen, sondern variable Ausspracheregeln (im Sinne von Labov) vorliegen. — Das Buch ist sicher weniger für Laien als für Experten geschrieben; es kann jedoch dazu beitragen, daß Vorurteile, es gebe nur eine einzige korrekte Aussprache des Deutschen, die trotz ohrenfälliger anderer Wirklichkeit weit verbreitet sind, relativiert werden.

Ulrich Ammon (Duisburg)

**Stetter, Christian: Richtige Groß- und Kleinschreibung durch neue, vereinfachte Regeln.** Falken Verlag, Niederhausen 1989 (96 S., br., 9,80 DM)

Die groß- und kleinschreibung ist ein kapitel der deutschen sprache mit besonderem stellenwert: einerseits wegen der zahlreichen schwierigkeiten und andererseits wegen der emotionalen aufregtheit, mit der änderungsvorschläge zur substantivgroßschreibung aufgenommen werden. Stetter weist die behauptung als »erwiesenermaßen falsch« (39) zurück, wegen der struktur der deutschen sprache seien substantiv groß zu schreiben. Vielmehr verweist er darauf, daß es sich um einen historischen prozeß handelte, der erst spät neben der großschreibung von satzanfängen und eigennamen auch die großschreibung von substantiven brachte.

Obwohl Stetter weiß, daß die substantivgroßschreibung »widerspruchsfrei nicht zu regeln« (6) ist und 1901 nur aus »pragmatischen Gründen« (22) zur offiziellen norm erhoben wurde, will er respektieren, daß die menschen am vertrauten schriftbild festhalten wollen. Deshalb beschränkt er sich darauf, »trotz aller sprachwissenschaftlichen Bedenken« (6) lediglich das geflecht der regeln zu ordnen und »gelegentlich« (23) von der schreibweise des duden abzuweichen. So wird insbesondere vorgeschlagen, die von personen- und geographischen namen abgeleiteten adjektive immer klein zu schreiben und bei desubstantivierung kleinschreibung zu bevorzugen. Trotz der systematisierung, die in den dudenregeln enthaltene widersprüche beseitigt, bleiben die regeln zur substantivgroßschreibung so kompliziert, daß Stetter den leser vorsichtshalber um entschuldigung bittet und darauf verweist, daß nur das historisch gewachsene systematisiert werde (vgl. 52). Im regelwerk versucht Stetter nicht nur eine übersichtliche darstellung der regeln, sondern auch eine klärung von eigennamen über ihre kennzeichnungsfunktion. Der leser kann die schreibweise eines wortes mit hilfe des regelwerks (38-69) oder über eine wortliste (70-95) ermitteln. In der wortliste, die auf anfragen an das aachener grammatische telefon zurückgeht, wird durch nummern auf das übersichtlich gegliederte regelwerk verwiesen. In diesem buch (22f.) wird ebenso wie beim grammatischen telefon (8) auf

die beschränkte geltung der amtlichen rechtschreibregeln hingewiesen, nicht aber ausdrücklich auf die möglichkeit der gemäßigten kleinschreibung.

Lediglich im anhang wird auf einer seite demonstriert, welchen vorteil diese als »sehr einfach« (96) eingestufte schreibweise bietet, weil die regeln der substantiv-großschreibung entfallen. Die regelungen zur eigennamenschreibung und das auf seite 9 vorgeschlagene reformprinzip bleiben auch für die gemäßigte kleinschreibung gültig: »Man darf nicht auf sie warten, man muß sie praktizieren.« Wenn viele sich am dativ gewöhnen, warum nicht auch an die kleinschreibung?

Klaus Roß (Duisburg)

## Kunst- und Kulturwissenschaft

**Kulturpolitische Gesellschaft (Hrsg.): Kultur-Markt Europa.** Jahrbuch für europäische Kulturpolitik. Kölner-Volksblatt-Verlag, 1989 (285 S., br., 34,- DM) (a)

**Lipp, Wolfgang (Hrsg.): Kulturpolitik.** Standorte, Innensichten, Entwürfe. In Verbindung mit der Akademie für Politische Bildung, Tutzing. Dietrich Reimer Verlag, West-Berlin, 1989 (368 S., br., 48,-DM) (b)

**Noetzel, Thomas, und Horst Dieter Zahn (Hrsg.): Die Kunst des Möglichen.** Neokonservatismus und industrielle Kultur. SP-Verlag Norbert Schüren, Marburg 1989 (195 S., br., 19,80 DM) (c)

Es geht die Legende (und Konservative tun alles, sie zu pflegen), die Meinungsführerschaft in Sachen Kultur sei von der SPD an die CDU übergegangen. Angesagt ist daher die Auseinandersetzung mit konservativen Positionen. *Noetzel* und *Zahn* geht es dabei um einen produktiven Zugang, der sich absetzt von immunisierendem orthodoxen »entlarvendem« und von opportunistischem Umgang mit konservativen Positionen (c 7). Den Konservativen ist es gelungen, durch das neue Besetzen von Begriffen (wie z.B. »Fortschritt«) ihre Angst vor der kulturellen Moderne zu überwinden, und erleichtert wird ihnen dies durch eine willfähige modernistisch-affirmative Kunstproduktion (c 9). Propagiert wird Individualisierung statt verordneter Solidarität; der Freiheits-Diskurs findet statt im Kontext von Prosperitäts- und Lebensstil-Entwicklungen. Aber »Modernisierung« ist zur leeren Systemerhaltung geworden — am empfindlichsten ist der moderne Konservatismus, wenn es um Inhalte geht; deren Verbindlichkeit wird freilich zugleich relativiert durch den »Pluralitäts«-Diskurs der Postmoderne.

Und die Alternativen verschwimmen. *Václav Havel* vermittelt uns ein Gefühl für die innere Destruktion der Kultur als Element der Stagnation in den Staatssozialistischen Ländern: Weil nichts dem Zufall überlassen werden durfte, wird auch das Ereignis, wird die Wirklichkeit zerstört. Vielfalt und Widersprüche werden eingebettet in der Rede von »historischen Gesetzmäßigkeiten«; »... die Geschichte hat ihren definitiven Sinn gefunden. Hat aber Geschichte, die ihren Sinn gefunden hat, noch einen Sinn?« (a 253) Dieser Frage allerdings müssen sich *alle* teleologischen Interpretationen, auch die der Marktwirtschaft, stellen. »Die Geschichte des Systems, in dem ich lebe, hat deutlich bewiesen, daß ohne die Pluralität wirtschaftlicher Initiativen und Subjekte, ohne Wettbewerb, Konkurrenz, Markt und deren institutionelle Garantie die Wirtschaft stagniert und verfällt« (a 258). Möglich ist dies freilich auch *mit* entsprechenden Garantien, und 1929/30 redeten Intellektuelle mit der gleichen Emphase und eigenen Überzeugung vom Ende des kapitalistischen Systems, mit der sie heute von demjenigen des Sozialismus reden. *Olaf Schwencke* (Loccum) sieht, anknüpfend an eine Geschichte von Havel, die Gefahr, daß nicht nur Systeme wie das

der einstigen CSSR kulturzerstörend wirken, sondern auch der europäische Binnenmarkt von 1992 mit der von ihm begünstigten Uniformität (a 243).

Eine »liberale Renaissance« (c 68) verbindet liberale Utopie und (neo-)klassische Ökonomie, verspricht »kompensatorische Kontingenzbewältigung« mit der Vorstellung von »Lebenswelt« und prinzipiell positiver Wertung von Technik; die »rettende Ordnung« wird idealiter durch die Wirtschaftsordnung hergestellt; die »Gruppenanarchie« (c 75, 81) ist durch regulierende Maßnahmen zu kontrollieren. *Völker Heins* hat eine »zweite Modernisierung« der CDU ausgemacht, die auf die Professionalisierung der Parteiarbeit folgt. Sie stützt sich auf »klassenübergreifende antibürokratisch-ökolibertäre Motive und Lebensstile« (c 92) und entwickelt eine »kaptialistisch-sozialökologische Gesellschaftsvision«. Heins hält es für legitim, von einem »Kohlismus« als »Ausbalancierung 'kalter' und 'warmer' Elemente im Diskurs der Modernisierer«, einer »'gemütlich'-kulturalistischen Abfederung des technologischen Modernisierungs-Stresses« (c 105) zu sprechen.

Das Verhältnis der Konservativen zu Arbeit und Technik (*Noetzel/Zahn*, c 16-24) bewegt sich von konservativer Technikkritik noch zur Jahrhundertwende zur »Konservativen Industriekultur« (*Zahn*, c 25-49) von Lothar Späth und seiner Zukunftskommission von 1983. Kompensatorischer Kultur stellt Zahn das Beharren auf »integraler Humanität« entgegen. Vertieft wird diese Auseinandersetzung bei *Norbert Reiber* (»Kultur und Weltmarkt in Baden-Württemberg«, c 167-182): Exportzwang und Konkurrenzdruck liefern die Begründungen für die staatlichen Vorleistungen beim Übergang zur »Informationsgesellschaft«. Begleitet wird dies von der Mobilisierung der Kultur als Wirtschafts- und Standortfaktor, als Kreativitätsressource, als Religionsersatz, als Instrument der Pazifizierung durch »Plurale Lebensstile« und als »Kompensation eines veränderungsbedingten Vertrautheitsschwundes« (Lübbe). Die »Verschränkung von Fortschritts- und Technikkritik einerseits mit Utopie- und Emanzipationskritik andererseits« (c 108) vor allem bei Robert Spaemann und Hans Jonas ist ein dazu im Spannungsverhältnis stehendes anderes Element neokonservativen Denkens.

Kultur spielt auf verschiedenen Feldern eine zunehmende Rolle. *Gerd Bauer* referiert Formen des neuen Paradigmas »Unternehmenskultur«, vor allem unter dem Gesichtspunkt der Produktivitäts-, weniger der Umsatzsteigerung (c 183f.).

Neben politikwissenschaftlichen und soziologischen Interpretationen muß Kulturwissenschaft ihre eigene komplexe Analyse versuchen. Bernd Wagner ist einer der wenigen, die dies versuchen. Er weist auf verschiedene Seiten aktueller Kulturpolitik hin: Noch gibt es eine Politik der »staatliche(n) Gesinnungskontrolle und unterwürfige(n) Loyalitätsbeweise« (c 153), ebenso die »rechtspopulistisch-konservative Position« der »Verzahnung von Politik und Kultur« und der Anknüpfung an »alte Grundwerte und Sekundärtugenden« (c 155). Aber daneben, mit Abgründen dazwischen, gibt es eine »extrem moderne Industrialisierungs- und High-Tech-Politik« mit entsprechenden Brüchen und Unübersichtlichkeiten bei den »Modernisierern«. Sie geht einher mit offensiver Kulturpolitik, mit der Anerkennung von Wertwandel und Individualisierungsschub, verwendet aber die Kultur der Lebensstile als Sozialkitt bei gleichzeitiger »Entkoppelung von wirtschaftlichem System und kulturellem Bereich« (c 161) und inhaltlicher Trennung von Politik und Kultur: Kultur soll zwar Sinndefizite decken und Sinnersatz bieten, aber keine Einrede leisten. Instrumentalisierung von Kultur freilich ist ubiquitär: Sie findet sich beim Wettbewerb der Weltstädte (*Abraham de Swaan*, a 52-60) ebenso wie beim internationalen Kulturaustausch (*Kathinka Dittrich van Weringh*, a 113-119).

Wie wichtig es ist, daß Kulturpolitik ihre eigene Reflexionsebene entwickelt, zeigen

die widersprüchlichen Ratschläge, die ihr von außen zukommen. Für *Wolfgang Welsch* kommt es darauf an, einer »postmodernen radikal gewordenen Pluralität« (b 50) ohne Indifferenz und ohne Uniformierung Geltung zu verleihen — etwa indem man, wie er empfiehlt, gegen das (kaum angewandte) »Gießkannenprinzip« der Kulturförderung »Trennung, Schärfe, Profilierung« als Förderkriterien verwendet und eine Präferenz für das Abweichende praktiziert: Ich bin skeptisch, was geschieht, wenn dies allgemeiner Schematismus einer Kulturbürokratie wird. Der Züricher Volkskundler *Paul Hugger* geht den Beziehungen zwischen Alltagskultur und Kulturpolitik nach und kommt zu dem bemerkenswert naiven Schluß: »Ein mündiges Volk entwickelt seine eigene Alltagskultur, nach eigenen Gesetzen und nach immanenten Wertvorstellungen« (b 172): Daß auch letztere bei aller Offenheit ihre eigene Historizität mit Einflüssen herrschaftlicher (z.B. kirchlicher) Bevormundung, Repression und (heute!) Marktmacht von Kulturindustrie und Warenwelt haben, ist freilich auch Hugger nicht fremd, wenn er von »externen Kräften« redet (b 163). Und wenn er zugesteht, daß auch Alltagskultur einer gewissen nicht bevormundenden Förderung bedarf (b 171), dann nähert er sich über die Kritik an ihr dem, was für ernsthafte demokratische Kulturpolitik eigentlich schon längst Standard ist. *Wolfgang Lipp* (Würzburg) geht in der Konzeption seines Sammelbandes (b) aus von der Spannung Kultur/Politik (die aktuell heute in den osteuropäischen Staaten so stark ist, daß man dort die Vokabel »Kulturpolitik« tunlichst vermeidet), und versucht, in einer der Kultur günstigen Großwetterlage Wissenschaftler und Praktiker zusammenzubringen. Kultur, betont er, duldet keine linearen und dichotomischen Prozesse, lebt vielmehr in der Spannung von Widersprüchen: Quantität/Qualität, indifferente Beliebigkeit gegen hochmotivierte Spontanität, Alltag und Repräsentativität, Verwaltung und Gestaltung. Gängige Themen der Kulturpolitik sind es, wenn *Hermann Glaser* (b) »Topoi einer neuen Kulturlandschaft« wie »Werkstatt« und »Tätigkeit« (statt Arbeit) vorstellt, *Eckhart Pankoke* (b) Spiele, Feste und Märkte als »sinnliche Zeichen« interpretiert, und *Wolfgang Lipp* (b) einen bewußteren Umgang mit Festen und Festivals vor schlägt. *Claus Grimm* (b) geht es ähnlich wie *Detlef Hoffmann* (a) um »Sinnvermittlung und Sinnstiftung« in Museen und Ausstellungen, *Karla Fohrbeck* gibt Erfahrungen wieder, die sie in der Gründungsphase der Kultur-Lobby »Deutscher Kulturrat« seit 1981 gemacht hat (b).

Der Europäische Binnenmarkt bringt eine Menge neuer Probleme fürs kulturelle Leben, z.B. durch die Kulturmarkt-Harmonisierung, durch die zunächst nur gegen die US-Vorherrschaft gerichtete »Europäisierung« bzw. Nationalisierung der Kultur in wirtschaftsnaher Weise (»culture et économie — même combat«, Jack Lang), durch Euro-Chauvinismus und durch die »Gentrifikation« der Stadt-Zentren als der Kehrseite der kulturellen Modernisierung. *Thomas Schmid* erinnert in der Europa-Euphorie an ein »paar Kruditäten« (a 38): Es waren in der Geschichte Europas gerade die kulturell so gefeierten Werte wie Differenz, Vielfalt und Egalitarismus auch Instrumente und Motor der kolonialistischen Expansion Europas, und das neue Europa kann ja durchaus auch ein neuer Anlauf zur Expansion sein, der die eigentlichen kulturellen Themen (der Persönlichkeitsrechte in modernen Gesellschaften z.B.) überhaupt nicht aufarbeitet — auch hier scheint, wie Oskar Negt im Kontext aktueller Verlustererfahrungen und Heimat-Wünsche Marx zitiert, »jedes Ding mit seinem Gegenteil schwanger zu gehen« (c 143).

Zu den wichtigsten Themen der aktuellen Kulturpolitik gehört die von der Soziologie an sie herangetragene »Lebensstil«-Diskussion. Stattgefunden hat (so Hermann Schwengel) in den Großstädten der BDR die nicht widerspruchsfreie »Bildung neuer politisch-kultureller Oberschichten ... , die ihre eigene Nachfrage mitproduzieren,

die sich über Lebensstile definieren, anerkennen und abgrenzen, das heißt mit ihrem Unterscheidungs willen wirtschaftliche Nachfragestrukturen und politische Willensbildung wesentlich mitbestimmen« (c 62) (und deswegen von einschlägigen Interessenten hofiert werden). Gleichzeitig steht die »Zivilisierung der Modernisierung« an: So wie der Wohlfahrtsstaat in der vorhergehenden Modernisierung für den prekären Ausgleich von sozialen und wirtschaftlichen Interessen sorgte, muß heute der »Konflikt zwischen unterschiedlichen Rahmensetzungen für die Differenzierung und Entwicklung von Lebensstilen« (63) bewältigt werden. Die soziale und kulturelle »Zähmung des Kapitalismus« würde z. B., schreibt *Schwengel* an anderer Stelle, heute »heißt, die Kosten einer privatwirtschaftlich deregulierten Urbanität zu begrenzen, der Verengung der Vielfalt sozialer Akteure auf das alleinlebende Wirtschaftssubjekt entgegenzuwirken, die Entwicklung einer neuen 'Dienstklasse' in der modernen Dienstleistungsproduktion zu blockieren und der Professionalisierung der Experten und Paraprofessionalisierung des Publikums egalitäre Maße zu geben. Sie heißt aber auch Öffnung und infrastrukturelle Rahmgebung von Wachstumsfeldern für private Investitionen in sozialen und kulturellen Feldern« (a 27). Dies klingt wie eine knappe Zusammenfassung moderner kulturpolitischer Programmatik. Was aber im Wohlfahrtsstaat noch als Zähmung« gelingen konnte, ist heute fraglich: »Von außen ist die hegemoniale Plausibilität des Wohlfahrtsstaates durch die Internationalisierung von Investition, Finanzierung und Konsum bedroht, von innen durch die ästhetische Autonomisierung und sozialstrukturelle Differenzierung von Lebensstilen, durch die ebenso kalkulatorische wie emanzipatorische Lockerung moralischer Standards und die Vervielfachung sozialer Hierarchien und Segmentierungen« (a 26f.). Die Chancen, die moderne Wohlstandsgesellschaften für Privatheit und die »Kultur des Wählens« bieten, werden damit immer wieder gefährdet. Gebraucht wird, so *Schwengel*, »eine Infrastruktur, die den Umgang mit Ungewissheiten, organisierten Risiken und Gefahren auseinanderzuhalten erlaubt und Entscheidungen über die Geltung von Gewohnheiten aus der Gemengelage von Tradition, Markt und Interessenwahrnehmung herauszieht« (a 30). *Karl Homuth* zufolge korrespondiert dem Wahlversprechen der Lebensstilgesellschaft »das verunsichernde Gefühl, daß man sich hätte auch anders entscheiden können« (a 85), aber auch »die latente Angst, der Sinn der eigenen Existenz könne sich im Relativismus des kulturellen Marktes erschöpfen und verlieren«. *Hans-Peter Meier-Dallach* (Zürich) (b 299) und *Helmut Klages* (b 255) versuchen auf internationaler bzw. kommunaler Ebene kulturpolitische Konsequenzen aus diesen Prozessen des Werte- und Strukturwandels zu ziehen. Für *Kurt H. Biedenkopf* ist Kultur »Voraussetzung für die Lebensfähigkeit menschlicher Gesellschaft« (a 15) — als schöpferische Tätigkeit, aber auch als »Voraussetzung für die notwendige Fähigkeit, uns zu begrenzen«. Im kulturellen Diskurs entwickelte und akzeptierte Standards sind die Voraussetzung für überlebensfähige Strukturen. — Auch hier dokumentiert sich die zunehmende politische Bedeutung des Kulturellen. Dieter Kramer (Marburg und Frankfurt/M.)

**Der Kunstkoordinator des Landes Baden-Württemberg (Hrsg.): Kunstkonzeption des Landes Baden-Württemberg.** Konzeption Hannes Rettich. VUD Verlags- und Druck GmbH, Freudenstadt 1990 (391 S., 158 Abb., br.)

Seit einem Jahr wurde in Baden-Württemberg an einer Kunstkonzeption und an der Schaffung eines Kunstministeriums gearbeitet. Während die Kunstkonzeption, von der sich auch die soziokulturellen Zentren etwas versprochen hatten, jetzt da ist, wurde der Plan des eigenen Kunstministeriums fallen gelassen. So bleibt das meiste beim alten, zumal die Konzeption auch weniger mutig ist, als manche erhofft hatten,

und ihr Verfasser enttäuscht vorzeitig in Pension gehen wird. — Das Buch bietet ein Panorama der Kunstförderung in Baden-Württemberg und der geplanten Maßnahmen, wobei das taktische Kunststück vollbracht wird, die zentrale Stellung der neuen Großprojekte — z.B. in Stuttgart die Theaterakademie (180 Mio. DM) und die Akademie Schloß Solitude (45 Mio DM), in Karlsruhe das Zentrum für Kunst und Medientechnologie (ZKM) und die Hochschule für Gestaltung (zusammen 129 Mio DM) — darstellungsmäßig zu relativieren, indem sie als Aus- und Fortbildungsmaßnahmen beschrieben werden und ihre exorbitanten Kosten ungenannt bleiben, während die Fülle der kleinen Förderungsmaßnahmen z.B. im Bereich der Schul- und Laienkunst detailliert ausgebreitet wird. Nur am Rande behandelt wird der Bereich der alternativen Kunst, obwohl Späth/Gönnenwein im Vorwort von der Gleichrangigkeit von etablierter und alternativer Kunst sprechen und den Eindruck erwecken, als verfolge die Kunstkonzeption das Ziel, eine Neugewichtung der Künste vorzunehmen.

Unter »Theater« werden nach wie vor nur die Staats-, Stadt-, Landes- und Kleintheater mit festem Ensemble verstanden, während die internationale Szene der freien Gruppen mehr als ein Störfaktor der Förderungssystematik am Rande des Kulturlebens wahrgenommen wird. Ihre Auftritte und Produktionen werden infolge dessen auch nicht als förderungswürdiges »Theater« anerkannt. Sie sind künftig jedoch zuschubwürdig, wenn sich ein »Ensemble« eines geförderten baden-württembergischen Theaters zur Kooperation bereitfindet (354). Diese Bestimmung bedeutet wohl, daß die staatlichen Bühnen künftig Zuschüsse für Gastspiele mit freien Gruppen erhalten sollen, die freien Kulturzentren aber nicht.

Überhaupt wird die Arbeit der soziokulturellen Zentren, die als Spielstätten von Bedeutung sind, auch in Zukunft eher behindert als gefördert, obwohl — für CDU-Verhältnisse eine Kulturrevolution — eine Förderung soziokultureller Zentren im Kapitel 10 unter dem Aspekt »spartenübergreifende Kunstförderungsmaßnahmen« ein eigener Programmpunkt geworden ist. Sie werden von Späth/Gönnenwein als »Kulturzentrum neuen Typs« begrüßt (13), beim Bau der Häuser bzw. der Umnutzung von bestehenden Gebäuden und der Unterstützung der Arbeit will das Land aber dennoch nur minimale Hilfen leisten. Dieser Widerspruch erklärt sich aus der Schwierigkeit, die Mehrheit der CDU-Landtagsfraktion für die Unterstützung künstlerischer »Provokationen«, »Experimente« und »neuer Impulse« (287) zu gewinnen, resultiert aber auch aus dem Argument, soziokulturelle Zentren seien »in nicht unbeträchtlichem Umfang lediglich Veranstalter« (288), die nach bisheriger Praxis keine Zuschüsse zu ihren laufenden Betriebskosten erhalten können.

»Dichterlesungen, Konzerte, Kleinkunstveranstaltungen« in Jugendhäusern, Volkshochschulen und soziokulturellen Zentren werden nicht als förderungsfähig betrachtet, während öffentliche Bibliotheken, die gleichartige Aktivitäten unternehmen, als »Kultur- und Kommunikationszentren« gewürdigt werden, »die für die kulturelle Infrastruktur der Gemeinden von großer Bedeutung sind« (113). Open-Air-Festivals, veranstaltet von freien Kulturinitiativen, gelten — mit Ausnahme des ZMF Freiburg, das als »Sonderfall« (65) den »Kulturbühnen« zugeordnet wird — als nicht-förderungswürdige »Veranstaltungen«. Ein Open-Air-Classic-Festival, von Justus Frantz und einer Mannheimer Konzertagentur im Schwetzingen Schloßpark veranstaltet, ist hingegen »eine neue Präsentationsform« (204) für klassische Musik auf hohem Niveau für ein breites Publikum, mit der »weitere Erfahrungen« zu sammeln sind. Gefördert wird u.a. auch das vom Land veranstaltete Bodensee-Festival. Ähnlich uneinheitlich wie die Spielstätten- und Festivalförderung im freien Musik- und Theaterbereich wird die Verbandsförderung gehandhabt. Generell gilt, daß das Land

nach dem Subsidiaritätsprinzip verfährt und sich bei der Durchführung der Fördermaßnahmen der Unterstützung durch die Verbände bedient. Als Kriterium für die Bezuschussung gilt »die Übernahme von Aufgaben, an denen das Land ein erhebliches Interesse hat« (184). Dieses Kriterium ist im Einzelfall interpretierbar. Wie wäre es sonst zu verstehen, daß der Verband der Jazzclubs in eigener Regie die Landeszuschüsse zur Förderung von Jazzkonzerten an seine Mitgliedseinrichtungen verteilt, die LAKS Baden-Württemberg (=Landesarbeitsgemeinschaft der Kulturinitiativen und soziokulturellen Zentren) aber nur ein Empfehlungsrecht hat? Völlig im Abseits der Kunstförderung liegt die Kulturarbeit der Jugendhäuser. Auf sie wird nur einmal, und zwar im Kapitel »Bildende Kunst«, Bezug genommen. Es heißt, ihre Arbeit sei von Jugendmusik- und Jugendkunstschulen übernommen worden und im übrigen durch die bestehenden Förderprogramme des Landesjugendplans (400000 DM) genügend gesichert. Immerhin werden die Kommungen angeregt, »die Tendenzen zu mehr Kulturarbeit in der offenen Jugendarbeit konsequent zu unterstützen« (159, 165). Die Einbeziehung und realtiv ausführliche Darstellung der freien soziokulturellen Zentren und Kulturinitiativen (284-288) kann als ein außerordentlicher Schritt gelten, der insbesondere in Teilen der CDU-Landtagsfraktion als »Provokation« (287) angesehen werden dürfte. Dennoch besteht kein Anlaß zum Jubeln: Während staatliche und kommunale Theater, Museen, Galerien und Bibliotheken derzeit mit hohem Aufwand gebaut und anschließend selbstverständlich auch mit den benötigten Etatmitteln ausgestattet werden, müssen freie soziokulturelle Zentren in Baden-Württemberg zunächst eine fünfjährige Probezeit nachweisen, bevor sie bei Investitionen und Projektarbeit mit kleinen Beträgen gefördert werden können. Laufende Betriebsmittelzuschüsse sind nicht vorgesehen. Die Baumittel sollen auf Reparaturmaßnahmen beschränkt werden.

Die Crux der Kunstkonzeption Baden-Württembergs liegt darin, daß sie den ästhetischen Vorstellungen des 19. Jahrhunderts verhaftet bleibt und sich nur zögernd einer modernen oder auch postmodernen Ästhetik zuwendet, die die Proportionen und Felder der Kunstszene neu bestimmt und die kulturelle Wirklichkeit unserer Zeit mit ihren neuen kulturellen Bedürfnissen in das Blickfeld der Politiker rückt. Als Anfang einer bislang blockierten Kunstdebatte, die weiterführende Perspektiven öffnet und auch für ein Baden-Württemberg ohne absolute CDU-Mehrheit Bedeutung hat, könnte die Auseinandersetzung mit der Alternativ- und Soziokultur genutzt werden. Wahrscheinlicher ist jedoch, daß die freie Wirtschaft, die ihr Herz für die Werbefunktion von populärer Spitzenkunst entdeckt hat, künftig mittels des »Sponsoring« den Staat entlasten, den Diskurs beherrschen und die Entwicklung lenken wird, auch wenn der Verfasser der Kunstkonzeption den Sponsoren nur eine ergänzende Aufgabe, nämlich die Finanzierung des »Sahnehäubchens« auf dem Kuchen staatlicher Förderung (302), übertragen will und die Entwicklung mit »10 Thesen zum Sponsoring« (305) zu kanalisieren versucht. Eckard Holler (Tübingen)

**Dümling, Albrecht, und Peter Girth (Hrsg.): Entartete Musik.** Eine kommentierte Rekonstruktion zur Düsseldorfer Ausstellung von 1938 (Ausstellungskatalog). 2., korrigierte Aufl. 1988 (200 S., br., 44,- DM)

**Dümling, Albrecht (Zusammenstellung und Kommentare): Original-Tondokumente zur Ausstellung »Entartete Musik« Düsseldorf 1988** (4 LP-Kassetten und 12seitige Textbeilage, 4 Std. 43 Min. Spielzeit). Pool Musikproduktion, Berlin LC 6339. Bezug: Zweitausendeins-Versand, Frankfurt/M. 1988 (47,90 DM)

Als 1938 die 1. Reichsmusiktagung in Düsseldorf stattfand, sollten sie programmgemäß die kulturpolitischen Positionen des NS-Staates im Bereich der Musik

demonstrieren. Dies geschah in Form einer Großveranstaltung mit populistischen Konzerten und einer fachwissenschaftlichen Tagung zum Thema »Rasse und Musik«. Zentrales Ziel war es, die Ideologie von »der Überlegenheit der deutschen Rasse« auch für die Musik zu reklamieren. Propagandaminister Goebbels sprach von einer »Generalschau des deutschen Musikschaffens« (111). Zum Konzept der »Generalschau« gehörten der Kontrast und die Abgrenzung, welche in einer Ausstellung mit dem Titel »Entartete Musik vorgezeigt wurde. Der Katalog dokumentiert die ideologischen und musikpolitischen Fronten, die während der Reichsmusiktag der Öffentlichkeit präsentiert wurden. Eine Vielzahl von Texten und Faksimiles belegt alle Schattierungen des Umgangs mit der Rassenideologie in der Musik: von der barbarischen Propagandasprache eines Staatsrates Hans Ziegler (128-145) über die sprachlichen Kotsaus von Richard Strauss (56-57) bis hin zu dem sehr diffizilen und vorsichtig formulierten, damit sich auch um wissenschaftliche Redlichkeit bemühenden Vortrag des Musikwissenschaftlers Friedrich Blume zum Thema »Musik und Rasse — Grundfragen einer musikalischen Rassenforschung« (67-76). Neben Fotos, Notenbeispielen, Auszügen aus Lexika (z.B. Judentum in der Musik, 77-86) sind auch Briefe, Zeitungsausschnitte und andere Materialien abgedruckt. Insbesondere der Fall Paul Hindemith ist hier hervorzuheben, zeigt er doch deutlich die zwiespältige Haltung des Komponisten (149-170). Weiterhin enthält der Katalog Aufsätze u.a. von A. Dümling und W.F. Haug, in welchen die NS-Kunstpolitik analysiert und mit Konzeptionen des antifaschistischen Widerstands, primär Eislers Überlegungen, konfrontiert werden. Darüber hinaus enthält das Buch Informationen zu den verschiedenen Formen und Methoden des Widerstands, etwa am Beispiel des nicht emigrierten Komponisten Karl Amadeus Hartmann (171-173), sowie ein kleines Lexikon der Diffamierten (XIX-XXV). Besonders hervorzuheben sind die Antworten zeitgenössischer Komponisten wie Henze und Rihm zum Thema »Entartete Musik«, weil sie sowohl die Aktualität der Fragestellung als auch den aufschlußreichen Bewußtseinsgrad der Befragten über Ausgrenzungsmechanismen und deren Konsequenzen für die künstlerische Produktivität belegen.

Die Texte des Buches werden von Original-Tondokumenten mit entsprechender Tonqualität sinnvoll ergänzt. Die vier Schallplatten sind aufgeteilt nach den Themen »Säuberungen«, »Mißbrauch«, »Deutsche Musik« und »Widerstand«. Die Zusammenstellung entspricht der ursprünglichen Konzeption der Ausstellung »Entartete Musik«, nämlich an Hand von Hörbeispielen zu überzeugen. Allerdings ist die Zielsetzung und Absicht der hier rezensierten Dokumentation gegensätzlich zum Original; sie will umfassend aufklären und kritisch die Ideologie der Ausgrenzung und Diffamierung hinterfragen. Die Musikbeispiele sind mit Reden, Erklärungen und Gesprächen kombiniert und zusätzlich in der Textbeilage kommentiert, so daß eine Didaktik zum Lernen durch Hören vorliegt.

Wer sich Zeit für Buch und LPs nimmt, wird nicht umhin können, sich vertieft Gedanken um das Problem der kulturellen Ausgrenzung (auch in der Gegenwart) zu machen. Insbesondere stellen sich Fragen ein, etwa die, wie man der Musik von Richard Strauss heute begegnet. Weiterhin sind gerade die Originaltöne und -worte geeignet, die NS-Musikpolitik als Teil einer ideologischen Gesamtstrategie zur Vertreibung und Vernichtung politischer Gegner zu verstehen.

Hans-Dieter Grünefeld (Lübeck)

## Erziehungswissenschaft

**Koring, Bernhard: Eine Theorie pädagogischen Handelns.** Theoretische und empirisch-hermeneutische Untersuchungen zur Professionalisierung der Pädagogik. Deutscher Studien Verlag, Weinheim 1989 (349 S., br., 62,- DM)

Es gehört zu den Selbstverständlichkeiten von Pädagogik, daß ihre Gegenstände: Erziehen und Bilden, Tätigkeiten des Einwirkens auf andere sind, also Akte bzw. Handlungen. Und immer wieder wurde und wird versucht, diese Akte in ihrer besonderen Eigenart zu reflektieren. Dann gilt es z.B., bestimmte Tätigkeiten subsumtiv als zur Handlungsklasse des Erziehens gehörend auszuzeichnen oder sie durch Handlungsintentionen und -motive von Akteuren, durch deren besonderes Ethos, deren besondere Einstellung, Verantwortung usw. zu kennzeichnen oder solche Akte durch ihr spezifisches Eingebundensein in besondere Institutionen oder Kulturzusammenhänge zu erläutern.

Jede »Theorie pädagogischen Handelns« sieht sich einer Vielzahl von Thematisierungsmöglichkeiten und Konzeptualisierungen dieser Möglichkeiten ausgesetzt. Die vorliegende Arbeit von *Koring* spricht ihren Zugriff im Untertitel aus. Es geht um pädagogisches Handeln als »professionelles« Handeln von Akteuren und um das »empirische« Verstehen solchen Handelns in konkreten face-to-face Interaktionen. Damit hat sich der Autor zwei Hauptfragen gestellt: 1. Was ist der besondere Charakter professionellen pädagogischen Handelns? 2. Wie und warum erfahre ich diesen Charakter gerade durch den besonderen Zugriff eines bestimmten Interpretierens, Deutens oder Auslegens? Mit diesen Fragen sind weitreichende Legitimations- und methodische Reflexionsaufgaben verbunden. Sie lassen sich in diesem Buch wie folgt charakterisieren: Pädagogik hat traditionell das Handlungsproblem professionellen Agierens als »Theorie-Praxis-Verhältnis« aufgegriffen und auf der Grundlage unterschiedlichen Wissenschaftsverständnisses zu lösen versucht. *Koring* zeigt deshalb an »geisteswissenschaftlicher«, »realistischer« und »kritisch-emanzipatorischer« Pädagogik, an Erziehungswissenschaft als »Handlungsforschung« und als »Alltagswende«, welche Gewinne und Verluste an Explikation des »Pädagogischen« an Handlungen und an »professioneller Identität« des Faches mit diesen Überlegungen verbunden sind.

Im Gegenzug werden nun nicht professionssoziologische Theoreme herangezogen, um zu zeigen, wie durch ein sozialwissenschaftliches Vorgehen die Defizite behoben werden können, sondern um zu verdeutlichen, daß solche Sichtweisen gerade das Problem haben, »die spezifische Qualität der Professionen nur schwer« (18) erkennen zu können. In differenzierter Diskussion des vor allem geisteswissenschaftlichen Handlungsverständnisses von Pädagogik und ausgewählter professionssoziologischer Überlegungen werden diese Schwierigkeiten erörtert. Durch Zentrierung des Handlungsproblems von Pädagogik auf die *Oevermannsche* These vom »Professionalisierungsdefizit« und des »Technologie-« sowie »Verstehensdefizits« des Faches bei *Luhmann/Schorr* gelingt es *Koring*, als das Zentralproblem einer Theorie professionellen pädagogischen Handelns den Zusammenhang von Akten mit der Verstehenskompetenz von Akteuren herauszuarbeiten. Sie müssen nämlich gleichzeitig Tätigkeiten entwerfen und diese Entwürfe mit ihren Begleitreaktionen in Gruppen wie z.B. Schulklassen »selbstreflexiv mittels Abkürzungsstrategien ... deutend begleiten können« (120). Und damit werden »Wissen, Normen, Personen und selbst erzeugte Prozesse« (125) zur zentralen Referenz einer Pädagogik als Theorie professionellen Erziehungs- und Unterrichtshandelns.

Wenn diese Referenz gegeben ist, stellt sich die Frage für Erziehungs- als Be-

treuungswissenschaft dieses Zusammenhangs, wie sie sich erstens dieses Objekts methodologisch vergewissern und zweitens darauf Einfluß nehmen kann, d.h. professionelle Handlungskompetenz der Akteure zu steigern vermag. Und für beide Fragen finden sich bei Koring plausible Antworten, die sich zum einen aus einer Auseinandersetzung mit sozialwissenschaftlicher empirischer Hermeneutik, besonders der *Oevermannschen* »objektiven Hermeneutik« und zum anderen aus einer exemplarischen Anwendung dieser methodologischen Reflexionen auf einen konkreten Fall ergeben.

Im ersten Schritt spricht Koring sich gegen hermeneutisch-empirische Konzepte der Erziehungswissenschaft aus, die unmittelbare Nähe und »Therapie« bzw. direkte Einflußnahme auf praktisches Handeln favorisieren. Damit gibt er sich im Streit um die Geltungsbegründung empirischen Verstehens auf die Seite *Oevermanns*. Diese wird allerdings auf dem Hintergrund der vorher entwickelten Sinnstruktur pädagogischen Handelns um einige interessante Momente angereichert: erstens wird der Gegenstand objektiven Interpretierens nicht allein eine vertextete Handlungs- bzw. Interaktionssequenz, sondern es werden zusätzlich vertextete Interpretationen dieser Sequenzen durch beteiligte Akteure, durch Studenten und Wissenschaftler zu Objekten einer »objektiven Hermeneutik«; zweitens werden als »pädagogische Orientierung« des Deutens solchen »Archivmaterials« systemtheoretisch-phänomenologische Bestimmungen unterrichtlichen Handelns vorgestellt, die *Markowitz* in seiner Arbeit, »Verhalten im Systemkontext, Zum Begriff des sozialen Epigramms, Diskutiert am Beispiel des Schulunterrichts« entwickelt hat.

Der zweite Schritt besteht dann in einer exemplarischen Anwendung der methodologischen Überlegungen an einem selbst erhobenen »Archiv«. Dabei handelt es sich um die Aufzeichnung eines Sozialkundeunterrichts einer 9. Realschulklassen über »Entwicklungsländer — Entwicklungspolitik«. Hinzu kommen Interpretationen dieser Aufzeichnung und ihrer Vertextung durch Lehrer und Schüler, durch Studenten und Wissenschaftler (*Oevermann, Lorenzer, Diederich*). Schon die Aufzeichnungen und noch mehr die Deutung von Deutungen erfordern einen hohen Zeit- und Reflexionsaufwand für eine — wie es heißt — »Durchschnittsstunde«. Dies ist nur zu rechtfertigen, wenn sich deutliche Erfahrungsgewinne präsentieren lassen. Und dies sind bei Koring die folgenden: 1. eine Rechtfertigung hermeneutisch-geisteswissenschaftlichen Pädagogikverständnisses besonders im Sinne *E. Wenigers*, dessen Gedanke des dreifachen Theoriegehaltes von Erziehungshandlungen eine neue Begründung erfährt, 2. eine theoretische und anwendungsorientierte Legitimation und Ergänzung qualitativer Unterrichtsforschung einerseits und empirischer Hermeneutik andererseits, 3. eine neuartige Verbindung bisher selbständiger Reflexionsgebiete, nämlich von Wissenschaftstheorie und Professionssoziologie, in der pädagogisches Verstehen einen zentralen Stellenwert erhält, 4. der Aufweis von Perspektiven und Wissensbeständen für die geforderte professionelle pädagogische Deutungskompetenz in ihrer Besonderheit gegenüber sozialisationstheoretischen und psychoanalytischen Vorgehensweisen, 5. eine Explikation dessen, was die Besonderheit alltagsweltlichen pädagogischen Handelns ausmacht.

Insgesamt ist der besondere Dialog-Charakter aller Überlegungen hervorhebenswert. Einerseits werden von Koring die Theoreme von Wissenschaftstheorie, Professionalisierungstheorie und Methodologie in ihrer Bedeutung für das Handlungsproblem von Erziehern/Lehrern vorgestellt und andererseits in ihrer je unterschiedlichen Begrenztheit, Korrekturbedürftigkeit und Problemlösungskapazität erörtert, um schließlich über eigene Korrekturen und Ergänzungen begründet angewendet zu werden. Dieses Dialog-Spiel mit unterschiedlichen Positionen und ihrer gegen-

seitigen Verschränkung wird besonders deutlich, wenn objektives Sinnverstehen, szenisches Verstehen und schulpädagogisches Deuten selbst noch einmal Gegenstände eigenen Interpretierens werden. Die von Koring herausgearbeitete Grundproblematik der Einflußnahme wissenschaftlicher Pädagogik auf die Deutungskompetenz von erziehend Handelnden bleibt allerdings ungelöst: wenn erziehendes Handeln einem grundsätzlichen Professionalisierungsdefizit ausgesetzt ist, weil Habitus und Deutungswissen auseinander treten und zu Inkonsistenzen in Handlungen führen, dann ist dies durch den Vorschlag Korings nicht behebbar, daß durch diese Art qualitativer Fallstudien Aufklärung über eigenes pädagogische Handeln gewonnen wird. »Stärkung der Reflexionsebene« von praktisch Handelnden durch »Pfleger, Systematisierung und Tradierung handlungsbezogenen pädagogischen Wissens« (337) erhöht gewiß das kognitive und Wissensniveau von Deutungsarbeit bei Handlungen, verbessert aber nicht notwendig habitualisierte Handlungseinstellungen.

Reinhard Uhle (Hamburg)

**Sünker, Heinz: Bildung, Alltag und Subjektivität.** Elemente zu einer Theorie der Sozialpädagogik. Deutscher Studienverlag, Weinheim 1989 (184 S., br., 34,- DM)

Die Studie versucht durch eine Rekonstruktion subjekttheoretischer Grundlagen des westlichen Marxismus Perspektiven für die Entfaltung einer bildungstheoretischen Begründung von Sozialpädagogik zu gewinnen. Das Verhältnis von Sozialpädagogik, Pädagogik und Bildungstheorie wird in systematischem Bezug auf Heydorn dahingehend bestimmt, daß Bildung als Subjektwerdung, Entfaltung von Selbstbewußtsein und Selbstbestimmung im Zentrum jedes pädagogischen Handelns steht, das sich nicht auf die Ausführung gesellschaftlich zugewiesener Aufgaben der Befähigung von Individuen zu gesellschaftlicher Funktionstüchtigkeit beschränkt. Die Frage nach den Bedingungen der pädagogischen Ermöglichung von Subjektivität wird als Grundlage einer Theorie der Sozialpädagogik gefaßt, die sich der gesellschaftlichen Konstellationen zu vergewissern versucht, innerhalb deren sie als kritische Praxis situiert ist. Dies setzt eine begründete Distanzierung von funktionalistischen Bestimmungen sozialer Arbeit als Moment gesellschaftlicher Reproduktion wie von interaktionistischen Begrenzungen auf die Beziehungsdimension pädagogischen Handelns voraus.

Zur Bearbeitung der so konturierten Fragestellung bezieht sich Sünker zentral auf das Werk Henri Lefebvres, als dessen eigentümlicher Status es gelten kann, daß ihm in einschlägigen Darstellungen eine theoriegeschichtlich bedeutsame Stellung für die Begründung und Weiterentwicklung des westlichen Marxismus zugewiesen wird, der jedoch — zumindest in den bundesdeutschen Sozialwissenschaften — keine intensive Auseinandersetzung mit den dort entwickelten gesellschaftsanalytischen Perspektiven entspricht. Sünker hingegen diskutiert Lefebvre als einen Gesellschaftstheoretiker, dessen Kritik des Alltagslebens integrative Perspektiven für die Bearbeitung von Themen zu entwickeln erlaubt, wie sie im Zentrum aktueller Debatten und der Arbeiten von Habermas, Heller und Bloch stehen: Lefebvre wird im Gegensatz zu verelendungstheoretischen Lesarten seines Werks als Theoretiker einer dialektischen Kritik interpretiert, die »an der grundsätzlich widersprüchlichen Konstitution der kapitalistischen Gesellschaftsformation gerade auch in ihren Auswirkungen auf die »Träger« eben dieser Formation festhält« (67). Trotz der Annahme, daß durch Kolonialisierungstendenzen des Alltagslebens der Status von Subjektivität prekär geworden und gerade daraus die anwachsende Thematisierung von Subjektivität zu erklären sei, entnimmt Sünker den Arbeiten Lefebvres die konzeptionelle Grundannahme, daß eine totale Subsumtion des Alltags unter Strukturen

kapitalistischer Warenförmigkeit nicht möglich sei (133ff.). Die Möglichkeit von Bildung sieht er so in einer Widersprüchlichkeit des Alltagslebens begründet, das sowohl entfremdet ist, wie Elemente von Selbsttätigkeit und Selbstbestimmung enthält. (Sozial-)Pädagogische Praxis wird in Folge dieser Überlegung als Mäeutik und Poesis bestimmt: »Professionelles Handeln hat sich demzufolge als mäeutische Kraft zur Beförderung von autonomer Lebenspraxis und als Poesis in der Form handelnden Erkennens zu bewähren« (165). Zur Zielsetzung sozialpädagogischen Handelns wird so die Ermöglichung autonomer Lebenspraxis und Selbsthilfe (164) erklärt.

Gegenüber den differenzierten Bemühungen zu einer Rekonstruktion subjekttheoretischer Aspekte des westlichen Marxismus, focussiert in der Auseinandersetzung vor allem mit Lefebvre, aber auch mit Marx (84ff.), Bloch (138ff.), Heller (153ff.) und Habermas (93ff.), bleibt die Übersetzung dieser Theorieprogrammatis in sozialpädagogische Theorieperspektiven, wie sie der Untertitel als Zielsetzung der vorliegenden Arbeit faßt, skizzenhaft. Die Arbeit ist so eher als Beitrag zu einer Metatheorie der sozialen Arbeit zu lesen, die gegen funktionalistische wie interaktionistische Konzeptionen an einer Begründung sozialer Arbeit in dialektischer Kritik interessiert ist.

Albert Scherr (Darmstadt)

**Bernhard, Armin, und Dieter Sinhart-Pallin (Hrsg.): Bildung für Emanzipation und Überleben.** Deutscher Studien Verlag, Weinheim 1989 (223 S., br., 36,- DM)

Eine »Gegenposition zur etablierten Bildungspolitik und -praxis« (22) wollen die Autoren des vorliegenden Sammelbandes beziehen. Nach einem Vorwort von Hans-Jochen Gamm verorten die Herausgeber in ihrem Einführungsbeitrag »Bildung für Emanzipation und Überleben« die Bildung, nach einer ausführlichen Darstellung der konservativen Wende-Pädagogik, als ein »dialektische(s) Beziehungsgeflecht von Herrschaft und Emanzipation« (20). Bildung wird als unentbehrliches Moment der »Befreiung des Menschen und die vernünftige Gestaltung der sozialen Bedingungen« wiederentdeckt und in neue Kontexte gestellt. Es wird für einen Bildungsbegriff plädiert, der das aufgezeigte Beziehungsgeflecht »analytisch zu fassen in der Lage ist und auf die Bildungsanstrengungen als Widerspruch zu jeder Form von Herrschaft abhebt« (20). Deutlich wird an dieser Stelle die starke Beeinflussung durch die bildungstheoretischen Schriften Heydorns; eine Beeinflussung, die sich als roter Faden durch fast alle Aufsätze des Sammelbandes zieht. Der vorgelegte Entwurf einer alternativen Bildungspolitik ist gegen die »umfassende Funktionalisierung des Bildungswesens für ökonomische und militärische Zwecke« (17) gerichtet und zielt auf eine von »Naturzerstörung und Ausbeutung freien und in der Gemeinschaft der Völker solidarisch handelnden Gesellschaft« (21).

Maria Böhm schildert im folgenden Beitrag die wesentlichen Strukturelemente konservativer Pädagogik und Bildungspolitik. Das Ergebnis ihrer aufschlußreichen Analyse verdeutlicht, »daß ... zentrale konservative Erziehungsideologeme wie 'moralische Erziehung', 'natürliche Ungleichheit', 'innere Schulreform' historisch wiederkehren, das Erscheinungsbild und der Jargon der Konservativen aber durchaus variabel sind« (43). Eine sehr interessante und übersichtliche Darstellung grüner bildungspolitischer Konzeptionen und Vorstellungen legt Bernhard vor. Nachdem er die wesentlichen Etappen und die unterschiedlichen strömungspolitischen Konzeptionen dargestellt hat, zeigt er die seiner Einschätzung nach gravierendsten Mängel grüner Bildungspolitik auf. Dabei konstatiert er eine Reduktion grüner Bildungsprogrammatis auf einzelne Schlüsselthemen, wie z.B. Ökologie, und eine »weit verbreitete Geschichtslosigkeit und undialektische Sichtweise bildungspolitischer Handlungskonzepte und pädagogischer Prozesse« (57). Seine überaus scharfe Kritik wird

aber erst nach der Lektüre eines anderen Beitrages des Autors verständlich. Er mißt die bildungspolitischen Konzeptionen der anderen strömungspolitisch relevanten Richtungen innerhalb der Grünen an seinen eigenen Vorstellungen einer »Repolitisation der Bildung im Rahmen einer ökosozialistischen Bildungspolitik«. Dabei geht es konkret um den Versuch, »das der Bildung immanente restriktive emanzipatorische Potential gerade unter den gegenwärtigen restriktiven Bedingungen einzufordern und für bildungspolitische Praxis aufzubereiten« (103).

Neben der Technikkritik von Sinhart-Pallin wird von Famulla »Ausbildung und Beruf in der Risikogesellschaft« thematisiert, Schreiner stellt die bildungspolitische Bedeutung der Integrationsbewegung dar, Mankes Aufsatz hat die Schule als System und Lebenswelt zum Gegenstand, und Lang plädiert für die Öffnung der Schule. Bernhard greift dann in einem Aufsatz über die Friedenspolitik ein Leitmotiv des Sammelbandes auf; gerade in der friedenspolitischen Auseinandersetzung läßt sich exemplarisch die Notwendigkeit einer Bildung für das Überleben der Menschheit aufzeigen. Allen Aufsätzen ist gemeinsam, daß bildungspolitisches Handeln von einem kritischen Bildungsbegriff seinen Ausgang nehmen muß und sich daran orientiert; Bildung wird unentbehrlich für das Überleben. Eine Erziehung zur Autonomie des Menschen wird angesichts der Hochrüstung und der um sich greifenden Naturzerstörung unverzichtbar. Die Beiträge der Autoren können als Versuch verstanden werden, über die Repolitisation der Bildung eine kritische, radikal-demokratische Gegenposition zur etablierten Bildungspolitik zu formulieren.

Wo viele Fragen gestellt und kritisch-analytische Konzeptionen vorgestellt werden, bleibt zwangsläufig vieles offen. Die strukturellen Zusammenhänge zwischen Politik und Pädagogik bleiben trotz einiger ermutigender Ansätze immer wieder unzureichend analysiert, und das obwohl gerade dieses Beziehungsgeflecht wesentliche Elemente der Möglichkeit alternativer Bildungspolitik enthält. Dennoch verspricht dieser Sammelband viele wertvolle Anregungen für bildungspolitisch Interessierte und auch Verantwortliche; ein empfehlenswertes Buch über die Möglichkeitsbedingungen heutiger alternativer Bildungspolitik. Achim Schmillen (Bonn)

**Gruschka, Andreas: Negative Pädagogik.** Einführung in die Pädagogik mit Kritischer Theorie. Büchse der Pandora, Wetzlar 1988 (384 S., br., 38,- DM)

Daß pädagogische Theorien gegenüber der pädagogischen Wirklichkeit oft nur ideologisch-legitimierende Funktion haben (33), daß ihre Ideale geeignet sind, den Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit zu verdecken (35) — dies sind spätestens seit Bernfeld keine neuen, aber doch häufig vergessene Einsichten. Gruschka möchte darüber hinaus aber den systematischen Nachweis der »Unmöglichkeit« führen, »eine Pädagogik zu verwirklichen, die ihre Ziele ernst nimmt« (9). Diese Unmöglichkeit resultiert zum einen aus dem notwendigen Mißlingen pädagogischer Praxis an ihren gesellschaftlichen Bedingungen (34) und zum anderen aber auch daraus, daß es eine Eigenständigkeit der Erziehung nicht gibt (21), von der her gegen Hindernisbedingungen pädagogischer Praxis vorgegangen werden könnte.

»Negative Pädagogik« bedeutet den Anspruch, diese Hindernisse in ihrem gesellschaftlichen Kontext zu benennen, sie in bestimmter Negation aufzuzeigen, ohne durch positive Zielbestimmungen schon von ihnen abzulenken. Vor dem Hintergrund der »Negativen Dialektik« Adornos, an die Gruschka sich (wie an die frühe Kritische Theorie) anlehnt (38f.), bedeutet ein solches Projekt ein ehrgeiziges Unterfangen. »Negative Dialektik« war das, was bleibt, wenn man von der spekulativ-dialektischen These einer Versöhnung von Subjektivität und Objektivität im absoluten Wissen absieht: Sie bezeichnet eine radikale Problematisierung der meta-

physischen Subjektkonzeption, von der auch pädagogische und bildungstheoretische Perspektiven als Zielpunkt ausgingen, zugunsten der Endlichkeit des Subjekts und der Relativierung seiner Erfahrung im Bewußtsein um die Nicht-Identität des Objekts — auch der Subjektivität und der Erfahrung des bestimmt Negierenden. Von hier aus ergeben sich Perspektiven nicht nur auf eine Problematisierung pädagogischer Zielvorstellungen, sondern auch der darauf bezogenen Prozeßangaben, der Legitimation von Wirkungsentwürfen usw. Von dieser Selbstproblematisierung des Theoretikers, der auch als derjenige, der den Verblendungszusammenhang thematisiert, diesem noch nicht entronnen ist, ist allerdings bei Gruschka wenig zu spüren. Dies liegt daran, daß seine Kritik einen traditionellen Zugriff wählt: Sie macht also nicht ihre eigene Möglichkeit noch einmal zum Problem, sondern geht von der Analyse realer Fehler aus, die prinzipiell korrigierbar sein müßten. Negative Pädagogik will »auf der Basis der historischen Entwicklung der Gesellschaft erklären, warum die Verwirklichung der Pädagogik zugleich mißlang und doch gelingen könnte« (35). Sie will mit der radikalen Negation des Bestehenden (20) zugleich aber Perspektiven eröffnen, die Optimismus nicht verhindern. Allerdings »muß Optimismus immer auch durch die Antizipation des eigenen wahrscheinlichen Scheiterns begleitet werden« (21). Nur aber durch den Verzicht auf Praxisanleitung wird Theorie noch nicht zur verbindlichen Kritik (308).

Dies wird deutlich, wenn Gruschka im zweiten Teil des Buches die zentrale Begrifflichkeit der Pädagogik thematisiert. Nach einer Problematisierung der Bildungsidee, die deren realen Verfall am Konzept der Halbbildung vorführt und als Perspektive auf die Aufhebung der neuhumanistischen Bildungstheorie in einer Theorie der beruflichen Bildung im Sinne Blankertz verweist (Kap. 8), analysiert Gruschka den Erziehungsbegriff (Kap. 9). Erziehung wird als ein Gewaltverhältnis angegeben, als Zucht, die sich verschiedenster Mittel (von der körperlichen Gewalt bis zur Instrumentalisierung von Zuneigung) bedienen kann: Wer von Erziehung spricht, verzichtet schon auf Mündigkeit (242). Eine vollständig gelungene Erziehung würde jede Eigentümlichkeit des kindlichen Charakters auslöschen (249). Auch die Didaktik (Kap. 10) paßt als Manipulation des Lernens, das zur bloßen Subsumtion des Individuums unter das Allgemeine führt (293) in den Prozeß der bloßen Zivilisierung (263). Es gibt keinen Ausweg: Erziehung ist Zwang — aber nur »solange innere und äußere Natur auch in der Entwicklung des Kindes und Jugendlichen nicht versöhnt werden« (309). Weil er auf diese Möglichkeit als positive verweist, kann Gruschka dann auch die Analyse der Antipädagogik, die mit seiner Kritik der Erziehung weitgehend übereinstimmt, als bloße Apologie des Bestehenden kritisieren (338). Mit dieser positiven Perspektive braucht man sich der Frage, von der die »Negative Dialektik« ihr Motiv gewinnt, wie denn derjenige, der eine universelle Verblendung thematisiert, Wahrheit für seine Analyse beanspruchen kann (309), eigentlich nicht mehr zu stellen: Deren Beantwortung wird doch eine im Sinne der traditionellen Aufklärung sein. »Gleichwohl zählt zur Dialektik der Aufklärung die Möglichkeit, sie reflektiv einzuholen. Eine über die Dialektik aufgeklärte Menschheit braucht die Unvernunft der Verhältnisse nicht nur zu ertragen, sie könnte auch entscheiden, sie zu ändern« (310). Gruschka träumt selbst den Traum der alten Bildungstheorie, die Dialektik der Aufklärung durch Aufklärung überwinden zu können. Nur wenn man für die »Erziehungswissenschaft« (Kap. 12) das postuliert, was der gegenwärtigen pädagogischen Praxis unmöglich ist: die Transzendierung bloßen Zwanges, kann man bedauern, »was als verloren gilt: der Glaube an die Kraft aufklärerischer Argumentation zur vernünftigen Veränderung der Gesellschaft und der pädagogischen Zustände« (341). Daß dieser Glaube nach

seinem 200jährigen Scheitern kritisch reflektiert werden muß und so nicht mehr geteilt werden kann, davon weiß die »Negative Dialektik«; daß diese (metatheoretische — aber diese Reflexionsebene hält Gruschka für nicht sehr lohnenswert; 340) Selbstkritik der Aufklärung in ihren Konsequenzen nicht für eine Negative Pädagogik fruchtbar gemacht wurde — dies kann man als eine verpaßte Chance ansehen. Gruschka wiederholt so nur (so besonders im ersten Teil des Buches in der Kritik der Vorstellungen von »Begabung, Lernen, Entwicklung, Sozialisation«) zusammenfassend die ideologiekritische Auseinandersetzung mit begrifflichen Konzeptionen. Was der Titel seines Buches verspricht, die Reflexion auf die Möglichkeit und das Scheitern dieser Kritik, wird nicht vorgeführt. Alfred Schäfer (Köln)

**Edding, Friedrich (Hrsg.): Zwanzig Jahre Bildungsforschung. Zwanzig Jahre Bildungsreform.** Verlag Julius Klinkhardt, Bad Heilbrunn 1987 (213 S., br., 25,- DM)

Das Berufsbildungsgesetz trat bekanntlich 1969 in Kraft; im Jahr darauf wurde das Bundesinstitut für Berufsbildung gegründet — beides Anlässe für eine Rückschau auf zwanzig Jahre (staatlicher) Berufsbildungsreform und Berufsbildungsforschung. Doch private Gruppierungen wie die Arbeitsgruppe für empirische Bildungsforschung in Heidelberg waren eher auf dem Plan. So ist der Titel: »Zwanzig Jahre Bildungsforschung — zwanzig Jahre Bildungsreform« seit dem Erscheinen der hier vorgestellten Festschrift besetzt.

Interessanter als formale Übereinstimmungen dürften Unterschiede sein, die sich etwa aus der Finanzierung der Institutionen ergeben oder aus ihrer Personalrekrutierung. Friedrich Edding weist in seinem Vorwort darauf hin, wie schwer es sei, ganz von Forschungsaufträgen leben zu müssen und dabei eigene Forschungsinteressen nicht über Gebühr zu vernachlässigen. Die Arbeitsgruppe für empirische Bildungsforschung ist de facto eine für Weiterbildungsforschung geworden: Wie stand es mit dem Forschungsinteresse im Gründungsjahr? Wie stark und wodurch genau hat es sich verschoben? Edding selbst hebt auf die Größe des Forschungsfeldes ab und darauf, daß Weiterbildung der Inbegriff von Reform im Bildungswesen sei und zudem »auch in den älteren Institutionen der Bildung zunehmend Wandel bewirkt«. Diese These des Herausgebers und sein ebenso geheimnisvoller wie banaler Hinweis darauf, daß die Arbeitsgruppe mit ihrem Drängen auf Reformen »nicht immer allerseits Beifall gefunden« habe, machen neugierig auf die folgenden dreizehn Beiträge. Sie stammen sämtlich aus der Feder von Mitgliedern der Arbeitsgruppe — ehemaligen und jetzigen —, von Mitgliedern des Beirats und von Freunden.

Bernhard Dieckmann skizziert die »Empirische Bildungsforschung als bewußten Umgang mit der Bildungspraxis einer Gesellschaft«. Ihre Anfänge waren problematisch: Einem hohen Bedarf an wissenschaftlich fundierten Entscheidungshilfen stand seinerzeit ein gravierender Mangel an empirischen Belegen für die Richtigkeit von Reformideen gegenüber. »In dieser Situation begann ein Wettlauf um Marktanteile in der Bildungsforschung, die sich ja bis Mitte der 70er Jahre großer finanzieller Zuwendungen erfreute.« (23) Man ahnt, was aus einer solchen Auslieferung der Forschung an »den Markt« resultieren kann; wer Dieckmanns Beitrag liest, gewinnt Einsichten in die mutmaßlichen Gründe für den Schwenk der Arbeitsgruppe zur Weiterbildungsforschung: »Die Zeit für entsprechende Forschung war insofern günstig, als viele Bundesländer Bildungsurlaubs- und Weiterbildungsgesetze verabschiedet hatten, ohne daß man jedoch genau wußte, welche Prozesse sich in der Weiterbildung ereignen und welche Bedeutung sie für die Lernenden haben.« (27)

Nicht minder lesenswert ist der Beitrag des Herausgebers: »Recurrent Education

Revisited«. Bis zum heutigen Tage ist es nicht gelungen, organisatorische und curriculare Konsequenzen aus der allgemeinen Zustimmung zum Prinzip des »lebenslangen Lernens« zu ziehen. Dieser Begriff ist zum Schlagwort verkommen; das von Edding und seinen Mitstreitern angepeilte Aufbrechen des geschlossenen Blocks langer praxisferner Schul- und Studienzeiten und die fällige Neuverteilung von Bildungs- und Berufsarbeit über die Lebenszeit stand und steht nicht auf der Tagesordnung. Die Folgen für die Berufsbildungsforschung liegen auf der Hand: Sie ist dazu verurteilt, konservativ oder aber, wenn sie die gewachsenen Strukturen nicht mehr zu zwingenden Voraussetzungen ihrer Arbeit macht, praxisunwirksam zu werden, es sei denn sie verführe subversiv. Ansätze dazu finden sich in Eddings abschließenden Ausführungen (»Zielannäherungen und Forschungsaufgaben«, 45ff.).

Eine Orientierungshilfe kann hier auch der den Sammelband abschließende Beitrag von W. Dietrich Winterhager leisten: »Berufliche Bildung — ein Bereich starker Herausforderung der Bildungsforschung«. Nach einem Rückblick auf die beiden von ihm mit einer Zäsur im Jahre 1974 versehenen Phasen der Berufsbildung in der Bundesrepublik nennt er »Perspektiven für die nächsten zwanzig Jahre«. Die übrigen Beiträge (von Günter Apsel, Christoph Ehmann, Barbara Fülgraff, Günter Holzappel, Ekkehard Nuißl, Paul Harro Piazzolo, Erhard Schlutz, Erika Schuchardt, Horst Siebert und Hans Tietgens) kreisen um Weiterbildung und Weiterbildungsforschung. Gern hätte man auch noch Genaueres darüber erfahren, wie die im Anhang für die Arbeitsgruppe reklamierten »interdisziplinären Arbeitsstrukturen« beschaffen sind und was es mit der »Verankerung [sic!] im Feld« so Besonderes auf sich haben mag. Doch darauf wird bedauerlicherweise nicht einmal in dem Beitrag des Vorstands der Arbeitsgruppe, Ekkehard Nuißl, »Bildungsforschung — Bildungspolitik — Bildungspraxis. Zum zwanzigjährigen Bestehen der AFeB« Bezug genommen.

Bernd Schwiedrzyk (West-Berlin)

## Geschichte

**Febvre, Lucien: Das Gewissen des Historikers.** Hrsg. v. Ulrich Raulff. Wagenbach Verlag, West-Berlin 1988 (255 S., br., DM 39,80)

Diese Aufsatzsammlung ermöglicht einen Einblick in das Schaffen des Mitbegründers der Zeitschrift »Annales«. In seiner Antrittsvorlesung am Collège de France kritisierte Febvre einige Axiome der Geschichtswissenschaft (»die Geschichte geht von Texten aus«, »der Historiker trifft keine Wahl zwischen den Tatsachen« etc.) und das Verfahren, die »heißeren«, bewegten Auseinandersetzungen der Gegenwart in ruhigeren, »kälteren« Jahrhunderten »wiederzufinden« und so vermeintliche Traditionslinien aufzubauen. Er kämpfte gegen die historische »Kirche« der Ereignisgeschichte, die positivistisch doziert aber nicht erklärt und plädiert für eine Geschichte, die, so der Herausgeber, »statt von chronologischen Abläufen von Problemen ausging« (243). Febvres Inauguralvorlesung war eine Kampfansage an eine »selbstgenügsame« Geschichtsschreibung, »die ihre Texte ehrte und ihre Fakten sammelte und aus ihren Seminaren junge Greise entließ« (245). Tatsachen betrachtete Febvre als Rekonstruktionen, als »Resultate von Zugriffen auf das historische Material, ordnenden Eingriffen und Wahlen, die der Historiker traf« (ebd.). Ein weiterer Artikel untersucht die Geschichte des Worts »Civilisation«: Ein eindeutiger Gegensatz zwischen Kultur und Zivilisation läßt sich anfangs, z.B. bei Alexander von Humboldt, nicht ausmachen. Unentwegt warnte Febvre vor Projektionen unserer eigenen Gegenwart in die Vergangenheit an Hand konkreter Beispiele: So zeigt er auf, was Tag und Nacht,

Sommer und Winter, Unsicherheit, Hunger u.ä. den Menschen des Mittelalters bedeuteten. Schwächer als die anderen Beiträge ist die Auseinandersetzung mit dem »Nationalsozialismus«, der als »Mittelmaß für Mittelmäßige« (110), als »geradezu animalische Bewegung« (112) abgetan wird. Eine Hommage erfolgt an Marx' Problemstellung: Er habe den Anstoß gegeben, die Religion nicht länger als autonom zu betrachten, sondern »fest an ökonomische Tatsachen« geknüpft (118). Am Beispiel Amiens wird aufgezeigt, welche Rückschlüsse aus Sterbeinventaren gezogen werden können: Besonders aufschlußreich sind die Kunstwerke (Bilder der Jungfrau, Jesus-Bilder), aber auch die Tatsache, welche Vornamen gerade besonders geläufig, welche Bücher vorhanden waren.

Der Herausgeber bemängelt zu Recht gewisse theoretische Schwächen, die Unschärfe zentraler Begriffe — wie »Klima«, »Mentalität«, »Struktur« (251). Nichtsdestoweniger ist diese erste Auswahl mehr als verdienstvoll, zumal deutsche Historiker Febvres Ansatz bislang kaum zur Kenntnis genommen haben.

Wolfgang Kowalsky (West-Berlin)

**Nippel, Wilfried: Aufruhr und »Polizei« in der römischen Republik.** Klett-Cotta Verlag, Stuttgart 1988 (336 S., Ln., 78,- DM)

Der Gegenstand dieses Buches sind die Mechanismen und Formen der Herrschaftsbildung und Herrschaftssicherung in der Stadt Rom von der mittleren Republik bis zum Prinzipat. Der Wandel der Herrschaftsstrukturen wird mit Bezug auf die veränderten sozialen und politischen Verhältnisse plausibel interpretiert. Nicht zuletzt wegen der Quellenlage liegt der Schwerpunkt von Nippels Darstellung auf der späten Republik. Mit dem Anspruch, einen adäquaten historischen Begriff von öffentlicher Ordnung für den genannten Zeitraum entwickeln zu wollen, setzt sich der Autor kritisch mit der älteren und jüngeren Althistorie auseinander, in der die politischen Verhältnisse Roms vorwiegend nach dem Maßstab moderner Rechts- und Staatskonzeptionen beurteilt wurden. Ausgehend vom modernen Verfassungsstaat, in dem die Polizei als bürokratisch organisierter Erzwingungsstab auf die Erhaltung öffentlicher Ruhe, Sicherheit und Ordnung zu achten hat, erklärte man sich bisher in der Althistorie das Scheitern der Krisenregulierungsbemühungen in der späten Republik »mit dem Fehlen ausreichender Sicherheitskräfte« (9).

Dieser in der Einleitung referierte negative Befund über die staatliche Ordnung in der späten Republik provoziert eine Reihe von Fragen; z.B. die nach den Problemen und Methoden der Sicherung öffentlicher Ordnung in der frühen und mittleren Phase der römischen Republik, in denen sich die staatliche Ordnung trotz oder gerade durch die Bundesgenossenkriege, die Ständekämpfe, die Expansions- und die Bürgerkriege konsolidierte. Nach Ansicht des Verfassers sind diese Fragen bisher in der Althistorie nicht systematisch behandelt worden. Das bezeichnete Erklärungsdefizit über die Herrschaftsmechanismen in der rund 450jährigen Geschichte der römischen Republik bildet den Ausgangspunkt von Nippels Darstellung.

Für die Althistorie keineswegs selbstverständlich ist das durchgehend hohe Niveau der genauen und vielseitigen methodischen Behandlung des Themas. Durch skrupulöse Quellenkritik, die der Autor im Text wie auch in dem auf gut hundert Seiten ausgedehnten Anmerkungsapparat durchführt, legt er z.B. die von Cicero geprägten Legenden frei (*concordia ordinum, verus populus, privatus*) und erörtert ihre ideologischen Funktionen in der ausgehenden Republik. Gemäß jüngeren verfassungs-, sozial- und kulturgeschichtlichen Fragestellungen aus der Mediävistik und Frühneuzeitforschung vergleicht er Formen der Ordnungssicherung frühneuzeitlicher Stadtgesellschaften mit denen, die von der Althistorie für Rom und Athen ermittelt

worden sind. Die in der Althistorie bisher mehr oder weniger unsystematische Applikation des modernen Polizeibegriffs auf die Zwangsgewalt bestimmter Magistrate unterzieht er erstmalig einer systematischen bzw. begriffskritischen Überprüfung.

In der Einleitung referiert Nippel die wesentlichen begriffs- und sachgeschichtlichen Befunde der jüngeren Frühneuzeitforschung über die Entstehung der inneren Verwaltung, insbesondere der Polizeibehörden. Die Wohlfahrts- und Sicherheitsfunktionen der im 18. Jahrhundert entstehenden Polizeieinstitutionen konfrontiert er mit den Prinzipien und Methoden der Ordnungssicherung in der römischen Republik bzw. im Prinzipat, die er im ersten bzw. im vierten Kapitel systematisch ausführt. Er stellt fest, daß die Stabilität der staatlichen Ordnung ohne die Einrichtung exklusiv für Polizeiaufgaben zuständiger Magistraturen gewährleistet werden konnte. Weder die Aedilen noch die *tres viris capitales* in der republikanischen Zeit noch die *cohortes praetoriae* oder die *cohortes urbanae* im Prinzipat hätten nachweislich »regelmäßige Ordnungsfunktionen« wahrgenommen (164). Zudem fehlten den niedrigen Magistraten im Vergleich zu den Obermagistraten die nötige volle Befehlsgewalt (*imperium*) und Rechtsprechungskompetenz (vgl. 11). Vielmehr ermöglichten folgende Herrschaftsstrukturen die Stabilität der republikanischen Ordnung. Erstens die Beteiligung aller zentralen Institutionen — Senat, Magistrate, Volksversammlungen — an der Herrschaftsbildung, zweitens das System der Inter- und Intraorgankontrolle durch die konkurrierenden Kompetenzen der je anderen Institutionen und Amtsinhaber, drittens eine relativ homogene Führungsschicht: die Nobilität und viertens die Selbsthilfe der »guten Bürger« und deren Wahrnehmung polizeiähnlicher Sicherheitsfunktionen.

Das Recht der »guten Bürger«, wenn nötig mit Waffengewalt gegen potentielle Alleinherrscher oder Landesfeinde vorgehen zu dürfen, beschreibt Nippel als *nervus rerum* der republikanischen Ordnung. Ein »erfolgreiches Krisenmanagement« (108) war gerade wegen dieser polizeiähnlichen Kompetenz der Bürger in hohem Maß von dem Konsens innerhalb der sozialen Elite abhängig. Die in der Einleitung aufgestellte These, daß spätestens in den fünfziger Jahren des 1. Jahrhunderts v.Chr. weder ein Konsens in der Führungsschicht zu erzielen war, noch die darauf beruhenden Formen der Selbstorganisation der Bürgerschaft funktionierte, versucht der Autor im zweiten und dritten Kapitel durch die Darstellung des Verlaufs der innenpolitischen Konflikte für den Zeitraum von den Volkstribunaten der Gracchen bis zu Ermordung Caesars nachzuweisen.

In diesen knapp hundert Jahren vollzog sich ein grundlegender Wandel in der Art und Weise, politische und soziale Konflikte auszutragen. Die traditionellen Machtverteilungskämpfe unter den Amtsträgern bzw. innerhalb der Nobilität konnten nach Nippel bis zum Ende der mittleren Republik durch die Coercitionsgewalt der Magistrate und mit Hilfe der censorischen Rüge im rechtlichen und politischen Rahmen der republikanischen Ordnung gezähmt und notfalls unterbunden werden (vgl. 18). Das änderte sich jedoch mit der Reaktivierung der Ständekämpfe im Zuge der Aufnahme von Veteranen und Freigelassenen in die *plebs urbana* nach dem dritten Punischen Krieg (146 v.Chr.). Nippel rekonstruiert die Anfänge ideologischer Herrschaftsausübung an den konfligierenden Legitimationsstrategien verschiedener *nobiles*, die nicht nur zur Unterminierung des Konsens innerhalb der Nobilität führte, sondern auch eine Politisierung von Teilen der *plebs urbana* zur Folge hatte. Im dritten Kapitel beschreibt der Autor anschaulich die auf allen Ebenen des öffentlichen Lebens geführten militanten Scharmützel zwischen dem äußerst populären Volkstribunen Clodius und dem Konsul Cicero in den fünfziger Jahren des 1. Jahr-

hunderts v.Chr., in denen sich Cicero zur Höchstleistung ideologischer *Legendenbildung* aufwarf. Er prägte nicht nur eine Art »Notstandsdoktrin«, nach der jeder Bürger in der Rolle als Retter des Gemeinwesens auch »gegen das ausdrückliche Votum von Senat und Volksversammlung« zur »privaten Staatsnothilfe« (142) greifen dürfe, sondern auch politisch folgenreiche Oppositionsbildungen, wie z.B. diejenige von den Optimaten und Popularen.

Die nicht immer eingängige Lektüre dieses Buches vermittelt bei genauerem Hinsehen ein überaus facettenreiches Bild von den Mechanismen und den Formen der Herrschaftssicherung in der römischen Republik. Jedoch vermag das im vierten Kapitel unvermittelt gezogene Resümee über die Ähnlichkeit der Ordnungssicherung zwischen Rom und frühneuzeitlichen Städten wenig zu überzeugen. Lediglich die Darstellung der von Clodius reaktivierten und modifizierten »Formen denunziatorischer Volksjustiz« (123), z.B. in Form von Rügebräuchen oder Charivaris, bietet einen akzeptablen zeitübergreifenden Vergleich hinsichtlich kultureller Organisations- und Protestformen.

Frank Konersmann (Bielefeld)

**Schad, Martha: Die Frauen des Hauses Fugger von der Lilie (15. bis 17. Jahrhundert).** Augsburg — Ortenburg — Trient. J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1989 (231 S., Ln., 68,- DM)

Als Arbeitsmethode für die vorliegende Untersuchung wurde die Einzelbiographie gewählt, wobei auf die aus der Sozialwissenschaft kommende »Verflechtungsanalyse« von Führungsgruppen besonderen Wert gelegt wurde. Die Frauen, deren Lebensgeschichte untersucht wird, werden uns auch auf zum Teil farbigen Abbildungen vorgestellt. Die Genealogie des Hauses Fugger von der Lilie beginnt mit Maria Fugger-Meissner. Sie war die Mutter des Webers Hans Fugger, der 1367 nach Augsburg zog und dort Clara Widolf, die Tochter des Zunftmeisters der Weber, heiratete, wodurch er das Bürgerrecht und die Handwerksgerechtigkeit erwarb. Hier wurde erstmals die »kluge« Heiratspolitik der Fugger angewandt, die ihren Aufstieg in die Kaufmannschaft, das Patriziat und den Adel beschleunigen sollte. Das gegenreformatorische Augsburg bildet den Hintergrund der Biographien von Ursula Gräfin Fugger-Lichtenstein und Sibylle Gräfin Fugger-Eberstein. Dabei wird auf Dämonenglauben und Exorzismus, der in der Fugger-Familie auch weite Verbreitung fand, eingegangen. Ursula Fugger (1530-1570) heiratete 1549 Joachim Graf zu Ortenburg. Sie führte in seiner Grafschaft die Reformation ein und nahm aktiv an der Adelsverschwörung gegen Herzog Albrecht V. von Bayern teil. Ein weiteres Kapitel ist den Fugger-Frauen gewidmet, die das geistliche Leben in einem Kloster dem weltlichen vorzogen. Abschließend beschreibt Martha Schad drei problematische Eheverhältnisse (Wiederverheiratungen, uneheliche Kinder etc.). Von der Leserin wird erwartet, daß sie die historischen Rahmenbedingungen (Reformation und Gegenreformation etc.) bereits kennt, da sie zum Verständnis der dargestellten Familiengeschichte notwendig sind. Die Einmaligkeit der Lebensgeschichten der Fugger-Frauen steht im Vordergrund; Brüche in der Lebensgeschichte bleiben unberücksichtigt. Außerdem wird die Situation, in der die Fugger-Frauen lebten, nur selten mit der Lebensrealität von anderen Frauen dieser Zeit in Verbindung gebracht.

Ein ausführlicher Quellen- und Literaturapparat lädt zum Weiterlesen und -forschen ein.

Annette Franz (Nürnberg)

**Le Goff, Jacques: Wucherzins und Höllenqualen.** Ökonomie und Religion im Mittelalter. Klett-Cotta Verlag, Stuttgart 1988 (119 S., 8 Abb., Ln., 26,- DM)

»Wer Geld liebhat, der bleibt nicht ohne Sünde«, »Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon« — zwei von vielen Leitsätzen, die den Weg des Wucherers vorzeichnen. Textstellen aus dem Alten und Neuen Testament verurteilten den Wucher, die Konzilien bestätigten den Kampf der Kirche gegen ihn. Wucher bezeichnete verbotene Geldgeschäfte, die Erhebung von Verleihzinsen da, wo sie nicht verlangt werden dürfen. In Predigten des 12. Jahrhunderts wurden »Exempla« eingeschoben, die zeigten, daß dem Wucherer der Weg in die »Klauen der Teufel« vorbestimmt ist. Der Wucherer ist ein Sünder: »Wird er sich von seinem Geld trennen müssen, um sich zu retten, oder wird er, wird man ein Mittel finden, damit er Geld und Leben, das ewige Leben, bewahren kann?« (13). Im 12./13. Jahrhundert nahmen die Verurteilungen des Wuchers zu; die Kirche befürchtete vom Wucher einen tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel. Entscheidend war, daß er »mehr ist als ein Verbrechen, er ist eine Sünde« (25), zunächst bloß Diebstahl, aber dann »eine Sünde gegen die Gerechtigkeit«, wie Thomas von Aquin herausstellte (26). Gerechtigkeit wird im 13. Jahrhundert ein Leitgedanke auch im wirtschaftlichen Bereich: gerechter Preis, gerechter Lohn. Der Wucher ist eine Sünde gegen den gerechten Preis, Wucher, »das ist der Tod« (31). In der Bildhauerei wird der Wucherer immer wieder angeprangert und erlangt »unter den Figuren des Bösen besondere Anschaulichkeit« (33) — eine Beute der Hölle, ein von seinem Wucherzins aufgeschwemmter Fettwanst. An der Fassade der Kathedrale von Chartres ist ein Teufel zu sehen, der einen Wucherer am Arm packt (Abb., 14). Dante schildert ihn in der Hölle.

Bis zum 12. Jahrhundert war die Zinsleihe im wesentlichen in den Händen der Juden, für sie galt die Verurteilung des Wuchers nicht. Antisemitismus keimte auf. Die Lage des Wucherers spitzte sich zu: Er ist ein besonderer Dieb, da er Gott bestiehlt. Er handelt mit der Zeit, die zwischen dem Zeitpunkt des Verleihs und dem der Rückzahlung verstreicht. Doch die Zeit gehört Gott. Der Wucherer wird in seiner Epoche von allen Seiten mit Abscheu betrachtet und ist doch Vorläufer des Kapitalismus. Die einzige Möglichkeit, das Heil zu erlangen, besteht in vollständiger Rückzahlung seines Gewinns (44). Das gilt auch für die Nachlaßverwalter. Wuchernern wird wie Prostituierten oder Gauklern das christliche Begräbnis versagt. Eine Reihe von Zeugnissen erzählt von ihren schrecklichen Toden.

Ende des 12. Jahrhunderts wird die vereinfachende Gegenüberstellung von Hölle und Paradies von den Menschen und der Kirche als unerträglich empfunden. Damit war die Bedingung gegeben, einen dritten Ort des Jenseits, das Fegefeuer, zu erfinden: nicht auf ewig verdammt, sondern nur auf Zeit. Die offiziellen Texte verurteilten nur den übertriebenen Wucher. In die Frauen setzte die Kirche Hoffnungen, um »teuflichen Ehemännern« Einhalt zu gebieten. Der Wucherer ist Wegbereiter des Kapitalismus; was ihn zurückhielt, war die Angst vor der Hölle (ebd.). Doch nach »dem mehr oder weniger langen Aufenthalt im Fegefeuer geht man zwangsläufig ins Paradies ein« (97). Die Hoffnung, der Hölle zu entkommen, erlaubte es dem Wucherer, die wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben.

Le Goff ist Präsident der École des Hautes Études en Sciences Sociales. Sein Buch erschien 1986 unter dem Titel »La bourse et la vie«. Sein erklärtes Ziel: »Mit diesem Buch möchte ich genau zeigen, wie ein ideologisches Hindernis die Entwicklung eines neuen ökonomischen Systems behindern und verzögern kann.« (72) Obwohl er nirgends auf Webers »Protestantische Ethik« Bezug nimmt, ist die Studie offenbar als Gegenstück konzipiert, als Untersuchung, die retardierende Momente bei der Herausbildung des Kapitalismus herausarbeiten will, nachdem Weber eine ihm günstige

Mentalität untersucht hatte. Zwar bleibt die Frage offen, wieso das simple Gegenüber von Hölle und Paradies eines Tages nicht mehr genügte, doch davon abgesehen ist die Studie überzeugend und in bestechend klarem Stil verfaßt.

Wolfgang Kowalsky (West-Berlin)

**Herzig, Arno: Unterschichtenprotest in Deutschland 1790-1870.** Vandenhoeck und Ruprecht, Göttingen 1988 (155 S., br., 17,80 DM)

Der Band lenkt die Aufmerksamkeit auf jene sozialen Akteure, die die Arbeiterbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts entscheidend mitgeprägt haben. Die mannigfaltigen Proteste im Kontext der sich durchsetzenden kapitalistischen Gesellschaft sollen von ihrer Innenseite her, aus der »Selbsteinschätzung des Pöbels« und der »Moral seiner Aktionen und Reaktionen« (20) in den Blick genommen werden.

Wie am Beispiel eines plebejischen Spottliedes, das zu Beginn des 19. Jahrhunderts in Hamburg kursierte, sucht Herzig Protestmotive der Unterschichten auch in erhaltenen Resten der Volkskultur. Gegen die Doppelmoral der neuen bürgerlichen Kultur werden in diesem Lied die Versittlichungsbemühungen der Mäßigkeitsvereine karikiert, plebejische Trinkgewohnheiten als verwerflich und unmoralisch abzuwerten. Wenn es im Lied heißt, »Wir wollen ihn nicht haben/Den Mäßigkeitsverein,/Behalt die Liebesgaben/Für Euch, Für Euch allein« (41), kommt mit der Abgrenzung gegen das doppelböckige bürgerliche Sittlichkeitsideal jene Triebökonomie zum Ausdruck, die in den nachfolgenden Jahrzehnten über Schule, Militär und Fabrikarbeit zunehmend zur Arbeitsdisziplin des Industriekapitalismus verformt werden sollte.

Zu den Unterschichten zählt Herzig »alle Gruppen ..., deren Subsistenzsicherung längere Zeit oder ständig gefährdet war, die 'nahe der Armutslinie oder darunter' lebten« (5). Damit sind jene Akteure gemeint, die sich weitgehend unabhängig von den modernisierenden Ideen der Aufklärung und des sich jakobinisch gerierenden Bürgertums den Verhaltensumutungen der neuen politischen Ökonomie auf der Basis eigener, zumeist konservativer Wertvorstellungen widersetzen. Herzig bezieht sich in diesem Zusammenhang auf den u.a. von E.P. Thompson geprägten historisch-empirisch begründeten Begriff der »moral economy« vorkapitalistischer Gesellschaftspraxis. An Hand zahlreicher Beispiele kann er nachweisen, daß die »Moralökonomie« der Unterschichten nicht wie üblich defizitär im Licht der neuen »Rationalökonomie« (im Sinne Max Webers) interpretiert werden kann, sondern vor dem Hintergrund eigenständiger kultureller Dimensionen einer nach vorkapitalistischen Bedürfnissen und Sitten geregelten Lebensweise gesehen werden muß.

Zunächst beschreibt Herzig verschiedene »Arten des Unterschichtenprotests« (Subsistenz-, Bewahrungs- und Anti-Gewaltproteste). »Weil der Staat im Zeichen des Liberalismus den Markt sich selbst, das heißt, den ihn beherrschenden Kräften überließ« (19), interpretiert er die Proteste in erster Linie als Selbsthilfereaktionen sowohl des städtischen »Pöbels« gegen das aufstrebende Bürgertum als auch der anwachsenden Landlosen gegen die Landbesitzer. Selbsthilfen reichten von Lebensmittelblockaden, Festsetzungen eines »gerechten« Preises, Maschinensturm und Jagd- und Holzfrevel bis hin zu regelrechten Aufständen. »Die Moralvorstellungen der Unterschichten und des Bürgertums drifteten immer weiter auseinander« (55), heißt es im 2. Kapitel. Herzig unterstreicht dabei, daß trotz der unter dem Schock der Französischen Revolution verschärften Strafaktionen der despotischen Obrigkeiten (u.a. bis 1848 Prügelstrafe in Preußen) die Unterschichtenproteste nicht in tödliche Gewaltaktionen gegen Menschen eskalierten. Die Ursachen dafür werden u.a. in dem im 3. Kapitel beschriebenen Organisations- und Kommunikationsstrukturen der

Protestierenden gesehen. Obwohl in der Regel sehr spontan, waren die Proteste in ihrer zumeist lokalen Begrenzung von einem hohen Maß sozialer Kohäsion gekennzeichnet. Manufakturarbeiter, Heimwerbetreibende, Tagelöhner und Pauperisierte, einschließlich Frauen und Jugendliche, waren bei aller Differenzierung soweit integriert, daß nur selten jemand über die überlieferten Ziele hinauszuschießen wagte.

Auf die im 4. Kapitel aufgeworfene Frage nach dem Einfluß der Französischen Revolution auf die Aktionen der deutschen Unterschichten gibt Herzig eine eher negative Antwort: »Es liegt die Vermutung nahe, daß jakobinische Ansichten nicht von den Unterschichten, aber von den Gruppen des Kleinbürgertums rezipiert wurden, die sich von der Logik der moral economy gelöst hatten und als Metzger, Bäcker oder Gastwirte der Logik einer kapitalistischen am Markt orientierten Ökonomie aufgeschlossen gegenüberstanden ...« (104) Auch wenn Herzig hier im Grundsatz zuzustimmen ist, vermißt man Hinweise auf gegenläufige Erfahrungen in der Mainzer Republik 1792/94 und insbesondere in der Zeit des Vormärz mit dem bekanntesten Beispiel des »Hessischen Landboten« von Georg Büchner und Friedrich Ludwig Weidig. Im Schlußkapitel über das Verhältnis von »Unterschichtprotest und Arbeiterbewegung« bis 1870 kommt der Autor zu dem Schluß, »daß sich alle Richtungen der Arbeiterbewegung von den Unterschichten, deren Moral, deren Aktionen und deren politischen Einstellungen getrennt hatten und diese als reaktionär verketzerten« (113). Daß dieser an bürgerlichen Moralvorstellungen orientierte Versittlichungsprozeß nicht ohne Bezug auf weiterhin existierende Dispositionen der moral economy auskam, schildert Herzig zuletzt am Beispiel der plebiszitär-messianischen Agitationspraxis des lassalleanischen ADAV. Dessen taktisch geprägter Zugriff auf das Selbstverständnis und das Rechtsgefühl des »Pöbels« war insofern erfolgreich, als mit zunehmender Vergesellschaftung traditionelle Protestmotive und Wertvorstellungen über politisch und ökonomisch geprägte Auseinandersetzungen in disziplinäre Organisationszusammenhänge der Arbeiterbewegung transformiert werden konnten.

Heiko Geiling (Hannover)

**Krauß, Henning (Hrsg.): Folgen der Französischen Revolution.** Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1989 (275 S., br., 16,- DM)

Der Romanist Henning Krauß, der Initiator der hier veröffentlichten Beiträge einer Augsburger Ringvorlesung, stellt einleitend das modische Gerede vom »Ende der Revolution« in Frage, indem er den Jahrestag zur kritischen Befragung der Gegenwart nutzt. »Welche Vernunft ... ist 1789 als Leitlinie und Kontrollorgan des Fortschritts eingesetzt worden?« (10) In welchem Maß konnten sich »die von den Revolutionären propagierten Vernunftmaximen in der Realität durchsetzen?« (11)

Walter Jens begreift den nazistischen Antisemitismus als Konterrevolution, als »Zurücknahme der Großen Revolution« und deren Überzeugung, daß es sich um Unterdrückung der ganzen Gesellschaft handelt, »wenn auch nur ein einziges ihrer Glieder unterdrückt wird«, wie es in der Verfassung von 1793 heißt (14). Sein Vortrag, gehalten am 9. November 1988 anläßlich der bis heute als »Reichskristallnacht« beschönigten Mordaktion, wendet sich gegen die konservativen Historiker »von Nolte bis Fest« (26). Indem es diesen vor allem um die Relativierung der »Überlegungen der Mörder« gehe, befließigten sie sich einer Geschichtsschreibung vom Standpunkt der Sieger. Mit der »Perspektive der Opfer« (34) werde zugleich das von ihnen allein in den Todeszellen und Konzentrationslagern bewahrte Erbe der durch die Revolution in die Welt gekommenen Emanzipationsgesetze eliminiert. Mit wenigen Strichen gelingt Jens überdies eine plastische Skizze des jüdischen Alltags unterm Nazismus, in dem sich verzweifelte Versuche, »der Notzeit einen Sinn ab-

zugewinnen« (30), mit trügerischen Hoffnungen auf eine »Renaissance des Judentums« verbanden (31).

Iring Fetscher möchte »Grundzüge der Deutung der Französischen Revolution durch Marx, Engels und Lenin herausarbeiten« (39). Da für Marx ihr Sinn in der »Durchsetzung der politischen und rechtlichen Existenz- und Entwicklungsbedingungen der kapitalistischen Produktionsweise« liege (40), begreife er den Thermidor auch nicht als »Liquidation«, sondern als »Reduzierung auf diejenigen Errungenschaften, die der Machtergreifung der Bourgeoisie« dienen (39). Der entscheidende Unterschied zwischen dieser »nur politischen« und der proletarisch-sozialistischen Revolution bestehe nach Marx darin, daß die letztere die neue Produktionsweise »allererst zu schaffen hat« (48), und dies nur als »internationale Aktion« möglich sei (Engels, 53). Durch das Steckenbleiben der sozialistischen Revolution in einem, dazu rückständigen Land, habe die Sowjetunion indes »nicht zufällig ... zahlreiche Züge der kapitalistischen Industrialisierung« wiederholen müssen (57). Gorbatschows Perestrojka wird als Wiederkehr der bürgerlichen Gesellschaft verstanden: »Die Tatsache, daß in seinen Reden moralische Kategorien eine — für Marxisten ungewöhnlich große — Rolle spielen, ist ein ... Indiz dafür, daß wir es hier mit einer Variante der bürgerlichen Gesellschaft zu tun haben« (59). Fetscher macht keinen Unterschied zwischen bürgerlicher (bourgeoiser) und ziviler Gesellschaft. Er kann sich daher nicht vorstellen, daß die zivilen Errungenschaften der Französischen Revolution durch ihr Ankommen in einem sozialistischen Land eine neue Bedeutung bekommen.

Peter Häberle fragt nach der Bedeutung von 1789 für die Verfassungslehre. Für ihn steht außer Zweifel, daß 1789 nur eine Entwicklungsetappe »auf dem 'ewigen Weg' zum Typus Verfassungsstaat« sei (74), der unsere »Bewunderung, heute und künftig unseren Einsatz« verdiene (75). Häberle gibt in seiner Faszination die Staatskritik von Marx und Engels völlig preis. Diese wird auf den harmlosen Status einer »Provokation« reduziert, der die Durchsetzung des »deutschen 'Sozialstaats'« zu verdanken sei (75).— Für Heinz Lampert ist die Revolution zu Ende: Waren die in der Revolution selbst entwickelten sozialstaatlichen Ansätze zu bescheiden, »um aus der politischen Revolution des Bürgertums eine soziale Revolution« werden zu lassen (114), so scheint ihm dieses Ziel mit der »in den freiheitlich verfaßten europäischen Industriestaaten entwickelten Sozialpolitik weitgehend« erreicht (122).

Hans Maier geht in seiner Darstellung des Verhältnisses von Revolution und Kirche von einem »Paradox« aus. Warum führte »gerade die Absicht, die Kirche mit dem revolutionären Staat auch engstens zu verschmelzen ... zu einer Trennung von Kirche und Staat« (127)? Zu diesem Umschlag sei es gekommen, weil »der jakobinische Monismus des Politischen«, der in einem schroffen Gegenüber von Individuum und Staat die beste Garantie gegen einen Rückfall in die Ständegesellschaft vermutete, keine »staatsfreie Gewissenssphäre« duldet (138). — Die Gewissensfreiheit ist ein gefährliches Terrain. Anton Rauscher, für den feststeht, daß jener »aufklärerische Traum von der 'freien Assoziation freier Menschen' ... mit der christlichen Auffassung nicht vereinbar« ist (148), rekonstruiert die christliche Widerstandslehre vom Standpunkt des Staatsanwalts: »In einem demokratisch verfaßten Rechtsstaat ... ist der Widerstand gegen die Staatsgewalt sittlich und rechtlich nicht vertretbar.« (154)

Vier Beiträge befassen sich mit Fragen der Literatur- und Philosophiegeschichte nach 1789. Anknüpfend an Schiller, liest Hans Robert Jauß die »ästhetische Wende« im 19. Jahrhundert (weg von der Lehre der Naturnachahmung hin zu einem Verständnis von »Kunst als Anti-Natur«) als Reaktion auf das in der Französischen Revolution ungelöst gebliebene Dilemma von staatlichem Zwang und individueller

Freiheit. Schillers anti-jakobinisches »Mittel, 'dem Charakter beizukommen, ohne den Staat dabei nötig zu haben', ist der Weg der ästhetischen Bildung« — eine Idee, die Jaub »heute nicht mehr so weltfern« erscheint, denn die ästhetische Erfahrung gründe auf »freiwilligem Aufnehmen und Lernen« (163). Jaub ist davon überzeugt, daß die Revolution »keine Werke der Schönen Künste, geschweige denn eine Ästhetik, hervorgebracht« hat (163). Für Manfred Naumann ist ein solches Urteil nur dann »plausibel ..., wenn zwischen 1789 und 1815 nach neuartigen literarischen Meisterwerken gesucht wird« (197). Die Resistenz des klassischen Gattungssystems führt Naumann auf dessen integrative Fähigkeiten zurück, die es erst verlor, als es unter Napoleon »zu einer staatlich geförderten und geschützten Privilegierung der klassisch-französischen und klassisch-antiken ... Traditionen« kam (215). Der auf Erhalt des Status quo zielende Staatseingriff führte zur Abkoppelung von der wirklichen Entwicklung und lieferte der romantischen Bewegung die Argumente.

Manfred Frank wendet sich gegen die gängige Sicht einer ursprünglich revolutionären Romantik, die in Reaktion und Katholizismus endete. Allerdings sei die Ambivalenz der romantischen Bürgerkritik zu beachten. Die Kritik des bürgerlichen Rechtsstaats und seines Gleichheitsideals konnte sich mit »altständisch-reaktionären Formen eines vormodernen Antikapitalismus« ebenso verbünden wie mit »fortschrittlich-sozialistischen« (237). Bakunin soll ein »begeisterter Hörer« Schellings gewesen sein (236). Die Verhöhnung des »teutschen Biedermanns« sei verknüpft mit »elitärer Absetzung vom bürgerlichen Gleichheitsideal« (239) und trage bei Brentano »anti-semitische Farben« (ebd.).

Die Niederlage Frankreichs gegen Nazi-Deutschland bringt ein neues Ancien régime an die Macht. Henning Krauß führt vor, daß Pétains »nationale Revolution« viele Väter hatte. Die List der Geschichte wollte, daß dazu auch Charles Maurras gehörte, der 1789 als »Importartikel« aus Deutschland verdammt hatte (249). Krauß zeigt, daß mit der Besetzung ganz Frankreichs seit 1942 der Kampf gegen 1789 in den Hintergrund rückte. In dem 1944 aufgeführten Stück *Charlotte Corday* von Drieu la Rochelle fungiert Patriotismus als oberster Wert, der den Gegensatz der beiden Frankreich — Résistance und Kollaboration — überwinden und »moralisch auf eine Stufe« stellen soll (255). Der Versuch, dem alten Kurs angesichts der sich abzeichnenden Niederlage der Nazis eine neue Bedeutung zu geben, schlug fehl. Das andere Frankreich war entschieden, der Résistance die Revolution folgen zu lassen. Auch das schlug fehl. Aber: »Die Einschätzung der Ereignisse von 1789/1799 blieb und bleibt die Lackmusprobe, an der die Spaltung Frankreichs in zwei nahezu gleich starke Lager sichtbar ist.« (273)

Wenn Henning Krauß in der Einleitung von den »Problemen der Modernität« spricht (II) oder davon, daß »jede Debatte über die Folgen der Französischen Revolution ... zugleich eine Verhandlung über die Moderne« sei (10), dann folgt er einem entnennenden Sprachgebrauch, der den Anspruch auf konkrete Herrschaftskritik nicht einlösen kann — im Gegensatz zu seiner Materialstudie. Der alte Fehler, jeden sozialen Gegensatz kurzerhand zum Klassengegensatz zu stilisieren, ist nur zu beheben, indem eine trennscharfe sozialanalytische Sprache aufrechterhalten wird.

Yun-gi Hong und Peter Jehle (West-Berlin)

**Koselleck, Reinhart, und Rolf Reichardt (Hrsg.): Die Französische Revolution als Bruch des gesellschaftlichen Bewußtseins. Ancien Régime, Aufklärung und Revolution, Bd. 15. Oldenbourg Verlag, München 1988 (678 S., br., 198,- DM)**

Dieser Band legt die Ergebnisse einer internationalen Konferenz am Zentrum für interdisziplinäre Forschung an der Universität Bielefeld vor. Reichardt benennt ein-

gangs das Dilemma der gegenwärtigen Arbeiten zur Französischen Revolution: sie werde zwar von allen als »modellstiftender Schlüsselvorgang« an der Schwelle zur Moderne interpretiert, doch stehe der Erstarrung der sozio-ökonomischen Globaldeutungsmuster eine verwirrende Verästelung der Detailforschung gegenüber, die den ursprünglichen Ausgangspunkt des historischen Epochenereignisses aufzulösen drohe. Daher habe sich die Tagung die Aufgabe gestellt, einen repräsentativen Querschnitt zu Hauptbereichen der Revolutionsgeschichte vor dem Hintergrund der Debatte um Kontinuität oder Bruch zu liefern. Der von der Intention integrative Ansatz wurde entscheidend gefördert durch die Arbeiten Vovelles, die durch die Hervorhebung der »mentalalen Dimension« zu einem prinzipiellen Neuansatz im Perspektivwechsel von der materiellen gesellschaftlichen Realität zu »dem sie erst konstituierenden kollektiven Bewußtsein« (16) und zur Kooperation von Mentalitätsgeschichte und historischer Anthropologie geführt haben. In Bielefeld wurde versucht, aus einer integrierenden kultursoziologischen Perspektive in elf Themenkreisen eine Konvergenz der Teilforschungsbereiche herbeizuführen.

Michael Meinzer und Reinhart Koselleck untersuchen das Problem des »Bruchs des Zeitbewußtseins« am Beispiel des Revolutionskalenders, der Identifikationselemente der neuen politischen Elite gebündelt habe und als soziales Steuerungsinstrument eingesetzt worden sei, in letzter Instanz jedoch als Glied eines langfristigen Modernisierungs- und Rationalisierungsschubs der europäischen Geschichte zu bewerten sei. Koselleck diskutiert die Ambivalenz des Zeitbegriffs in der Revolution. Vor dem Hintergrund der »Beschleunigung« der Zeit als dem Spezifikum neuzeitlicher Erfahrung liege die eigentliche Leistung in der Bewußtwerdung über den eigenen aktiven Beitrag zur Erneuerung der Geschichte. Die »Entwicklung einer revolutionären Soziabilität und Klub-Kultur« untersucht Ran Halévi am Beispiel der Ambivalenz der »Verfassungsrevolution« von 1789 und Vovelle in einer Regionalstudie über die Veränderungen in der sozialen Hegemonie innerhalb der Sansculotterie von Marseille. Am Beispiel der Presse des Ancien Régime im Übergang bzw. der Zeitungen des Jahres 1789 skizzieren Jack Censer und Pierre Rézat den »Strukturwandel der politischen Öffentlichkeit«. Während Censer den Akzent auf die Kontinuität der Entwicklung legt, betont Rézat den Sprung in eine neue Ära des Pressewesens, wobei die revolutionären Zeitungen zum »Instrument der Darstellung aller schwebenden Diskurse über die zeitgenössische Wirklichkeit« (165) werden. Jeremy Popkin hingegen sieht den eigentlichen Einschnitt erst mit dem Entstehen einer dauerhaften politischen Parteienpresse ab 1815 bzw. der Massenpresse nach 1860. Die Revolutionspresse sei lediglich die »letzte der großen karnevalesken Explosionen des gedruckten Wortes« (182), die alle Autoritätskrisen seit der Renaissance begleiteten. Unter dem Stichwort »Politisierung und Bedeutungsveränderung gesellschaftlicher Grundbegriffe« liefert Reichardt eine Analyse der semantischen Entwicklung politisch-sozialer Begriffsnetze am Beispiel des populären »Gänsespiels« sowie einer Reihe von zeitgenössischen Katechismen. Patrice Higonnet betrachtet aus begriffsgeschichtlicher Perspektive in bewußter Abgrenzung von marxistisch beeinflusster Historiographie den Jakobinismus als »kulturelles System«, das eine hoffnungslos deformierte Form der Aufklärung darstelle und mit Hilfe eines »lexikalischen Imperialismus« (221) und einer vorgeblich klassenkämpferischen Rhetorik die entstehende dichotomische Klassenstruktur zu negieren versucht habe. Günther Lottes zufolge tobte bereits seit der Aufklärung ein erbarmungsloser Sprachkrieg um Wort-eigentum, doch dürfe die »Sprachhegemonie der Revolutionäre« nach 1789 nicht über den Fortbestand der »Konkurrenz von Sinnbildungsmustern« hinwegtäuschen, die später einem Pluralismus Platz gemacht habe. Die »Elemente einer 'revolutionären'

Literatur« untersuchen Fritz Nies an Hand der Veränderungen im System der literarischen Gattungen, Pierre Frantz auf dem Gebiet des Theaters, Jean-Jacques Tatin am Beispiel der Rezeption Rousseaus und des Heldenkults in den Almanachen zwischen 1760 und 1793 und Lise Andriès an Hand der Symbole der Almanache des Jahres II. Dem Problem der »Beschleunigung und Mutation von Akkulturationsprozessen an Hand autobiographischer Quellen« sind die Arbeiten Hans-Jürgen Lüsebrinks, Jacques Guilhaumous und Daniel Roches gewidmet. Lüsebrink konstatiert am Beispiel des kollektiven Diskurses der »Vainqueurs de la Bastille«, daß neue Schichten öffentlich das Wort ergreifen. Guilhaumou untersucht auf diskursanalytischer Grundlage die politischen Rechtfertigungsautobiographien des Cordeliers Collin und des Jakobiners Isoard als komplexes System von Sprachhandlungen, die Brüche innerhalb sozialer Bewußtseinsstrukturen anzeigen. Roches Darstellung der existentiellen Selbstbiographien des Pariser Glasers Ménétra und des Tuchmachers Simon aus der Provinz — beide Vertreter eines besonnenen Republikanismus — verdeutlicht den Strukturwandel der Öffentlichkeit, der sich im »kulturellen Tabubruch« des öffentlichen Sprechens über die eigene Person manifestiert (416), gleichzeitig aber auch die autobiographische Verschriftlichung als individuellen Kompensationsprozeß infolge der Einengung plebejischer Öffentlichkeit in der zweiten Phase der Revolution sichtbar werden läßt (Lüsebrink). Im weiteren werden die revolutionäre Umfunktionierung der Musik (Herbert Schneider, Elizabeth Bartlet), der »Umbruch der Bild und Symbolwelt« am Beispiel der Revolutionsgraphik (Klaus Herding), die »Ausprägung einer nationalstaatlichen Sprachideologie« bei Grégoire (Brigitte Schlieben-Lange) und die »revolutionäre Kirchenpolitik als Katalysator des gesellschaftlichen Bewußtseins« an Hand des Priestereids von 1791 in einer seriell-quantitativen Arbeit von Timothy Tackett untersucht. Schließlich diskutieren Günther Lottes und Paolo Viola das Beziehungsgefüge von Revolution und konservativer Reaktion als »Verdichtung moderner politischer Ideologien«, wobei Lottes der Aufspaltung in ultrakonservativ-katholischer Erstarrung und pragmatisch-neokonservativer Neuorientierung im Sinne einer aktualisierten Ordnungspolitik nachgeht und Viola in der jungen Opposition unter dem Direktorium die Keimzellen der zukünftigen Eliten des Empires (»Konterrevolutionäre«) und ab 1830 unter Louis Philippe (»Liberales«) sieht.

Die eigentlichen inhaltlichen und methodologischen Probleme der Konferenz treten erst in der »Schlußdiskussion« zutage. Tackett, Wagner und Higonnet kritisieren den »Hermetismus« der Einzelforschung, die auf Grund der ihr immanenten Eigendynamik den Bezug zur allgemeinen Deutung der Revolution und damit auch ihren heuristischen Wert zu verlieren droht. Methodisch stehen sich die historische Anthropologie Kosellecks und die Diskursgeschichte Guilhaumous kontrovers gegenüber. Während Koselleck Guilhaumou die Neutralisierung der sozialen Zuordnung von Texten und damit einen extremen erkenntnistheoretischen Reduktionismus vorwirft, kritisiert Guilhaumou die Blindheit der traditionellen Geschichtsschreibung gegenüber der bislang nur oberflächlich ausgeloteten komplexen Tiefenstruktur der Archive. Nur eine bei Foucault anknüpfende Radikalisierung des mentalitätsgeschichtlichen Ansatzes und die Erkenntnis von der Selbstreferentialität der Texte sowie die Achtung vor der »Materialität der Sprache« (667) könne aus der Sackgasse der bisherigen Historiographie führen. Die Diskurshistoriker bemühten sich um eine Geschichte des sozialen Bewußtseins der Französischen Revolution auf der Grundlage der Analyse des sprachlichen Bewußtseins, wodurch das interpretatorische Spiel in das Ereignis selbst verlegt werde. Koselleck verweist seinerseits auf den in der Debatte um Bruch oder Kontinuität heuristisch relevanten Theorieansatz Braudels

von den drei Zeitebenen der langfristigen Dauer, des mittelfristigen Wandels und des momentanen Wechsels (658), während Reichardt das Dilemma zwischen einer sich zersplitternden Detailforschung und dem Wunsch nach einer interdisziplinären Integration durch den kommunikationssoziologischen Ansatz oder die historische Anthropologie zu lösen vorschlägt. Abschließend bewertet Roche die Deutungsprobleme der Französischen Revolution als »Teilaspekt einer allgemeinen Krise der Anwendung globaler Theorien«. Die Krise der Theoriegebäude schärfe jedoch das Bewußtsein von der Existenz unendlich vieler »Spielformen der Wahrheit«. Es gehe in der Geschichtsschreibung nach wie vor um die Frage nach der historischen Wahrheit, weshalb vor einer voreiligen Ersetzung der »ökonomischen Sicht des Gesellschaftlichen durch den Positivismus des Kulturellen oder den Idealismus des Symbolischen« zu warnen sei (678).

Der Band macht vor allem in der den Einzelbeiträgen nachgeschobenen Selbstverständigungsdiskussion nicht nur die Krise von Erkenntnistheorie und Methode sichtbar, die den interdisziplinären Annäherungsversuch bedenklich in die Nähe des Turmbaus von Babel rückt. Er belegt auch die kaum zu übersehende Konkurrenz von Forschungsansätzen der geistes- und sozialwissenschaftlichen Disziplinen untereinander. Guilhaumou spricht von der vorübergehenden Funktion der strukturellen Linguistik als »Leitwissenschaft« und einem wachsenden Gewicht der Linguistik gegenüber der Geschichtswissenschaft. Angesichts eines fortschreitenden Relevanzverlustes der »idiographischen« Wissenschaftsdisziplinen scheint das Ringen um methodische Hegemonie stärker zu werden. Insofern ist bei aller Achtung vor manch bemerkenswerter Einsicht einer Reihe von Einzelbeiträgen doch die Aporie des interdisziplinären Projektes bereits in seinen ehrgeizigen Anfängen zu beklagen.

Wolf Kindermann (West-Berlin)

**Hunt, Lynn: Symbole der Macht — Macht der Symbole.** Die Französische Revolution und der Entwurf einer politischen Kultur. S. Fischer Verlag, Frankfurt/M. 1989 (351 S., Ln., 48,- DM)

Im Zentrum der Untersuchung, die zuerst 1984 in den USA erschien, steht die Frage, auf Grund welcher Erfahrungen und Leitvorstellungen es den Menschen in der Französischen Revolution gelang, eine neuartige politische Kultur zu entwickeln. In Unterschied zu einer Geschichte der politischen Organisationen, Persönlichkeiten und Programme thematisiert Lynn Hunt mit dem Begriff der politischen Kultur die »Werte, Erwartungen und unausgesprochenen Regeln« (22), die der kollektiven politischen Praxis während der Revolution zugrundelagen. Sie geht von der Überlegung aus, daß die Formen und Logiken, in denen sich das politische Denken und Handeln der Revolutionäre bewegte, nicht aus der Bestimmung ihrer sozialen und ökonomischen Positionen abgeleitet werden können. Hunt fordert daher einen Terrainwechsel in der Forschung, die bislang die Revolution wesentlich unter dem Gesichtspunkt ihrer sozioökonomischen Bewegungsmomente sowie langfristigen Ursachen und Folgen analysiert und interpretiert habe. Die Entfaltung der politischen Denk- und Regelungsformen einerseits und die Herausbildung einer neuen »politischen Klasse« als deren Träger und Vermittler andererseits begreift sie als zwei Dimensionen desselben Prozesses, die sich wechselseitig bedingen. Im ersten Teil untersucht sie das Feld der politischen Bedeutungen, der zweite steht unter der Frage, welche gesellschaftlichen Gruppen sie für sich in Anspruch nahmen und produzierten.

Hunt analysiert die Sprache, die Rituale, symbolischen Praxen und Embleme der Revolution als ein kulturelles Netz, dessen Entstehung und — solange die Revolution

in Fluß war — immer weitere Verfeinerung sich kollektiven Schlüsselvorstellungen verdankte, um die sich das politische Denken der Revolutionäre gruppierte. Anstelle einer katalogisierenden Beschreibung der politischen Kultur oder einer weiteren Untersuchung einzelner ihrer Elemente geht es ihr um den Nachweis, daß die Herausbildung dieser politischen Formen die bedeutsamste revolutionäre Umwälzung war, die die Französische Revolution markierte: »die Erfahrung der Revolution zeigte zum erstenmal, daß die Politik von der Kultur geprägt wird ..., und vor allem, daß die Mitglieder der Gesellschaft Kultur und Politik selbst erfinden können.« (Ilf.) Die Ausprägung der politischen Kultur schildert sie als einen von widersprüchlichen Anforderungen vorangetriebenen Prozeß, in dessen Verlauf immer weitere Elemente der Alltagskultur zu Mitteln der politischen Verständigung und Auseinandersetzung werden konnten — von der Wahl der Worte über Schnitt und Material der Kleidung bis zu den Maßstäben für Raum und Zeit.

Die Knotenpunkte des politischen Diskurses arbeitet Hunt bereits im ersten Kapitel heraus, in dem sie Stellenwert und Organisation des wichtigsten symbolischen Instruments, der Sprache der Revolution, behandelt. Sie betrachtet die sprachliche Produktion, die sich während der Revolution im gesprochenen wie geschriebenen Wort explosionsartig vervielfachte, als einen rhetorischen Text. An Beispielen — z.B. der systematischen Umbenennung von Straßen und Monaten — und Zitaten führt sie vor, wie die Sprache als ein Mittel der Überzeugung und des Entwurfs einer neuen Welt eingesetzt wurde, wie ihre zentralen Lösungen und der Vortrag selbst eine beschwörende, sakrale Bedeutung erhielten. Grundlegend für die Funktionsweise des revolutionären »Textes« ist nach Hunt, daß seine »Hermeneutik« erst während der Revolution im politischen Kampf entwickelt wurde: »Die Französische Revolution hatte keine Bibel, die als Quelle der Bestätigung und Absicherung revolutionärer Praxis dienen konnte.« (41) Während die Sprache der Konservativen paternalistische Autoritätsmodelle, Familienmetaphern und Beispiele aus der Geschichte miteinander verknüpfte, kultivierte die revolutionäre Rhetorik eine »mythische Gegenwart« ohne jede Vergangenheit. Indem Hunt verfolgt, wie und in welcher Verknüpfung Schlüsselösungen der Revolution wie Nation, Volk und Volkswille, Transparenz, Tugend, Wachsamkeit, Vernunft und als Gegenprinzip Verschwörung gesprochen wurden, gelingt es ihr, die Entwicklung der revolutionären politischen Kultur als Lösungsform eines Problems vor Augen zu führen, was, verkürzt, lautet: Die neue Nation sollte allein auf dem freien Zusammenschluß und der Souveränität des Volkes beruhen. Da jede symbolische und institutionelle Autorität über dem Volk bestreitbar war, mußten Formen gefunden werden, durch die das Volk sich immer wieder seines gemeinsamen Konsens versicherte und als politisches Subjekt erkannte. Der Ablehnung jeder durch Interessenvertreter vermittelten Politik als potentielle Verschwörung gegen den allgemeinen Willen entsprach im Gegenzug eine Politisierung des gesamten Alltagslebens. Zudem mußte die Revolution, wenn sie fundamental sein sollte, überall sichtbar sein.

Angesichts der Brisanz, die die politischen »Experimente« der Revolution — z.B. in Fragen der Transparenz oder der direkten Demokratie — auch heute noch haben, überrascht es allerdings, daß Hunt deren Scheitern quasi überhistorisch aus immanenten Widersprüchen erklärt. In ihrer analytischen Anordnung ist nicht aufgehoben, daß die Formen politischer Regelung bei aller relativen Eigengesetzlichkeit doch nicht völlig beliebig sind gegenüber den sozialen und ökonomischen Kräfteverhältnissen, die durch sie reguliert werden. Auch der zweite Teil leistet m.E. keine überzeugende Vermittlung zwischen den kulturellen und sozioökonomischen Bewegungsmomenten der revolutionären Politik. Durch Auswertung nationaler Wahlergebnisse und in

Lokalstudien zu vier politisch unterschiedlich positionierten Großstädten (ohne Paris) untersucht sie die sozialen Merkmale und Bindemittel der »neuen politischen Klasse«. Sie arbeitet heraus, daß durch die Revolution neue soziale Gruppen, religiöse Minderheiten und Zuwanderer Zugang zur politischen Macht erhielten, worunter relativ junge Männer aus städtisch verwurzelten Berufsgruppen und mit Organisationserfahrung in Logen oder politischen Klubs dominierten. Ungeachtet der interessanten Detailbeobachtungen bleibt unklar, was mit der zusammenfassenden Feststellung an Erklärungswert gewonnen ist, die Revolution habe sich in dem Maße radikalisiert, wie ihre Protagonisten »im höchsten Maße Neulinge und im höchsten Maße marginal waren« (259). Hinter den Kategorien »Außenseiter« und »Marginalität«, die die Distanz der neuen Amtsinhaber gegenüber den früheren politischen Institutionen und Gebräuchen bezeichnen sollen, verschwinden sozioökonomische Interessenlagen und -konflikte. An ihre Stelle tritt der tautologische Schluß, daß die Revolution von Leuten gemacht wurde, die vorher nicht in den Zentren der Macht saßen. Schließlich entgeht Hunt die politische Betätigung einer bedeutsamen »Außenseiter«-Gruppe systematisch, indem sie ihre Aussagen wesentlich auf die Analyse der lokalen Stadträte und ihrer wechselnden Zusammensetzung stützt. Chancen und Anteil der Frauen in der politischen Kultur der Revolution stellt Hunt nur einmal ansatzweise zur Diskussion, als sie den Kampf um männliche und weibliche Allegorien schildert, in dem Herkules den Sieg über die Freiheitsgöttin Marianne davontrug.

Anja Weberling (Hamburg)

**Outram, Dorinda: *The Body and the French Revolution. Sex, Class and Political Culture.* Yale University Press, London 1989 (197 S., Ln., 22,- £)**

Als geistige Paten sind an erster Stelle Michel Foucault und Norbert Elias zu nennen. In ihrer Nachfolge zeigt Outram den verwirrenden, widerspruchsvollen und ambivalenten Prozeß der individuellen Erfahrungen des eigenen Körpers und der Bemühungen um die öffentliche Verkörperung dieser individuellen Körpererfahrungen in unserer westeuropäischen Gesellschaft auf. Im Mittelpunkt dieser Darstellung steht die Inszenierung des heroischen, männlichen Selbstmords, der Massentötung durch die Guillotine und des Strebens der Mme. Roland nach politischer Anerkennung. An diesen drei Szenen wird das labile, uns vertraute, zugleich aber entfremdete Verhältnis aufgezeigt zwischen dem Körper des homo clausus von Elias — hier um die mulier clausa ergänzt — und der Sphäre der Öffentlichkeit, der Macht, der Autorität und der Ordnung. Dorinda Outram spricht von einem »compulsive linkage«, einem zwanghaften Zusammenhang zwischen den privaten Gefühlen und der Öffentlichkeit. Das Buch kreist um dieses zwanghafte Verhältnis und um die Ermöglichung einer würdigen, öffentlichen Darstellung des Körpers des homo clausus und der mulier clausa. Es ist die Frage nach der Beschaffenheit dieses Körpers und schließlich nach der Auflösbarkeit dieser zwanghaften Verbindung von innen und außen. Die Antwort auf diese Frage ist für Outram zwar überlebensnotwendig, es gibt sie allerdings noch nicht.

Ohne die Diskurs-Theorie von Foucault und die Theorie des Prozesses der Zivilisation von Norbert Elias wäre das Werk von Outram nicht möglich. Sie überträgt aber diese Theorievorgaben nicht einfach auf ihren Gegenstand. Vielmehr werden die Prämissen ihrer geistigen Väter revidiert, preisgegeben und weitergeführt. Der Verzicht von Foucault auf die Einbindung der Diskursebene in die allgemeine »große« Geschichte erfährt bei Outram eine immanente, eigensinnige und produktive Kritik. Dies gilt sowohl für die sozial- und gesellschaftsgeschichtlichen Unverbindlichkeiten als auch für die sexistischen Prämissen und Verengungen der »Wissen-

Macht-Diskurs-Ebene« von Foucault (7). Mit analytischer Präzision zeichnet Outram das Wechselspiel zwischen der individuellen, privaten Erfahrung des Körpers und den öffentlichen Verkörperungen von Macht, Autorität und Würde während der Revolutionsjahre von 1789 bis 1799.

Dorinda Outram hält am liberalen, humanistischen Erbe von Elias fest und radikalisiert es. Das Versagen dieses Experiments der neuzeitlichen, politischen Kultur im Jahre 1933, die perverse Verwirklichung des homo clausus von Elias in den Konzentrationslagern des 20. Jahrhunderts bildet den Ausgangspunkt ihres Nachdenkens über das Geschlecht, die (bürgerliche) Klasse und die politische Kultur. Norbert Elias' Widmung an seine in Auschwitz ermordete Mutter und an seinen in Breslau verstorbenen Vater ist für Dorinda Outram der Schlüssel zu seinem Werk. Weiterhin bleibt aber die von Elias postulierte Kontrolle des eigenen Körpers — das Merkmal des homo clausus — für sie ein zivilisatorisches Vermächtnis. Somit erkennt Dorinda Outram die Paradoxie ihrer theoretischen Prämissen. Gerade dieses will sie auflösen. Der homo clausus erfährt hier eine neue, erschreckende Abgründigkeit, die Dorinda Outram mit dem Verweis auf ihre »ironische, kritische Distanz zum modernen Staat« (26) erklärt. Hinter dieser Schutzbehauptung verbirgt sich ihre trotzigte Verweigerung. Wider alle Vernunft widersetzt Dorinda Outram sich der Amoralität der »das Subjekt ist tot«-Attitüde der Postmoderne.

Der Aufbau des Buches ist von klassischer Symmetrie. Der »Dekonstruktion der Französischen Revolution« folgt die Rekonstruktion des neuen öffentlichen Raumes. Outram wählt als Einstieg den Zugang über die Medizingeschichte und den medizinischen Diskurs des 18. Jahrhunderts, um in drei weiteren Kapiteln — »Der Heroische Selbstmord. Das Ende des Körpers und der Anfang der Geschichte«, »Die Guillotine, die Seele und die Zuschauer des Todes« und »Wörter und Fleisch. Madame Roland, der weibliche Körper und die Suche nach Macht« — den »neuen und sensiblen Raum« der Öffentlichkeit zu rekonstruieren. In einem Abschlusskapitel wird diese Geschichte des Körpers evaluiert. Erst auf den letzten Seiten gelangt sie zu ihrer radikalen Schlußfolgerung — sie kündigt das Bündnis zwischen Innen und Außen auf: »only when the link between physical constitution and public authority is broken will we have real political change, for it is only then that a non-masculinist public word can be established.« (164)

Outram weiß um das mögliche Scheitern ihres Unternehmens. Spät, viel zu spät führt sie neue Erklärungsansätze wie z.B. die Kritische Theorie und neue Definitionen, wie z.B. den Klassenbegriff von Bourdieu, ein. Auch ihre Kritik an der marxistischen Historiographie zur Französischen Revolution und ihre Diskussion der konservativen Revolutionshistoriographie insbesondere von und im Gefolge von Furet greifen zu kurz. Kritische Anmerkungen dieser Art lassen sich mehren.

Zwei Momente sind für die Geschichte des Körpers und die Französische Revolution von Dorinda Outram ausschlaggebend. Der 1789 erschaffene politische Körper kann nicht in der Tradition der sakralen Körper-Symbolik als politisch-einigende Kraft dienen; er hat vielmehr die paranoiden Situationen des 19. und 20. Jahrhunderts hervorgebracht. Zugleich gilt es, »eine schöpferische, öffentliche Welt zu kreieren« (ebd.). Angesichts dieser unausweichlichen, geschichtlichen Paradoxie greift Dorinda Outram auf die Dialektik der Aufklärung von Horkheimer und Adorno zurück: »die Geschichte der Körper im revolutionären Prozeß ist die Geschichte der Selbstdarstellung der Rationalität, der Reflexivität, des Universalismus, der Autonomie, der Individualisierung und der Emanzipation und trägt als solche stets die Ermöglichung ihres Gegenteils in sich« (ebd.). Um das humane Erbe der Aufklärung zu retten, hebt Outram aber diese Dialektik in einer eigensinnigen

Weise auf. Durch eine »Re-traumatisierung« der Revolutionsgeschichte soll das zwanghafte Verhältnis aufgelöst werden.

Dorinda Outram will der feministischen Utopie einer nicht patriarchalen, öffentlichen Welt eine Chance geben (ebd.). An der »heroischen Mutterschaft« der Mme. Roland macht sie die Paradoxie und die Aporien unserer politischen Kultur in ihrer ganzen Tragweite sichtbar. Nicht die Klassenproblematik, sondern die Geschichte des Frauenkörpers wird zur Schlüsselfrage, gilt es, das »compulsive linkage« aufzubrechen und die nicht-maskuline, schöpferische öffentliche Welt zu kreieren.

Mit den einschlägigen Forschungen zur Frauengeschichte geht Outram scharf ins Gericht. Sie schont weder Levy, Applewhite und Johnson noch Olwen Hufton. Obgleich ihre Kritik im einzelnen nicht immer nachvollziehbar ist (die von Olwen Hufton entworfene Frau des Volkes ist z.B. meines Erachtens nicht mit den »Furien« in der älteren Historiographie zu verwechseln; 129), so müssen wir ihrem Hauptargument hinsichtlich der Irrelevanz der frauengeschichtlichen Revolutionsforschung uneingeschränkt beipflichten: »Modern 'feminist' history of the women of the Revolution has in fact not succeeded either in creating a new and satisfactory history of women, or of laying the ghost of the old.« (129) Demgegenüber will Dorinda Outram die Isolierung der Frauengeschichte aufheben und zu einer neuen Sicht der revolutionären politischen Kultur gelangen.

Die Leistungen dieser integrierenden Sichtweise sind beachtlich. Outram gelingt es, den geschlechtsunbestimmten Ansatz der Mehrzahl der Revolutionshistoriker zu korrigieren. Sie konzentriert sich vor allem auf die Geschlechterblindheit (gender-blindness) von Furet, auf die Nicht-Beachtung der *mulier clausa* bei Norbert Elias und auf den »Blick von außen« von Foucault. Mehr noch, ihre zentrale These von der konstruktiven Bedeutung der Geschlechtsspezifität und des Frauenausschlusses in der neuen politischen Kultur wird überzeugend belegt (154). In ihrer Geschichte des Frauenkörpers rückt die Geschlechtsproblematik zwangsläufig und unwiderruflich ins Zentrum des historischen Geschehens. An der Darstellung der »heroischen Mütterlichkeit« der Mme. Roland wird einsichtig, weshalb das männliche Bürgertum die Ideologie der Geschlechterpolarität als Basis seiner neuen politischen Kultur erfand und weshalb eine Intensivierung der schon vorhandenen, patriarchalen Kultur, die das Bürgertum eigentlich abschaffen wollte, stattfand (155). An der Geschlechterfrage entlang führt uns Outram an das »wesentliche Paradoxon« der Französischen Revolution heran. »The Revolution found both its energy and its fragility in this urge to create polarity, to define by exclusion. In the struggle between Cato and Circe, the former, with results that affect our politics, and our domestic lives, today« (152). Damit wird die Frauengeschichte zur eigentlichen, »großen« Geschichte.

Gelingt es, »eine neue und zufriedenstellende Frauengeschichte zu schaffen«, die Integration der Frauengeschichte in die »allgemeine« Geschichte? Für Outram ist es Madame Roland, ganz im Gegenteil zu ihrer realen politischen Bedeutungslosigkeit, gelungen, zur Heroin zu werden. Dieser Sieg ist aber nur die Kehrseite der Niederlage dieser Frau, die erst in ihren im Gefängnis geschriebenen Memoiren die disparaten Elemente ihres Selbstbewußtseins zur verbalen Versöhnung führte (148f.). Outram betont das unvermeidliche Scheitern ihres Versuchs »alles« zu sagen. Sie besäße kein heiles Bild ihrer selbst (151). Die Konflikte zwischen Tugend und Begehren, Intellekt und Körper waren zu groß. Auf diesem Hintergrund der mißlungenen Selbstdarstellung der zur Selbstspaltung bestimmten Frau muß das historiographische Programm von Outram, ihre Forderung nach einer Retraumatisierung der Geschichte des Körpers, ihre Hoffnung auf eine Aufhebung der Verbindung

zwischen der physischen Konstitution und der öffentlichen Autorität des Körpers und ihre Vision einer nachpatriarchalen politischen Kultur gesehen werden.

Das abschließende Urteil bleibt zwiespältig. Im Spiegel der bürgerlichen Männer- und Frauen-Diskurse wird die Frauenniederlage von 1789 festgeschrieben. Aus der frauengeschichtlichen bzw. feministischen Sicht greift Outrams Dialektik der Aufklärung, die noch an der Geschichte der männlichen Selbstentwürfe von Rationalität, Reflexivität, Universalismus und Autonomie festhält, zu kurz. Ihre Retraumatisierung der Körpergeschichte kann den unheilvollen Gang der Dialektik der Aufklärung nicht zum Stillstand bringen. Ihre frauengeschichtliche Sicht eröffnet uns aber Wege, in patriarchatskritischer Weise das humane Erbe der Aufklärung zu retten. Wir haben es mit einem wichtigen Beitrag zur Revision unserer Sicht der modernen politischen Kultur zu tun.

Annette Kuhn (Bonn)

## Soziale Bewegungen und Politik

**Mueller, John: Retreat from Doomsday. The Obsolescence of Major War.** Basic Books, New York 1989 (327 S., br., 20,95 US-Dollar)

**Bahr, Egon, und Dieter S. Lutz (Hrsg.): Gemeinsame Sicherheit. Konventionelle Stabilität.** Band III: Zu den militärischen Aspekten struktureller Nichtangriffsfähigkeit. Nomos-Verlag, Baden-Baden 1988 (502 S., br., 19,80 DM)

**Davis, Christopher, Hans-Hermann Höhmann und Hans Henning Schröder (Hrsg.): Rüstung. Modernisierung. Reform.** Die sowjetische Verteidigungswirtschaft in der Perestrojka. Bund-Verlag, Köln 1990 (250 S., br., 34,80 DM)

Den Titel Muellers könnte man vielleicht mit »Rückzug von der Apokalypse« übersetzen: Krieg, zumindest der große Krieg, ist veraltet. Das »größte Nichtereignis der Geschichte« — daß nämlich am 15. Mai 1984 die längste Friedenszeit unter den Mächten seit dem Römischen Reich begonnen habe — wird geistesgeschichtlich erklärt: Seit dem 19. Jahrhundert sei Krieg zunehmend für immoralisch und unzivilisiert gehalten worden, ähnlich wie wenig früher das Duell oder die Sklaverei, und deshalb habe man immer weniger Krieg geführt. Holland war ein Vorreiter dieser Entwicklung — sich an einem großen Krieg zu beteiligen, wurde hier vom 18. Jahrhundert an zunehmend als peinlich empfunden. Intellektuelle und Wirtschaftsbesitzer stuften Krieg gemeinsam als atavistisch bzw. unprofitabel ein. Zwar gab es im Westen noch einmal einen Kriegsmythos um die Jahrhundertwende — daß der Krieg das Edle, Heldenhafte, Männliche fördere, wurde in Abiturreden vom Amerika bis Deutschland verkündet. Aber der Erste Weltkrieg zerbrach diesen Mythos. Der Zweite Weltkrieg, bei Mueller »Hitlers War«, erscheint gerade deswegen als anfangs so erfolgreich, weil in Westeuropa eigentlich niemand mehr Krieg führen wollte.

Die Atombombe gab dann der Welt Grund für apokalyptische Ängste. Aber diese Ängste, so Mueller, waren weithin unangebracht — die UdSSR ging bei ihren Versuchen, den Kommunismus auszubreiten, nie das Risiko des großen Krieges ein. Zu internen Gründen für diese Politik kam ein äußerer — das amerikanische Industriepotential wirkte als gewaltige Abschreckung: »Sogar wenn die UdSSR je die Fähigkeit besessen hätte, Westeuropa zu überrennen (to blitz Western Europe), hätte sie die USA nicht hindern können, zu wiederholen, was sie nach 1941 getan haben.« (112f.), nämlich den Feind im Abnutzungskrieg niederzuringen.

Die Geschichte des Kalten Krieges erscheint aus dieser Sicht fast als eine Folge von Grenzscharmützeln, die selbst in der Konfrontation vor Kuba 1962 nicht nah an die große Katastrophe heranführten — sondern im Gegenteil die UdSSR dazu

brachten, gefährliche Bluffs aus ihrem außenpolitischen Repertoire zu streichen. Überzeugend arbeitet Mueller heraus, wie überzogen L.B. Johnsons Vorstellung von der Gefährdung Südostasiens war, als er das Vietnamengagement der USA hochschraubte. Dem stellt er die Expansion der UdSSR in den siebziger Jahren gegenüber — »Sie sammelte sich ein Überseeimperium von neun oder zehn unbedeutenden Ländern, die sämtlich so reagierten, daß sie wirtschaftlich und politisch Fässer ohne Boden wurden und sich hoffnungsfroh an die SU wandten, um mütterliche Wärme und Hilfe zu bekommen.« (187)

Zusammenfassend also: nicht die Abschreckung hat den großen Krieg verhindert, sondern die Veränderung der Werte. Die potentiellen Kombattanten sind sich einig, daß sie Prosperität wollen und daß Krieg diesem Ziel abträglich ist. Zwar gab es noch mehrfach »atomares Getöse«, zuletzt in der Raketenstationierungsdebatte (202), aber des Ende des Kalten Kriegs konnte dadurch nicht aufgehalten werden. Holland, die Schweiz, Japan, Westdeutschland — sie alle haben wenig militärische Macht, aber es geht ihnen gut. Zum ersten Mal seit Madame de Staëls Deutschlandbild finden sich die Deutschen [sieht man einmal vom Schmidt-Kohlischen Anteil am letzten atomaren Getöse ab; Anm.d.Verf.] auf der Seite der friedlicheren Leute. In der Folge des »Ablebens« des großen Kriegs wird, nach Mueller, auch die Rüstungsquote sinken, da die Nationen ihr Geld für andere Zwecke ausgeben werden.

Auch wer Geschichte nicht allein aus Geistesgeschichte erklären will, wird das Buch mit Gewinn und Vergnügen lesen. Die Botschaft für die Friedensbewegung ist zwiespältig — ihre apokalyptischen Ängste werden verspottet, sie hat, so scheint es, larmoyant immer das gefordert, was die Vernünftigen sowieso wollten. Aber sie hat doch auch, von den Quäkern angefangen, zu jener Änderung der Werte beigetragen, welche Krieg »rationally« wie »subrationally« undenkbar gemacht hat. Und so ist es ein ermutigendes Buch, das sozialhistorisch ansetzende Erklärungsversuche der Zivilisierung wie den von Norbert Elias (oder auch die Geschichte zivilen Widerstands des Rezensenten) erweitert und korrigiert.

Wenn der große Krieg obsolet geworden ist — soll man für eine Übergangsphase den kleinen Krieg planen? Der Band von Bahr und Lutz vereint Beiträge zu zwei Tagungen, die das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg im Dezember 1986 und Juli 1987 zu den Themenkreisen »Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit« und »Konventionelle Stabilität« durchgeführt hat. Die Antworten von Vertretern alternativer Verteidigungsmodelle auf vorgegebene Fragen zeigen die Vielfalt der inzwischen vertretenen Konzepte — sie reichen von allein mit militärischen Mitteln planenden wie Horst Afsheldts Technokommandos oder Norbert Hannigs Feuerwall bis zu Wilhelm Noltes Autonomer Abwehr, die Elemente sozialer Verteidigung einbezieht.

In der Diskussion versuchten die Militärs mit dem Hinweis auf technologische und soziale Veränderungen die Plausibilität dieser Modelle zu erschüttern. Die Entwicklung leicht beweglicher sensorgesteuerter Waffen mit großen Reichweiten und hoher Durchschlagkapazität hat es zwar denkbar gemacht, daß »der schwere Kampfpanzer ... das Schicksal der urgeschichtlichen Saurier erleiden« wird, wie Flottillenadmiral Schmäling (70) formulierte, und damit zu einer Aufwertung von Verteidigung führt. Dagegen wurde jedoch eingewandt, daß man »angesichts des zivilen Motorisierungsgrades« (E. Müller, 59) kaum verhindern kann, daß eine leichte panzerbrechende Waffe im Auto ins Territorium des Gegners gefahren, also aggressiv eingesetzt wird. Auch stationäre Waffen (z.B. sensorgesteuerte Rollminenfelder) mit einer eindeutigen defensiv bestimmbar Struktur sind nach einem Durchbruch schnell entwertet und bergen kaum die Möglichkeit, einmal verlorenes Gelände zurück-

zuerobern, so daß jeder Durchbruch automatisch das Signal für die große, die nukleare Waffe werden kann. Schließlich würden wie Brigadegeneral Christian Krause in seiner Kritik an Afheldt ausführt, rückwärtig stationierte Eingreifverbände mit »Ausputzerfunktion« in dem Moment für einen eigenen Angriff frei werden, wenn die Grenzverteidigung die gegnerischen Verbände gebunden oder aufgegraben hat (281).

In dem Sammelband wird mehrfach deutlich gemacht, daß eine bloß numerische Abrüstung die militärische Stabilität nicht erhöht; physikalisch betrachtet ist ja eine Waage mit 5 kg auf jeder Schale genauso instabil wie eine mit 10 kg auf jeder Seite. Auch die Überlebenschance ziviler Bevölkerung im konventionellen Krieg wird durch numerische Abrüstung kaum betroffen — die konventionellen militärischen Mittel einer einzigen Division können heute irreversible Verwüstungen großen Ausmaßes bewirken, nicht nur durch Beschuß einer chemischen Fabrik oder eines AKW. Horst Afheldt spricht sogar von der »Degeneration von Rüstungskontrolle zu 'Opium fürs Volk!'« (138), so lange es um Paritätsdebatten geht. Das Vertrauen der Bevölkerung in die Vernünftigkeit der Politiker sei im Grunde hoch, so lange es nur in die richtige Richtung geht — und Mueller würde ja auch sagen, daß die Bevölkerung damit im großen und ganzen richtig liegt.

Entscheidend für reale Fortschritte wird immer wieder sein, wie weit die UdSSR die Abrüstung mitträgt oder sogar in ihr vorangeht. Von der Ökonomie, nicht der Geistesgeschichte her haben 1987 eine Reihe von Volkswirtschaftlern und Politologen versucht, die Interessen der UdSSR einzuschätzen, indem sie die Vorteile berechneten, welche bei einer Abrüstung zu erzielen wären. Der Band von Davies, Höhmann und Schroeder vereint 18 Stellungnahmen, die alle betonen, wie schwierig es ist, die Kosten der sowjetischen Rüstung zu bestimmen. Die Ausgaben sind im Staatsbudget über mehrere Ministerien verstreut, die Umrechnungsprobleme sind groß, und man muß mit Ausgaben rechnen, die überhaupt nicht ausgewiesen sind. Einige schätzen die Rüstungsausgaben für 1985 auf 15 Prozent des sowjetischen Bruttosozialprodukts (Davis, 77). Folgt man allerdings der innersowjetischen Kritik an der sowjetischen Wirtschaftsstatistik, dann kommt man zu dem Ergebnis, daß das Bruttosozialprodukt der UdSSR statt der statistischen 60 Prozent der USA nicht einmal 40 Prozent ausmacht. Nimmt man dann weiter an, daß diese statistische Aufblähung für das Militär nicht in gleicher Weise wirksam wird wie für die Wirtschaft (weil die Ergebnisse kontrollierbarer waren), dann kommt man sogar auf eine Rüstungslast von 20 bis 25 Prozent des sowjetischen BSP! Trotz dieses gewaltigen Anteils, so Franz Walter, werden »realistische« Änderungen des Wehrbudgets von bis zu 10 Prozent sich nur geringfügig auf das Wirtschaftswachstum auswirken, auch wenn diese in den Investitionssektor gehen (123).

Walter berechnet den Vorteil aus der Rüstungsminderung in Kategorien der kapitalistischen Wirtschaft und geht davon aus, daß der größte Effekt durch Investitionen erreicht wird. In der monopolsozialistischen Gesellschaft kann jedoch ein größerer Effekt dadurch erzielt werden, daß eine Steigerung des Konsumgüterangebots zu einer Steigerung der Arbeitsproduktivität führt, so daß die sowjetische Führung Grund hat, einen höheren Effekt zu erhoffen.

Die Rüstungswirtschaft ist von Gorbatschow wegen ihrer Effektivität als Vorbild herausgestellt worden, und mehrere Beiträge machen deutlich, daß das auch affirmative Wirkungen hat — soll man just das Huhn schlachten, das Eier legt (auch wenn man diese eisernen Eier nicht in die Pfanne schlagen kann)? Oder ist die ganze Rüstungsindustrie mit ihrer Effektivität nur »Nachbau« aus dem Westen? J. Cooper weist solche Thesen überzeugend zurück, ohne die Bedeutung von

»Spezialinformationen« herabzuspielen. Er schätzt, daß 70 bis 80 Prozent der sowjetischen Dokumentationen westlicher Technologie auf frei verfügbarem Material beruht — nur der Rest entsprechend illegaler Herkunft ist (216). H. Vogel weist zu Recht darauf hin, daß im Westen »die Beobachtung der Marktstrategie und der Forschungsergebnisse von Konkurrenten« und »auch die illegale Ausspähung« gang und gäbe sind (233). Auch in diesem Bereich könnte die Rüstungsindustrie der zivilen Wirtschaft vielleicht helfen, den Standard des Westens zu erreichen.

Insgesamt spiegeln die Beiträge den Stand von 1987/88 insofern, als damals auf sowjetischer Seite noch nicht direkt gefordert wurde, Ressourcen aus der Rüstungsindustrie in die zivile Wirtschaft zu transferieren. Es wird deutlich, daß ein solcher Transfer schwierig, vielleicht noch schwieriger als Konversion im Westen sein wird.

Hans-Heinrich Nolte (Hannover)

**Fischer, Dietrich, Wilhelm Nolte und Jan Øberg: Frieden gewinnen.** Mit autonomen Initiativen aus dem Teufelskreis ausbrechen. Dreisam Verlag, Freiburg 1987 (272 S., br., 26,- DM)

Ein Ökonom (Fischer) ein Friedensforscher (Øberg) und ein Stabsoffizier (Nolte) beschreiben gemeinsam eine Friedenspolitik, durch die Frieden aktiv »gewonnen« — im eigentlichen Sinne er-handelt — werden kann. »Wir wenden uns an die Opfer von Krieg, um sie darin zu bestärken, daß Krieg verhindert werden muß — zuverlässiger als heute« (71). Sie verlangen Entscheidungen, die auf der niedersten Ebene gefällt werden, »die alle beteiligten Menschen einschließt« (35). Die Menschen sollen sich nach Gandhis Satz dadurch den Frieden erarbeiten, daß sie Frieden als Weg leben. Dazu weisen die Autoren Möglichkeiten nicht nur zur Aneignung von Frieden, sondern von Politik überhaupt auf (246ff.). Es geht ihnen »um eine Entwicklung der Gesellschaft, die von uns (einzelnen) ausgehen und zu einem weltweiten Wandel der Kultur führen muß: zu einer Friedens-Kultur« (246).

Als Verteidigungspolitik wird »autonome Abwehr« formuliert, die eine defensive Militärstrategie und Strategien gewaltfreien Widerstands sowie des zivilen Bevölkerungsschutzes zu integrieren sucht. Gerade diese Verbindung unterschiedlicher Konzepte wird Kritik hervorrufen, weil sie »reine Lehren« und Denken in Antinomien in Frage stellt; aber: »Die Herausforderung liegt in dem Ansinnen, Gewaltfreiheit als Mittel von Politik eine Chance einzuräumen und das Militärische in den Hintergrund zu drängen.« (132) Die Autoren wollen nicht nur offensive von defensiver Militärpolitik unterscheiden, sondern defensive von offensiven Gesellschaften. Dabei wird Defensivität verstanden als ein selbstverantwortliches Handeln und Verhalten, das andere Gesellschaften nicht dominieren will. Defensivität ist demnach nicht nur eine Frage militärischer Strategie, sondern eine Notwendigkeit von Gesellschaften, die sich als friedensfähig ausweisen wollen: »Defensivität ... beinhaltet, daß der Akteur weitestgehend eigenständig ist, ohne dafür andere in irgendeiner bedeutsamen Weise auf dem Wege ziviler Beziehungen auszunehmen.« (221) Eine friedensfähige Gesellschaft erfordere ein entsprechendes Denken, das versucht, abgelegte Verantwortlichkeiten zurückzuerlangen. Dem von Günther Anders so bezeichneten »promethischen Gefälle« zwischen unseren Handlungen und deren Folgen wollen die Autoren begegnen durch eine Ethik der Fürsorge und eine Kosmologie, in der sich die Menschen als »Mitglieder der Gesamtheit aller Menschen« (150) verstehen. Daraus ergibt sich für die Autoren als Idee einer ethisch wünschenswerten Verteidigungspolitik ein über pragmatische Vorstellungen hinausgehendes Verständnis von gemeinsamer Sicherheit.

Jürgen Tatz (Braunschweig)

**Appel, Roland, Dieter Hummel und Wolfgang Hippe (Hrsg): Die neue Sicherheit.** Vom Notstand zur sozialen Kontrolle. Kölner-Volksblatt-Verlag, Köln 1988 (230 S., br., 24,80 DM)

Legitimationskrisen des Staates erhöhen das Potential seiner Zwangsmaßnahmen gegen Bürger, die ihr politisches Handeln nicht auf das vom öffentlichen Diskurs Erlaubte beschränken wollen. Gegen sie richten sich Repressionen, von dem an sich noch harmlosen Bußgeld hin zur Kriminalisierung mit dem § 129a und deren Folgen. Das Buch versucht die Entwicklung und den aktuellen Stand staatlicher Zugriffsweisen deutlich zu machen.

Die Volkszählung von 1987 stellte nach Ansicht der Autoren einen Einschnitt dar. An ihr läßt sich exemplarisch die Auseinandersetzung des Staates mit seinen Kritikern studieren, angefangen mit einer Werbekampagne, die jede Verhältnismäßigkeit sprengte, bis zur Verfolgung und Kriminalisierung der Boykotteure. Der umfangreichste Teil »Die formierte Gesellschaft: Bewegungen und staatliche Reaktionen« beschäftigt sich mit den Instrumentarien, die der Staat zur »Bändigung« von Protest- und Gegenbewegungen einsetzt. Artikel zur Geschichte der Protestbewegungen finden sich hier ebenso wie das unvermeidliche Interview mit Ex-BKA-Chef Horst Herold. Es folgen Beiträge zur Sicherheitsgesetzgebung, zur Sozialversicherungsnummer, die zu einem Personenkennzeichen wird, und zum Umgang der Behörden mit der Krankheit Aids.

In dem Aufsatz »Der Kampf um die Köpfe« geht es um die vorbeugende Verhinderung von Protestverhalten mit Hilfe der Bürger. Prävention von Straftaten und soziale Anamnese von Wohngebieten sind hier die Stichworte. Die Idee ist nicht ganz neu. Schon 1973 gab es in Frankreich ein Projekt, das alle Kinder erfassen sollte, um mögliche Anomalien aufspüren zu können. Daß bei solchen Maßnahmen auch kulturelle Bestrebungen ihre Unschuld verlieren, zeigt Wolfgang Hippe in »Kulturpolitik als Innenpolitik«. An meinem Wohnort, dem südbadischen Oberzentrum Freiburg, ist gut zu beobachten, wie über Kulturpolitik die Protestbewegung befriedet wird.

Im Schlußteil »Krisenstaat und Prävention« findet sich ein hellsichtiger Artikel von Peter Brückner aus dem Jahre 1965: »Die *social control*, zunehmend der vernünftigen Durchdringung entzogen, die den einzelnen fesselt und den Souverän der Demokratie, das Volk, korrumpiert, ist auch hier der Preis, den wir für die geschilderte Annäherung an Freiheit und Gleichheit zu zahlen haben.« (183) »Der mit Perfektionierung effektiver Steuerungstechniken verbundene Zwang zur Transformation politischer und sozialer Absichten in *psychologische* ist ja die für unsere Gegenwart charakteristische Form der Humanisierung.« (188)

Vermißt habe ich eine theoretische Durchdringung des Problems, die über diese Ansätze hinausgegangen wäre. Die Perspektive einer übermächtigen und immer subtiler wirkenden staatlichen Unterdrückungsmaschine eliminiert Widersprüche und verstellt Handlungsmöglichkeiten. Trotzdem ist das Buch für eine adäquate Auseinandersetzung mit den Mechanismen eines wichtigen Teils der »repressiven Staatsapparate« in der BRD unentbehrlich.

Michael Bauer (Freiburg)

**Gronemeyer, Reimer: Die Entfernung vom Wolfsrudel.** Über den drohenden Krieg der Jungen gegen die Alten. Claassen, Düsseldorf 1989 (176 S., br., 29,80 DM)

Der Gießener Soziologieprofessor befaßt sich mit der aktuellen und zukünftigen Gestalt des »Urkonflikts« (53) zwischen den Generationen. In Tiergesellschaften sowie in einigen herangezogenen ethno-soziologischen Beispielen erfolgt bei nachlassender Leistungskraft der Älteren die Entmachtung/Verjagung/Tötung durch die nachfolgende Generation. »Die Entfernung vom Wolfsrudel ist der Versuch des

Menschen, andere Formen zur Regelung des Generationenkonflikts zu finden.« (51) Die Konkretion dieses Versuchs bestand bis zur Neuzeit im Familienverband, in dem die Generationen über Kinderaufzucht, Ernährung der Großfamilie, Pflege der Alten einen relativ harmonischen Rollenwechsel durchliefen. Im Zuge der Industrialisierung erfolgte dann die Trennung von Arbeits- und Lebensbereich; Kinder und Alte werden »abgesondert« (104), mit ihnen wird nun nicht mehr »menschlich«, sondern »pädagogisch« bzw. »gerontologisch« umgegangen (ebd.). Im Zuge der Übernahme ihrer vormaligen Aufgaben durch die Gesellschaft folgt nach Gronemeyer zwangsläufig der heute abschbare Tod der Familie. »Bismarck ist schuld. (...) (Er) hat der Familie den Rest gegeben.« (128) Opfer dieser »sozialen Katastrophe« sind Kinder und Alte, die nun der »Fürsorge staatlicher Instanzen anheimfallen« (7) und an der »Ammenbrust staatlicher Daseinsfürsorge« »infantilisiert« werden (42). Die Zivilisation des 20. Jahrhunderts zerbricht an der exzessiven Ausnutzung des Versorgungsprinzips. »Die Vorsorge- und Versicherungsmentalität, mit der heute das Alter angegangen wird, soll Ängste bannen, aber sie treibt das Leben aus dem Haus.« (43) Die Betroffenen werden durch die »Expertokratie« entmündigt (44), Politik wird zum »Versorgungslobbyismus« (45). Angesichts der »Alterschwemme« (20) droht ein »Verteilungskrieg« (8), ein »Altersklassenkampf« zwischen den »gierigen Greisen« der »Wohlfahrtsgeneration« und den Jungen (125), ein Kampf gegen das »graue Heer«, das »Bermudadreieck für sozialpolitische Leistungen« (130). So dramatisch und teilweise polemisch überzogen führt Gronemeyer durch sein Thema. Dabei ist ihm die prekäre Lebenslage eines Teils der älteren Bundesbürger — Stichworte Altersarmut, Verleugnung des Alters (»junge Alte«) und Pflegenotstand (34ff.) — sehr wohl bewußt. Ambulante Altenhilfe erscheint ihm jedoch nur als »ausgelegter Köder« zur Klientenrekrutierung (145), als Ausdruck »heftige(r) Konkurrenz der Sozialkonzerne um den Seniorenmarkt« (146) und als Mittel der »fürsorglichen Haft« (152). Insgesamt zerstöre »das umfassende Altenhilfeangebot selbständige Lösungen« (153). Und: »Wären nicht viele Hilfen überflüssig, wenn man allen Rentnern so viel auszahlen würde, daß sie sich selbst versorgen könnten?« (163)

An verschiedenen Stellen skizziert Gronemeyer seine Vision über den Ausgang des »Altersklassenkampfes«: die Alterschwemme hat einen zwangsläufigen Sozialkostenanstieg zur Folge, den immer weniger Junge zu tragen haben (20). Konsequenz ist der Übergang von der »Macht der Greise« (47ff.) zur »Diktatur der Jungen« (111ff.), die in den luxuriösen, hochversorgten und technisierten Städten »Seniorenzuzugsverbote« (20) erlassen und die Alten in die strukturschwachen »Homelands« (z.B. Nordhessen) einweisen (115). Dort werden sie Objekte des »Altenplans« (135ff.), der mit Altenbildungspflicht, »Diplomsenioren«, öffentlicher Dienstverpflichtung der »Jungsenioren« zur häuslichen Versorgung und Pflege der Älteren das Problem bewältigt. Die in der ökologischen Dauerkrise vegetierende Zukunftsgesellschaft — »abgeschobene Alte, konsumsüchtige Erwachsene, vernachlässigte Kinder, überstrapazierte Paarbeziehungen« (171) — erscheint zwangsläufig. Eine Alternative deutet Gronemeyer nur vage an; dabei soll es um den »Ausbruch in ein riskantes, selbstbestimmtes Leben«, um den »Aufbruch in eine Kultur der Verweigerung« (174) gehen.

Die Gesamtaussage dieses Buches, einer durchaus originellen Mischung von Thesen Ivan Illichs und Jean Améry's mit Ergebnissen der Kultursoziologie und Gerontologie, bleibt eher unkonkret. Zu prüfen sind jedoch einige Voraussetzungen der Argumentation, die daraus resultierenden Konsequenzen Gronemeyers — u.a. die Umdeutung und Verdrängung des weiterhin die sozialpolitische Auseinandersetzung bestimmenden Klassenkonflikts — und die angedeutete Perspektive der skandalisierten

Entwicklung. So erscheint es z. B. zweifelhaft, ob tatsächlich »Bismarck schuld« war, ob also die Einführung der deutschen Sozialversicherung ab 1883 als ursächlich für den Niedergang der Familie herangezogen werden kann. Angesichts von Umfang und Höhe der im Kaiserreich erreichbaren Leistungen blieben nämlich sämtliche sozialen Lasten den Familien erhalten; lediglich restriktive, vorübergehende und allenfalls ergänzende finanzielle Hilfen traten hinzu. An diesem Grundtenor deutscher Sozialpolitik — Doppelcharakter sozialer Befriedung und Disziplinierung, Zentrierung um das »Normalarbeitsverhältnis«, Marginalisierung der nicht (mehr) Arbeitsfähigen und Armen — hat sich bis heute wenig geändert. Die Aufforderung zum »Leben« statt Versicherung und Vorsorge mutet so zumindest für die armen und pflegebedürftigen Alten in der Bundesrepublik (ca. 1,2 Millionen an oder unterhalb der »Sozialhilfeschwelle« Lebende, ca. 630000 Schwer- und Schwerstpflegebedürftige) doch recht zynisch an. Von einem Übermaß an sozialpolitischen Leistungen für Ältere kann schon gar keine Rede sein; ein »umfassendes Altenhilfeangebot« (153) existiert — im Gegensatz zu den meisten anderen westlichen Industriestaaten — in der Bundesrepublik gerade *nicht*.

Die im Zusammenhang mit der Finanzierungsfrage stehende Argumentation Gronemeyers, die das Schreckgespenst des Verteilungskampfes zwischen immer mehr Alten und immer weniger arbeitenden und die benötigten Mittel erwirtschaftenden Jungen bemüht, erinnert fatal an die neoliberalen und konservativen Positionen in der aktuellen Auseinandersetzung um die Zukunft der Renten. Systematisch verkannt wird dabei — ob bewußt oder unbewußt —, daß es bei der Rentenfinanzierung sozial- und finanzpolitisch um die Bestreitung aus dem gesamten *Volkseinkommen* geht, nicht jedoch um das möglicherweise tatsächlich stagnierende bzw. mit den Rentenzahlen nicht schritthaltende Beitragsaufkommen. Die Verteilungsfrage stellt sich also *nicht* zwischen Alten und Jungen, sondern als gesamtgesellschaftliche Entscheidung über die Finanzierung eines menschenwürdigen Lebens im Alter. Und dabei stehen gerade auch die derzeit und wohl auch zukünftig absolut wie relativ wachsenden Kapitaleinkommen und das Steuersystem zur Debatte — eine Klassenfrage somit, die sich gerade nicht auf das Generationenverhältnis, sondern weiterhin auf den politökonomischen Grundwiderspruch kapitalistischer Gesellschaften bezieht. Zwar will Gronemeyer als Alternative die hinreichende Ausstattung der Älteren mit soviel Geld, daß sie ihren Versorgungsbedarf selbständig finanzieren können — also das genaue Gegenteil zum derzeitigen alterssozialpolitischen mainstream, in dem Benachteiligungen fortgeschrieben und zukünftig noch verschärft werden. Andererseits ruft er nach einem riskanteren, selbstbestimmten Leben und nach Verweigerung wohl sogar gegenüber den wenigen, unzureichenden sozialen Leistungen und Hilfen, die es für ältere BundesbürgerInnen gibt. Zurück zum Wolfsrudel also, bei hinreichender finanzieller Ausstattung?! Angebrachter erschiene da schon die gerade seitens der Linken offensiver zu führende Diskussion um den bedarfsgerechten Um- und *Weiterbau* des Sozialstaates, wobei einer altenpolitischen Sozialreform mit Mindestrenten und Pflegesicherung ein besonderer Stellenwert zukäme.

Peter Gitschmann (Gießen)

**Alber, Jens: Der Sozialstaat in der Bundesrepublik 1950-1983.** Campus Verlag, Frankfurt/M. 1989 (392 S., br., 58,- DM)

Nach einer Funktionsbestimmung des Sozialstaats, hergeleitet aus dem Bedarf nach sozioökonomischer *Sicherheit* und *Gleichheit* und konkretisiert als »Satz« staatlicher Interventionen, skizziert Alber die Entwicklung des Sozialstaats, wobei er den Wohlfahrtsstaat eher als Motor sozialen Wandels und sozialer Integration

denn als repressives Abspaltungsinstrument begreift. Die Position wohlfahrtsstaatlicher Gestion im Dilemma zwischen steigenden Abgabenlasten und sinkendem Beitragsaufkommen ändert Alber zufolge nichts an der grundlegenden Funktion des Sozialstaats, Klassengegensätze durch die Auflösung traditioneller Milieus abzuschwächen, durch Pflichtversicherungen (Vergemeinschaftung der Risiken) kollektive Identitäten zu prägen und individuelle Lebensläufe durch Transfers, gesetzliche Auflagen usf. zu strukturieren (153ff.).

Gleichwohl sei zwischenzeitlich die Effektivität des Sozialstaats dadurch beeinträchtigt, daß sowohl das sozialversicherungstechnische Äquivalenzprinzip als auch die Transferstruktur der Sozialhilfe Verarmungsrisiken *nicht* vollends abfedern könnten: »Die Dunkelziffer der Armut ist ebenso hoch wie die Zahl der von Sozialhilfe unterstützten Personen. Junge Arbeitslose fallen aus dem Sicherungsnetz der Arbeitsförderung. Eine nicht unbedeutende Zahl von Rentnern lebt unter oder in unmittelbarer Nähe der Armutsschwelle der Sozialhilfe« (228f.). Reformbedarf sei also gegeben.

Reformperspektiven erkennt der Autor in einer Verstärkung des finalen Charakters von Transfers, um die vielfältigen Formen der repressiven Vorenthaltung von Leistungen oder deren Nichtinanspruchnahme auf Grund von Unkenntnis oder soziokulturellen Hemmschwellen zu entschärfen. Im Bereich der Gesundheitspolitik schlägt Alber als Alternative zur Privatisierung der explodierenden Kosten eine Pluralisierung der Angebotsstrukturen mit mehr Konkurrenz zwischen verschiedenen Anbietergruppen vor. Kritisch müßte hier jedoch angemerkt werden, daß in der Darstellung ungeklärt bleibt, inwieweit das betriebswirtschaftliche Kalkül die fachlichen und sozialpolitischen Standards dezentralisierter Gesundheitsversorgung und Gemeinwesenarbeit in den Hintergrund drängen würde. Auch im Bildungsbereich konstatiert Alber mangelnde Flexibilität in Ausbildung und Beschäftigung im Hinblick auf sozialstaatliche Inklusionssysteme. Doch auch hier bleiben die an diese Forderung geknüpften Implementationsvorschläge ungemein voraussetzungsvoll wenn nicht unterbestimmt, insbesondere dort, wo von gegebenen politischen Strukturen und Umverteilungsstrukturen abgesehen wird.

Besonderes Augenmerk verdient Albers Darstellung der sozialpolitischen Entwicklung im Hinblick auf die Funktion des politischen Systems, also die jeweiligen Regierungen, Gesetzgebungsverfahren und Wahlzyklen. Gezeigt wird, daß die ökonomistische Reduktion, Sozialpolitik sei bloß Mittel zur Ruhigstellung des Klassenkonfliktes und Adaption der Qualifikation des Humankapitals, nicht zutrifft, daß sie vielmehr in hohem Maße Objekt politischer Verhandlungen ist. Die Analyse des sozialpolitischen Gesetzgebungsprozesses »bestätigt, daß die Expansion des Sozialstaats zum großen Teil auf Konsens beruht. (...) Von 1950 bis 1983 wurden 130 Schlüsselgesetze verabschiedet. 46 Prozent dieser Gesetze wurden in der Regierungszeit der sozial-liberalen Koalition verabschiedet, 45 Prozent unter bürgerlichen Regierungen und 9 Prozent unter der großen Koalition ('66 bis '69). (259f.) Eben dies wäre auch ein Hinweis, die politische Durchsetzbarkeit der angedeuteten Reformperspektiven mit Vorbehalten zu betrachten.

Wurde der Kern der Einkommenssicherungsprogramme von den Unionsregierungen beschlossen, so zeichneten die Sozialdemokraten für die Schlüsselgesetze im Bereich der Krankenversicherung und des Gesundheitswesens verantwortlich. Bezeichnend sei im übrigen, daß die Kürzungsgesetze seit Mitte der siebziger Jahre zu beinahe gleichen Teilen auf beide großen Regierungslager zurückgingen. Dessen unbeschadet jedoch erwiesen sich die Sozialdemokraten im Längsschnitt als die aktiveren Proponenten der Sozialpolitik. Angesichts des Kürzungskonsenses der Groß-

parteien muß Albers Einschränkung gefolgt werden, daß die Chancen der Berücksichtigung partikularer, nicht-politikfähiger Interessen, wie sie den Lebenslagen der neuen Armut korrespondieren, vergleichsweise geringfügig sind.

Abschließend diskutiert Alber eine Neubestimmung des Verhältnisses von privaten und staatlichen Sicherungsleistungen unter Bezugnahme auf Reformkonzepte wie Grundrente und Entlastungsstrategien in der Krankenversicherung. Zwar heischten Strategien der Dezentralisierung und Entdifferenzierung der Leistungserbringung vorweg Sympathie ebenso wie der Ausbau von Selbsthilfeassoziationen und Formen genossenschaftlicher Selbstorganisation, doch kontrastierten diese aufs Unangenehmste mit der faktischen Ressourcenverteilung und der mangelnden Bereitschaft, informelle Netzwerke fortlaufend via Subventionen zu unterhalten. Unwahrscheinlich scheint, daß Bürger den soliden Rechtsanspruch auf staatliche Hilfe gegen das prekäre Vertrauen auf das Wohlwollen der Nachbarn eintauschen (327). Entstaatlichungsbestrebungen spekulieren darüber hinaus mit der Wiederkehr eines Familienmodells, welches *pari passu* mit der Herausbildung vergesellschafteter Risikoversorge aufgelöst wurde: der bigenerativen Vier-Personenfamilie mit erweiterten Außenbeziehungen.

Alber hat mit dem vorliegenden Band gezeigt, daß ein wohlfahrtsstaatlicher Entwicklungspfad in der Bundesrepublik im Sinne sozialer Inklusion unverzichtbar ist, zwar durch wohlfahrtsgesellschaftliche Aspekte ergänzt, nicht jedoch ersetzt werden kann. Ein qualitativer Umbau des Sozialstaates sei jenseits der etablierten versicherungsförmigen Strukturen und der Zweistufigkeit der sozialen Netze nicht denkbar, wohl aber eine erweiterte Partizipation der Klientel des Sozialstaats an der Planung, Produktion und Distribution von Dienstleistungen, verknüpft mit einer gerechteren Einkommens- und Vermögensverteilung.

Nikolaus Dimmel (Salzburg)

**Chassé, Karl-August: Armut nach dem Wirtschaftswunder.** Lebensweise und Sozialpolitik. Campus Verlag, Frankfurt/M., New York 1988 (180 S., br., 38,- DM)

Die Armen heute haben gegenüber den fünfziger Jahren »deutlich mehr als das Existenzminimum. Sie verfügen über eine — wenn auch kleine, beengende — Wohnung mit fließendem Wasser und Strom, über Kühlschrank, Radio und Fernseher. Sie haben jedoch oft kein Bad, keine Zentralheizung, keinen Farbfernseher und kein Auto ... Sie haben zu essen, aber sie müssen mit den Billigartikeln aus den Diskountläden vorlieb nehmen.« (11) Fazit: Das Leben bleibt im Bannkreis materiellen Elends. Zur Erfassung dieser Dimension von Armut rekonstruiert Chassé in Absetzung traditioneller Armutstheorien (Kap. 1), basierend auf der Theorie der Reproduktion von *Lipietz* und *Hirsch* (Kap. 2) einen relationalen, auf den jeweiligen gesellschaftlichen Entwicklungsstand bezogenen Begriff von Armut. An Hand ausgewählter Lebensbereiche wie Ernährung, Haushaltsform und Wohnen zeigt Chassé die Konkretisierung seines theoretischen Modells (Kap. 3). Die sozio-ökonomische und politische Entwicklung der BRD seit dem sogenannten Wirtschaftswunder ist ökonomisch durch Massenproduktion und Massenkonsum, sozial durch die Auflösung nicht warenförmiger Produktion (als ursprünglicher Ergänzung der lohnförmigen Reproduktion) und politisch durch die Individualisierung kollektiver Lebenszusammenhänge gekennzeichnet. Durch spezifische Interventionsformen des Systems sozialer Sicherung, die als sozialstaatliche Regulation wirksam werden, wird die Individualisierung der Armut verschärft (Kap. 4). Daraus ergibt sich, daß Armut heute »über die Einschränkungen in den unmittelbaren Grundbedürfnissen des Lebens hinaus eine extrem gesteigerte soziale Abkoppelung aus wichtigen Lebensbezügen (bedeutet), und sie läßt die Betroffenen in neuer Weise allein und vereinzelt

mit ihren Problemen. Die dominante Leistungsorientierung der Umwelt verstärkt die individualisierende Problemwahrnehmung noch« (138).

Das Buch bietet Interessenten im weiten Bereich der sozialen Arbeit oder der kommunalen Politik grundlegende Kenntnisse über Strukturen und Ausmaß gesellschaftlich bedingter Armut.

Anke Drygala (Bremen)

**Soziale Bewegung: Geschichte und Theorie.** Jahrbuch 3: Arbeitslosigkeit und Arbeit. Hrsg. v. H.G. Haupt, A. Jost, G. Leithäuser, U. Mückenberger, C. Riechers und H.J. Steinberg. Campus Verlag, Frankfurt/M. 1987 (229 S., 28,- DM)

»Muß Arbeitslosigkeit nur materielle und psychische Verelendung bedeuten oder kann sie nicht auch Alternativen ... stärker stimulieren, vielleicht sogar ein Tor zu mehr individueller Freiheit öffnen?« So formuliert Leithäuser im Vorwort die Fragestellung dieses Jahrbuchs.

M. Grüttner (»Die Kultur der Armut«) beschreibt anhand L. Tureks »Ein Prolet erzählt. Lebenserinnerungen eines deutschen Arbeiters« von 1929 Arbeits- und Lebensverhältnisse von Saison- und Wanderarbeitern während der Industrialisierung. Er orientiert sich dabei an dem »culture of poverty«-Begriff, mit dem der amerikanische Anthropologe O. Lewis Lebensverhältnisse in lateinamerikanischen Slums beschrieben hat. Der Lebensstil der von Grüttner beschriebenen subproletarischen Bevölkerungsschichten zeichnete sich durch hohe Mobilität und und häufigen Arbeitsplatzwechsel aus, ist »augenblicksbezogen« (25), bürgerlichen und staatlichen Institutionen gegenüber feindlich gesinnt, durch ein hohes Maß an Gewaltsamkeit in den Beziehungen und durch eine weitgehende Aufhebung der Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit auf Grund des engen Zusammenlebens mit »Einlogiern und Schlafgängern« (26) gekennzeichnet. Ob das nur geringe Vorhandensein eines Privatbereichs als Mangel angesehen wurde, kann Grüttner, wie er bekennt, nicht eindeutig beantworten. Die Frage nach der Veränderung dieser Verhältnisse unter Bewahrung antistaatlicher, antibürgerlicher Momente bleibt offen.

A. Faust schildert den Versuch der Freien Gewerkschaften vor dem Ersten Weltkrieg, Arbeitslosigkeit zum einen mit gewerkschaftlicher Arbeitsvermittlung, zum anderen mit gewerkschaftlicher Arbeitslosenunterstützung zu bekämpfen. Doch von ihren Vorstellungen, damit entscheidend Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu beeinflussen, mußten sie im Laufe der Jahre abrücken, was zur Kooperation mit den Kommunen und Arbeitgebern und 1927 zum Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung führte. »Soziale Pazifizierung der Mitglieder« (48) und »fortschreitende Disziplinierung« (49) waren der Preis für größere Sicherheit. Darüber hinaus wäre es m.E. zu fragen, wie sich dieser Prozeß der Disziplinierung auf die Menschen ausgewirkt hat und ob er zwangsläufig so verlaufen mußte.

Die mißlungene Erwerbslosenpolitik der KPD am Ende der Weimarer Republik zeichnet A. Andersen am Beispiel Bremen unter Berücksichtigung der »Auswirkung der Krise auf den einzelnen Arbeiter, auf seine psychosoziale Lage« (53) nach. Die KPD verspielte ihre Chancen, indem sie weder die Radikalität und Spontaneität der letzten großen Erwerbslosendemonstration (1930) interpretieren noch bedürfnisorientierte Forderungen aufstellen konnte. »Arbeitslosigkeit bedeutet eben nicht eine automatische Abfolge von Hunger—Kampf—Revolution, sondern viel eher Wut—Verzweiflung—Vereinzlung—Fatalismus« (66).

A. von Saldern (»Kommunale Verarmung und Armut während der großen Krise 1929-33. Am Beispiel der Finanz- und Wohnungs[bau]politik«) beschreibt, wie den Kommunen ihre finanzpolitischen Handlungschancen durch Senkung z.B. wichtiger Realsteuern eingeschränkt, ihre Wohlfahrtsfürsorge durch Kürzung der Unterstützungs-

zeiträume der Arbeitslosenversicherung belastet und die Wohnungs(bau-)politik dereguliert wurde, was das Ende der kommunalen Demokratie und Selbstverwaltung bedeutete und die Kommunen zu »Krisenschuttblatdeplätzen« (99) machte. Die Autorin versucht nachzuweisen, daß die Krise nicht nur »Handlungszwänge, sondern auch neue Handlungschancen« (69) implizierte, daß der Sozialstaat in Krisenzeiten keineswegs notwendigerweise funktionsunfähig werden muß. Leider werden Alternativen nur angedeutet.

*B. Riedmüller* (»Frauenarmut, soziale Sicherung und Frauenpolitik«) zeigt, daß staatliche Frauenpolitik bis heute nicht am Individualitätsprinzip ausgerichtet ist, sondern stets die Abhängigkeit vom Mann bzw. der Institution Familie festgeschrieben hat. Nachweisbar sei dies bei der Witwenrente, der Kriegsofferfürsorge, der Reform des Scheidungsrechts und den neueren »'Wohlthaten' für Mütter« (127), wie Babyjahr und Erziehungsgeld. Unvollständige Literaturangaben und zu knappe Gesetzeserläuterungen senken leider den Gebrauswert ihres Textes.

*Billerbeck* (»Massenarbeitslosigkeit: Ein Tor zur Freiheit?«) wendet sich gegen Theoretiker eines »'postmateriellen' Wertewandels«. Dieser könne sich auf Grund einer restriktiven Tarif-, Sozial- und einer konservativen Haushaltspolitik allgemein nicht durchsetzen. Billerbeck hält ihnen entgegen, sie vernachlässigten die psychosozialen Folgen der Arbeitslosigkeit, übersähen, daß Selbstverwirklichung in der Regel an eine Berufsperspektive gebunden sei. Sie verträten ein dichotomisches Gesellschaftsbild, wonach materielle, innerhalb der Arbeitswelt liegende Motive »niedere«, »immaterielle«, außerhalb liegende Motive »höhere« seien. Eine »Absicherung der materiellen Lebensbedürfnisse und das Einklagen des Anspruchs auf ein würdevolles Leben sind in der Arbeiterbewegung keine Gegensätze« (135). Es müsse berücksichtigt werden, daß die Gewerkschaften »mit einer leistungsbezogenen Lohndifferenzierung ... an die Leistungsbereitschaft, also an ein zentrales, biographisch vielfach besetztes Motiv ihrer Mitglieder« (137) anknüpfen. Er kann zeigen und empirisch belegen, daß die »Wertewandel«-Vertreter »Ansprüche auf Selbstbestimmung unbesehen mit dem Wunsch nach Abbau asketischer Verzichtshaltungen« (136) in eins setzen und dabei übersehen, daß Lohnarbeiter »ein starkes Interesse entwickeln, unter Bedingungen betrieblich aufdiktiert, auf den ersten Blick von jeglichen humanen Gesichtspunkten entfremdeter Anforderungen sinnhafte Lebensentwürfe zu verfolgen« (137). Demnach könne »immateriellen« Werten nicht »per se ein emanzipativer Gehalt zugesprochen werden« (136). Bei den interviewten Metallarbeitern werden betriebliche Anforderungen, Hierarchie, Leistungsdruck »als Herausforderung der eigenen Leistungsfähigkeit und Anpassungsbereitschaft begriffen« (140). Selbstdisziplinierung erscheine alternativlos, so daß den eigenen Bedürfnissen stets von neuem »eine einseitige leistungsbezogene Fassung« (143) gegeben werde — auch im Privatleben.

*G. Leithäuser* und *G. Karl* verdeutlichen, daß Armutspolitik in den afrikanischen Ländern südlich der Sahara nicht, wie in den kapitalistischen Industrieländern, sozialstaatliche Umverteilungspolitik, sondern Bevölkerungs- und Landwirtschaftspolitik ist. »Hunger, Kriege, Seuchen« seien »der Preis für eine vermeintliche Sicherung der Rohstoffversorgung der industriekapitalistischen Länder, den sie selbst nicht zu entrichten brauchen.« (167)

Diesen Aufsätzen folgt eine »Nachlese zur jüngsten Historikerdebatte in der Bundesrepublik« von *V. Ulrich* und ein aktuell gewordener Aufsatz von *J. Fleming* über »Historisches Erbe und sozialistische Identität. Kontinuität und Wandel im Geschichtsbild der DDR«.

Volker Nimrich (Freiburg)

## Ökonomie

**Gerhard, Ute, Alice Schwarzer und Vera Slupik (Hrsg.): Auf Kosten der Frauen. Frauenrechte im Sozialstaat. Beltz Verlag Weinheim und Basel 1988 (292 S., br., 29,80 DM)**

Ute Gerhard formuliert den Anspruch des vom Hamburger Institut für Sozialforschung geförderten Projektes: »Wir wollen beweiskräftig herausfinden, was die Anlässe und Ursachen alltäglicher und allzu selbstverständlicher Diskriminierung von Frauen immer noch sind, aufgrund welcher Lebenssachverhalte ... es trotz Gleichbehandlungsgebot gelingt, Frauen so sublim und fachkundig immer wieder mit minderen Ansprüchen auszustatten, in ökonomischer Abhängigkeit zu halten oder mit Almosen abzuspeisen.« (12) Die Autorinnen wollen (in Anlehnung an den britischen Sozialwissenschaftler Titmuss und die Aufarbeitung seines Konzeptes für Frauenfragen durch Hilary Land) die traditionelle Trennung in die »politischen Sektoren Sozial-, Familien-, Steuer- und Armutspolitik« überschreiten, um die strukturell bedingten Diskriminierungen sichtbar zu machen und zu analysieren.

Gerhard gibt einen kurzen Überblick über die Geschichte der sozialen Frage, die von Anfang an mit der Arbeiterfrage identisch gewesen sei und die Klassengegensätze nicht überwinden, sondern die Bedingungen erträglich gestalten sollte (14). Dabei werde die Arbeit, die zur Reproduktion der Arbeitskraft notwendig ist, bis heute »systematisch ausgeblendet« (14). So gebe es für Frauen entweder nur abgeleitete Ansprüche oder subsidiäre. Die Autorinnen äußern sich zum Rentenrecht (Annelies Kohleiss, Agnes Wichert), zum Steuerrecht (Annemarie Mennel), zur Verfügbarkeit der Frauen auf dem Arbeitsmarkt (Ute Gerhard), zum Kindergeldrecht und zur gesetzlichen Krankenversicherung (Vera Slupik) und zur Situation der Sozialhilfeempfängerinnen (Petra Schallhöfer). Die Autorinnen rekonstruieren historische Entwicklungen von Gesetzen und Verfügungen mit einem scharfen Blick auf die Auswirkungen für die soziale Lage der Frauen. Sie machen Bestandsaufnahmen und ordnen Sozialdaten neu oder bearbeiten eine Stichprobe von 100 Sozialamtsakten, um exemplarisch die unterschiedliche Behandlung der Geschlechter auf einem Amt vorzuführen.

Einige Ergebnisse: Annemarie Mennel zeigt, daß Frauen unverhältnismäßig mehr Steuern an die öffentlichen Haushalte zahlen, als sie Leistungen vom Staat erhalten (109). Müßte der Staat die von Frauen unentgeltlich geleisteten Aufgaben »annähernd mit einem 'Marktwert'« finanzieren, würde das gegenwärtige Steuersystem zusammenbrechen (110). Mennel schlägt daher vor, die 34 Milliarden, die der Ehegattensplitting-Vorteil jährlich ausmache, umzuverteilen und z. B. solche Arbeiten davon zu entlohnen. — Die Renten der Frauen sind skandalös niedrig, knapp zwei Drittel der Rentnerinnen aus der Arbeiterrentenversicherung erhielten (1986) unter 500 DM im Monat, dies treffe »nur« für 13 % der Männer zu (178). Agnes Wichert kommt u. a. auch zu dem Schluß, daß eine Ehe, »in der beide Ehepartner erwerbstätig sind«, zu sozialrechtlichen Nachteilen (z. B. durch die Kürzung der Hinterbliebenenrente) führe gegenüber Ehen mit *einem* Brotverdiener (190).

Solche allgemein gehaltenen Vorschriften wie die, daß Personen, die in »eheähnlicher Gemeinschaft« leben, im Sozialhilfebezug nicht schlechter gestellt werden dürfen als Ehepaare, kämen in der Praxis »nur bei weiblichen Sozialhilfeempfängern« zur Anwendung (252). Konkret bedeute dies, daß einer Sozialhilfeempfängerin, die zu ihrem Freund zieht, die Leistung gestrichen oder gekürzt werden könne. Für Männer fände dies im allgemeinen keine Anwendung, da nur wenige Männer angeboten würden, zur Freundin zu ziehen und wenn, dann habe diese i. d. R. kein Geld.

Frauen würden so »von Amts wegen in die ökonomische Abhängigkeit eines Mannes gedrängt« (253), die »geschlechtsspezifische Rollenchancenverteilung« in der Praxis des Sozialhilferechtes fortgeschrieben (271).

In allen Bereichen gibt es Gesetze und Verfügungen, die allgemein gelten, aber eigens zum Nachteil von Frauen erschaffen worden zu sein scheinen. Als nahezu genial, Frauen nicht einstellen zu müssen, erweise sich die Verfügbarkeitsklausel (erfunden 1929), wonach Frauen, die kleine Kinder zu versorgen haben, vom Arbeitsamt keinen Arbeitsplatz zugewiesen bekommen, weil sie nicht voll verfügbar seien. Andererseits muß oft ein Arbeitsplatz nachgewiesen werden, um einen Kindergartenplatz bekommen zu können (67). Obwohl dies gemäß Arbeitsförderungsgesetz (§103) nicht mehr zulässig ist, existiere ein Runderlaß, der die SachbearbeiterInnen anhalte, die »Verfügbarkeit« abzufragen.

So wirkt alles zusammen: die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, die geringe Entlohnung von Frauenerwerbstätigkeit, die geringe soziale Leistungen zur Folge hat, die praktische Anwendung von allgemeingültigen Vorschriften und die Frauen selbst, die es nicht gelernt hätten, für ihren eigenen Unterhalt Forderungen zu stellen, z.B. auf dem Sozialamt, wo jede Beihilfe einzeln beantragt werden muß. Insgesamt richtet sich die Struktur der sozialen Sicherung gegen die Frauen. Unabhängig davon, was die Frauen konkret tun, können sie der finanziellen Schlechterstellung kaum entrinnen. Frauen erhalten weniger Lohn, weil sie für die Kinder da sein sollten, und wenn sie Kinder versorgen statt erwerbstätig zu sein, erhalten sie weniger Rente — der Zirkel schließt sich.

Gerhard fordert in ihrem Fazit zum gesamten Projekt eine andere Bewertung derzeitiger Frauenarbeit und die Sozialisation von »Kindererziehungseinrichtungen und -kosten«. Erforderlich sei eine »ganz andere Güterabwägung«, worin menschliche Bedürfnisse u.a. Vorrang vor Kostenrechnungen haben (34). Ich stimme Ute Gerhard darin zu, daß Frauen das Sozialrecht nicht allein den Männern überlassen dürfen, um nicht »Chancen zu politischem Handeln« zu vertun. Dennoch stellt sich die Frage, an welchen Punkten wir ansetzen müssen, damit die einzelnen Analysen von Diskriminierungen nicht nur zu Reformen führen. So wird mit der Rentenreform der großen Koalition ab 1992 die Erziehungsleistung von Frauen in ihre Rente eingehen, zu 75 % des gesellschaftlichen Durchschnittseinkommens. Es müßten aber Anknüpfungspunkte für eine umfassende Umgestaltung der sozialen Sicherung gesucht werden, worin die frauenunterdrückerische Familienabhängigkeit aufgehoben wird zugunsten einer individuellen finanziellen Sicherung und einer Umverteilung aller Arbeiten und Gelder auf beide Geschlechter. Vielleicht sollten wir doch ein individuelles Grundeinkommen für jede/n in gleicher Höhe, im Bewußtsein der Gefahr einer Fixierung weiblicher Hausarbeit, wie sie Ute Gerhard formuliert, breit in der Öffentlichkeit diskutieren. Dadurch müßten soviele Bereiche angesprochen werden — Arbeitsteilung, Arbeitszeit, Verteilung des Reichtums auf alle — daß eine Gesellschaft, die ein solches Grundeinkommen gewähren würde, nicht mehr dieselbe sein könnte.

Barbara Ketelhut (Hamburg)

**Erler, Gisela, und Monika Jaeckel (Hrsg.): Weibliche Ökonomie. Ansätze, Analysen und Forderungen zur Überwindung der patriarchalen Ökonomie.** Juventa Verlag, Weinheim und München 1989 (182 S., br., 19,80 DM)

Der Titel suggeriert Wissenschaftlichkeit und Systematik, als wär's ein Jahrhundertwerk, die von einem Band locker verbundener Aufsätze nicht eingelöst werden können. Die Autorinnen fühlen sich innerhalb der Frauenbewegung dem Paradigma des sogenannten Reproduktionsansatzes verpflichtet. Es geht darin um die Reform

der Haus- und Familienarbeit, insbesondere um eine bessere finanzielle Absicherung der von Frauen bislang unentgeltlich geleisteten Versorgung von Kindern, Alten und Kranken. *Nicht* auf dem Programm steht die Umwandlung der Betreuung in bezahlte Berufsarbeit, auch nicht die Aufhebung der geschlechtlichen Arbeitsteilung in der privaten Versorgung (d.h. die Revision ihrer de-facto Zuweisung an Frauen). Das hat den Vertreterinnen des Reproduktionsansatzes erbitterte Kritik eingetragen.

Für die Lektüre ist es nützlich zu wissen, daß die Herausgeberinnen an der Bildung der sogenannten Mütterfraktion bei den Grünen maßgeblich beteiligt waren und daß ihr auch andere Autorinnen dieses Sammelbandes nahestehen. Wer die hitzige Diskussion um das »Müttermanifest« mit Interesse verfolgt hat, den wird dieser Band nicht enttäuschen: Sympathisantinnen bietet er die Chance, sich umfassend mit der Thematik vertraut zu machen; Gegnerinnen können an ihm ihre Argumente schärfen. Vielleicht gelingt es diesem Buch, die Auseinandersetzung zu versachlichen, ihr die kränkende Feindseligkeit zu nehmen.

Der Band gliedert sich in »Theoretische Beiträge«, die die Problematik der Reproduktionsarbeit weitausholend einkreisen und in detaillierte Reformvorschläge zur »Materiellen Sicherung«. Die Autorinnen nähern sich dem Thema aus unterschiedlichen Praxiszusammenhängen. (Neben den Grünen ist beispielsweise auch die Katholische Arbeitnehmerbewegung vertreten.) Wer genau liest, entdeckt Einschätzungsunterschiede, die allerdings im Buch selbst nicht aufgegriffen werden.

Einen überraschenden historischen Bezug stellt Irene Stoehr in ihrem einleitenden Beitrag her: Sie schlägt vor, an die gemäßigte Frauenbewegung von 1933 anzuknüpfen, für die »Ungleichheit (!) zwischen Männern und Frauen die Grundvoraussetzung einer sinnvollen Frauenpolitik« (32) gewesen sei. Dem heute dominierenden »Antidiskriminierungsgeist oder Angleichungsfeminismus« (18) erteilt sie eine Absage. Stoehrs Kontrastprogramm ist ein sich seiner historischen Wurzeln erinnernder selbstbewußter *konservativer Feminismus*, der den »eigenständigen Kulturbeitrag« der Frauen, die »Mütterlichkeit« — auch dies historische Reminiszenzen — in den Mittelpunkt stellt. Das Scheitern der gemäßigten Frauenbewegung vor (und nach) 1933 wird von der »Wahlhistorikerin« Irene Stoehr ausgespart.

Daß sich ein solches konservativ-feministisches Programm mit einem ethisch rigorosen *feministischen Internationalismus* verträgt, zeigt der Beitrag von Dorothea Mezger. Konsequenz-ökologische Selbstbescheidung, ja sogar (Teil-)Rückkehr zur Subsistenzarbeit sind die Forderungen, die sie aus der Perspektive der Dritten Welt an die (Haus-)Frauen der Metropole richtet. (Sie geht allerdings nicht so weit, deren Insistieren auf besserer finanzieller Absicherung gänzlich zurückzuweisen!) Biographisch-psychoanalytisch untersuchen die Aufsätze von Monika Oubaid/Marion Meier und Hedwig Ortman den Stellenwert der Reproduktionsarbeit: An Hand von Interviewäußerungen skizzieren Oubaid/Meier ihre zwischen Autonomieerfahrung und Selbstaufgabe »schillernde« Bedeutung. Die autodestruktiven, körperfeindlichen Implikationen der Haus- und Versorgungsarbeit, meinen sie, seien ausschließlich ihrer gesellschaftlichen Minderbewertung geschuldet. Weniger vordergründig deutet Hedwig Ortman die zwanghafte Abwertung des Mütterlichen, der Mütter. Sie sieht darin eine psychische Kompensation der unvermeidlichen Ambivalenz von Versorgung. Den zerstörerischen Folgen des »Mutterhasses«, der in vielen gesellschaftlichen Bereichen zu falschen Frontstellungen führe, sollte die Frauenbewegung ihres Erachtens durch »Bewußtwerdung im Alltagsleben« (80) entgegenarbeiten.

Auch der in diesem Band m.E. zentrale politisch-programmatische Aufsatz von Gisela Erler beansprucht eine ganzheitlich-ökologische Sichtweise. Im Austausch dafür, daß Frauen weiterhin Reproduktionsarbeit leisten — angeblich wollen sie das —,

fordert sie einen »schonenden Umgang mit dem Rohstoff Mütterlichkeit«, analog der Subventionierung anderer »naturnaher Bereiche«, etwa der »Landwirtschaft« (90). Gisela Erler argumentiert kenntnisreich und erfahrungsnah aus ihrem Alltag als (Öko-)Hausfrau und Mutter. Die Lektüre ihres Beitrags ist ein Lesevergnügen. Das macht Kritik an ihren Schlußfolgerungen nicht gerade einfacher. M.E. tut man ihr und ihren Mitstreiterinnen Unrecht, wenn man die eigentümliche Spielart eines *ökologischen Feminismus*, die sie repräsentieren, umstandslos mit reaktionärer »Zurück-an-den-Herd«-Politik gleichsetzt. Gegen eine solche Unterstellung sprechen die in diesem Band enthaltenen »revolutionären« Reformvorschläge (Kindheitsversicherung, soziale Grundsicherung etc.), die von Monika Jaeckel skizzierten beruflich-familiären »Doppelstrategien« (122) und das Projekt einer Entprivatisierung der Haus- und Familienarbeit in Form von Mütter- bzw. Nachbarschaftszentren.

Meine Bedenken richten sich nicht gegen die prinzipielle Legitimität des Reproduktionsansatzes oder gegen einzelne Reformvorschläge. Es ist der appellative Gestus vieler Aufsätze, den ich für problematisch halte, ihre Fixierung auf den »Vater Staat«. Insofern ist auch das Konzept einer »weiblichen Ökonomie« mißverständlich, sind doch die Autorinnen übereinstimmend der Ansicht, daß sich ihre Vorstellungen nur *gegen* die Ökonomie oder »Marktlogik« durchsetzen lassen. Nun ist aber inzwischen bekannt, daß staatliche Maßnahmen wie etwa Transferzahlungen das Reproduktionsverhalten von Frauen kaum beeinflussen. Deswegen wünschte ich mir in diesem Sammelband weniger »Sozialstaatsillusion«, mehr Gesellschaftsanalyse. Es ist ein Faktum — man mag es bedauern — daß immer mehr Frauen Versorgungsarbeit verweigern. In der Politik üben aber diejenigen, die »abwandern« häufig mehr Reformdruck aus als diejenigen, die »ausharren«. Auch wer sich mit dem Projekt eines wertkonservativen Feminismus nicht anfreunden will, kann seine facettenreiche, denkanregende Darstellung schätzen.

Claudia Weber (Tübingen)

**Teubner, Ulrike: Neue Berufe für Frauen: Modelle zur Überwindung der Geschlechterhierarchie im Erwerbsbereich.** Campus Forschung. Frankfurt/M., New York 1989 (167 S., br., 36,- DM)

Titel und Ziel der Arbeit wecken hohe Erwartungen. Es soll darum gehen, Maßnahmen zur Erschließung *neuer* qualifizierter Berufsfelder für Frauen zu entwickeln. Voraussetzung hierfür sind Kenntnis und Überwindung der geschlechtsspezifischen Teilung (smechanismen) innerhalb des Arbeitsmarktes. Teubner beginnt damit, daß sie den »Sonderstatus von Frauen in der Erwerbsarbeit« (17ff.) aufzeigt: schlechtere Entlohnung, höhere Arbeitslosenquote u.ä.; zahlreiche Tabellen im Anhang (129-148) belegen ihre Aussagen. Dann fragt sie nach der »Bedeutung der Neuen Technologien für die Frauenerwerbsarbeit« (43ff.). Die Weise, wie sie konträre Positionen vorstellt, wird den Ansätzen manchmal nicht gerecht. So z.B. wenn sie die These, daß neue Technologien alte Arbeitsteilungen zwischen den Geschlechtern in der Lohnarbeit verändern, mit der Behauptung verwirft, daß in nahezu allen industriesoziologischen Untersuchungen der Technikdeterminismus widerlegt wurde. Zu untersuchen, welche Bedeutung Technik für Arbeitsorganisation und Arbeitsteilungen hat, heißt m.E. nicht, einem Technikdeterminismus das Wort zu reden.

Im dritten Kapitel wird die besondere Situation von »Frauen in technisch-naturwissenschaftlichen Fächern und Berufen« (63ff.) referiert. Teubner bringt weitgehend bekanntes Material zur »Ab- und Anwesenheit von Frauen«, auch die Erklärungsansätze für die Diskriminierung von Frauen im Erwerbsbereich (z.B. fehlende Qualifikation, ungünstige Berufswahl) und die Kritik daran (auch mit Facharbeiterbrief werden Frauen nach der Lehre kaum übernommen) sind nicht neu.

Noch nicht Gewußtes erhofft man sich von den Diskussionen, die die Autorin in zwei Fachgruppen mit Expertinnen aus unterschiedlichen technischen Berufsfeldern führte: »Gegenstand der Fachgespräche war sowohl die berufliche Situation, berufliche Erfahrungen wie die Auseinandersetzung mit Arbeitsformen und -inhalten, die Kritik an methodischen Prinzipien wie am Wissenschaftsbegriff und die Begründung für die Entwicklung von Alternativen für Frauen« (13f.). Die Fachfrauen wurden z.B. gefragt, ob sie sich als Pionierin oder Ausnahmefrau fühlen, wie ihr Verhältnis zu männlichen Kollegen und Vorgesetzten ist, wo sie Unterschiede im Verhalten zwischen Männern und Frauen sehen (vgl. 69ff.). Und sie wurden mit gängigen Thesen zu Frauen und Technik konfrontiert. Sie lehnten z.B. solche Theorien ab, die behaupten, daß Frauen aufgrund bestimmter weiblicher Attribute (eher assoziativ, praxisabhängig, kontextgebunden, vgl. 79) einen besonderen Zugang zu Technik haben. »Das Hauptproblem wird darin gesehen, daß leicht die Gefahr besteht, daß die Geschlechterhierarchie verkannt wird zugunsten eines Attributionsansatzes, mit dem Frauen bestimmte Eigenschaften zugeschrieben werden.« (Ebd) Die Fachfrauen befürworten einen Veränderungsansatz, »der versucht, die Dualität von Männlichkeit und Weiblichkeit ... zu überwinden zugunsten einer Neuorientierung von Arbeit und Wissenschaft« (83). Als politische Maßnahmen treten sie für Quotierung und Arbeitszeitverkürzung ein. — Die Gespräche machen deutlich, was betroffene Frauen über Deutungsansätze ihrer beruflichen Praxis denken. Bestehende Theoretisierungen werden verworfen, es bleibt aber weiterhin ungeklärt, wie sich die Geschlechterverhältnisse in der Arbeit herstellen und wie so eine bestimmte Bedeutung von Männerarbeit und Frauenarbeit reproduziert wird. Teubner begnügt sich mit dem Gedanken des Geschlechts als »Strukturierungsmerkmal in der Erwerbsarbeit« (10): »Das Merkmal Geschlecht weiblich erweist sich als der entscheidende Faktor in der Zuweisung von Frauen an Arbeitsplätze und Positionen« (29). Damit ist noch nichts erklärt, das Offensichtliche lediglich nochmal benannt.

Um Frauen neue Berufsbereiche zu erschließen, schlägt Teubner folgende Maßnahmen vor: Die Gründung eines Softwarehauses von Frauen für Frauen und Mädchen, um sich die erforderlichen (technischen) Qualifikationen anzueignen. Sie diskutiert die Chancen und Risiken der Unternehmensgründung für Frauen. Hierzu holte sie Erfahrungen von Unternehmerinnen ein (von 50 angeschriebenen antworteten 18, Fragebogen im Anhang). Als *neue* Berufsfelder entwirft sie zwei Modellversuche: 1. die Einrichtung von Beratungsstellen an der Schnittstelle Umwelt, Gesundheit und Ernährung (vgl. 107), 2. die Schaffung von Frauenplanungsbüros auf kommunaler Ebene mit der Aufgabe, eine frauengerechte Stadt- und Verkehrsplanung durchzusetzen (vgl. 112). Als Finanzierungsbasis schlägt sie ABM-Gelder vor, eine unbefriedigende Lösung sowohl vom individuellen als auch gesellschaftlichen Standpunkt aus: Frauen richten sich in zeitlich befristeten Nischenarbeitsplätzen ein, und herrschende Trennungen in der Lohnarbeit bleiben unangetastet.

Im Anhang schreibt Esther Dischereit über die »Situation von Frauen im Druckbereich« (117-127). Sie zeigt, daß Frauen infolge der Computerisierung zwar in die Druckindustrie einziehen konnten, daß sie jedoch nicht als Druckerinnen, sondern als untergeordnete Arbeiterinnen für Korrektur, Satz usw. eingesetzt werden. Einen perspektivischen Ansatz sieht sie in einem Frankfurter Betrieb: Dort wurden als Zuständige für bestimmte Kundenkreise Projektgruppen gebildet. Dischereit sieht in einer solchen Arbeitsorganisation Vorteile für alle Beschäftigten, insbesondere aber auch für Frauen. Wenn die Gruppen nur aus Frauen bestehen, könnten spezifische Belange wie z.B. eine flexiblere Zeiteinteilung berücksichtigt werden (vgl. 125).

Sünne Andresen (West-Berlin)

## VerfasserInnen

A: =Arbeitsgebiete; V: =Veröffentlichungen; M: =Mitgliedschaften

*Ammon, Ulrich*: siehe *Argument* 179

*Anders, Günther*: siehe *Argument* 179

*Andresen, Sünne*, 1958, Dipl.-Soz., wiss. Mitarb. am FB Polit. Wiss. der FU Berlin; Mitglied der *Argument-Frauenredaktion*. V: *Subjekt Frau*, AS 117 (Mitautorin, 1985); *Der Widerspenstigen Lähmung*, AS 130 (Mitautorin, 1986). A: Frauen und Ökonomie, Neue Reproduktionstechnologien; M: ÖTV

*Bauer, Michael*, 1959; Dipl.-Päd., Freier Mitarbeiter in der Erwachsenenbildung

*Böhme, Gernot*, 1937; Dr. phil., Prof. f. Philosophie an der TH Darmstadt. V: *Philosophieren mit Kant* (1986); *Klassiker der Naturphilosophie* (Hrsg., 1989); *Für eine ökologische Naturästhetik* (1989). A: Naturphilosophie, Ästhetik, philos. Anthropologie, klass. Philosophie

*Breger, Herbert*, 1946; Dr. phil., wiss. Angestellter am Leibniz-Archiv. V: *Die Natur als arbeitende Maschine* (1982). A: Wissenschaftsgeschichte, -theorie und -soziologie

*Bukow, Wolf-Dietrich*, 1944; Prof. f. Soziologie an der Univ. zu Köln. V: *Mitbürger aus der Fremde* (Mitautor, 1988); *Ausländerwahlrecht* (1989); *Leben in der multikulturellen Gesellschaft* (1990)

*Bundschuh, Stefan*, 1962; Studium der Philosophie an der Univ. Frankfurt/M.. A: Deutscher Idealismus, Marxismus, Südafrika

*Dennerlein, Bettina*, 1963; Studentin der Islamwiss., Volkswirtschaft und Publizistik an der FU Berlin

*Dimmel, Nikolaus*: siehe *Argument* 179

*Drygala, Anke*, 1950; Dr. phil., Lehrbeauftragte an der Univ. Bremen

*Fallschessel, Helmut*: siehe *Argument* 179

*Franz, Annette*, 1959; M. A., Historikerin (freiberuflich tätig). A: Frauengeschichte (besonders 16. Jahrhundert), russische/sowjetische und chinesische Geschichte

*Geiling, Heiko*, 1952; Dr. phil., wiss. Mitarbeiter an der Univ. Hannover. V: *Die moralische Ökonomie des frühen Proletariats* (1985); *Emanzipationsinteressen und Organisationsphantasie* (Mitautor, 1989). A: Sozialgeschichte, Neue Soziale Bewegungen, Gewerkschaften, Sozialstrukturanalyse

*Gitschmann, Peter*, 1954; wiss. Mitarb. an der Univ. Gießen. V: *Kommune als Gegenmacht* (Mithrsg., 1985); »Zum Stand alternativer Kommunalpolitik und -wissenschaft«, in: *Argument* 163 (Mitautor, 1987); *Altenplan der Stadt Gießen* (Mitautor, 1989). M: DVPW, GEW, DGS, Dt. Ges. f. Gerontologie

*Grünefeld, Hans-Dieter*, 1955; VHS-Lehrer für Deutsch als Fremdsprache, Lehrbeauftragter an den Univ. Bremen und Oldenburg. V: *The Role of Information in the Realization of the Human Right of Migrant Workers* (Mitautor, 1988). A: Minderheitenkulturen, Medien und Menschenrechte. M: GEW

*Haug, Frigga*: siehe *Argument* 179

*Heinrichs, Thomas*, 1963; Studium der Philosophie an der FU Berlin

*Herbst, Kerstin*, 1959; Dr. phil., Aspirantin am Institut für allg. Geschichte der Akad.d.Wiss. der DDR. A: Geschichte der UdSSR

*Hildebrandt, Karin*, 1952; Dr. occ., wiss. Oberass. am Zentralinstitut f. Hochschulbildung, Berlin/DDR. V: *Wozu Forschungen über Frauen an den Hochschulen?* (1990); *Wissenschaftlerinnen im Hochschulwesen der DDR* (1990). A: Kaderpotential im Hochschulwesen der DDR

*Holler, Eckard*, 1941; Oberstudienrat/Bildungsreferent. V: *29 Thesen zur Frage einer alternativen Ästhetik* (1988); *Gewerkschaft und Soziokultur* (1988); *Kulturinitiativen im ländlichen Raum* (1989). A: Soziokultur, Kulturpolitik, Jugendbewegung. M: AL Tübingen

*Hong, Yun-gi*, 1957; Doktorand, wiss. Mitarb. an der FU Berlin. A: Südkorea

*Jehle, Peter*, 1954; 2. Staatsexamen Französisch/Deutsch, Redakteur des *Argument*. V: *Der innere Staat des Bürgertums*, AS III (Mitautor, 1987). A: Ideologietheorie

*Ketelhut, Barbara*, 1956; Dipl.-Soz., wiss. Mitarb. an der HWP Hamburg. V: *Küche und Staat*, AS 180 (Mitautorin, 1989); *Frauenbewegungen: Außereuropäische kapitalistische Länder*, AS 176 (Mithrsg., 1990). A: Ehe, Familie, Zusammenlebensformen; Politik des Sozialen. M: ÖTV, Feminist. Univ. Hamburg

*Kindermandt, Wolf*, 1951; Dr. phil., wiss. Angest. A: Kulturgeschichte, USA, Minderheiten. M: GEW, VVN

*Königsdorf, Helga*, 1938; Dr. rer. nat. V: *Meine ungehörigen Träume* (1978); *Der Lauf der Dinge* (1982); *Respektloser Umgang* (1986); *Die geschlossenen Türen am Abend. Erzählungen* (1989)

*Konersmann, Frank*, 1961; M. A., Doktorand an der Univ. Bielefeld. A: Staatsbildung/Aufklärung

*Kowalsky, Wolfgang*: siehe *Argument* 180

*Kramer, Dieter*: siehe *Argument* 179

*Kramer, Sven*, 1961; M.A. V: *Ästhetik Revolte Widerstand* (Mithrsg., 1990)

*Krebs, Hans-Peter*, 1952; M.A. (phil.), Doktorand am FB Gesellschaftswiss. der Univ. Frankfurt/Main. A: Ideologietheorie, Staatstheorie. M: HBV

*Krätzfeldt, Lutz*, 1956; Lehramtsstudium Deutsch und Geschichte, arbeitslos. A: Krimi, populäre Kultur. M: GEW

*Kuhn, Annette*: siehe *Argument* 179

*Laugstien, Thomas*, 1953; M.A., Redaktionssekretär des *Argument*. V: *Theorien über Ideologie*, AS 40 (Mitautor, 1979); *Deutsche Philosophen 1933*, AS 165 (Mitautor, 1989)

*Lauhof-Pfannkuch, Marianne*, 1952; Dipl. Soz. Päd./-arb. Doktorandin an d. Univ.-GH Kassel u. Duisburg  
*Menzer, Ursula*, Dr. phil. V: *Philosophinnen*. 1. Jahrbuch der Internat. Ass. von Philosophinnen e.V. (Mithrsg., 1982); *Subjektive und objektive Kultur. Georg Simmels Philosophie der Geschlechter* (i. Vorb.)

*Meyer-Siebert, Jutta*: siehe *Argument* 180

*Mitterlehner, Gerald*, 1962; Mag., wiss. Mitarb. am Institut. f. Sozial- u. Wirtschaftswissenschaften. A: Arbeitszeit-Forschung, Gesundheit am Arbeitsplatz, Neue Arbeitnehmergruppen

*Nimrich, Volker*, 1943; Lehrer

*Nolte, Hans-Heinrich*, 1938; Dr. phil., Prof. f. Geschichte an der Univ. Hannover. V: *Ziviler Widerstand und autonome Abwehr* (Mitautor, 1984); *Weltssystem und Geschichte* (Hrsg., 1985); *Patronage und Klientel* (Hrsg., 1989). A: Geschichte Osteuropas und des Internat. Systems. M: HDS, GEW

*Oeser, Hans-Christian*, 1950; M.A., Doktorand, Sprachlehrer und Übersetzer. V: *Irland. Ein politisches Reisebuch* (Hrsg., 1987). A: Neuere deutsche Literatur, Exilliteratur. M: BDÜ, IRAAL, ITA

*Pinl, Claudia*, 1941; Dipl. Pol., wiss. Mitarbeiterin der Fraktion Die Grünen im Deutschen Bundestag. V: *Das Arbeitnehmerpariariat. Die Frauenpolitik der Gewerkschaften* (1977); *Zwischen Rotation und Routine. Die Grünen im Bundestag* (Mitautorin, 1985)

*Raasch, Sybille*, 1949; Assessorin, Dozentin an der Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg. V: *Rechtsweg ausgeschlossen!? Läßt sich die Befreiung der Frau durch Gesetze erstreiten?* (1989); *Die neo-konservative Verheißung und ihr Preis* (Mithrsg., 1989); *Gleichberechtigung im EG-Binnenmarkt* (1990)

*Reuter, Ingeborg*, 1947; Sekretärin. V: »Rudi Müller kämpft für die Arbeitszeitverkürzung«, in: Kurz-Scherf, I., Breil, G., (Hrsg., 1987) *Wem gehört die Zeit*. A: Betriebsratsarbeit

*Rösler, Dietmar*, 1951; Dr. phil., wiss. Mitarbeiter am King's College London. A: Linguistik, Deutsch als Fremdsprache

*Roß, Klaus*, 1952; M.A., Erwachsenenbildner. A: Rhetorik

*Schäfer, Alfred*: siehe *Argument* 179

*Schenk, Sabine*, 1957; Dr. phil., wiss. Ass. an der Humboldt-Universität. A: Theorie der Soziologie, Techniksoziologie, Frauenforschung

*Scherr, Albert*: siehe *Argument* 179

*Schmillen, Achim*, 1962; Dipl. Päd., wiss. Mitarbeiter der Fraktion Die Grünen im Bundestag

*Schmitz, Ulrich*, 1948; Dr. phil. habil., Akad. Rat für Germanistik/Linguistik an der Univ.-GH-Duisburg. V: *Postmoderne Concierge: die »Tageschau«* (1990); *Linguistic Approaches to Artificial Intelligence* (Mithrsg., 1990); *Schweigen* (Hrsg., 1990). A: Psycholinguistik, Semantik, Gegenwartssprache

*Schütz, Rüdiger*, 1961; Studium der Germanistik an der Univ.-GH Duisburg. V: *Linguistic Approaches to Artificial Intelligence* (Mithrsg., 1990). A: Semiotik, künstl. Intelligenz, kogn. Linguistik. M: Ges. für Ling. Datenverarbeitung, Ges. für Angewandte Linguistik

*Schwiedrzyk, Bernd*: siehe *Argument* 179

*Tatz, Jürgen*, 1949; Studienrat, päd. Leiter a.d. Wilhelm-Bracke-Gesamtschule Braunschweig. V: *Ist der Frieden noch zu retten? Die Abschreckung und ihre Alternativen* (Hrsg., 1986). A: Innere Schulreform, Reformpädagogik, Friedensziehung. M: GEW, GGG

*Uhle, Reinhard*, 1945; Dr. phil.; Prof. f. Erziehungswiss. an der Univ. Lüneburg. V: *Geisteswissenschaftliche Pädagogik und kritische Erziehungswissenschaft* (1976); *Verstehen und Pädagogik* (1989). A: Pädagogische Wissenschaftstheorie, Historisch-systematische Pädagogik

*Wąsielewski, Sieglinde* v., 1959; Dipl. Pol.; Landesbeamtin NRW. A: Verwaltungspolitik, Frauenpolitik. M: ÖTV

*Weber, Claudia*, 1947; Dr. phil., Soziologin. V: *Rationalisierungskonflikte in Betrieben der Druckindustrie* (1982). A: Industriesoziologie, Geschichte der Frauenarbeit, Japan

*Werblering, Anja*, 1965; Studium der Geschichte und Psychologie. V: »Politik der Frauen in der Französischen Revolution«, in: *Argument* 176 (1989)

*Wöttig-Danielmeier, Inge*, 1936; Diplom-Sozialwirtin, Mitglied im Präsidium der SPD, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen. A: Frauenpolitik, Bildungspolitik, Internationales

# GESCHICHTS WERKSTATT

# ALTERNATIVE MONATZEITUNG

M O Z FÜR POLITIK, WIRTSCHAFT UND ERLEBIS

---

## 20 '90

### *Geschichte schreiben*

Ch.Bartholl: Gutenbergs PC: Von den Spielregeln der Schrift

A.Lüdtke: Mehrstimmige Geschichte? Ein Tastversuch zu den Formen historiographischer Darstellung

K.Strohmeier: Berlin aus der Literatur gesehen

A.Ludwig: Die Stadt, ihr Schreiber und die Ökonomie. W.Gundlachs Geschichte Charlottenburgs von 1905

H.Steffens/H.Wunderer: Zwischen Struktur und Sammelsurium. Probleme beim Aufarbeiten von Stadtgeschichte(n) im Kalenderformat

R.Breckner: »Ob es einen Wert hat, in Kriegserinnerungen herumzukramen ... und sie gleich schriftlich niederzulegen.«

M.Wildt: Bücher zum 40. Jahrestag der BRD

### *Debatte*

D.Lüders: Ein kurzer Text über das Streiten. Perspektiven der »Geschichtswerkstatt«

Kleines Geschichtsfest in Hamburg

### *Berichte*

A.Ludwig: Neues zum geplanten Deutschen Historischen Museum in Berlin

J.Zimmer: Umweltgeschichten von unten

H.Dehne: W(a)ende für/gegen eine Geschichtswerkstatt in der DDR?

Museum der Arbeit: Europa im Zeitalter des Industrialismus

---

Herausgegeben von der Geschichtswerkstatt e.V., dem bundesweiten Netzwerk von Geschichtswerkstätten. — Erscheint dreimal jährlich. Einzelheft 12 DM, im Jahresabo 9 DM zzgl. Versand. Ergebnisse Verlag, Abendrothweg 58, 2000 Hamburg 20

---

## 52 '90

### *Europa: Das große Fressen*

U.Klußmann: Kurz vor dem Endsieg: Die DDR ver-kohlt

H.Hofbauer: Leben in Moskau: Tauschwirtschaft statt Perestroika

G.Trepp: Baltische Unabhängigkeit: Neue Währung — Altes Gold

H.Hofbauer: Interview mit Johan Galtung

A.G.Frank: Kommentar zur Weltlage: Galoppierender Kapitalismus

G.Prosek/U.Sladek: Internationales Frauenfilmfestival in Paris. Realismus ohne Illusionen?

B.Wehowski: »... daß der Kopf autonom bleibt, der geistige Kopf«. Frauenkultur im ungeteilten Berlin

F.Schandl: Medien und Grüne: The Act of Domestication

E.Krippendorff: Philosophischer Diskurs: Sicherheitsbedürfnis, Bedrohung und Rüstung

L.N.Trallori: Gentechnologie: Der Tanz um das goldene Kalb

G.Gatz / P.Kreisky / G.Traxler / I.Tschebull / C.Parnreiter: Streitgespräch Arbeitsmarkt: Von Rosinen und Minderleistern

---

Hrsg.: Grün-Alternativ Verlagsges. m.b.H. — Redaktion: Hannes Hofbauer, Karl Lind, Christof Parnreiter, Ulrike Sladek. — Erscheint monatlich. Einzelheft 32,- ÖS; Jahresabo 320 ÖS/50,- DM. — Verlag/Redaktion: Neulerchenfelder Straße 12, A-1160 Wien

# Die Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte

---

## 5 '90

P.Bender: Divide et impera

T.Fichter: Metropole statt Peripherie

Gespräch mit György Dalos. »Demokratie bedeutet, daß die Straße lebt«

Th.Schmid: Die Entzweigung von Sozialismus und Demokratie

### *Nationalstaat oder zivile Gesellschaft?*

St.Troebst: Nationalismus in Bulgarien

E.Kobylińska: Der polnische Nationalismus

I.Nordmann: Hannah Arendt zum Verhältnis von Nation und Demokratie

A.Michnik: Zwei Visionen eines posttotalitären Europas

P.Pihart: Bewegung der anständigen Menschen

S.Lukes: Die Prinzipien von 1989

### *Frauen*

B.Weissaupt: Selbst-loses Selbstsein

R.Rossanda: Zwei Geschlechter — zwei Gesellschaften

### *Kultur*

V.Dohrn: Im Stetl des Ba'al Schem Tov

H.-M.Lohmann: Zeitschriften-Forum

37. Jg. 1990

---

Hrg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Holger Börner, Walter Dirks, Günter Grass, Johannes Rau, Carola Stern, Heinz O. Vetter, Hans-Jochen Vogel, Herbert Wehner f. Redaktion: Peter Glotz (Chefredakteur), Ulrike Ackermann, Norbert Seitz (beide verantw.) - Erscheint monatl. Einzelheft 12,80 DM frei Haus; Jahresabo 90,- DM frei Haus. - Verlag J.H.W. Dietz Nachf., In der Raste 2, 5300 Bonn 1

# ★ PSYCHOLOGIE & GESELLSCHAFTS KRITIK

---

## 53 '90

### *Jugendhilfe?*

F.Peters: Zur Kritik der »halbierten Reform« der Heimerziehung

W.Freese/M.Kisse: Herausbildung der Psycho-sozialen Diagnose

C.Fichter/B.Westermann: Heimweh — Bilanz einer beruflichen Tätigkeit im Jugendhilfebereich

B.v.Morgen: Von der Teamsupervision zu gemischten Supervisionsgruppen. Zur Supervision von Erziehern und Sozialpädagogen im Rahmen öffentlicher Erziehung

### *Einzelbeiträge*

D.Berentzen: Die Angst des Journalisten vor dem Kinde

H.J.Niemann: Über die Gefahr, das Kind mit dem Bade auszuschütten

Kinder- und Jugendpsychiatrie in der Schweiz

### *Rezensionen*

---

Herausgeber: Initiative kritischer Psychologinnen und Psychologen e.V. — Redaktion: Ruth Großmaß, Siegfried Grubitzsch, Peter Mattes, Frank Nestmann, Christiane Schmerl. — Erscheint mit 4 Heften im Jahr. Einzelheft 12 DM, Doppelheft 18 DM, Jahresabo 40 DM (Stud. u.a. 34 DM) — Redaktion: Bürgerbuschweg 47, 2900 Oldenburg

# psychosozial

Zeitschrift für Analyse,  
Prävention und Therapie  
psychosozialer Konflikte  
und Krankheiten



TheaterZeitschrift

## 41 '90

### *Supervision in Institutionen*

A.Overbeck: Die Entfaltung eines therapeutischen Raumes auf kinder- und jugendpsychiatrischen Stationen mit Hilfe der bifokalen Team-Supervision

R.Osterwalder: Erfahrungen eines Supervisors und Institutionsleiters

D.Zimmer-Höfler: Supervision in der Institution — Subsystem oder Supersystem. Strukturell-systemische Betrachtungsweise und Methodenintegration in der Supervision

H.R.Schneider: Wahn und Institution. Zur Supervision in der Psychiatrie

W.Jordi: Aus der Geschichte des Berufsverbandes für Supervision und Praxisberatung

### *Aus Forschung und Praxis*

H.Leggewie: Zur Psychologie des Risikobewußtseins nach Tschernobyl

B.R.Büchner: Sozialpsychologische Gedanken zur »Neuen Rechten«

A.Köpke-Duttler: Widerstehen in Gelassenheit

E.Voswinkel: Kinder- und Jugendpsychiatrie in Frankreich

### *Rezensionen*

13. Jg. 1990

Hrg. von H.Becker, D.Beckmann, I.Fetscher, H.Friedrich, A.Köhl, A.Overbeck, H.-E.Richter, H.Strutzka, A.Uchtenhagen, E.Ulich, J.Willi, H.-J.Wirth. — Erscheint viermal im Jahr. Einzelheft 18 DM, Jahresabo 58 DM zzgl. Versand. — Psychologie Verlags Union, Postfach 1120, 6940 Weinheim. — Redaktionsanschrift: Friedrichstraße 35, 6300 Gießen

## 30 '90

### *erotisches sehen*

G.Frink: »Mörder, Hoffnung der Frauen.« Zur Geschlechterbeziehung in Kokoschkas Einakter

A.Brauerhoch: Männliche Stars der 80er Jahre. Objekte weiblicher Schaulust?

P.Haubold: Das Verschwinden der Erotik im Kino

B.Scheel: Es tröpft aus Pandoras Büchse. Erotische Wahrnehmungen von Bühnengesehen

T.Trunk: Gefälligkeiten und ein Mann ohne Ruhm. Die Berufung des Arthur Maria Rabenalt

J.Schmitt-Sasse: Kind des Olymp. Publikumskonzepte von Theaterpraktikern am Beispiel Max Reinhardts

D.Yü-Dembski: »Die Macht der Männer ist das Schweigen der Frauen.« Die Anfänge der Frauenjournalistik — Eine Historie der Behinderungen

F.Grobortz: »... wir haben nur die Möglichkeit, nicht mehr zu spielen.« Theaterarbeit im NS am Beispiel von Hilpert und Gründgens

S.Schnabel: Szenische Mythographie. Die Lohndrucker-Inszenierung von Heiner Müller am Deutschen Theater

W.Wüthrich: »Weil wir modernes Theater vermehrt spielen ...« Eine Chronik aus der Hauptstadt

### *Rezensionen*

Herausgegeben vom Verein zur Erforschung theatraler Verkehrsformen e.V., Berlin. — Erscheint viermal jährlich. Einzelheft 12 DM, Jahresabo 34 DM (Stud. 30 DM) zzgl. Versand. — Bestelladresse: Wöchenschau-Verlag, Adolf-Damaschke-Str. 103, 6231 Schwalbach/Ts. — Adresse der Redaktion: TheaterZeitschrift, Baerwaldstraße 69, 1000 Berlin 61

# vorgänge

Zeitschrift für Bürgerrechte  
und Gesellschaftspolitik

## 104 '90

A. Schmillen: Politische Bildung in der Bundeswehr

A. Merseburg: Die Linken und die »deutsche Frage«

T. Rasehorn: Quergedanken über Wirtschaftskonjunktur und Arbeitsmarkt

K. Naumann: Allerweltsformel »Multikulturelle Gesellschaft«

K.-H. Rosen: Das neue Parteiprogramm der REP

*Perestrojka von unten*

K. Segbers: Die Krise des sowjetischen Systemwandels

W. Schlott: Nicht mehr Schraubchen im Getriebe sein? Zur Funktion von Stereotypen im sowjetischen Massenbewußtsein

D. Claussen: Glasnost für die »weißen Flecken« der Geschichte

S. Nies: Die sowjetische Organisation zur Aufklärung des Stalinismus, Memorial

G. Bahro: Die russischen »Grünen« und die »Bajkal-Stiftung«

S. Papcke: Westeuropa und der Aufbruch im Osten

*Kritik*

D. Haselbach: Frager Frühling und Perestrojka

U. Rasche: Staatliche Technikgestaltung

S. Ott: Literarischer Maulwurf II. Vom Bild des Menschen in der Kunst

G. Auernheimer: Kritische Theorie heute

29. Jg. 1990

Herausgeber: Vorgänge e.V., in Zusammenarbeit mit der Gustav-Heinemann-Initiative, der Humanistischen Union und dem Komitee für Grundrechte und Demokratie. — Redaktion: Dieter Hoffmann. — Erscheint zweimonatlich. Einzelheft 13 DM (Doppelheft 20 DM); Jahresabo 58 DM zzgl. Versand. — Verlag: Vorgänge e.V., Kurfürstenstr. 22, 8000 München 40

# WECHSEL GRÜNDUNG

TECHNIK NATURWISSENSCHAFT  
GESELLSCHAFT

## 44 '90

»Ja, mach nur einen Plan ...« Der Traum von der planbaren Fabrik

F. Böhle/H. Rose: Erfahrungswissen bleibt unerlässlich

D. Krüger/H. Schlicht: Emanzipation der Fabrikarbeit?

A. Fiedler/U. Regenhart: Planer im Labyrinth. Von den Schwierigkeiten, die »Fabrik der Zukunft« zu planen

H. Bollinger u.a.: Management als Hemmschuh. Die Revolution im Büro wird vertagt

H. Reister: Mit gewerkschaftlichen Technologieberatern und Konzepten die Entwicklung steuern?

T. Waldhubel: »Denn sie wissen (noch) nicht, was sie tun«. Soziale Dimensionen technischen Handelns

E. Emenlauer-Blömers u.a.: Computersimulation als modernes Herrschaftsinstrument

W. Müller: Hat die Mikroelektronik-Industrie in der DDR eine Zukunft?

B. Ilshner: The Show must go on! Dritte Internationale Nordseeschutzkonferenz

»Wer ist schon so dumm, sich allein auf den Weg durch den Regenwald zu machen ...« Interview mit P.E. Stüben vom Institut für Ökologie und angewandte Ethnologie

S. Katz: Biohacker. Gentechnik im Hobbykeller

12. Jg. 1990

Redaktion: Reinhard Behnisch (verantwortl.), Regine Hebestreit, Herbert Mehrtens, Barbara Orland, Ralph Ostermann, Rainer Schlag, Rainer Stange, Matthias Tang, Patricia Wolf. — Erscheint vierteljährlich. — Einzelheft 7 DM, Jahresabo 28 DM. — Verlag und Redaktion: Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

## Summaries

### **Frigga Haug: On the Political Economy of the Quota System for Women**

F.Haug outlines a theoretical framework in order to analyze the conflicts surrounding the issue of »quotas« for women. The general question is: how to understand the interrelationship between the reproduction of patriarchy and the social relations of production.

### **Claudia Pini: The Plight of the Working Male — Resisting the Quota System**

The standard objections raised against the quota system — not enough qualified women, etc. — are losing their effectiveness. Instead, the paterfamilias has, of late, begun again to raise the banner of »equality and justice for all« so as not to be pushed into the background by equally qualified women. Up to the present, no quota-system measures have been implemented which fundamentally challenge the traditional division of labour according to gender.

### **Sibylle Raasch: The Professional Advancement of Women in the Private Sector**

The professional advancement of women on a purely discretionary basis is incapable of effecting radical structural changes that can make compatible both profession and family. The introduction of a quota system is necessary.

### **Sieglinde von Wasielewski: The Struggle for a Quota System at Bayer Leverkusen**

Report on the struggle for a quota system favouring young women for professional training programmes at Bayer-Leverkusen.

### **Karin Hildebrandt: Women in East German Institutions of Higher Education**

The term »quota« has been heard for some months now in the context of public discussions in the GDR; it is, however, extremely controversial. In East German Universities there exists a contingent of competent female scholars who are to be helped into positions of responsibility. The quota system represents a means of guaranteeing for women the principle of professional advancement according to job performance and not an attempt to undermine it.

### **Ingeborg Reuter: Discussions Surrounding a Plan for the Professional Advancement of Women in the Scientific Institute of the West German Trade-Union Conference**

The difficulties do not begin when the theoretical demands are to be put into practice; they begin, rather, at the conclusion of the agreement, inasmuch as demands with a potential to effect real change in male-dominated professions should be formulated in it.

### **Inge Wettig-Danielmeier: Experiences with the Quota System in the Social Democratic Party**

The necessity of the SPD to adopt a formal arrangement such as the quota system for women is explained in terms of the party's historical position on social equality. The introduction of the quota system at its Berlin Convention in 1989 is considered a milestone achievement for SPD women. The author points out the problems involved in implementing the decision and the need for detailed procedural regulations.

### **Jutta Meyer-Siebert: The Quota System — Theory and Practice at the Social Sciences Journals**

Ten West-German periodicals were asked what they think about a quota for contributions from feminists and a quota for women on their editorial staffs. The results show, that for the formulation and realization of feminist goals a thoroughgoing discussion of these with regard to their content is necessary, and that quotas are an important means to this end, but not an end in themselves.

### **Bettina Dennerlein: Classes and Cultures. Immigrant workers in West German Society**

Different theoretical approaches (traditional and contemporary marxist, ethnicity centered) to the problem of integrating immigrant workers in their respective countries of residence are discussed and considered in the light of empirical evidence, especially from West Berlin's Turkish population.

### **Lutz Krütfeldt: The Rebuilding of the »Queen Elizabeth II« as Media-Happening**

The fantasies which the newspapers and magazines affixed to the rebuilding of the cruise ship at Lloyd-Werft Bremerhaven in 1986/87 indicate a change in social attitudes. The old German values of security, order and duty, which had characterized ideas about work from the fifties up to the seventies, have been supplemented by new, contradictory ones: risk, speed, euphoria, work as adventure, and coolness in the face of a collapsing world. It seems that this change in values is a reflection of the economic crisis and the demand for more flexibility in the system of production.

<i>Bernhard, Armin, und Dieter Sinhart-Pallin (Hrsg.): Bildung für Emanzipation und Überleben (A.Schmillen)</i> .....	465
<i>Gruschka, Andreas: Negative Pädagogik. Einführung in die Pädagogik mit Kritischer Theorie (A.Schäfer)</i> .....	466
<i>Edding, Friedrich (Hrsg.): Zwanzig Jahre Bildungsforschung. Zwanzig Jahre Bildungsreform (B.Schwiedrzik)</i> .....	468

## Geschichte

<i>Febvre, Lucien: Das Gewissen des Historikers (W.Kowalsky)</i> .....	469
<i>Nippel, Wilfried: Aufruhr und »Polizei« in der römischen Republik (F.Konersmann)</i> .....	470
<i>Schaaf, Martha: Die Frauen des Hauses Fugger von der Lilie (A.Franz)</i> .....	472
<i>Le Goff, Jacques: Wucherzins und Höllenqualen. Ökonomie und Religion im Mittelalter (W.Kowalsky)</i> .....	473
<i>Herzig, Arno: Unterschichtenprotest in Deutschland 1790-1870 (H.Geiling)</i> .....	474
<i>Krauß, Henning (Hrsg.): Folgen der Französischen Revolution (Y.Hong u. P.Jehle)</i> .....	475
<i>Koselleck, Reinhard, und Rolf Reichardt (Hrsg.): Die Französische Revolution als Bruch des gesellschaftlichen Bewußtseins (W.Kindermann)</i> .....	477
<i>Hunt, Lynn: Symbole der Macht — Macht der Symbole. Die Französische Revolution und der Entwurf einer politischen Kultur (A.Weberling)</i> .....	480
<i>Outram, Dorinda: The Body and the French Revolution. Sex, Class and Political Culture (A.Kuhn)</i> .....	482

## Soziale Bewegungen und Politik

<i>Mueller, John: Retreat from Doomsday. The Obsolence of Major War (H.-H.Nolte)</i> .....	485
<i>Bahr, Egon, und Dieter S. Lutz (Hrsg.): Gemeinsame Sicherheit. Bd. III: Zu den militärischen Aspekten struktureller Nichtangriffsfähigkeit (H.-H.Nolte)</i> .....	485
<i>Davis, Christopher, u.a. (Hrsg.): Rüstung. Modernisierung. Reform. Die sowjetische Verteidigungswirtschaft in der Perestrojka (H.-H.Nolte)</i> .....	485
<i>Fischer, Dietrich, u.a.: Frieden gewinnen. Mit autonomen Initiativen aus dem Teufelskreis ausbrechen (J.Tatz)</i> .....	488
<i>Appel, Roland, u.a. (Hrsg.): Die neue Sicherheit. Vom Notstand zur sozialen Kontrolle (M.Bauer)</i> .....	489
<i>Gronemeyer, Reimer: Die Entfernung vom Wolfsrudel. Über den drohenden Krieg der Jungen gegen die Alten (P.Gitschmann)</i> .....	489
<i>Alber, Jens: Der Sozialstaat in der Bundesrepublik 1950-1983 (N.Dimmel)</i> .....	491
<i>Chassé, Karl-August: Armut nach dem Wirtschaftswunder (A.Drygala)</i> .....	493
<i>Soziale Bewegung: Geschichte und Theorie. Jahrbuch 3: Arbeitslosigkeit und Arbeit (V.Nimrich)</i> .....	494

## Ökonomie

<i>Gerhard, Ute, Alice Schwarzer und Vera Slupik (Hrsg.): Auf Kosten der Frauen. Frauenrechte im Sozialstaat (B.Ketelhut)</i> .....	496
<i>Erler, Gisela, und Monika Jaeckel (Hrsg.): Weibliche Ökonomie (C.Weber)</i> .....	497
<i>Teubner, Ulrike: Neue Berufe für Frauen. Modelle zur Überwindung der Geschlechterhierarchie im Erwerbsbereich (S.Andresen)</i> .....	499